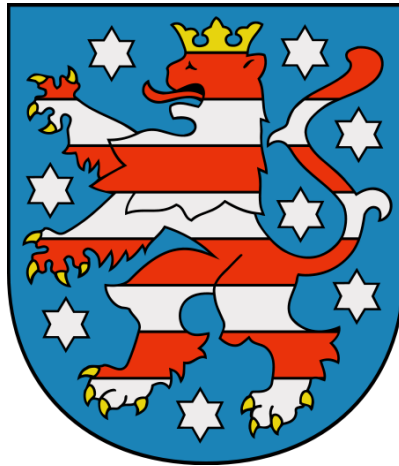


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit

Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2015

Prof. Dr. Heinrich Best (wissenschaftliche Leitung)

Steffen Niehoff

Dr. Axel Salheiser

Katja Salomo

Institut für Soziologie
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	9
I. Einleitung	11
II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage	14
III. Bewertung der DDR und der deutschen Einheit	29
1. Heutige Einstellungen zur DDR und zum Sozialismus	29
2. Unrechtsstaat DDR?	38
3. Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR	43
4. Gute Seiten, schlechte Seiten: Die DDR in eigenen Worten der Thüringer_innen	48
5. Prägung des DDR-Bildes, nachwirkende Diktaturvergangenheit und historische Aufarbeitung	51
6. Bilanz der deutschen Einheit	59
IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement	70
1. Politische Einstellungen	70
2. Politische Partizipation	77
3. Rechtsextreme Einstellungen	85
3.1 Einstellung zu Asylsuchenden	92
3.2 Rechtsextremismus als Erbe der DDR?	97
4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	103
4.1 Messkonzept, Indikatoren und Befunde	103
4.2 Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	113
V. Fazit	118
Literatur	125
Methoden-Glossar	133
Anhang: Tabellarische Übersichten	136

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2015	14
Abb. 2:	Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2015	15
Abb. 3:	Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt, 1992–2014	16
Abb. 4:	Verfügbares Einkommen pro Einwohner_in in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2012	17
Abb. 5:	Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer_innen im Ländervergleich, 2014	18
Abb. 6:	Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2014	19
Abb. 7:	Bevölkerungsentwicklung in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 1991–2013	20
Abb. 8:	Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene, 1990–2014	21
Abb. 9:	Räumliche Bevölkerungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge, 1992–2014	22
Abb. 10:	Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 1993 und 2013	23
Abb. 11:	Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen, Jahrgänge 1995–2014	24
Abb. 12:	Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage, 1997/98–2013/14	25
Abb. 13:	Leerstandsquote in Thüringen im Ländervergleich, 2014	26
Abb. 14:	Ausstattung privater Haushalte in Thüringen, 1993, 2003 und 2013	27
Abb. 15:	„Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR?“ [gruppiert] nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration	29
Abb. 16:	„Heutige“ Einstellung zur DDR nach Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration 2005 und 2015	30
Abb. 17:	DDR-Bewertung nach „Ostdeprivation“	31
Abb. 18:	Heutige Einstellung zur DDR nach Einschätzung „DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“	32
Abb. 19:	Heutige Einstellung zur DDR nach persönlicher Bilanz der deutschen Einheit (Vorteile/Nachteile)	33
Abb. 20:	Heutige Einstellung zur DDR nach Bilanz der deutschen Einheit für Ostdeutschland (Vorteile/Nachteile)	33
Abb. 21:	„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“, 2001–2015	34
Abb. 22:	„Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ und Bewertung der DDR als Unrechtsstaat	34

Abb. 23: Heutige Einstellung zur DDR nach Beurteilung des Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ (nur Erlebnisgeneration)	35
Abb. 24: Zufriedenheit mit dem Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ (nur Erlebnisgeneration) 2005, 2015	36
Abb. 25: „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration (ja/nein)	36
Abb. 26: „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ 2003–2015	37
Abb. 27: „Rückkehr zum Sozialismus“ nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration	37
Abb. 28: Bewertung der DDR als Unrechtsstaat nach Alter	39
Abb. 29: Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR	40
Abb. 30: Heutige Einstellung zur DDR nach Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ und Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration	41
Abb. 31: Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ nach Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR	42
Abb. 32: Einschätzung „Die DDR war ein Unrechtsstaat“ nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage und der deutschen Einheit	42
Abb. 33: Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [gruppiert] (nur Erlebnisgeneration)	43
Abb. 34: Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [gruppiert] (nur Nicht-Erlebnisgeneration)	45
Abb. 35: THÜRINGEN-MONITOR 2005: Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [Gruppierung Neuberechnet] – absteigend nach Anteilswerten positiver Bewertung geordnet (nur Erlebnisgeneration)	46
Abb. 36: Wordcloud: Assoziationen zu „guten Seiten der DDR“	48
Abb. 37: Häufigkeit der Nennung verschiedener „guter Seiten“ nach DDR-Gesamtbilanz	49
Abb. 38: Wordcloud: Assoziationen zu „Erfahrungen aus der DDR-Zeit“	50
Abb. 39: Einflüsse der Prägung des DDR-Bildes der Erlebnisgeneration	52
Abb. 40: Einflüsse der Prägung des DDR-Bildes der Nicht-Erlebnisgeneration	52
Abb. 41: In Elternhaus und Schule vermitteltes DDR-Bild der Nicht-Erlebnisgeneration	53
Abb. 42: Heutige Einstellung zur DDR nach DDR-Bild im Elternhaus (nur Nicht-Erlebnisgeneration)	54
Abb. 43: In der Schule vermitteltes DDR-Bild nach Herkunft (Ost- oder Westdeutschland, nur Nicht-Erlebnisgeneration)	54
Abb. 44: Teilnahme an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten im Herbst 1989 (nur in der DDR / in Ostdeutschland aufgewachsene Befragte)	55
Abb. 45: „25 Jahre nach dem Ende der DDR sollte die Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit aufhören.“	56

Abb. 46: „Haben Sie in den letzten zwei Jahren einen Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur oder eine Gedenkstätte für die SED-Opfer besucht?“	57
Abb. 47: „Was ist Ihrer Meinung nach bei der Aufarbeitung am wichtigsten?“	57
Abb. 48: „Seit der Vereinigung ... wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, das DDR-Unrecht wieder gutzumachen.“	57
Abb. 49: „Heute geht es den Nutznießern des SED-Regimes oft besser als den Opfern.“	58
Abb. 50: „Auch die ehemaligen Funktionäre haben ein Recht auf eine Würdigung ihrer Lebensleistung.“	58
Abb. 51: Persönliche Bilanz der deutschen Einheit: „Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?“	60
Abb. 52: Bilanz der deutschen Einheit: Vorteile oder Nachteile	60
Abb. 53: „Ostdeprivation“ 2003–2015	61
Abb. 54: "Die Lebensleistung ehemaliger DDR-Bürger wird heute in Deutschland ausreichend anerkannt."	62
Abb. 55: „Ostdeutsche und Westdeutsche haben heute die gleichen Lebenschancen.“	62
Abb. 56: „Wie haben sich Ihre Erwartungen erfüllt, die Sie 1989/1990 hatten?“ nach Bildung	63
Abb. 57: Bilanz der deutschen Einheit: Vorteile oder Nachteile für Ostdeutschland nach Alter	64
Abb. 58: Bewertung der persönlichen Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit nach Erwerbstätigkeit	64
Abb. 59: Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (nur Erlebnisgeneration)	65
Abb. 60: Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (nur Nicht-Erlebnisgeneration)	66
Abb. 61: „Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde vielfach neues Unrecht geschaffen.“	68
Abb. 62: Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2015	70
Abb. 63: Institutionenvertrauen 2000–2015	72
Abb. 64: Demokratietypen 2001–2015	73
Abb. 65: „Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform.“ nach Autoritarismus	74
Abb. 66: „Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform.“ nach DDR-Bewertung	75
Abb. 67: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“, 2001–2015	76
Abb. 68: Freiheit oder Gleichheit? 2004–2015	77
Abb. 69: Formen legaler politischer Partizipation 2001–2015	78

Abb. 70: Politische Partizipation	79
Abb. 71: Mögliche Erklärungsfaktoren politischer Partizipation	81
Abb. 72: Ursachen legaler / illegaler politischer Partizipation(sbereitschaft)	82
Abb. 73: Ursachen der Teilnahme(bereitschaft) an einer Demonstration gegen „Islamisierung“	84
Abb. 74: Zustimmung zu Ethnozentrismus und NS-Ideologie 2001–2015	88
Abb. 75: Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung	89
Abb. 76: Rechtsextrem Eingestellte 2001–2015	90
Abb. 77: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Demokratieunterstützung 2014 und 2015	91
Abb. 78: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Altersgruppen 2014 und 2015	92
Abb. 79: Einstellungen zu Asylsuchenden 2013–2015	93
Abb. 80: Asylbewerberheim in der eigenen Nachbarschaft?	94
Abb. 81: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen und Abwertung von Asylsuchenden 2013–2015 im Vergleich	96
Abb. 82: Einstellung zu Asylsuchenden nach Migrationshintergrund	97
Abb. 83: Rechtsextreme Einstellung nach Zugehörigkeit zur DDR-Erlebnis- und Nicht- Erlebnisgeneration 2001–2015	99
Abb. 84: Autoritäre Einstellung nach Zugehörigkeit zur DDR-Erlebnis- und Nicht- Erlebnisgeneration 2001–2015	99
Abb. 85: Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen getrennt nach DDR-Erlebnis- und Nicht-Erlebnisgeneration 2001–2015	101
Abb. 86: Anteil Wahrnehmung Diskriminierung Ostdeutscher nach Alter	102
Abb. 87: Rechtsextreme Einstellungen nach wahrgenommener Diskriminierung Ostdeutscher 2002–2015	103
Abb. 88: Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	104
Abb. 89: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2015	106
Abb. 90: Rassismus: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“ nach Bildung	108
Abb. 91: Etabliertenvorrechte: „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“ nach Bildung	109
Abb. 92: Wahrgenommene kollektive Diskriminierung der Ostdeutschen durch Westdeutsche, 2002–2015	111
Abb. 93: Subjektive individuelle Diskriminierungserfahrung aufgrund ostdeutscher Herkunft	112
Abb. 94: Subjektive individuelle Diskriminierungserfahrung aufgrund ostdeutscher Herkunft nach Alter	113
Abb. 95: Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	115

Vorwort

Fünfzehn Jahre THÜRINGEN-MONITOR – das heißt anderthalb Jahrzehnte sozialwissenschaftliche Befragungsforschung mit einer soliden und gut konsolidierten Befundlage zur politischen Kultur und den gesellschaftspolitischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung. Im 25. Jahr der deutschen Einheit gilt der Schwerpunkt des THÜRINGEN-MONITORS den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung gegenüber der DDR und der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1990. Neben seiner demokratischen Tradition ist der Freistaat Thüringen als Teil Ostdeutschlands durch eine doppelte Diktaturvergangenheit geprägt. Die Erinnerung der Thüringer_innen an die DDR und ihre Bilanz der deutschen Einheit sind grundlegend für das Verständnis der gegenwärtigen politischen Kultur.

Die in jüngster Vergangenheit beobachtete Zunahme fremdenfeindlicher und asylbewerber_innenfeindlicher Demonstrationen und Übergriffe in Deutschland hat die Frage nach dem Rechtsextremismus als besonderes Problem in Ostdeutschland bzw. nach einem *spezifisch ostdeutschen Rechtsextremismus* in den Mittelpunkt politischer und medialer Diskurse gerückt. Auch der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR legt hierzu Befunde vor.

Sozialwissenschaftliche Statistik kann die komplexe gesellschaftliche Realität nur in modellhafter Verdichtung widerspiegeln, sie liefert jedoch wichtige Hinweise zu den Ursachen von mangelnder Demokratieunterstützung, Demokratiezufriedenheit, Diktaturaffinität, rechtsextremen Einstellungen und Ressentiments gegenüber Asylsuchenden, Migrant_innen, Muslim_innen und anderen sozialen, ethnischen und kulturellen Minderheiten. In diesem Sinne versteht sich der THÜRINGEN-MONITOR als sachliche Grundlage für den politischen Diskurs, die politische Bildung und die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur_innen im Freistaat.

Der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt eine repräsentative telefonische Befragung mit den folgenden Eckdaten zugrunde:

- Befragungszeitraum: 8. Juni bis 27. Juni 2015
- Stichprobenziehung: Zufallsauswahl unter Thüringer_innen, die zu Bundestagswahlen wahlberechtigt sind (Auswahlgrundlage von Festnetzanschlüssen nach dem Gabler-Häder-Design)
- Stichprobengröße: 1.010 Befragte
- Erhebungsverfahren: Computerunterstützte Telefoninterviews (CATI)
- Gewichtung: nach Alter, Geschlecht, Bildung, Haushaltsgröße (IPF-Gewichtung)
- Fehlertoleranz: ca. zwei Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 5), ca. vier Prozentpunkte (bei einem Anteilswert von 50)

Zu den Grundlagen der Befragungsforschung und der statistischen Auswertungsverfahren enthält der Anhang des THÜRINGEN-MONITORS in diesem Jahr erstmals ein kleines *Methoden-Glossar*. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen sind in dem gesonderten Tabellenteil dokumentiert. Für die gerundeten Prozentangaben im Text gilt wie üblich, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Ich danke Herrn Thomas Ritter und seinem Team im CATI-Labor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in deren Händen in diesem Jahr erneut die Durchführung der telefonischen Befragung lag. Dank gilt auch Frau Katharina Danner, Frau Katharina Bautz, Frau Christina Wendt, Frau Rosa Sondermann, Herrn Ekkehard Lux und Herrn Dr. Ronald Gebauer.

Jena, im September 2015

Heinrich Best

I. Einleitung

In den vergangenen 25 Jahren seit der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 haben sich Deutschland, Ostdeutschland und auch der 1990 wiedergegründete Freistaat Thüringen massiv gewandelt. Die Thüringer Bürger_innen blicken auf ein bewegtes Vierteljahrhundert gesamtdeutscher Geschichte und beispielloser Regionalentwicklung zurück. Das moderne Bundesland Thüringen besitzt eine demokratische Kultur, die nach doppelter Diktaturerfahrung an alte Traditionen anknüpft und sich den bundesrepublikanischen und europäischen Idealen verpflichtet fühlt. Der vorliegende THÜRINGEN-MONITOR stellt die Bewertungen der DDR und der deutschen Einheit in den Mittelpunkt. Bereits der THÜRINGEN-MONITOR 2005 befasste sich mit diesem Thema und diskutierte, wie die DDR-Vergangenheit und die Nachwendeerinnerung die politischen Einstellungen der Thüringer_innen und somit die politische Kultur im Freistaat beeinflussen. Nun wurde das Jubiläumsjahr 2015 zum Anlass genommen, frühere Befunde auf den Prüfstand zu stellen und die inzwischen eingetretenen Veränderungen zu beurteilen. Nach zehn Jahren stehen Thüringen, Deutschland und Europa vor alten und neuen Herausforderungen, gesellschaftliche, ökonomische und demographische Problemlagen und Strukturbrüche wurden durch andere ersetzt, modifiziert oder sogar intensiviert. Europäische und globale Entwicklungen – sowohl positive als auch krisenhafte, bedrohlich empfundene – spielen auch in Thüringen eine zunehmend spürbare Rolle (vgl. TM2012, 2014). Trotz aller Diskontinuitäten und mancher Ungewissheiten zeigte sich in der Vergangenheit die Mehrheit der Thüringer_innen mit ihren Lebensbedingungen und der Realisierung ihrer Lebensentwürfe im Großen und Ganzen zufrieden (vgl. TM2013). Der sozioökonomischen und soziodemographischen Entwicklung im Freistaat auf dem Stand des Jahres 2015 widmet sich Kapitel II.

Bis heute ist das Leben vieler Thüringer_innen nachhaltig durch die Erfahrung der deutschen Teilung, des Lebens in der DDR und des langwierigen Prozesses der Überwindung der Teilungsfolgen im Zuge des ostdeutschen Transformationsprozesses nach 1990 geprägt. Inzwischen ist eine Generation Thüringer_innen herangewachsen, die die Zeit der deutschen Teilung und die DDR nur aus den Erzählungen der Erlebnisgeneration und aus den Geschichtsbüchern kennt. Trotzdem bleibt – bei vielen Älteren, aber auch bei Jüngeren – der Umstand, in der *ehemaligen DDR*, in den „Neuen Bundesländern“ als einer *Teilgesellschaft* zu leben, ein konstitutives Element ihrer Identität und Alltagserfahrung. Seit langem ist bekannt, dass sich eine überwiegend negative Bewertung des politischen Systems des SED-Staates mit einer positiven Bewertung der sozialen Aspekte der DDR-Gesellschaft durch die Ostdeutschen (vgl. Holtmann/Jaeck 2015) verbindet. Die Janusköpfigkeit der realsozialistischen Diktatur drückt sich also in ambivalenten Einstellungen der Bevölkerung aus, die nur vor dem Hintergrund der seit der Vereinigung durchlaufenen und phasenweise sehr schwierigen Entwicklung Ostdeutschlands korrekt gedeutet werden können (Kapitel III). Eine kurze Bewertung der DDR und der deutschen Einheit

sowie die Einschätzung, ob Befragte die „Rückkehr zum Sozialismus“ unterstützen, gehört zum Standardfragenprogramm der THÜRINGEN-MONITORE. Neben dem THÜRINGEN-MONITOR 2005 mit seinem Schwerpunktthema DDR und Einheit wurde zu diesen Aspekten im Jahr 2007 auch eine thüringenweite Bevölkerungsbefragung im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit vom Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung durchgeführt. Im Rahmen jener Studie „Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen“ (Best/Hofmann 2008) wurden sowohl soziale, ökonomische, lebensweltliche als auch politische Aspekte der DDR und der Vereinigung in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt. Die Auswahl der Fragen für den diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR orientierte sich stark am THÜRINGEN-MONITOR 2005 und der genannten Studie von 2007. Teilweise wurden in diesem Jahr jedoch Anpassungen, Präzisierungen und Ergänzungen von Fragen vorgenommen, um möglichst differenzierte Analysen zu gewährleisten.

Wie die langen Messreihen der THÜRINGEN-MONITORE belegen, ist die überwiegende Mehrheit der Thüringer_innen schon lange im vereinigten Deutschland angekommen. Davon zeugen u.a. ihre Demokratieunterstützung und ihr Institutionenvertrauen, die Akzeptanz und Teilhabe demokratischer Praxis, aber auch ihre Erwartungen an das Handeln politischer Eliten und ihre kritischen Einschätzungen gegenüber dem Politikbetrieb. Während die Mehrheit der Bevölkerung die politische und gesellschaftliche Ordnung akzeptiert und als die ihrige auffasst, gibt es dennoch wesentliche Bevölkerungsteile, die dem politischen System der Demokratie und der freiheitlichen und pluralistischen Werteordnung dieser Gesellschaft mit tiefsitzender Skepsis, Ablehnung oder sogar Verachtung begegnen (Kapitel IV). Der THÜRINGEN-MONITOR beobachtet demokratiefeindliche und diktaturaffine Einstellungen in der Bevölkerung seit 2001 und beschäftigt sich dabei ausführlich mit deren Ursachen. Neben der kontinuierlichen Beobachtung des Rechtsextremismus auf der Einstellungsebene sind es ausgewählte Facetten der sogenannten Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die seit 2013 im THÜRINGEN-MONITOR stärkere Beachtung finden. Dies betrifft u.a. auch die Akzeptanz bzw. Ablehnung von Asylsuchenden, deren Aufnahme Thüringen, Deutschland und Europa gegenwärtig vor große gesellschaftliche und politische Herausforderungen stellt.

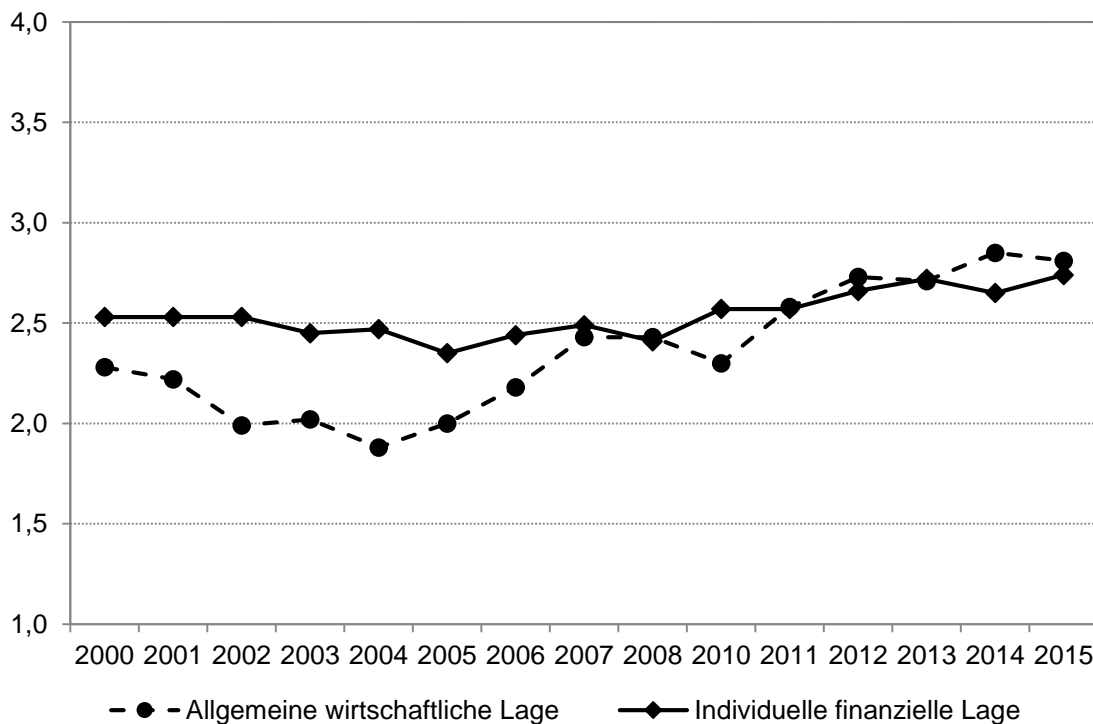
Der THÜRINGEN-MONITOR gewährleistet die bundesweit einzigartige Langzeitbeobachtung der Entwicklung der politischen Kultur eines Bundeslandes. Deutschlandweite Untersuchungen zu politischen Einstellungen treffen oftmals Aussagen zur ostdeutschen Bevölkerung aufgrund nur weniger hundert Befragter. Die wiederholten, fokussierten Repräsentativbefragungen von jeweils ca. 1.000 Thüringer_innen im THÜRINGEN-MONITOR erlauben hingegen facettenreiche und detaillierte Spezialanalysen, wovon auch die Übersicht bisheriger Schwerpunktthemen (am Ende des Literaturverzeichnisses) zeugt. Besonders die langen Messreihen zu rechtsextremen Einstellungen (auf Grundlage der deutschlandweit etablierten Konsensusdefinition des Rechtsextremismus) sind beispiellos; auch das mittlerweile gut erprobte Indikatorenset erklärender Variablen ist in dieser Kombination nur im THÜRINGEN-MONITOR verfügbar. Die alljährlich präsentierten Trend-Ergebnisse zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen sind dabei nicht nur für Thüringer Bürger_innen, Politiker_innen, Journalist_innen und

zivilgesellschaftliche Akteur_innen in der Region von Belang. Als gut dokumentierter „Sonderfall“ kann Thüringen beispielhaft für spezifisch ostdeutsche Fragestellungen herangezogen werden, da sich wichtige gesellschaftliche und politische Faktoren (wie beispielsweise die realsozialistische Diktaturerfahrung) identifizieren und analysieren lassen, die *so* nur in Ostdeutschland wirken. Dies betrifft auch die in zurückliegenden THÜRINGEN-MONITOREN bereits herausgearbeitete paradoxe Befundlage zur Demokratieablehnung, Systemdistanz, Sozialismus-Nostalgie und Diktaturaffinität in bestimmten Teilen der Bevölkerung. Der THÜRINGEN-MONITOR gestattet insofern keinen Ost-West-Vergleich; nationale und regionale Befragungsstudien stellen aber eine notwendige gegenseitige Ergänzung und keine sich ausschließenden Alternativen dar. Nur so lassen sich aussagekräftige wissenschaftliche Befunde generieren, die der Besonderheit der politischen Kultur des Freistaats Thüringen aufgrund der Lebensbedingungen, Werte und Einstellungen seiner Bevölkerung gerecht werden.

II. Leben in Thüringen: sozioökonomische und soziodemographische Lage

Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS werden auch dieses Jahr wieder die alltagsweltlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen in Thüringen leben, in den Blick genommen. In diesem einführenden Kapitel werden zunächst die allgemeinen subjektiven Empfindungen der Thüringer_innen wiedergegeben und mit den entsprechenden objektiven Rahmendaten gerahmt. Besonderes Augenmerk wird dabei im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR auf die Entwicklung in den letzten 25 Jahren gelegt, um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie sich die Rahmenbedingungen für das Leben in Thüringen in dieser Zeit verändert haben.

Abb. 1: *Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen und der individuellen finanziellen Lage, 2000–2015*
(Mittelwerte auf Skala von 1 = sehr schlecht bis 4 = sehr gut)

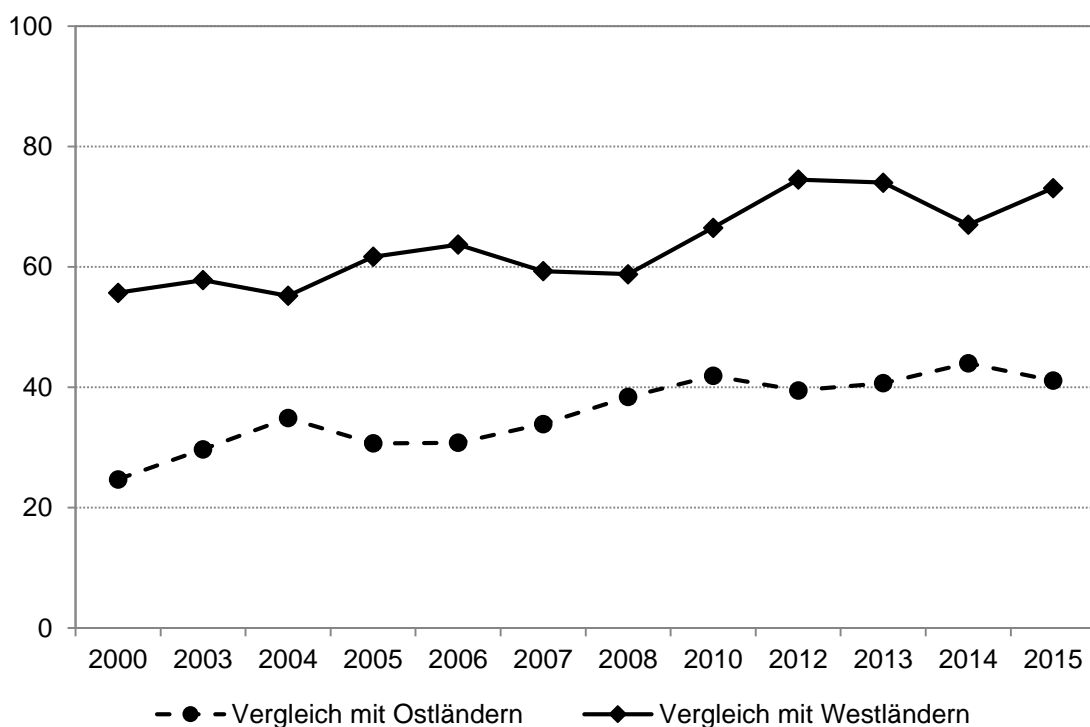


Einen ersten Hinweis auf die persönliche Bewertung der Lebenssituation und die Zufriedenheit der Thüringer_innen kann die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen bzw. finanziellen Lage geben (Abb. 1). Insgesamt schätzen 64 Prozent der Befragten ihre finanzielle Lage als eher gut eine, weitere acht Prozente als sehr gut. Dem stehen 23 Prozent der Befragten gegenüber, die sich finanziell eher schlecht aufgestellt sehen, sowie weitere fünf Prozent, die ihre finanzielle Situation als sehr schlecht einschätzen. Wie in den vergangenen Erhebungen zeigt sich eine starke Abhängigkeit der Einschätzung der finanziellen Lage von der Erwerbssituation der Befragten: Während 79 Prozent der Vollzeitbeschäftigten ihre eigene Lage als gut oder sehr gut einstufen, kommt in der Gruppe der

Thüringer_innen, die derzeit arbeitslos sind, nur etwa jede_r Fünfte zu einer solchen Einschätzung. Im Zeitverlauf verzeichnet der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR mit Blick auf die Einschätzung der finanziellen Lage auf der eingesetzten 4er-Skala (von 1 „sehr schlecht“ bis 4 „sehr gut“) den höchsten Durchschnittswert im gesamten Untersuchungszeitraum. Der anhaltend positive Trend seit 2008 wird somit – unterbrochen lediglich von einem leichten Rückgang in der letztjährigen Erhebung – fortgesetzt.

Abb. 2: *Einschätzung Thüringens im Vergleich mit west- und ostdeutschen Bundesländern, 2000–2015*

(nur Zustimmung: "Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdeutschen Bundesländern" und "Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen")

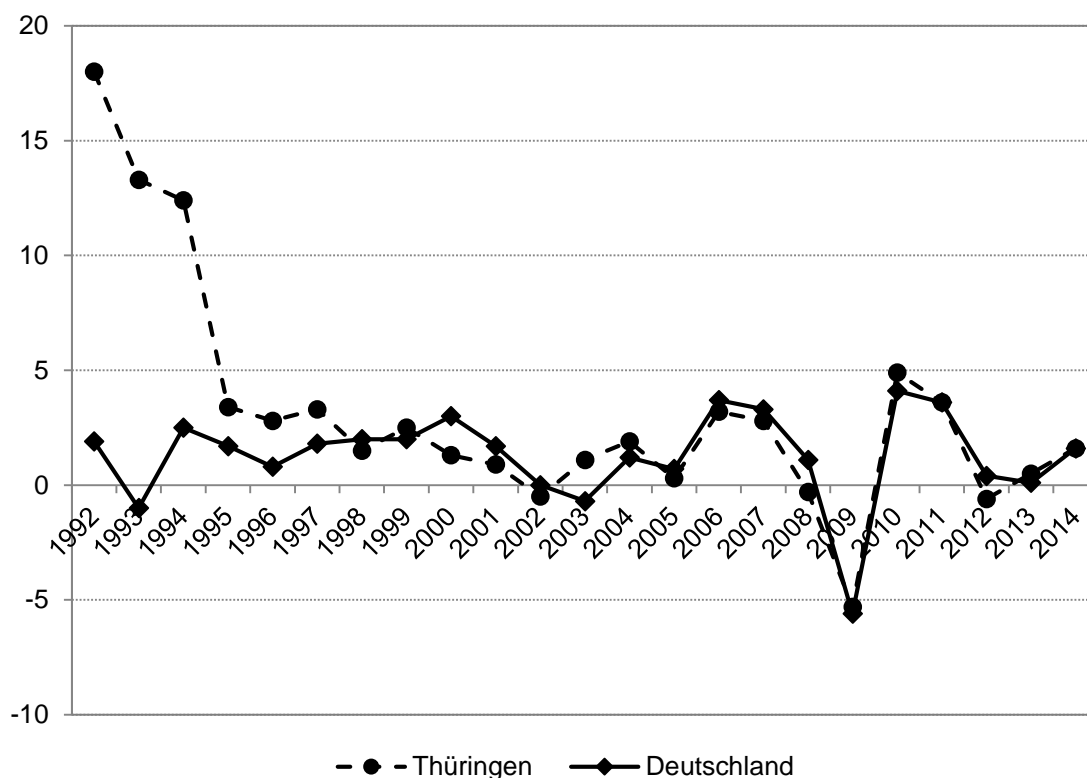


Die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Thüringen weist dagegen einen leichten Rückgang gegenüber dem im Vorjahr festgestellten Höchstwert der Zeitreihe auf. Die weitgehend positive Einschätzung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stabilisiert sich somit auf diesem hohen Niveau. Konkret bedeutet dies, dass die wirtschaftliche Lage von 76 Prozent der Befragten als gut und von weiteren vier Prozent als sehr gut beurteilt wird. Diese positive Einschätzung zeigt sich dann auch über die wesentlichen Sozialkategorien hinweg, einzig bei Befragten, die ihre eigene finanzielle Situation als schwierig einstufen, zeigt sich eine Eintrübung in der Bewertung der wirtschaftlichen Lage: Schätzten im Vorjahr von dieser Gruppe noch knapp 70 Prozent diese als gut oder sehr gut ein, wird die positive Einschätzung in der aktuellen Erhebung zwar noch mehrheitlich geteilt, allerdings mit 62 Prozent auf signifikant niedrigerem Niveau.

Die weitgehend positive Bewertung der wirtschaftlichen Lage Thüringens schlägt sich dann auch in der Einschätzung der Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats im Vergleich zu

den übrigen Bundesländern nieder (Abb. 2). Zwar zeichnet sich beim Vergleich Thüringens mit den übrigen ostdeutschen Bundesländern bei den Befragten ein leichter Rückgang gegenüber der letztjährigen Erhebung ab. So bekunden 41 Prozent (gegenüber 44 Prozent im Vorjahr), dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern ist, weitere 38 Prozent (gegenüber 34 Prozent im Vorjahr) teilen diese Einschätzung zumindest teilweise. Mit Blick auf die Zeitreihe zeigt sich dann allerdings, dass die gute Beurteilung Thüringens sich weiterhin auf dem hohen Niveau seit 2010 stabilisiert. Selbiges lässt sich auch im Hinblick auf die Einschätzung der Konkurrenzfähigkeit mit den westdeutschen Bundesländern feststellen. Nachdem zuletzt ein merklicher Rückgang in diesem Aspekt bei den Befragten festzustellen war, vertreten nun 73 Prozent die Meinung, dass Thüringen den Vergleich mit den westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen braucht. 2014 war in der Längsschnittbetrachtung der bislang deutlichste Rückgang von sieben Prozentpunkten auf 67 Prozent zu verzeichnen. Der Wert der diesjährigen Erhebung erreicht dagegen nun fast wieder den 2012 im THÜRINGEN-MONITOR gemessenen Höchstwert. Zusammenfassend lässt sich mit den bis hierher vorgestellten Befunden festhalten, dass die Befragten weiterhin in großen Teilen mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Thüringen zufrieden sind, wenn sich auch die positive Entwicklung in den einzelnen Indikatoren etwas einbremst und sich diese auf hohem Niveau stabilisieren.

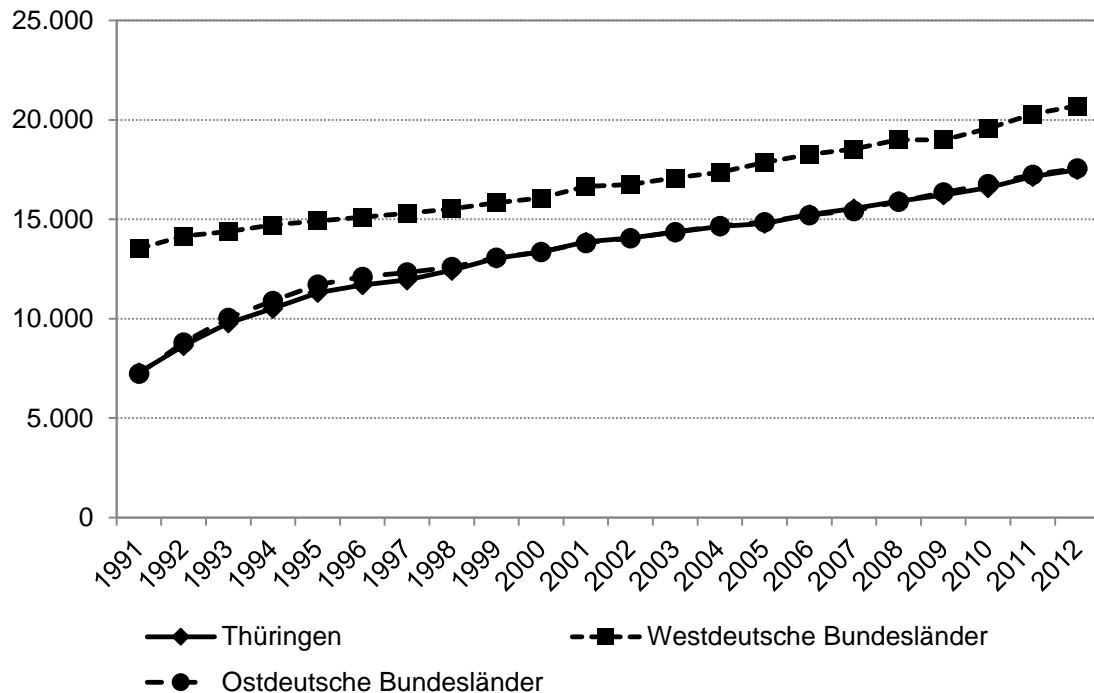
Abb. 3: *Wachstumsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts für Thüringen und Deutschland insgesamt, 1992–2014 (in Prozent)*



Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Nachfolgend sollen diesen subjektiven Einschätzungen der Thüringer_innen zur wirtschaftlichen Lage im Freistaat ausgewählte Strukturdaten zu den objektiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegenübergestellt werden.

Abb. 4: *Verfügbares Einkommen pro Einwohner_in in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2012 (in Euro)*

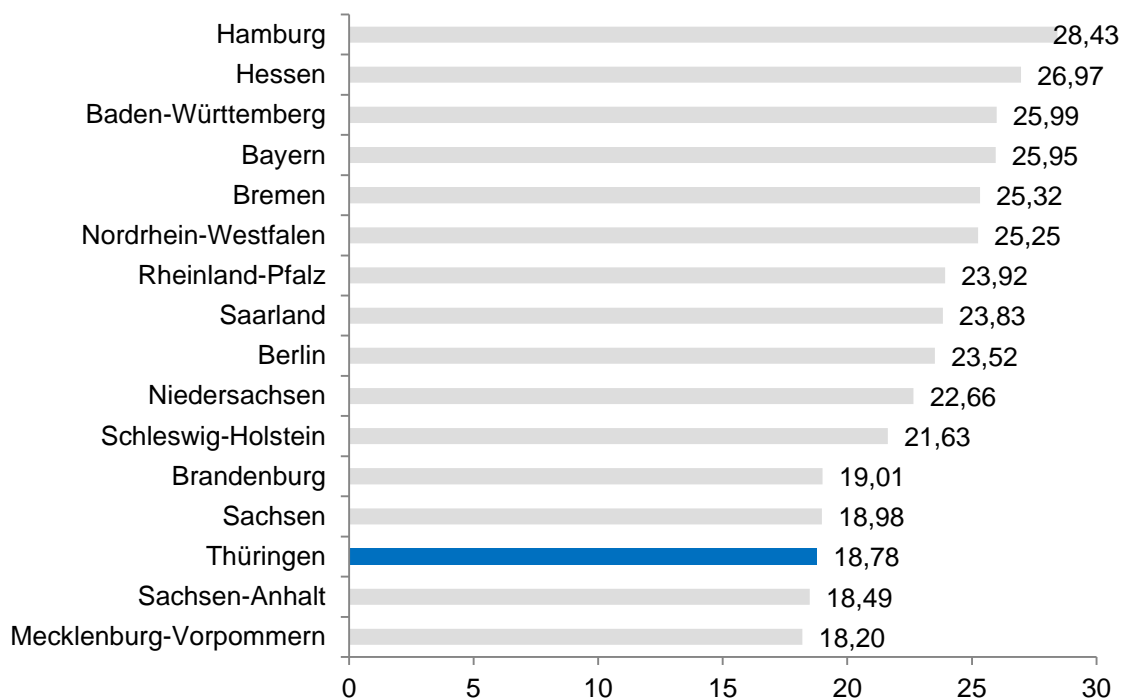


Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Gesamtwert der produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen im Inland, ist ein etablierter Indikator zur Beurteilung der Leistungskraft einer Volkswirtschaft. In Thüringen betrug das BIP im Jahr 2014 54,3 Milliarden Euro, was einem nominellen Wachstum von 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (Abb. 3). Um die Preisveränderungen bereinigt, liegt es bei 1,6 Prozent und entspricht damit dem bundesweiten Schnitt im Wachstum des BIP. Nach dem Einbruch in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie dem nachholenden Aufschwung stabilisiert sich die wirtschaftliche Lage in Thüringen zunehmend. Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung der Wirtschaftskraft im Freistaat 2014 in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen uneinheitlich verläuft: Während in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (8,2 Prozent) und dem Baugewerbe (2,9 Prozent) deutlich überdurchschnittliche Raten erzielt werden konnten, ist im für Thüringen wichtigen Verarbeitendem Gewerbe das Wachstum mit 1,3 Prozent etwas niedriger. Beim Blick auf die Wachstumsraten des BIP sollte berücksichtigt werden, dass zwar die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat analog zur gesamtdeutschen Dynamik verläuft, zwischen den Bundesländern und hier insbesondere zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Bundesländern jedoch enorme Unterschiede in der Wirtschaftsleistung fortbestehen. So beträgt das preisbereinigte BIP pro Erwerbstätige_r im Freistaat Thüringen lediglich 76 Prozent des Bundesdurchschnitts 2014.

Der Unterschied in der Wirtschaftsleistung schlägt sich dann auch im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – das Einkommen der Haushalte aus Erwerbstätigkeit und Vermögen sowie der monetären Sozialleistungen abzüglich der zu leistenden Steuern und Sozialbeiträge – nieder. So ist das verfügbare Einkommen der Haushalte in Thüringen seit 1991 kontinuierlich gestiegen und beträgt im Jahr 2012 pro Einwohner_in 17.496 Euro (Abb. 4). Mit Blick auf die Wachstumsraten ist bei diesem Indikator zunächst festzustellen, dass die Entwicklung analog zu den übrigen ostdeutschen Bundesländern verläuft. Im Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet zeigt sich, dass der Zuwachs im verfügbaren Einkommen insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er in Thüringen stärker war und sich zunehmend an die gesamtdeutsche Dynamik angepasst hat. Entsprechend liegt das verfügbare Einkommen in Thüringen seit 2000 etwa auf einem Niveau von 84 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Dabei muss allerdings ebenso in Rechnung gestellt werden, dass diese regionalen Unterschiede zumindest in Teilen durch ein geringeres Preisniveau aufgefangen werden und dies zu einer weiteren Angleichung der regionalen Lebensverhältnisse führt (TLS 2010).

Abb. 5: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer_innen im Ländervergleich, 2014 (in Euro)

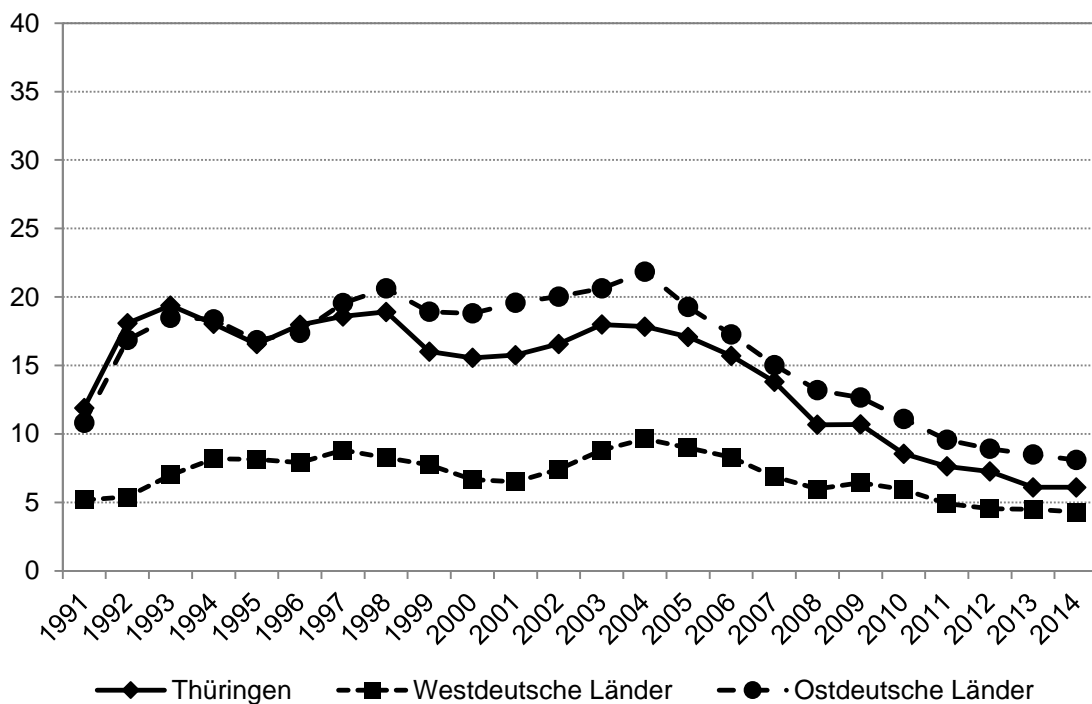


Quelle: Statistisches Bundesamt; Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder

Einen wesentlichen Beitrag zu den anhaltenden Unterschieden im verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte leistet dabei die bestehende Lohn disparität zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Bundesländern. So betragen im Jahr 2014 die jährlichen Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer_in in Thüringen 26.084 Euro und damit deutlich weniger als der Bundesdurchschnitt von 31.578 Euro. Im Länderranking der Bruttoverdienste pro Arbeitsstunde der Arbeitnehmer_innen liegt der Freistaat mit 18,78

Euro dann auch auf dem 14. Rang, lediglich in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern liegen die Verdienste niedriger (Abb. 5). Auffallend ist weiterhin die im Schaubild deutlich sichtbare Schwelle zwischen den alten und neuen Bundesländern. In den letzten 20 Jahren ist zwar das Nominallohnwachstum in Ostdeutschland mit 43,9 gegenüber 36,4 Prozent stärker ausgeprägt, allerdings ausgehend von einem wesentlich geringeren Ausgangsniveau (IAB 2014a). Das nominale Monatsentgelt in Ostdeutschland liegt dem IAB zufolge im Jahr 2013 bei etwa 75 Prozent des westdeutschen Vergleichswerts. Bei dieser globalen Angleichungsquote gilt es ferner zu berücksichtigen, dass sich weiter noch eine starke Differenzierung der Löhne nach Branchen sowie Betriebsgrößen und den damit einhergehenden unterschiedlichen Ertragslagen feststellen lässt. So liegt die Angleichungsquote in Thüringen im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen bei 89 Prozent des Westniveaus, im beschäftigungsintensiven verarbeitenden Gewerbe mit im Vergleich zu Westdeutschland kleineren Betrieben hingegen nur bei 64 Prozent (IAB 2014b).

Abb. 6: *Erwerbslosenquote von Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Ländern, 1991–2014*
(in Prozent)



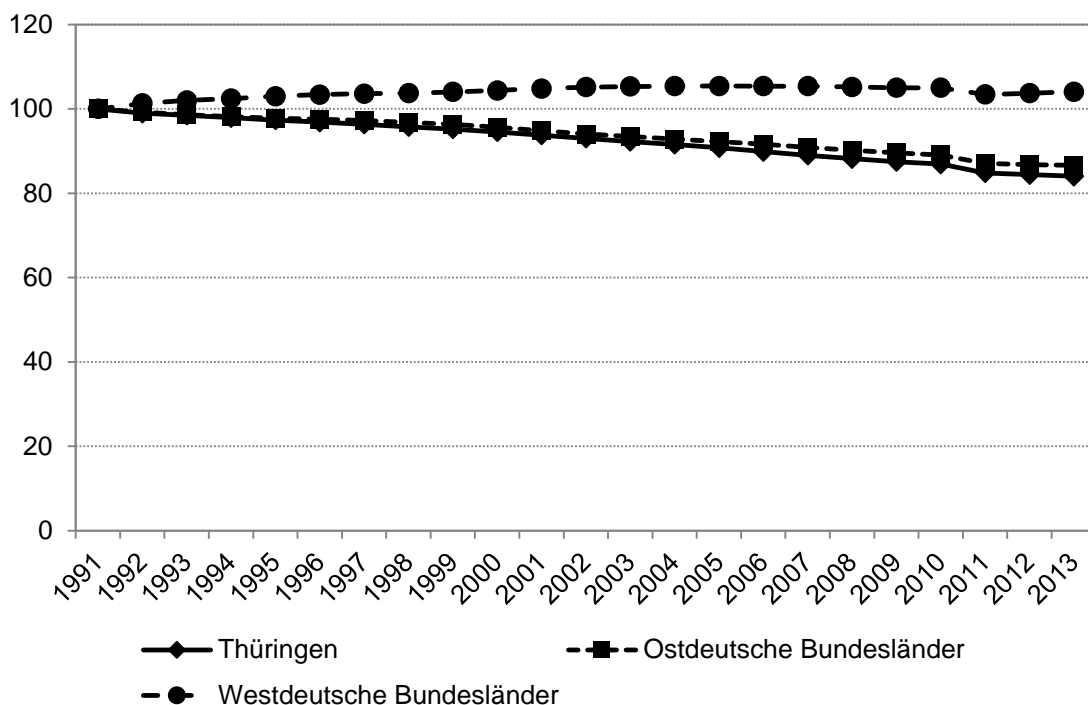
Quelle: Statistisches Bundesamt

Zu den wesentlichen Strukturdaten zur Bemessung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Thüringen gehören Indikatoren zur Entwicklung des Arbeitsmarktes, da dieser direkte Auswirkungen auf die Lebenschancen und gesellschaftliche Teilhabe der Bürger_innen hat. Die Erwerbslosenquote¹ ist dabei eine der zentralen Kennzahlen. Die Erwerbslosenquote liegt für Thüringen im Jahr 2014 bei etwa sechs Prozent und hat sich

¹ Die Erwerbslosenquote ist der Anteil der Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an allen Erwerbspersonen in der entsprechenden Altersgruppe. Erwerbslose sind Personen ohne Arbeitsverhältnis, die

somit auf dem positiven Vorjahresniveau, welches bereits den Tiefstand seit 1991 markierte, stabilisiert (Abb. 6). Im Ländervergleich liegt Thüringen damit vor den anderen ostdeutschen Bundesländern sowie Berlin und Bremen auf dem zehnten Rang und fügt sich in die positive Entwicklung des gesamtdeutschen Arbeitsmarktes ein, denn sowohl in den alten wie auch in den neuen Bundesländern ist die Erwerbslosenquote weiterhin rückläufig. Mit Blick auf die Zeitreihen zeigt sich, dass diese positive Grunddynamik am deutschen Arbeitsmarkt nun bereits seit den Höchstständen der Erwerbslosenquote 2004 anhält und offensichtlich robust genug ist, auch rückläufiges – wie in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 – oder nur geringes Wirtschaftswachstum zu verkraften.

Abb. 7: *Bevölkerungsentwicklung in Thüringen im Vergleich mit den west- und ostdeutschen Bundesländern, 1991–2013*
(in Prozent, 1991 = 100 Prozent)



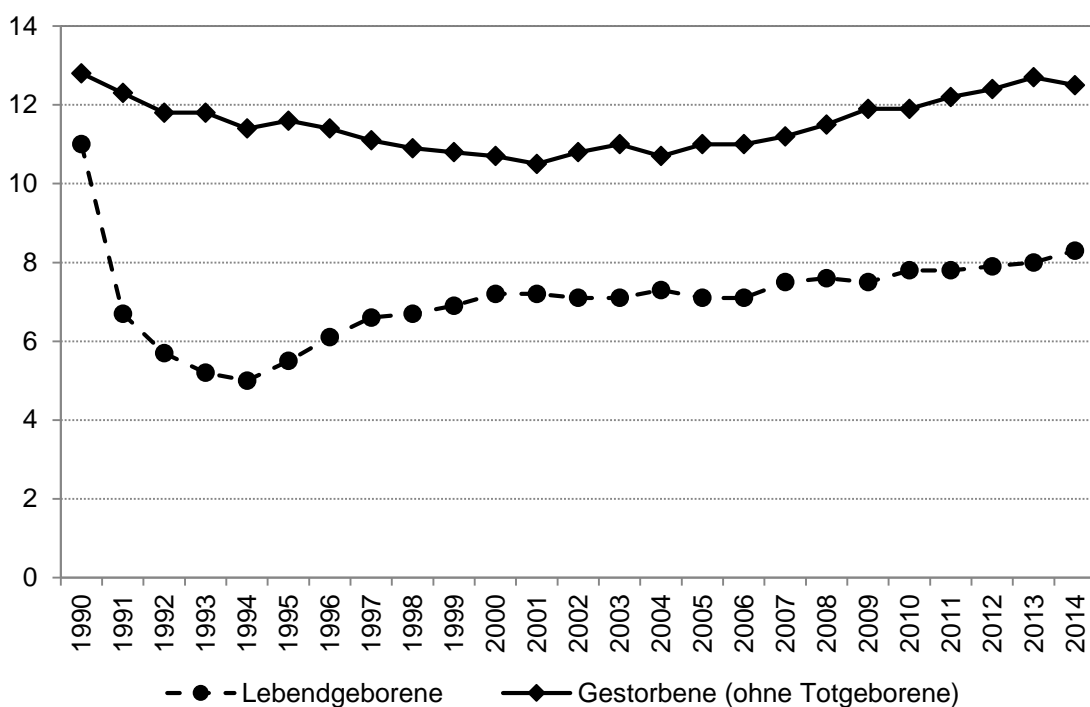
Quelle: Statistisches Bundesamt

Neben der Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Freistaat in den vergangenen 25 Jahren ist **der demographische Wandel**, der nicht nur, aber eben auch in Thüringen zu beobachten ist, von entscheidender Bedeutung. Die wesentlichen Züge dieser Entwicklung, nämlich ein zunehmender Bevölkerungsschwund sowie eine stetige Alterung der Bevölkerung, sind bereits in der Zeitreihe seit 1991 deutlich zu erkennen und werden auch in absehbarer Zeit mit Blick auf aktuelle Bevölkerungsvorausrechnungen die demographische Entwicklung bestimmen. So ist die Bevölkerungszahl in Thüringen seit 1991 um etwa 400.000 auf 2,2 Mio. im Jahr 2014 zurückgegangen (Abb. 7). Dieser

sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie bei der Agentur für Arbeit als Arbeitslose gemeldet sind. Insofern ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der Begriff der Arbeitslosen. Andererseits zählen Arbeitslose, die vorübergehend geringfügige Tätigkeiten ausüben, nach dem Erwerbskonzept nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen.

Bevölkerungsschwund hat sich zwar in den letzten Jahren etwas verlangsamt, entspricht aber über den betrachteten Zeitraum hinweg einem Minus von 17 Prozent. Von einer ähnlich negativen Wachstumsdynamik sind auch die übrigen ostdeutschen Bundesländer – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – betroffen, während in den meisten westdeutschen Bundesländern die Bevölkerungszahl sogar leicht angestiegen ist. Der Bevölkerungsschwund in Thüringen geht dabei auf zwei ungünstige Entwicklungen in den letzten 25 Jahren zurück: die zu geringe Geburtenrate und einen überwiegend negativen Wanderungssaldo.

Abb. 8: *Natürliche Bevölkerungsbewegung: Lebendgeborene und Gestorbene, 1990–2014*
(Anteile je 1000 Einwohner)



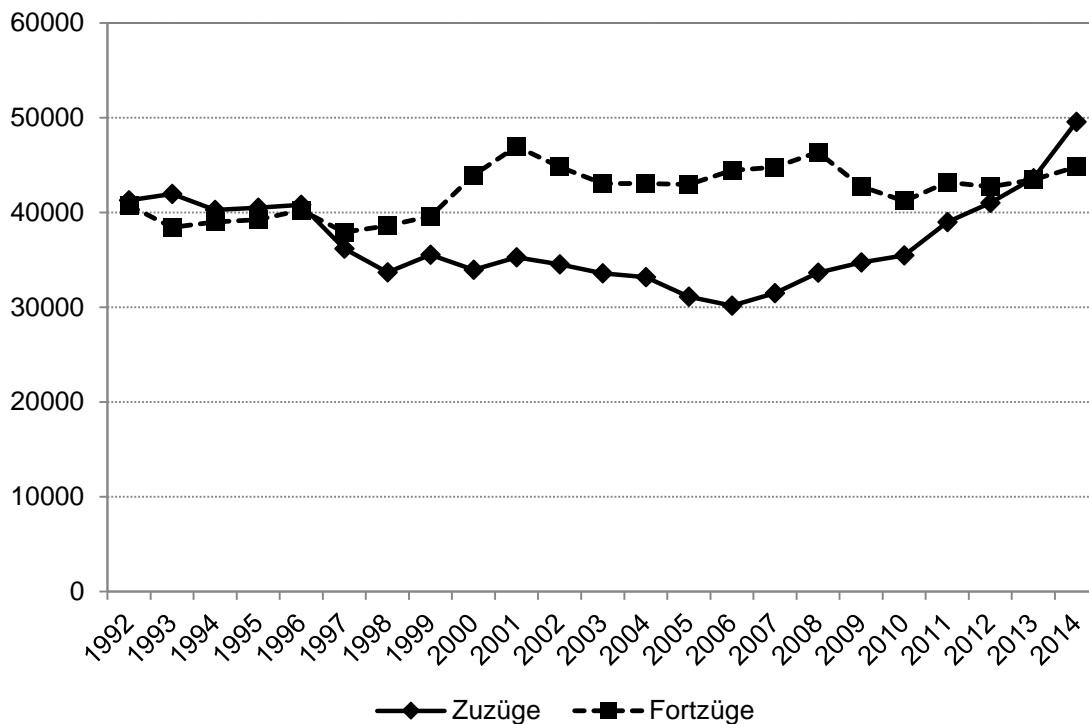
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Zunächst ist in diesem Zusammenhang mit Blick auf die natürliche Bevölkerungsbewegung auf den stetigen Sterbeüberschuss hinzuweisen, der sich über den gesamten Zeitraum seit der Gründung des Bundeslands zeigt (Abb. 8). Während die Sterberate in den letzten zehn Jahren von 10,7 auf 12,5 Gestorbene auf 1.000 Einwohner_innen nur gering angestiegen ist, zeigt die Entwicklung der Geburtenrate eine stärkere Dynamik: Kurz nach der Wiedervereinigung war ein drastischer Geburtenrückgang zu verzeichnen; nach Durchschreiten einer Talsohle im Jahr 1994 hat sich die Geburtenrate zwar graduell erhöht, aber nie wieder das Niveau der Vorwendezeit erreicht. Derzeit liegt die Geburtenziffer in Thüringen zwar mit 1,49 Kinder pro Frau² leicht über dem Bundesdurchschnitt von 1,41. Doch für den natürlichen Erhalt der Bevölkerung wäre unter der Voraussetzung, dass die Zahl der gebärfähigen Frauen im Alter zwischen 15 und 45 nicht weiter sinken

² Berichtet wird hier die ‚Zusammengefasste Geburtenziffer‘ als der Zahl der Lebendgeborenen pro Jahr und Frau in Thüringen im Alter von 15 bis 49 Jahren.

würde, eine Geburtenziffer von 2,1 notwendig (TLS 2014). Somit ergibt sich ein negativer Saldo in der natürlichen Bevölkerungsentwicklung.

Abb. 9: Räumliche Bevölkerungsbewegung: Zuzüge und Fortzüge, 1992–2014

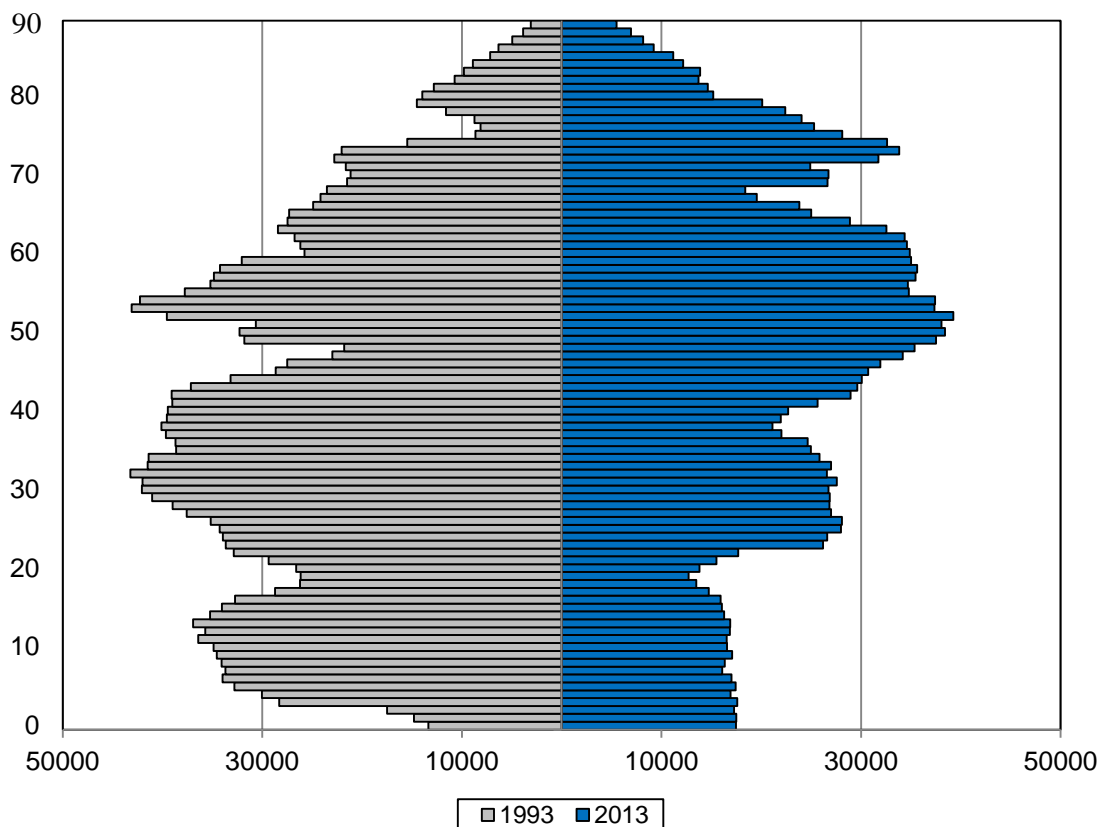


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Vor diesem Hintergrund kommt der räumlichen Bevölkerungsbewegung, also dem Wanderungsgeschehen aus Fort- und Zuzügen, eine besondere Bedeutung zu. Das natürliche Defizit in der Bevölkerungsentwicklung wurde jedoch durch einen negativen Wanderungssaldo seit 1992 noch verschärft (Abb. 9). Über den gesamten Zeitraum beläuft sich dieser Saldo aus Fort- und Zuzügen auf ein Minus von 122.000 Personen. Nachdem sich dabei das Wanderungsgeschehen in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung größtenteils neutralisierte, ist seit der Mitte der 90er Jahre zum einen ein Anstieg in der Zahl der Fortzüge mit dem Höhepunkt im Jahr 2001 mit knapp 47.000 und zum anderen ein Absinken der Zuzüge, die 2006 mit etwa 30.000 Personen ihren Tiefpunkt erreichten, zu beobachten. Seitdem sind die Zuzüge deutlich angestiegen und erreichten 2014 erstmals fast 50.000 Personen, was dann auch zum bislang positivsten jährlichen Wanderungssaldo von etwa 5.000 Personen geführt hat. Einen großen Beitrag zu dieser Entwicklung leistet die *Einwanderung*, also *Zuzüge aus dem Ausland* nach Thüringen. So verdoppelte sich der Anteil an Zuzügen aus dem Ausland an allen Zuzügen von etwa 20 Prozent im Jahr 2006 auf 43 Prozent 2014. Das positive Wanderungssaldo durch Fort- und Zuzüge ins/aus dem Ausland betrug 2014 etwa 10.000 Personen. Allerdings reicht die Beibehaltung dieses positiven Wanderungssaldos bei Weitem nicht aus, um die vergangene und gegenwärtige natürliche Bevölkerungsbewegung zu kompensieren.

Der Bevölkerungsschwund ist aber nur ein Teil des demographischen Wandels, eine weitere wesentliche Komponente stellt die zunehmende Alterung der Bevölkerung Thüringens dar (Abb. 10). Nahm die Altersstruktur 1993 noch annähernd die Form des „Bienenstocks“ an – also eine weitgehend gleichmäßige Verteilung der Geburtskohorten –, zeigt sich 2013 eine überspitzte „Zwiebelform“. Charakteristisch für diese Altersstruktur ist der zunehmende Anteil älterer Geburtskohorten, bei einem abnehmenden Anteil der Jüngeren. So sank in den letzten 20 Jahren der Anteil der Unter-18-Jährigen kontinuierlich von 22 auf 14 Prozent ab, während der Anteil der Über-65-Jährigen von 13 auf 22 Prozent anstieg. Entsprechend ist auch das Durchschnittsalter der Thüringer_innen von etwa 38 Jahren im Jahr 1990 auf 47 Jahre in 2014 gestiegen. Diese Alterung der Gesellschaft geht auf die bereits diskutierte niedrige Geburtsrate sowie auf eine kontinuierlich steigende Lebenserwartung der Thüringer_innen zurück. Letztere hat sich in den vergangenen 25 Jahren um etwa sieben Jahre für neugeborene Jungen auf 76,8 und für neugeborene Mädchen auf 82,6 Jahre erhöht.

Abb. 10: *Bevölkerungsstruktur in Thüringen, 1993 und 2013*

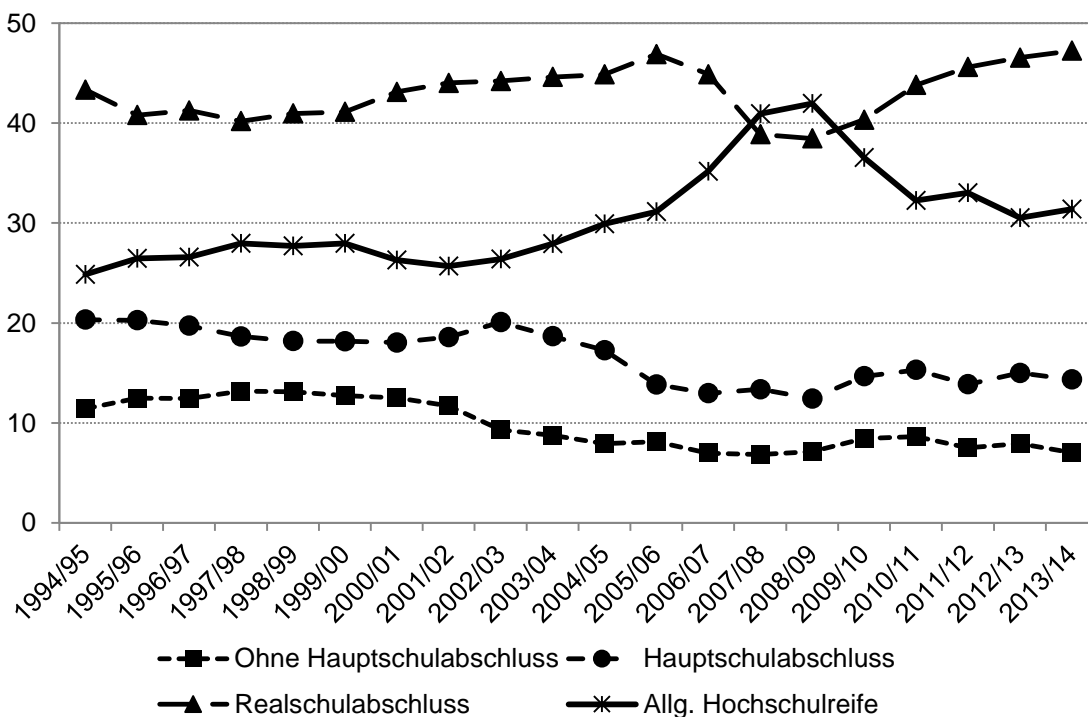


Quelle: Statistisches Bundesamt

Die rückläufige Entwicklung der Bevölkerungszahl bei gleichzeitiger Alterung wird sich den Ergebnissen der ersten regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung zufolge fortsetzen (TLS 2015). Folgen sind bereits heute spürbar: einerseits für die Thüringer Unternehmen, die zunehmend von Schwierigkeiten bei der Besetzung von Fachkräftestellen berichten (IAB 2014b), andererseits für Arbeitssuchende, die von einer entspannteren Lage am Arbeitsmarkt profitieren können.

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung kommt der schulischen und beruflichen Ausbildung der abnehmenden Gruppe junger Thüringer_innen ein besonderes Augenmerk zu. Auf individueller Ebene ist die Ausbildung eng mit gesellschaftlicher Integration und der Zuweisung von Lebenschancen verbunden. Ein erster Indikator zur Bemessung des Erfolgs – im Sinne der Integration einer möglichst großen Zahl von Schüler_innen und der Ermöglichung höherer Bildung – des Schulsystems im Freistaat ist die Absolvent_innenstatistik der allgemeinbildenden Schulen (Abb. 11). Zunächst zeigt sich mit Blick auf diese Daten ein erheblicher Einbruch der absoluten Zahl der Schulabgänger_innen: Bis zum Jahrgang 2004 beendeten noch jeweils über 30.000 Personen ihre Schulzeit, 2014 jedoch nur noch knapp 16.000. Bei der Verteilung der unterschiedlichen Abschlüsse fluktuierte der Anteil der Abiturient_innen über den Zeitverlauf am markantesten. Wurde die allgemeine Hochschulreife von 25 Prozent der Schulabgänger_innen des Jahrgangs 1995 erreicht, stieg der Anteil der Abiturienten bis 2009 auf 42 Prozent an und ist seitdem wieder abgesunken, zuletzt lag er bei rund einem Drittel der Schulabgänger_innen. Der Anteil von Schulabgänger_innen ohne Abschluss ist von 13 Prozent im Jahrgang 1999 auf sieben Prozent im Jahrgang 2014 gesunken. Im Ländervergleich liegt der Freistaat damit vor den übrigen ostdeutschen Bundesländern, allerdings verzeichnen beispielsweise Hessen oder Bayern mit jeweils vier Prozent noch deutlich niedrigere Anteile von Schulabgänger_innen ohne Abschluss.

Abb. 11: *Absolvent_innen allgemeinbildender Schulen, Jahrgänge 1995–2014 in Prozent*

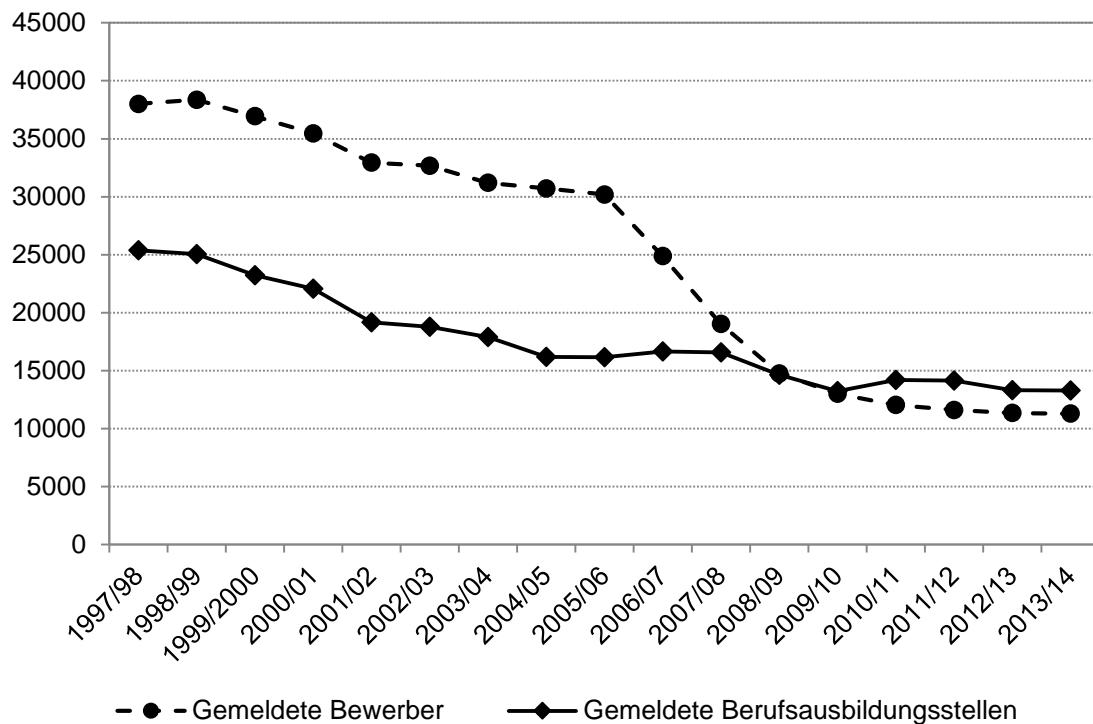


Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik

Das betriebliche Ausbildungssystem ist einer der Eckpfeiler zur nachhaltigen Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Thüringer Unternehmen. Die Entwicklung am Ausbildungsmarkt in Thüringen war im hier betrachteten Zeitraum zunächst von einem deutlichen Rückgang sowohl des Angebots als auch der

Nachfrage von Ausbildungsstellen geprägt (Abb. 12). Während die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen um 50 Prozent auf zuletzt etwa 13.000 sank, reduzierte sich die Zahl der Bewerber_innen von etwa 38.000 im Jahrgang 1997/98 auf zuletzt knapp 11.000 sogar um 70 Prozent. Seit Jahren besteht also ein Ausbildungsstellenüberschuss. Der Anteil der Bewerber_innen, die keinen Ausbildungsplatz erhielten, ist – von kleineren Schwankungen abgesehen – im Zeitverlauf stabil bei etwa drei Prozent geblieben. Hingegen ist der Anteil nicht besetzter Ausbildungsstellen ganz erheblich gestiegen; von 0,5 Prozent aller Stellen im Jahrgang 1997/98 auf zuletzt etwa neun Prozent. Thüringer Betriebe haben zunehmend Schwierigkeiten, freie Ausbildungsstellen zu besetzen. Dabei wird jedoch nicht nur ein Mangel an Bewerber_innen, sondern oftmals die unzureichende Eignung vieler Bewerber_innen aufgrund schulischer Bildungsdefizite konstatiert (IAB 2014b). Die Übernahmequote für erfolgreiche Absolvent_innen einer Berufsausbildung liegt derzeit auf einem Rekordwert von etwa drei Viertel und ist damit höher als im ostdeutschen und gesamtdeutschen Durchschnitt.

Abb. 12: *Ausbildungsstellenangebot und -nachfrage 1997/98–2013/14*



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Im Folgenden sollen die bis hierher vorgestellten Indikatoren zu den wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen um einen Blick in die Lebenswelt der Thüringer_innen ergänzt werden. Ein wesentlicher Punkt stellt dabei die Wohnsituation dar. Im Rahmen des Zensus werden turnusmäßig Gebäude- und Wohnungszählungen (GWZ) durchgeführt, die einen Eindruck von der Wohnsituation und ihren Veränderungen zwischen den Erhebungen geben (GWZ 2011). So ist der Gebäudebestand in Thüringen – auch angetrieben von umfangreichen Förderungen im Bausektor – im Zeitraum von 1995 bis 2011 um 11,5 Prozent auf nunmehr etwa 517.000 Gebäude gestiegen, die Zahl der

Wohnungen stieg dagegen nur leicht um 3,6 Prozent. Der Schwerpunkt der Bestandsentwicklung liegt somit deutlich auf dem Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie umfangreichen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen. Die Wohnfläche pro Einwohner_in stieg von 1995 bis 2011 um fast 10m² auf 41,4m². Deutliche Unterschiede ergeben sich auch in den Eigentumsverhältnissen und der Nutzung von Wohnungen und Gebäuden: Sowohl die Anzahl von Wohnungen im Besitz von Privatpersonen als auch der Anteil selbstgenutzter Wohnungen ist gestiegen. Der Anteil der von Eigentümer_innen bewohnten Wohnungen an allen Wohnungen erhöhte sich zwischen 1995 und 2011 um sieben Prozentpunkte auf 46 Prozent und entspricht damit nun dem Bundesdurchschnitt. Für die zukünftigen wohnungspolitischen Entscheidungen und unter der Berücksichtigung des Bevölkerungsrückgangs ist auch die Leerstandsquote von Bedeutung, die außerdem als zentraler Indikator für den Wohnungsmarkt angesehen wird. Die GWZ 2011 ergab für Thüringen einen Leerstand von etwa 76.000 Wohnungen, was eine Leerstandsquote von 6,8 Prozent und damit einen leichten Anstieg gegenüber der GWZ 1995 (6,1 Prozent) bedeutet (Abb. 13). Der Ländervergleich zeigt dabei auf, dass Wohnungsleerstand in besonderem Maße eine ostdeutsche Problematik darstellt. Die gesamtdeutsche Leerstandsquote liegt 2011 bei 4,4 Prozent. Wiederum ist an dieser Stelle auch auf regionale Unterschiede innerhalb der Bundesländer hinzuweisen: So stehen beim Wohnungsleerstand in Thüringen die Stadt Gera oder der Kreis Altenburger Land mit einer Quote von zwölf Prozent heraus, während die Leerstandsquote in Jena in Höhe von zwei Prozent auf einen angespannten Wohnungsmarkt verweist.

Abb. 13: *Leerstandsquote in Thüringen im Ländervergleich, 2014*
(in Prozent)

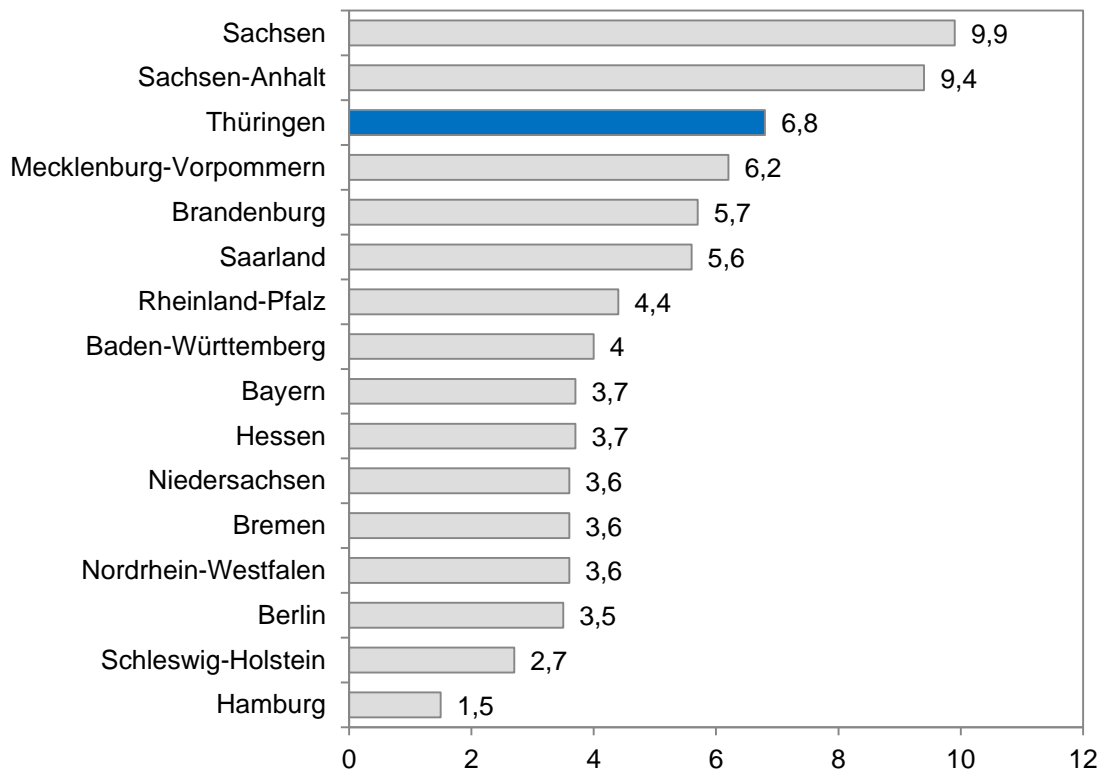
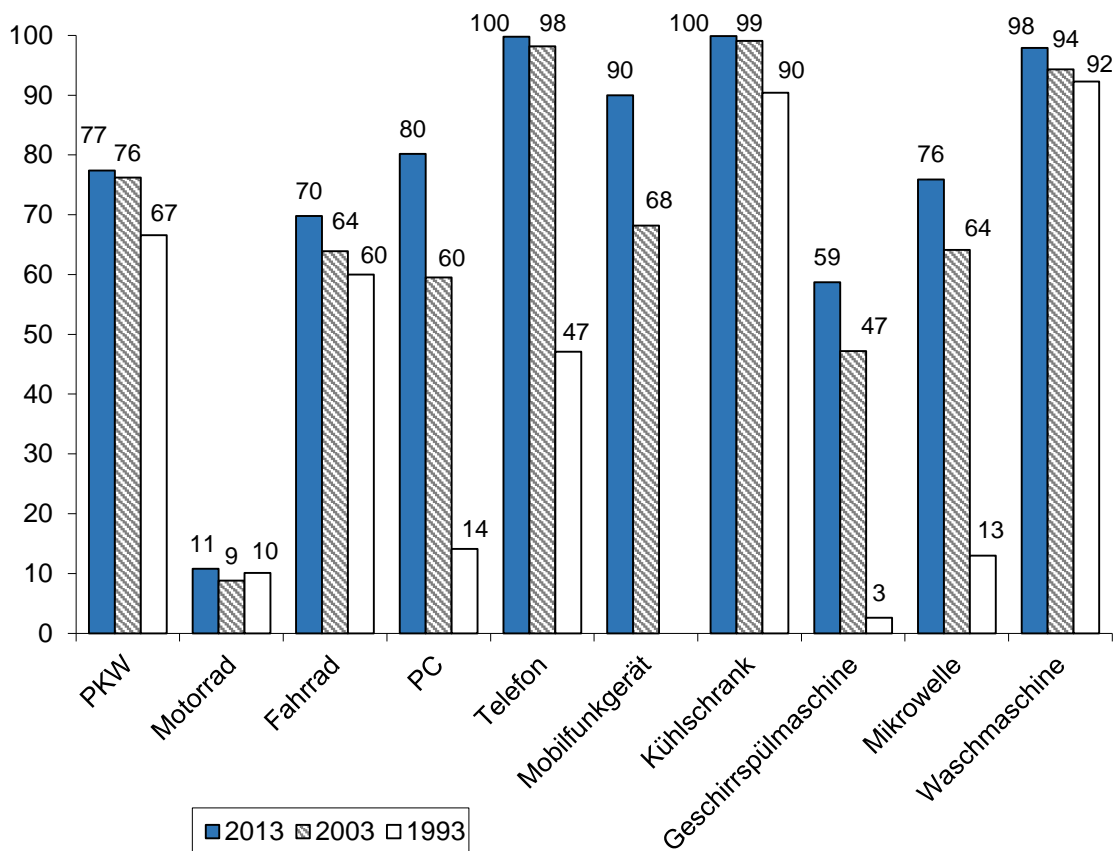


Abb. 14: *Ausstattung privater Haushalte in Thüringen, 1993, 2003 und 2013 (in Prozent)*



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Auch die Ausstattung der Privathaushalte im Freistaat hat sich angesichts zunehmender Konsummöglichkeiten in den letzten 25 Jahren deutlich gewandelt (Abb. 14). Während Kühlschränke und Waschmaschinen seit Jahrzehnten zur Standardausstattung von Privathaushalten gehören, halten in den vergangenen Jahren zunehmend weitere Haushalts(groß-)geräte Einzug wie Geschirrspülmaschinen, die sich nach den Einkommens- und Verbrauchsstichproben des statistischen Bundesamts 1993 in nur drei Prozent und 2013 bereits in 60 Prozent aller Haushalte finden, oder Wäschetrockner, die 2013 in immerhin jedem dritten Haushalt stehen. Auch im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik haben sich die Thüringer Haushalte deutlich modernisiert. So verfügten 1993 nur jeder zweite Haushalt über ein Telefon und lediglich 14 Prozent über einen Personalcomputer. Heute gehören sie weitgehend zur grundständigen Ausstattung, inklusive Mobiltelefon (in 90 Prozent aller Haushalte) und Internetanschluss (in 74 Prozent aller Haushalte). Was die Ausstattung in puncto Mobilität betrifft, gestaltet sich der Wandel deutlich langsamer, was wohl weniger einem Modernisierungsschub in diesem Bereich denn individuellen Präferenzen und Lebenslagen geschuldet sein dürfte. So nahm der Anteil von Personenkraftwagen in Thüringer Haushalten um zehn Prozentpunkte auf die heutige Verbreitung von 77 Prozent zu, wobei bei der Verfügbarkeit eines PKW eine deutliche Abhängigkeit von der Haushaltsgröße zu beobachten ist: Liegt die Verbreitung in Ein-Personen-Haushalten bei 55 Prozent, steigt sie bei Zwei-Personen-Haushalten auf knapp 90 Prozent und liegt bei größeren Haushalten noch höher.

Wenn wir die bis hierher vorgestellten subjektiven Einschätzungen und objektiven Strukturdaten der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an dieser Stelle zusammenfassen, lässt sich die Lebenswelt der Thüringer Bevölkerung durch das Zusammenspiel folgender Faktoren charakterisieren:

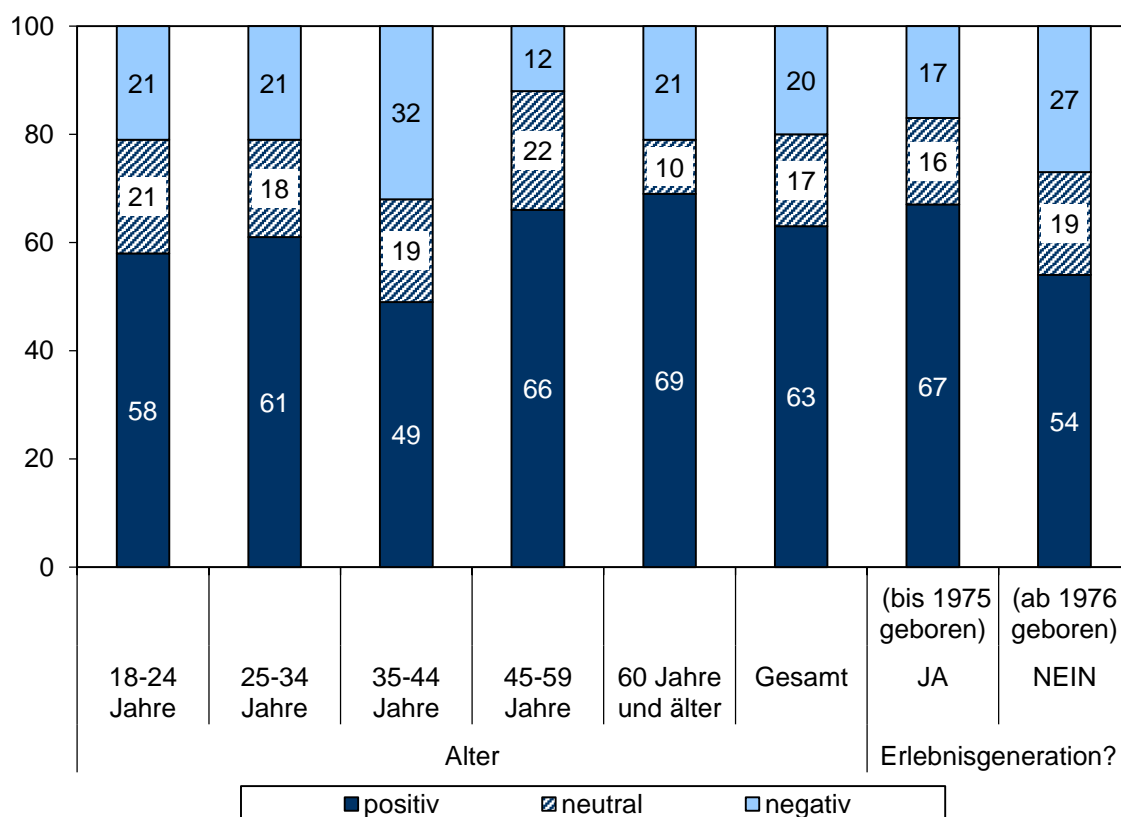
- einer weiterhin positiven Einschätzung sowohl der eigenen wirtschaftlichen Lage als auch der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Thüringens (auch im Ländervergleich),
- einer anhaltend positiven Entwicklung der Wirtschaftsstrukturdaten Thüringens (inkl. steigender Netto-Einkommen),
- einem fortbestehenden Ost-West-Gefälle in den wesentlichen Wirtschaftsindikatoren, das sich in den letzten Jahren verfestigt hat,
- einer problematischen demographischen Entwicklung mit einem starken Bevölkerungsschwund und einer zunehmenden Alterung der Gesellschaft, die u.a. Maßnahmen zur Deckung des hohen Fachkräftebedarfs fordert,
- einem Wohnungsmarkt, der durch erhebliche Leerstände bei großen lokalen Disparitäten des Unter- und Überangebots geprägt ist.

III. Bewertung der DDR und der deutschen Einheit

1. Heutige Einstellungen zur DDR und zum Sozialismus

Wie bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2005 werden nachfolgend die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zur DDR und zu verschiedenen Lebensbereichen in der DDR diskutiert. Dazu ist es sinnvoll, die Befragten einer „Erlebnissgeneration“ der DDR zuzuordnen, die bis 1975 Geborene umfasst (sie waren 1990 also mindestens 15 Jahre alt, vgl. TM2005: 37; FN 12). Dieser Erlebnissgeneration gehören 74 Prozent der Befragten des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS an. 26 Prozent der Befragten sind der Nicht-Erlebnissgeneration zuzurechnen. Sie wurden als heute 18- bis 39-Jährige i.d.R. nur kurz oder gar nicht mehr durch die DDR biographisch geprägt; ein großer Teil ihrer Kenntnisse und Bewertungen sind durch Sozialisationsinstanzen oder die gesellschaftlichen und medialen Diskurse zur DDR-Geschichte bestimmt.

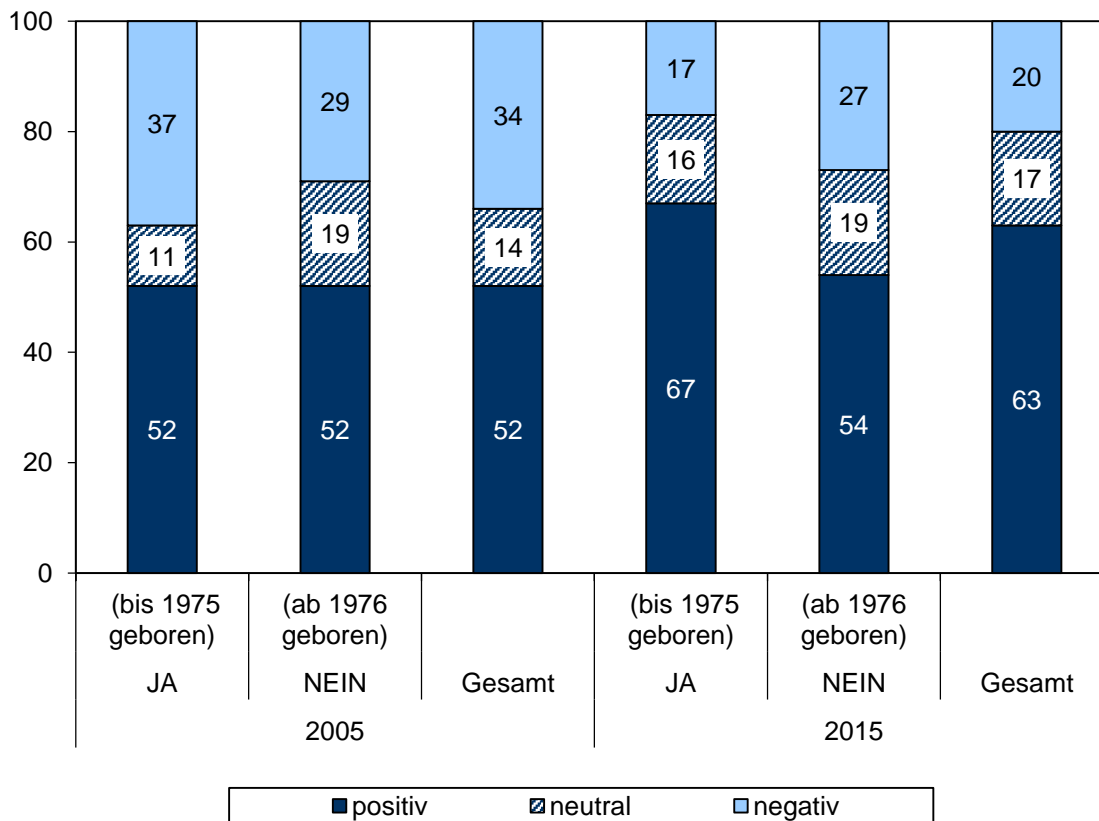
Abb. 15: „Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR?“ [gruppiert]³ nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnissgeneration (in Prozent)



³ Zusammenfassung der elfstufigen Bewertungsskala (+5 am positivsten bis -5 am negativsten). +5 bis +1: positiv. 0: neutral. -1 bis -5: negativ.

Um einen Zeitvergleich zu ermöglichen, haben wir 2015 die bereits 2005 benutzte elfstufige Antwortskala zur Messung der „heutigen“ Einstellung zur DDR übernommen (+5 „sehr positiv“ bis -5 „sehr negativ“; vgl. TM2005: 37, FN 11). Der arithmetische Mittelwert der elfstufigen Skala der globalen DDR-Bewertung durch alle Befragte liegt in diesem Jahr bei 1,3, also im positiven Bereich (Abb. 15). Befragte der Erlebnisgeneration haben dabei eine signifikant positivere (1,6) Einstellung zur DDR als Befragte der Nicht-Erlebnisgeneration (0,6) (vgl. auch TM2005: 44).⁴ Die DDR wird in der retrospektiven Betrachtung durch die Erlebnisgeneration heute (Mittelwert 1,6) signifikant positiver bewertet als 2005 (Mittelwert 0,3) (Abb. 16). Die Bewertung in der jüngeren Generation⁵ ist auf dem gleichen, deutlich weniger positiven Niveau verblieben.

Abb. 16: „Heutige“ Einstellung zur DDR nach Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration 2005 und 2015
(in Prozent)



⁴ Zur vereinfachten grafischen Darstellung signifikanter Bewertungsunterschiede erfolgt hier eine Gruppierung der Skalenwerte, die allerdings aus methodologischen Überlegungen geringfügig von der im THÜRINGEN-MONITOR 2005 dargestellten Gruppierung der Skalenwerte abweicht. Die Anteilswerte in den alten Säulendiagrammen (TM2005 38 f., dort Abb. 15 und 16) sind damit nicht unmittelbar mit den Anteilswerten für 2015 in Abb. 16 bzw. Abb. 34 vergleichbar. Deswegen enthalten Abb. 16 und Abb. 35 auch Anteilswerte für 2005, die auf der gleichen Grundlage der Gruppierung der Skalenwerte wie 2015 neu berechnet wurden.

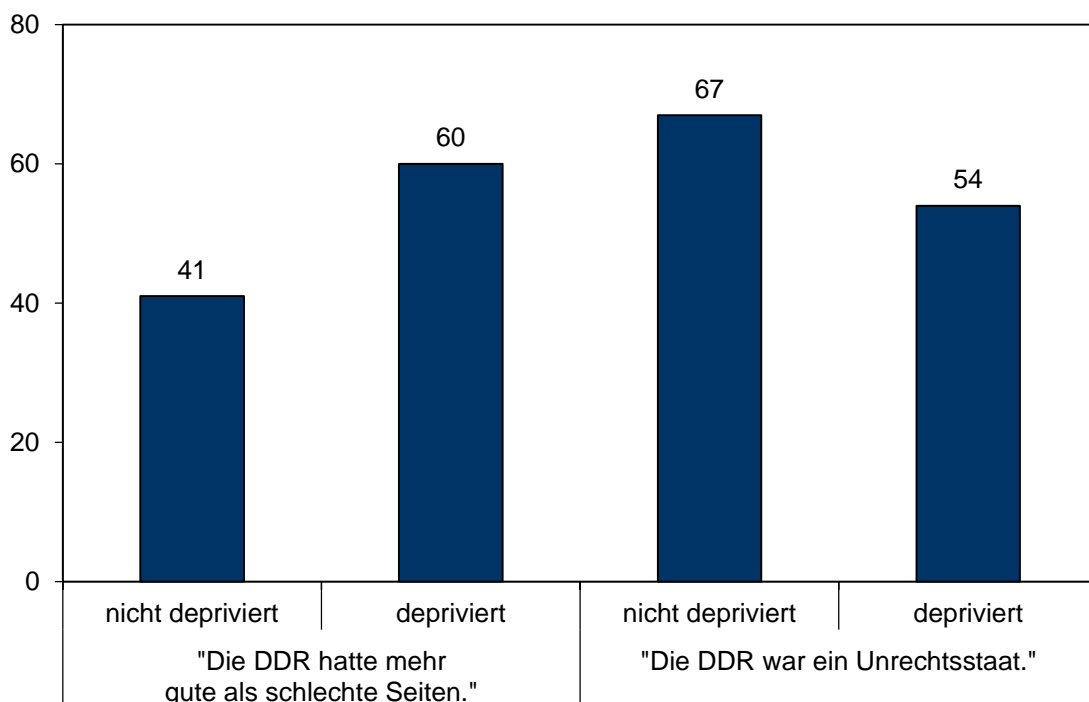
Alle hier diskutierten Mittelwertunterschiede der originalen elfstufigen Bewertungsskalen zwischen den Befragtenkategorien (z.B. Erlebnisgeneration / Nicht-Erlebnisgeneration) und den Erhebungswellen des THÜRINGEN-MONITOR (2005 und 2015) wurden in T-Tests für unabhängige Stichproben auf Signifikanz geprüft.

⁵ Wurde im THÜRINGEN-MONITOR 2005 nicht grafisch dargestellt.

Eine weitere Vergleichsperspektive eröffnete eine im Jahr 2007 im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit vom Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung durchgeführte Studie „Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen“ (Best/Hofmann 2008), die sich detailliert mit verschiedenen Aspekten der Beurteilung der DDR-Diktatur durch die Thüringer Bevölkerung befasste. In der dafür ausgewerteten Repräsentativbefragung, die sich allerdings nur an vor 1972 geborene Befragte richtete, fand die gleiche Bewertungsskala wie in den THÜRINGEN-MONITOREN 2005 und 2015 Verwendung. Die globale Bewertung „heutige Einstellung zur DDR“ fiel im Mittel mit 0,5 insignifikant besser als im THÜRINGEN-MONITOR 2005 und signifikant negativer als im vorliegenden THÜRINGEN-MONITOR aus.

Insgesamt nimmt die Mehrheit der Thüringer_innen die DDR-Gesellschaft eher positiv wahr; gegenüber 2005 hat sich diese, schon damals konstatierte Einstellung verstärkt (vgl. TM2005: 37). Eine kritischere DDR-Bilanz ist am deutlichsten in der Nicht-Erlebnisgeneration und unter solchen Befragten ausgeprägt, die in der unmittelbaren Nachwendzeit allenfalls zu den jüngsten Erwachsenen zählten.

Abb. 17: *DDR-Bewertung nach „Ostdeprivation“⁶*
(in Prozent)



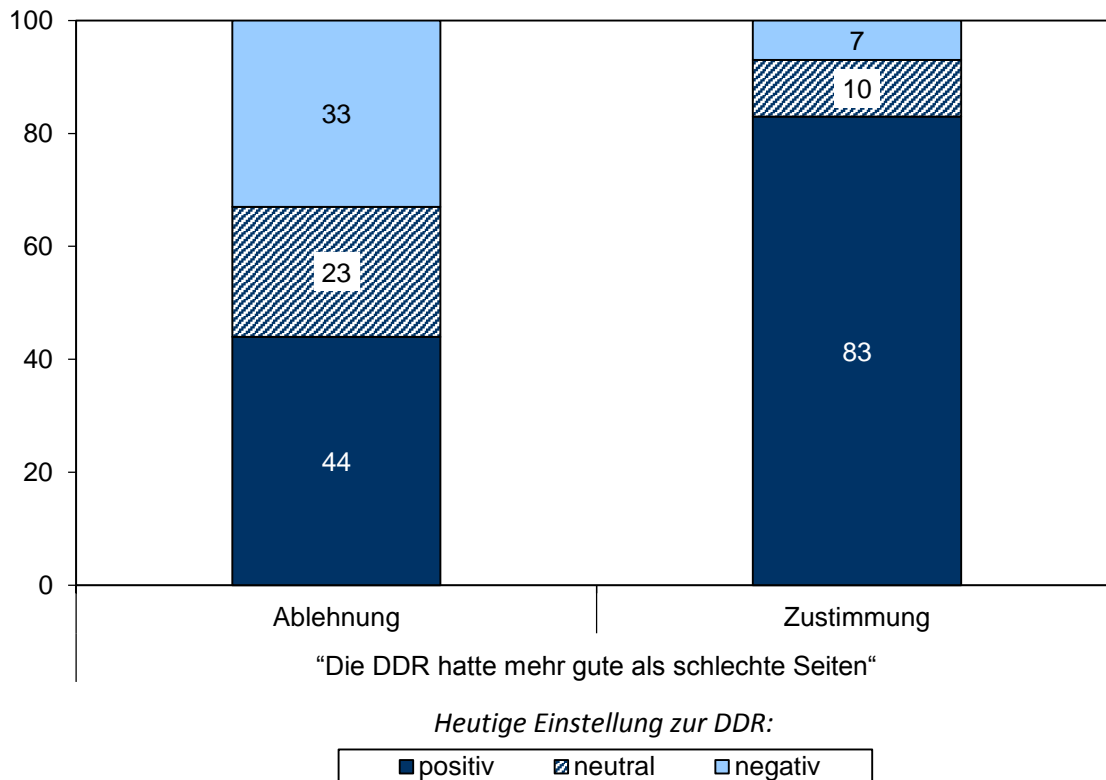
Zusätzlich wurden die Befragten 2007 darum gebeten, retrospektiv ihre Einstellung zur DDR in den achtziger Jahren zu berichten. Bei der Minderheit der Opfer des SED-Regimes⁷ war diese im Mittel signifikant schlechter, bei den Nicht-Opfern des SED-Regimes insignifikant besser als die „heutige“ (2007) Einstellung. Auch der THÜRINGEN-

⁶ Einschätzung, im Vergleich mit anderen weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, sowie Einschätzung, Westdeutsche behandelten Ostdeutsche als „Menschen zweiter Klasse“.

⁷ Antragsteller auf Rehabilitation und Entschädigung für in der DDR erlittenes Unrecht.

MONITOR 2005 berichtete von einem negativeren Bild der DDR zum Zeitpunkt der Befragung als dem Bild von der DDR, das sie nach eigener Angabe 1990 von der DDR hatten (vgl. TM2005: 28). Tendenziell und in der Selbstwahrnehmung scheint sich das DDR-Bild bei den Befragten mit wachsendem historischen und biographischen Abstand in vielen Facetten verdunkelt zu haben. Allerdings ist die retrospektive Abfrage ehemaliger Einstellungen stets fehleranfällig; besonders jedoch dann, wenn ein Zeitraum von anderthalb Jahrzehnten zu überbrücken ist. Die Erinnerung an die negativen Seiten der DDR scheinen jedoch – summa summarum – zunehmend zu verblassen und immer weniger das Gesamturteil der Thüringer_innen über die DDR zu beeinflussen, solange nicht spezifische Aspekte der DDR thematisiert werden (vgl. Kapitel III.2).

Abb. 18: *Heutige Einstellung zur DDR nach Einschätzung „DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ (in Prozent)*



Abgesehen von den dargestellten Bewertungsdifferenzen zwischen der Erlebnisgeneration und der Nicht-Erlebnisgeneration hinsichtlich der heutigen Einstellung zur DDR bewerten niedrig qualifizierte und / oder arbeitslose Befragte sowie Arbeiter_innen die DDR überdurchschnittlich positiv. Dies zeigt Bezüge zu sozialstrukturellen Benachteiligungsstrukturen und subjektiv empfundener, individueller und kollektiver (spezifisch ostdeutscher) Deprivation (als „Wendeverlierer“) auf, die sich in ähnlicher Form auch in den Antwortmustern dieser Befragtengruppen zu anderen globalen Aussagen über die DDR und zum Realsozialismus ausdrücken (Abb. 17, 24, 25). Die auffällig verbreitete DDR-Nostalgie und retrospektive Sozialismusaffinität in der Thüringer Bevölkerung kann nur teilweise auf die Tatsache zurückgeführt werden, dass sich viele Befragte als materielle

Abb. 19: *Heutige Einstellung zur DDR nach persönlicher Bilanz der deutschen Einheit (Vorteile/Nachteile)*
(in Prozent)

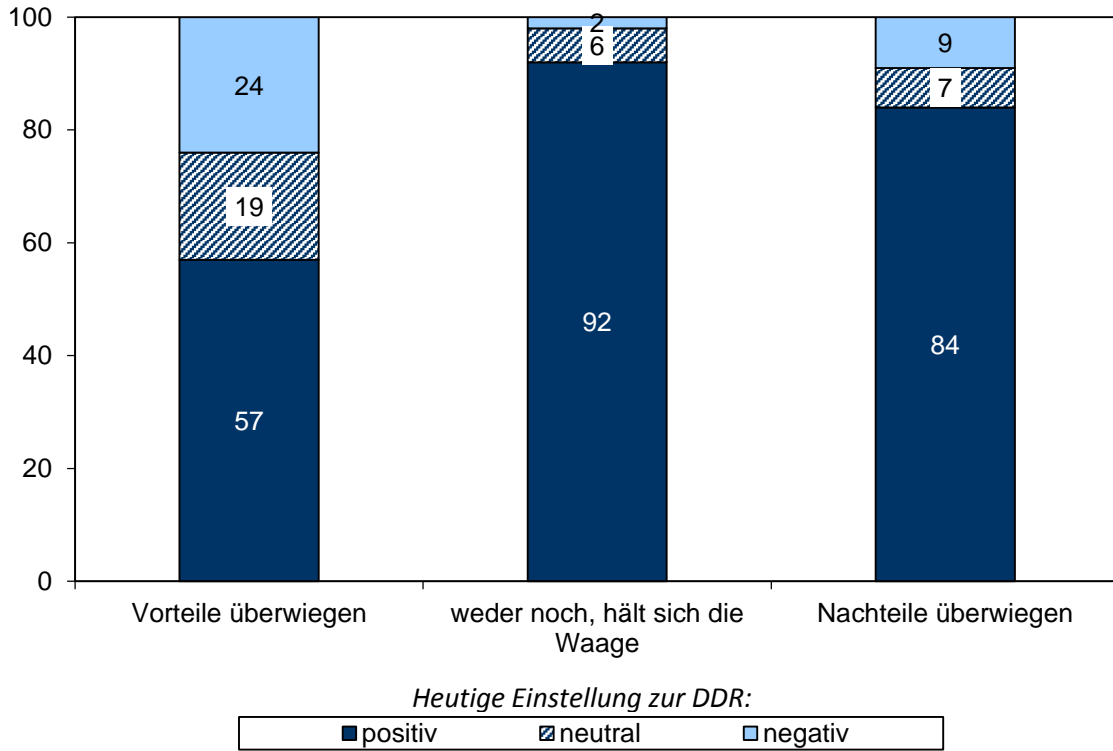


Abb. 20: *Heutige Einstellung zur DDR nach Bilanz der deutschen Einheit für Ostdeutschland (Vorteile/Nachteile)*
(in Prozent)

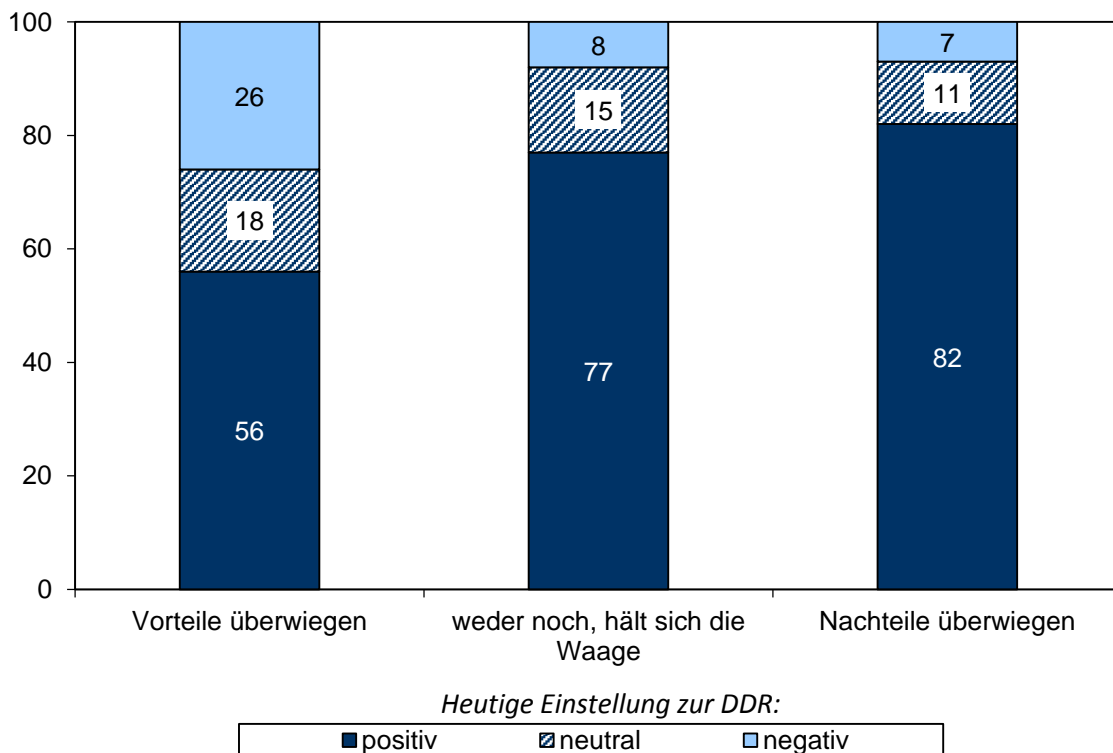


Abb. 21: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“, 2001–2015
(in Prozent)

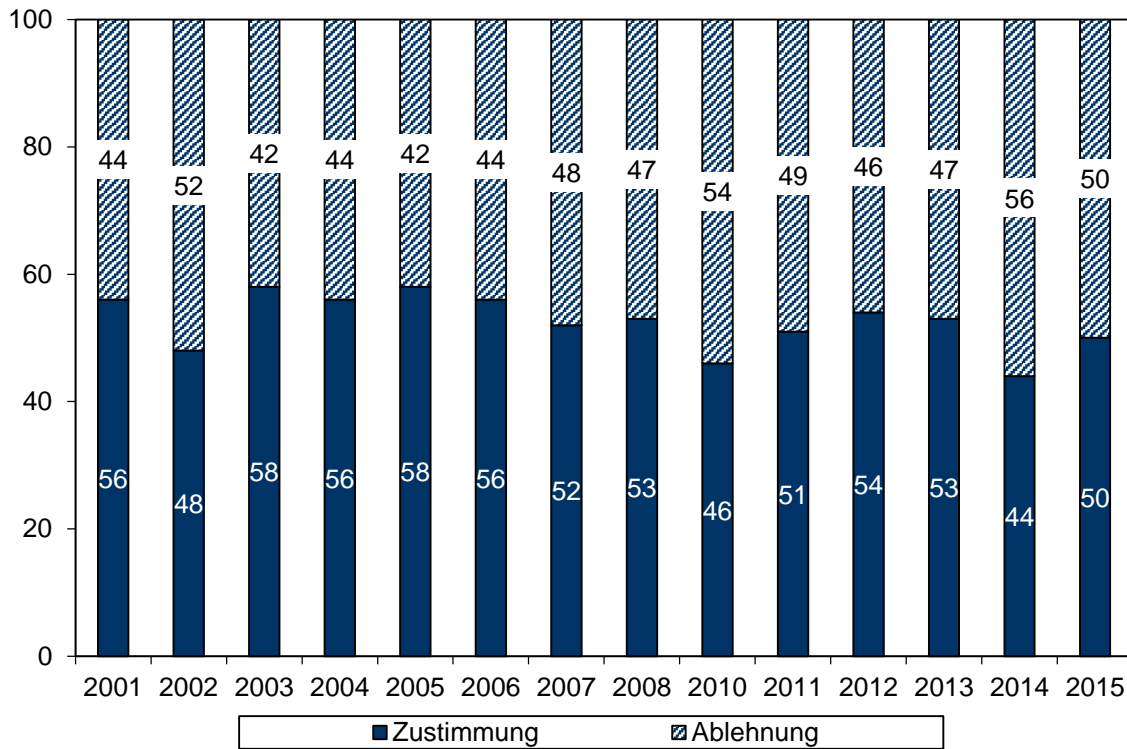
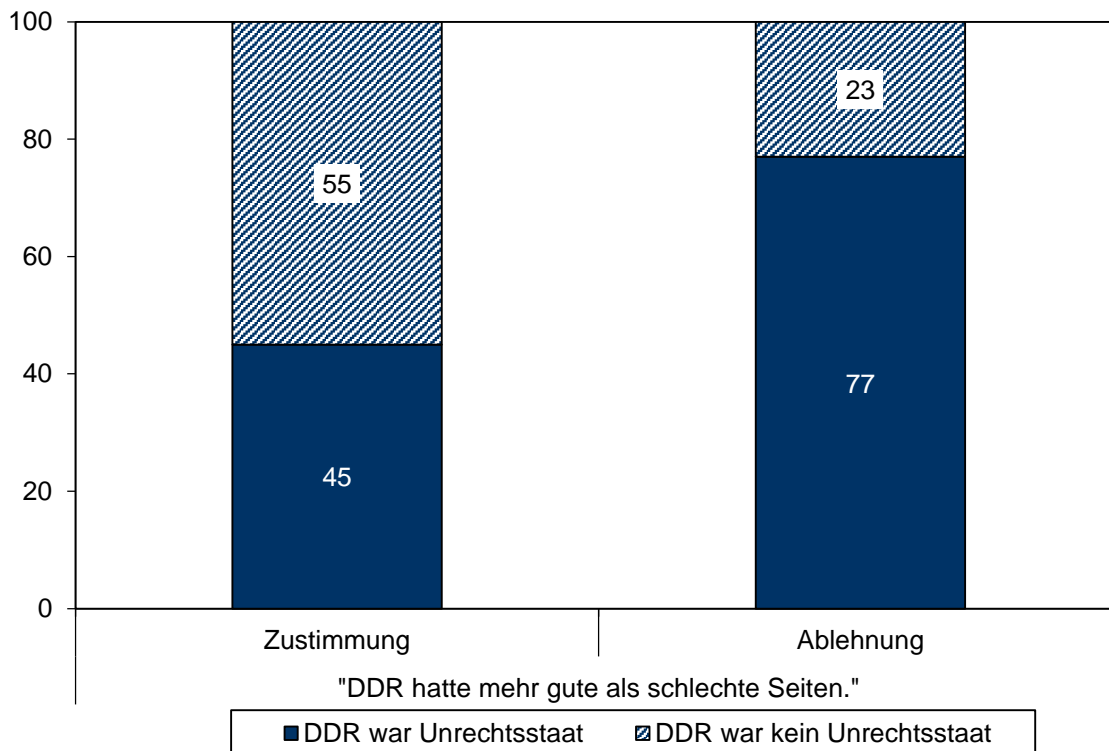


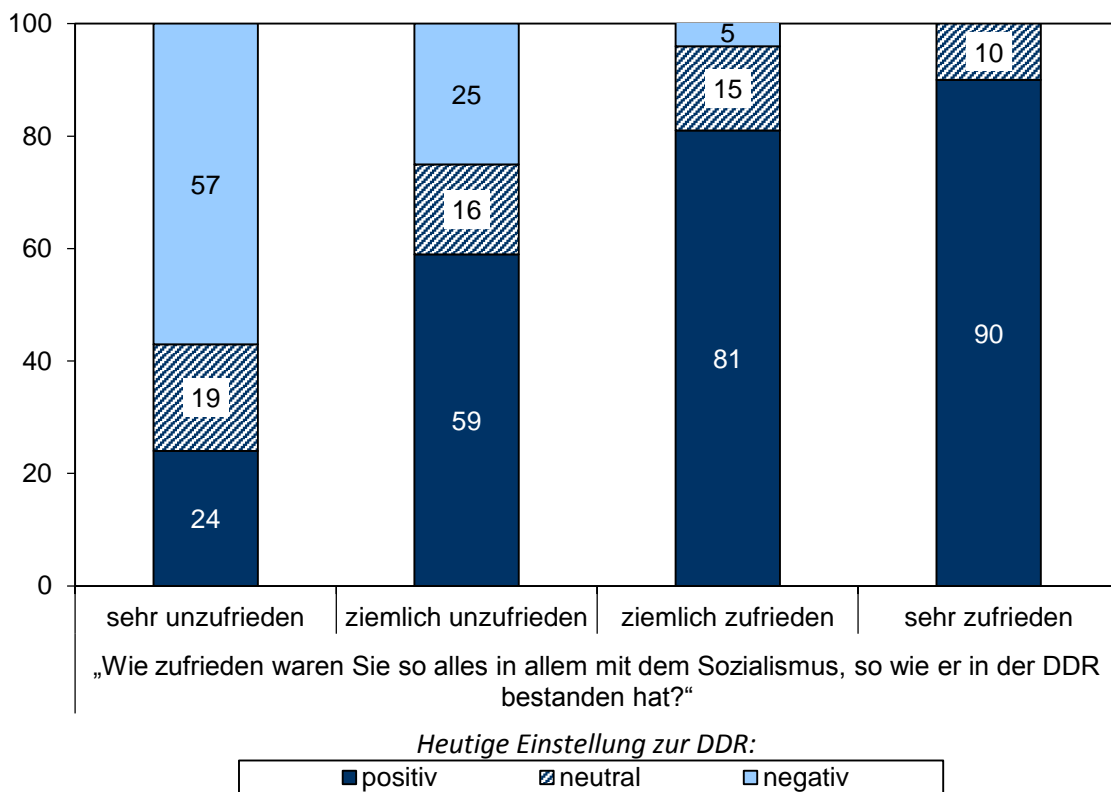
Abb. 22: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ und Bewertung der DDR als Unrechtsstaat
(in Prozent)



oder symbolische Verlierer_innen der Einheit betrachten oder sich an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen. Vielmehr existiert in sämtlichen Befragtengruppen eine ausgeprägte Tendenz zur positiven Einstellung gegenüber DDR und zur Zufriedenheit mit dem Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ bzw. zur Idee des Sozialismus. Dies gilt selbst dann, wenn z.B. weder der Aussage, die „DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“, zugestimmt (Abb. 18) noch eine überwiegend negative Einheitsbilanz vorgenommen (Abb. 19) noch eine Rückkehr zum Sozialismus gewünscht wurde (Abb. 27).

Ungeachtet eines hohen Sockels positiver Urteile existiert aber ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der globalen DDR-Bewertung und der Bilanzierung individueller und kollektiver Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit (vgl. Kapitel III.6).

Abb. 23: *Heutige Einstellung zur DDR nach Beurteilung des Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ (nur Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)



Die Einschätzung, dass die DDR „mehr gute als schlechte Seiten“ hatte, hat über den Zeitverlauf trendlos fluktuiert (Abb. 21; vgl. auch TM2014: 61 f.). Während 2001 eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten zustimmte, sind es in diesem Jahr immer noch 50 Prozent. Zwischen Befragten unterschiedlicher Alterskohorten bestehen hinsichtlich dieser Einschätzung keine Differenzen. Statistisch betrachtet senkt die Bewertung der SED als Unrechtsstaat (Kapitel III.2) die Tendenz, eine positive Bilanz der DDR vorzunehmen, allerdings gibt es jeweils große Minderheiten, bei denen sich die „DDR-Bilanz“ und die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat paradoxal überkreuzen (Abb. 22). Dies verweist darauf, dass die meisten Befragten eine lebensweltlich-biographisch geprägte, entpolitisierte Globalbewertung der DDR vornehmen (vgl. Kapitel III.4).

Abb. 24: *Zufriedenheit mit dem Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ (nur Erlebnisgeneration) 2005, 2015 (in Prozent)*

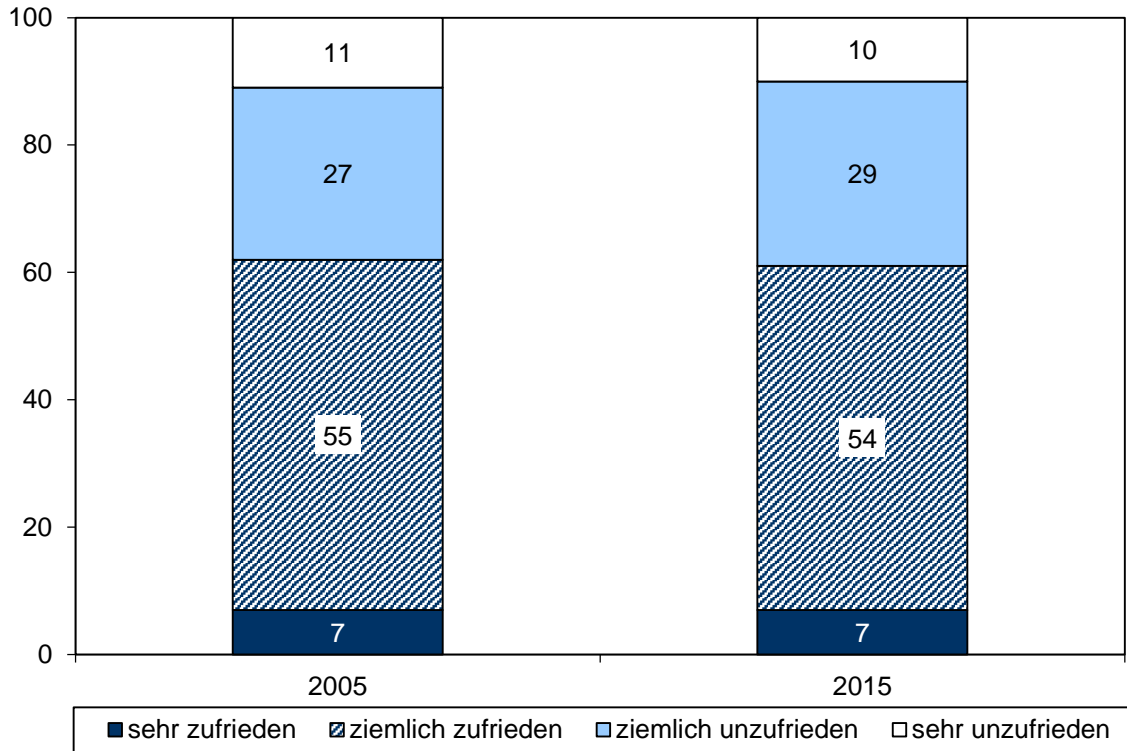


Abb. 25: *„Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration (ja/nein) (in Prozent)*

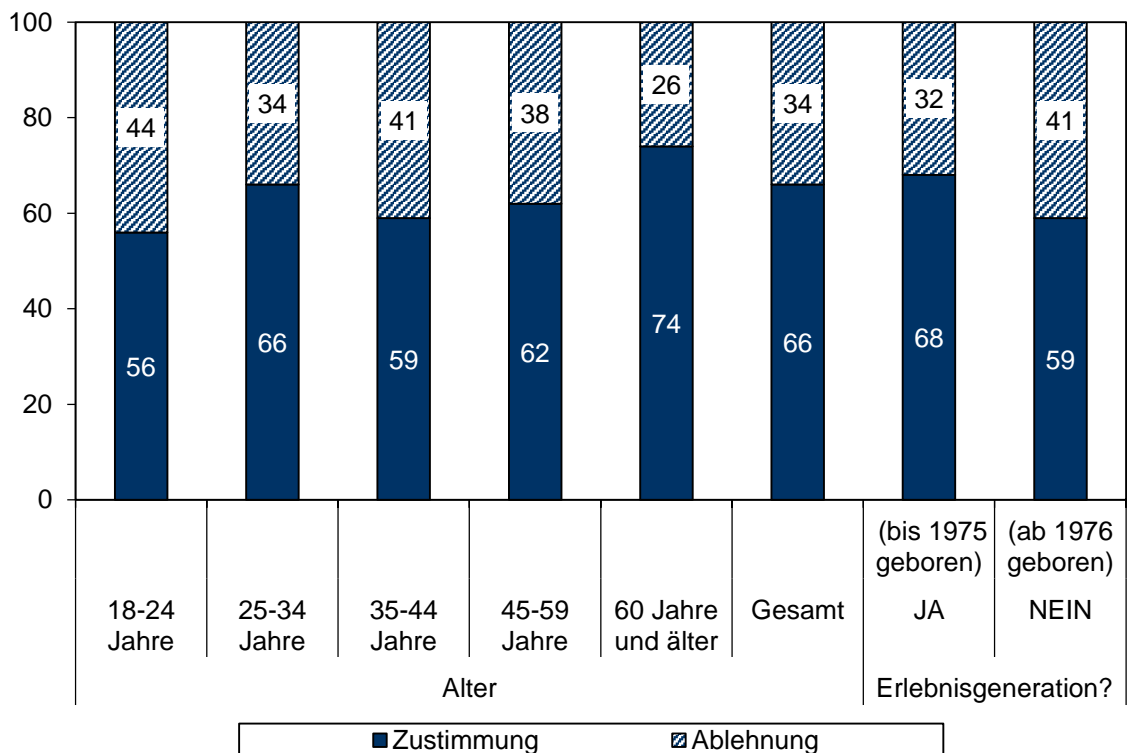


Abb. 26: „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ 2003–2015
(in Prozent)

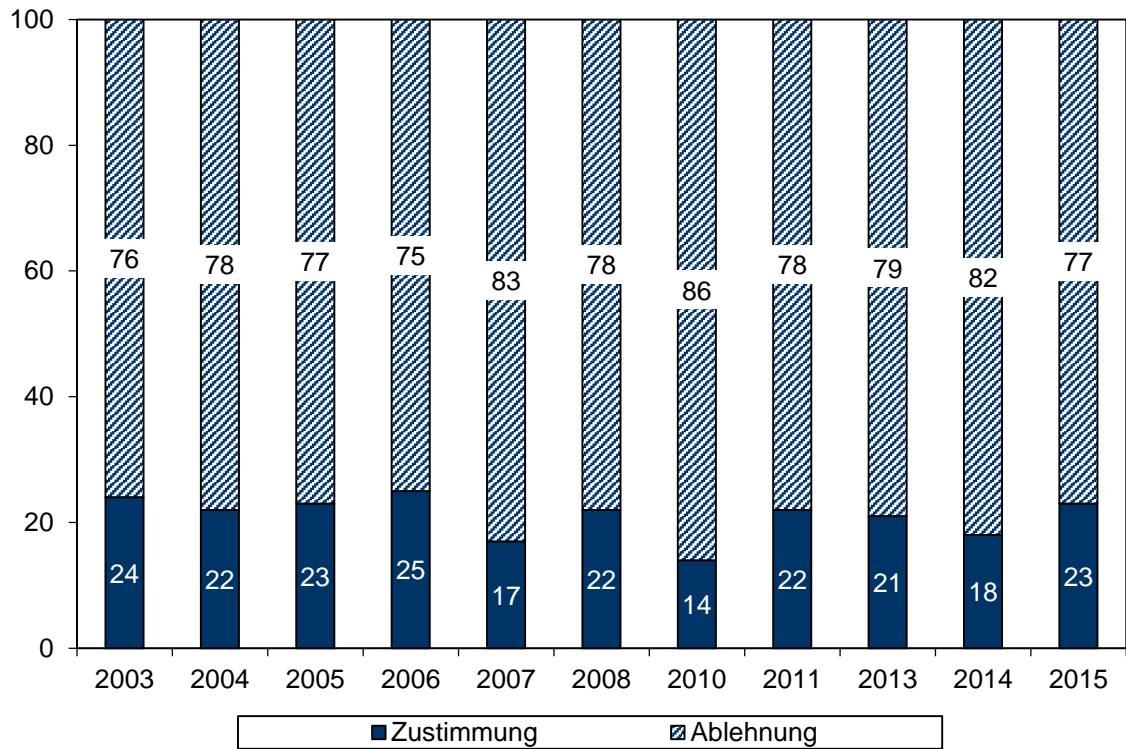
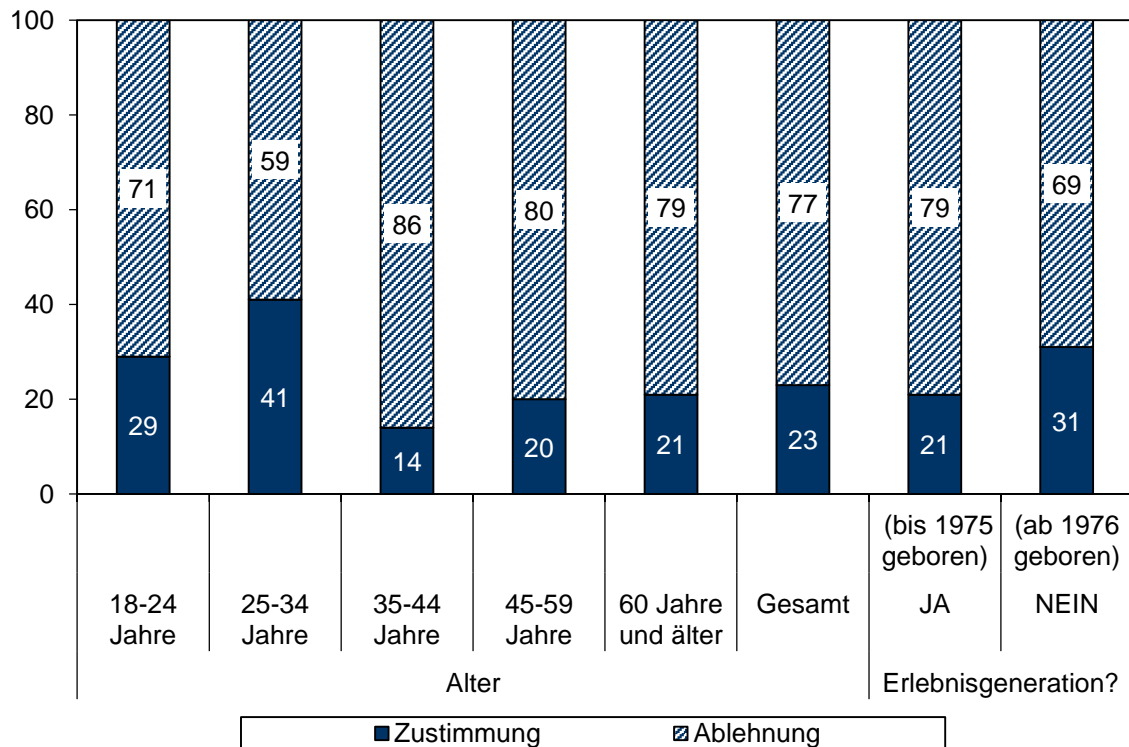


Abb. 27: „Rückkehr zum Sozialismus“ nach Alter bzw. Zugehörigkeit zur Erlebnisgeneration
(in Prozent)



Ein positives Urteil über die DDR ist typischerweise mit einer hohen Zufriedenheit mit dem realexistierenden Sozialismus verbunden (Abb. 23). Diese Bewertung des Realsozialismus in der DDR hat sich im Zeitverlauf offenbar nicht verändert (Abb. 24). Auch die Einstellung, der Sozialismus sei eine „gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde“ wird nach wie vor von einer großen Mehrheit der Befragten unterstützt (Abb. 25); allerdings von der (DDR-kritischeren) Nicht-Erlebnisgeneration signifikant seltener als von der Erlebnisgeneration. Eine im Zeitverlauf weitgehend stabil gebliebene Minderheit von Befragten befürwortet eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ (Abb. 26). Unter Befragten der Erlebnisgeneration, die mit dem Sozialismus, „so wie er in der DDR bestanden hat“ sehr zufrieden waren, befürworteten 44 Prozent die Rückkehr zum Sozialismus. Insgesamt befürworteten 21 Prozent der Befragten der Erlebnisgeneration eine „Rückkehr zum Sozialismus“, aber sogar 31 Prozent der jüngeren Befragten der Nicht-Erlebnisgeneration (vgl. Abb. 27). Hier dürfte die jugendliche Utopie einer demokratisch-egalitären Gesellschaft bestimmend sein und weniger ein konkreter (Rück-)Bezug zum historischen Realsozialismus.

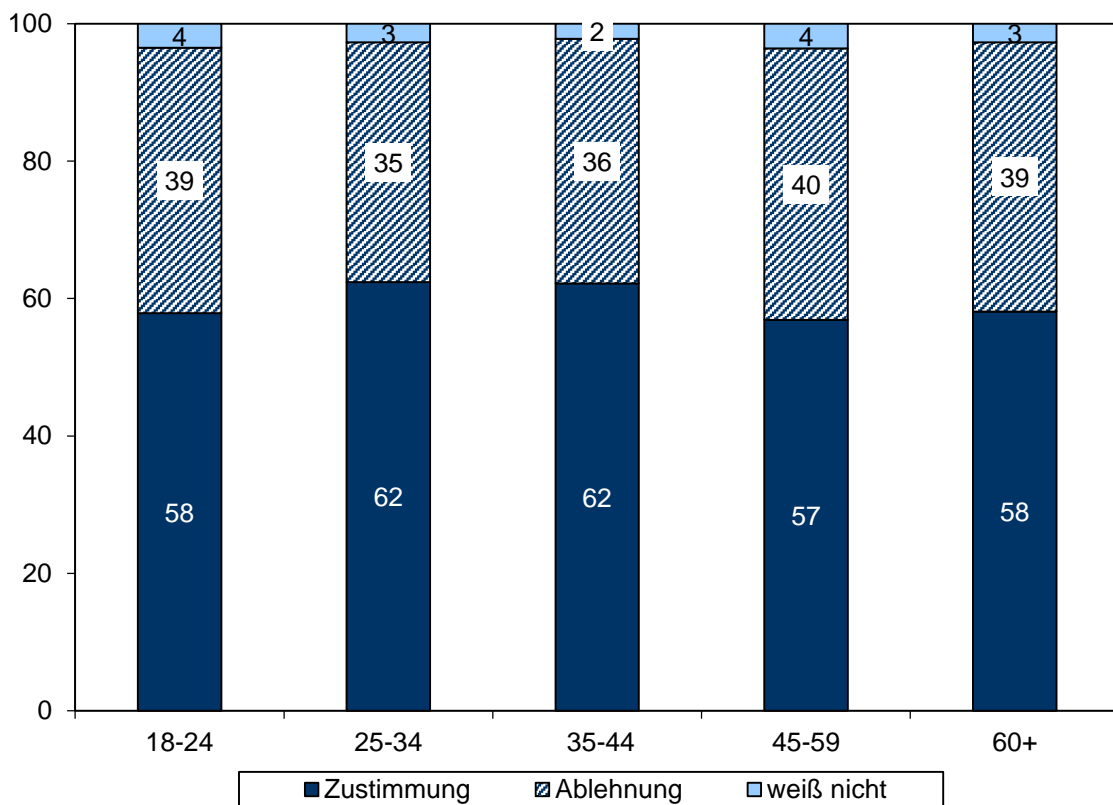
2. Unrechtsstaat DDR?

Die Einschätzung, dass es sich bei der DDR um einen Unrechtsstaat gehandelt habe, wird von einer deutlichen Mehrheit (61 Prozent) der Befragten geteilt (Abb. 28) Gegenüber der Messungen in den THÜRINGEN-MONITOREN 2006 (51 Prozent) und 2014 (54 Prozent) ist also eine Zunahme kritischer Diktaturbewertung zu konstatieren. Allerdings ist fraglich, inwieweit diese Relativierung der DDR als Ausdruck individueller bzw. kollektiver Geschichtsvergewisserung tatsächlich im Sinne einer emotionalen Distanzierung von der DDR interpretiert werden kann. So bezeichnen viele Befragte die DDR als Unrechtsstaat, während sie die DDR (vermutlich aus ihrer lebensweltlich-biographischen und damit selektiven Perspektive) insgesamt als positiv bewerten. Hier kann mit Befunden einer deutschlandweiten repräsentativen Bevölkerungsbefragung (im Herbst 2014) des Zentrums für Sozialforschung Halle (Saale) zum Thema „25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ verglichen werden (Holtmann et al. 2015: 25): „70 Prozent der Ostdeutschen sind überzeugt, dass das politische System der DDR eine Diktatur war. Dass die DDR ebenso ein „Unrechtsstaat“ gewesen ist, meinen mit 46 Prozent hingegen deutlich weniger. Diese Zurückhaltung erklärt sich psychologisch wohl daraus, dass viele Ostdeutsche fürchten, Teile ihrer eigenen Biografie zu entwerten, wenn sie zustimmen, dass die DDR zu einem Synonym für Unrecht erklärt wird. Die westdeutsche Bevölkerung schätzt insgesamt den Willkürcharakter des DDR-Regimes und seine Demokratie-unverträglichkeit deutlich kritischer ein.“

Die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat durch die Thüringer Befragten ist sowohl durch ihre (direkte oder indirekte) Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung im SED-Regime als auch durch ihre Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage und der deutschen Einheit beeinflusst. Fast ein Viertel der Befragten aus der Erlebnisgeneration berichten, sie seien persönlich von staatlicher Willkür oder Benachteiligung

in der DDR betroffen gewesen (Abb. 29). 51 Prozent der Befragten aus der Erlebnisgeneration gaben eine direkte (persönliche) oder indirekte (von Familienangehörigen, Freund_innen oder Bekannten) Betroffenheit an; 46 Prozent der Befragten aus der Nicht-Erlebnisgeneration eine indirekte Betroffenheit. Die indirekte Betroffenheit ist in der Erlebnisgeneration und der Nicht-Erlebnisgeneration gleich ausgeprägt; hier deuten sich also keine „intergenerationalen Informationsverluste“ zur DDR-Vergangenheit im sozialen Umfeld jüngerer Befragter an. Befragte der Erlebnisgeneration, die eigene Betroffenheit berichten, bewerten die DDR im Durchschnitt signifikant negativer (arithm. Mittelwert 0) als Befragte, die nicht persönlich betroffen waren; bei ihnen (arithm. Mittelwert 2,3) fällt die globale DDR-Bewertung deutlich günstiger aus als bei den Befragten insgesamt (arithm. Mittelwert 1,3; s.o.).

Abb. 28: *Bewertung der DDR als Unrechtsstaat nach Alter*
(in Prozent)



Auch die von Familienangehörigen und Freund_innen oder Bekannten erlebte Benachteiligung oder staatliche Willkür dämpft die DDR-Bewertung der Befragten der Erlebnisgeneration in ähnlichem Maße. Jeweils etwa ein Drittel der Befragten der Nicht-Erlebnisgeneration gibt an, Familienangehörige bzw. Freund_innen oder Bekannte seien betroffen gewesen. Ihre Bewertung der DDR wird durch diese ihnen bekannten Erfahrungen im näheren sozialen Umfeld allerdings nur geringfügig verschlechtert; insbesondere die Erzählungen von Eltern und Großeltern scheinen hier maßgebend zu sein, während das Schicksal von Freund_innen und Bekannten keinen signifikanten Einfluss auf die heutige Einstellung zur DDR hat.

Die persönliche Betroffenheit der Befragten bzw. die ihrer Angehörigen und Bekannten erhöht allerdings deutlich die Tendenz der Zustimmung zur Aussage, dass die DDR ein Unrechtsstaat gewesen sei, welche wiederum stärker mit einer negativeren heutigen Einstellung zur DDR verknüpft ist (Abb. 30 und 31). Irritierend ist dabei jedoch, dass auch große Minderheiten der Befragten mit unmittelbarer oder mittelbarer Verfolgungserfahrung noch die Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ zurückweisen; außerdem fällen viele Thüringer_innen trotz ihrer Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ eine insgesamt positive DDR-Bilanz. Alltagsweltliche und soziale Aspekte scheinen retrospektiv ausschlaggebendere Beurteilungskriterien für die SED-Diktatur zu sein als politische und persönliche Freiheitsrechte: Es war eben „nicht alles schlecht“. In dieser Selektivität offenbart sich gewissermaßen eine kognitive Dissonanz, die, wie wir an anderer Stelle zeigen können, einer Diktaturverharmlosung den Weg bereitet. Einschränkend muss jedoch beachtet werden, dass genauere Umstände und die Intensität der Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung im THÜRINGEN-MONITOR nicht abgefragt wurden. Eine negative Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage und der deutschen Einheit senkt signifikant die Tendenz, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen (Abb. 32). Die nach dem Untergang der Diktatur verloren gegangene soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit, mit der die DDR hauptsächlich assoziiert wird, lässt die Erinnerung an die dunklen Seiten des SED-Regimes in den Hintergrund treten. In der Thüringer Bevölkerung besteht somit eine paradoxe Disparität positiver und negativer Erinnerungen an die Diktaturvergangenheit.

Abb. 29: *Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR (in Prozent)*

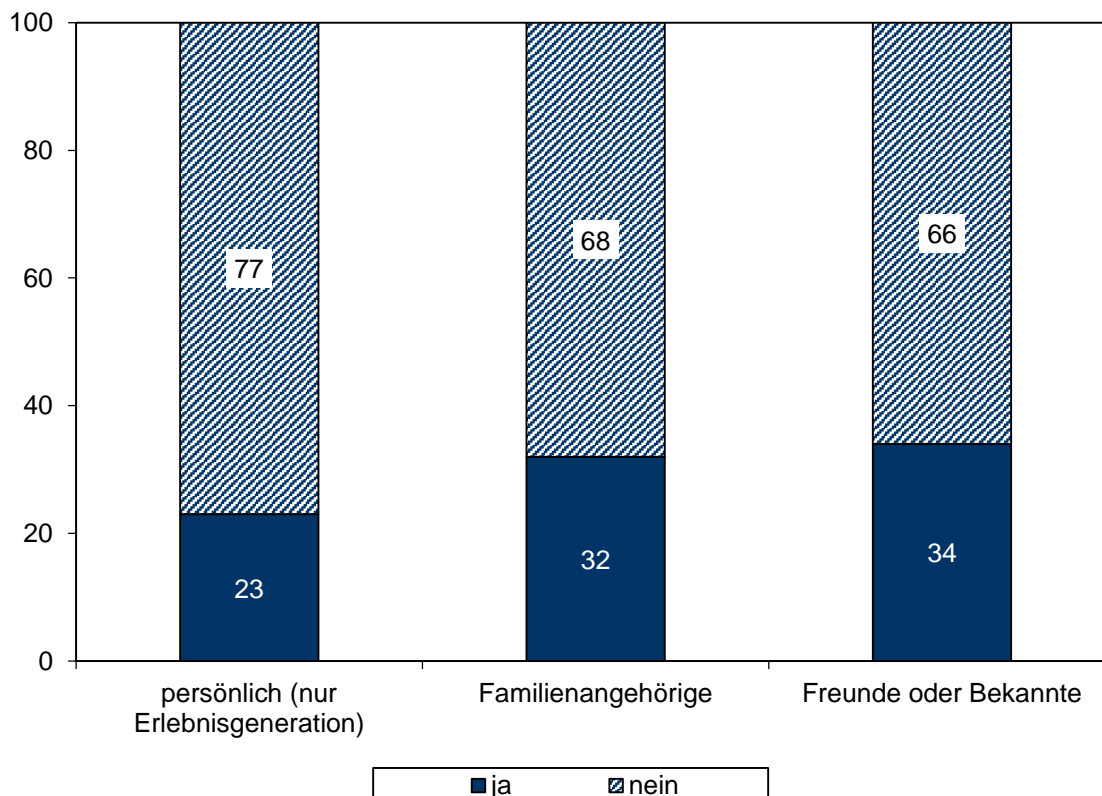
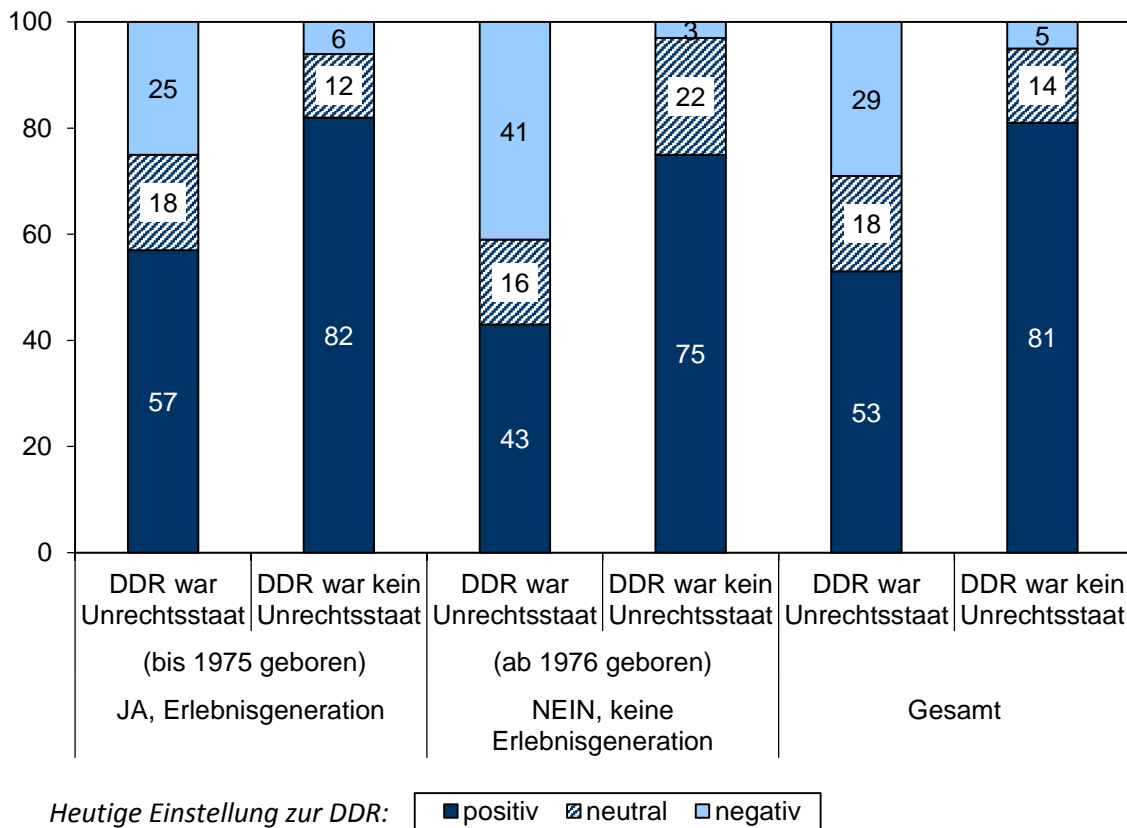


Abb. 30: *Heutige Einstellung zur DDR nach Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ und Zugehörigkeit zur Erlebnissgeneration (in Prozent)*



Auch die bereits erwähnte Studie „Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen“ (Best/Hofmann 2008) stellte den Zusammenhang zwischen berichteter Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR und signifikant schlechterer DDR-Bewertung heraus (ebd., S. 61). In der dazugehörigen repräsentativen Befragung (2007) wurde außerdem die Wahrnehmung bzw. Betroffenheit von „spezifischen Ungerechtigkeiten“ in der DDR durch die vor 1972 geborene Thüringer Bevölkerung abgefragt (ebd., S.50). Die Anteilswerte erreichen bei wahrgenommenen „Ungerechtigkeiten“ in der DDR bis zu 60 Prozent (Kontaktverbote zu Antragstellern von Ausreisearträgen oder zu Westverwandten), bei direkter oder indirekter Betroffenheit bis zu 38 Prozent (Zwangsmitgliedschaft in Massenorganisationen). Berufliche Benachteiligungen in der eigenen Biographie oder bei Verwandten und Freund_innen berichteten 19 Prozent der Befragten, die Benachteiligung an Schulen, die Nichtzulassung zu Abitur und Universitäten sowie psychische Einschüchterungen jeweils 17 Prozent der Befragten. Insgesamt lag 2007 der Anteil der vor 1972 geborenen Befragten, die eigene Benachteiligungen angaben, bei 14 Prozent (ebd., S.50). 36 Prozent der vor 1972 geborenen Befragten gaben 2007 eine eigene Benachteiligung in der DDR oder die von Verwandten oder Freund_innen an; mit 51 Prozent ist der Vergleichswert (für vor 1976 geborene Befragte) nun im THÜRINGEN-MONITOR 2015 deutlich erhöht (s.o.). Dies deutet darauf hin, dass im Zuge der zunehmenden historischen Auseinandersetzung mit der DDR in den letzten Jahren auch persönliche Schicksale im eigenen sozialen Umfeld stärker thematisiert wurden und eine Sensibilisierung stattgefunden hat.

Abb. 31: *Bewertung der DDR als „Unrechtsstaat“ nach Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR*
(in Prozent)

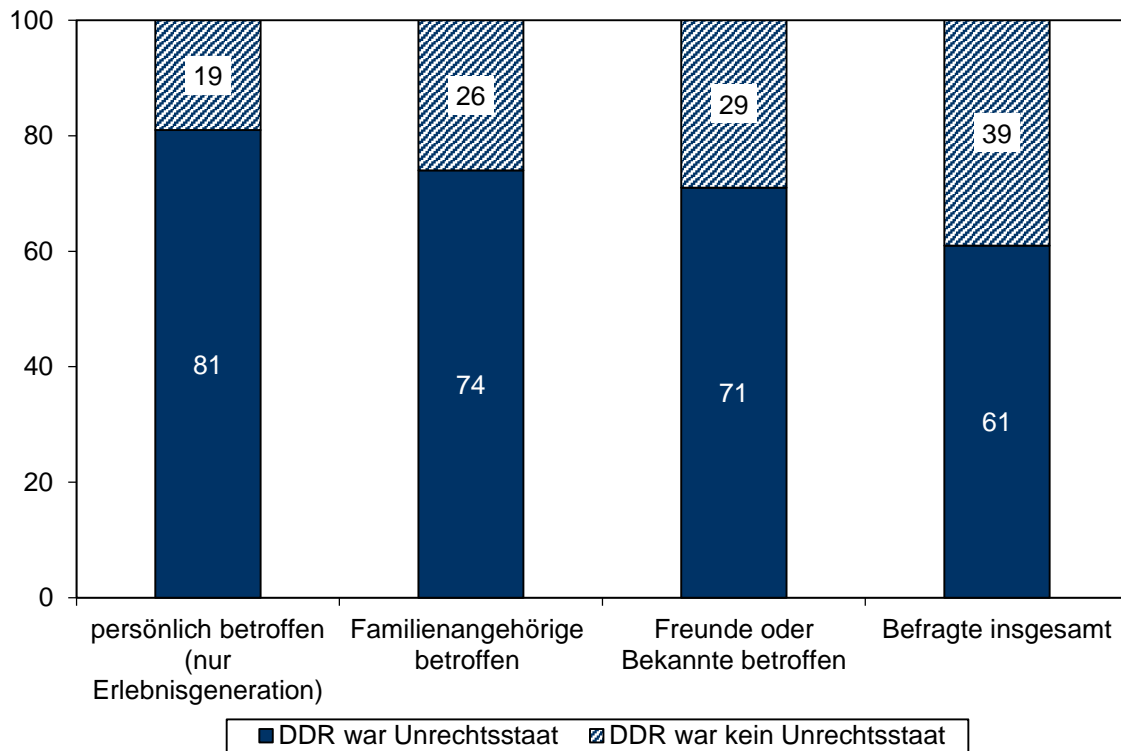
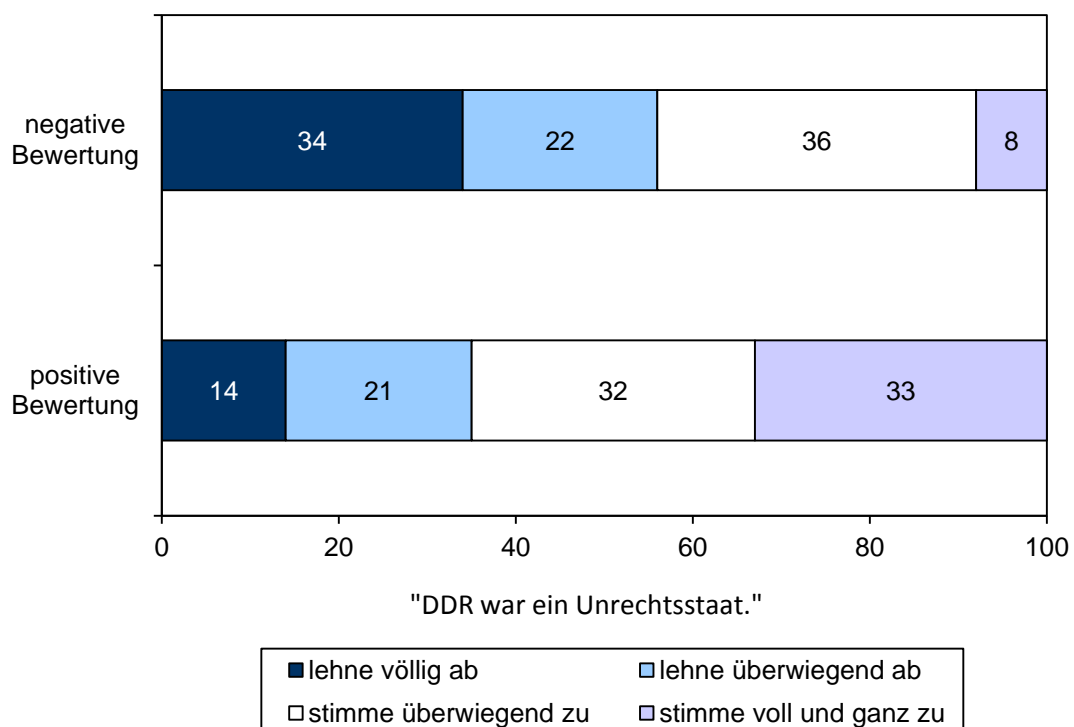


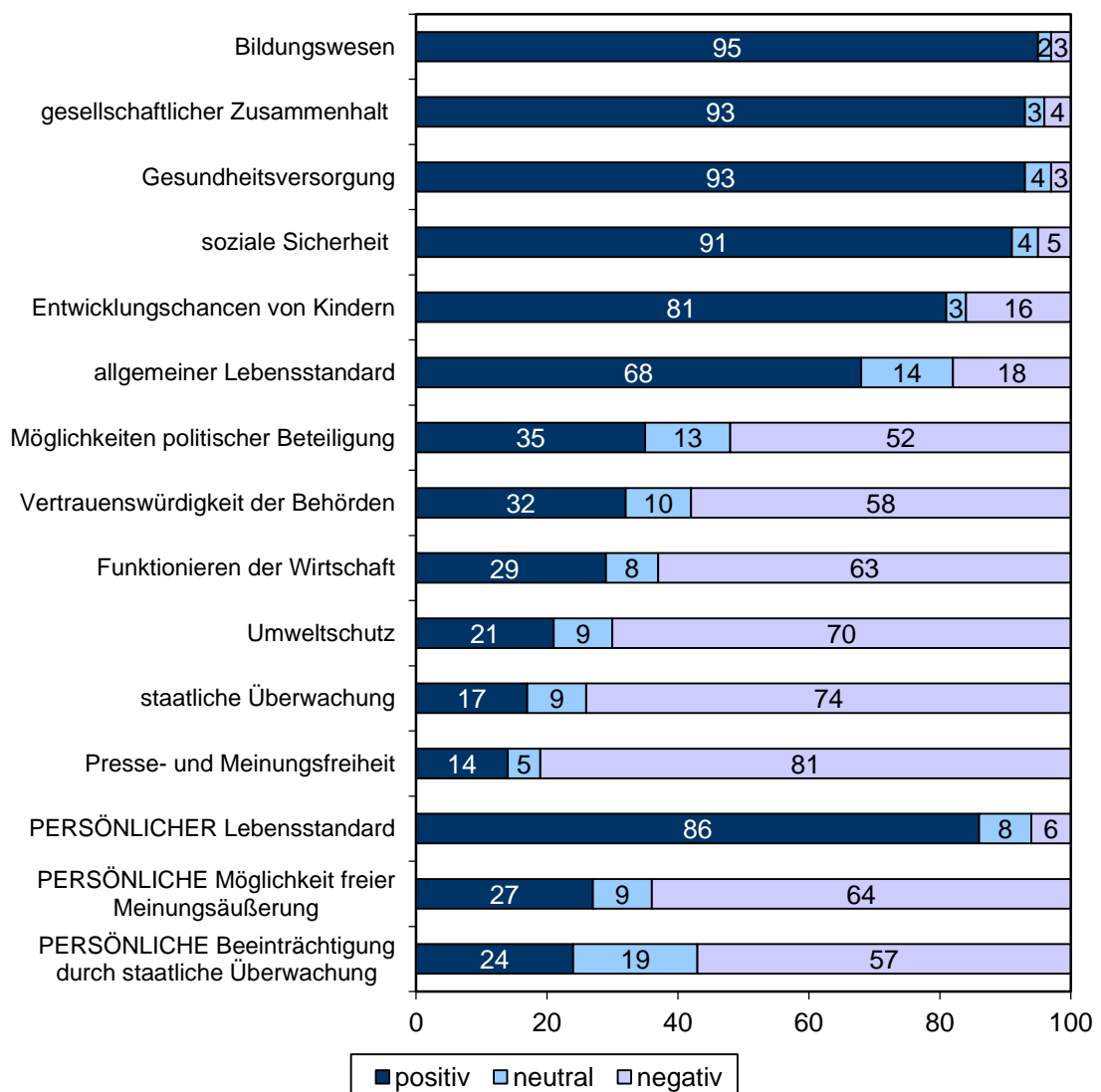
Abb. 32: *Einschätzung „Die DDR war ein Unrechtsstaat“ nach Bewertung der individuellen wirtschaftlichen Lage und der deutschen Einheit*
(in Prozent)



3. Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR

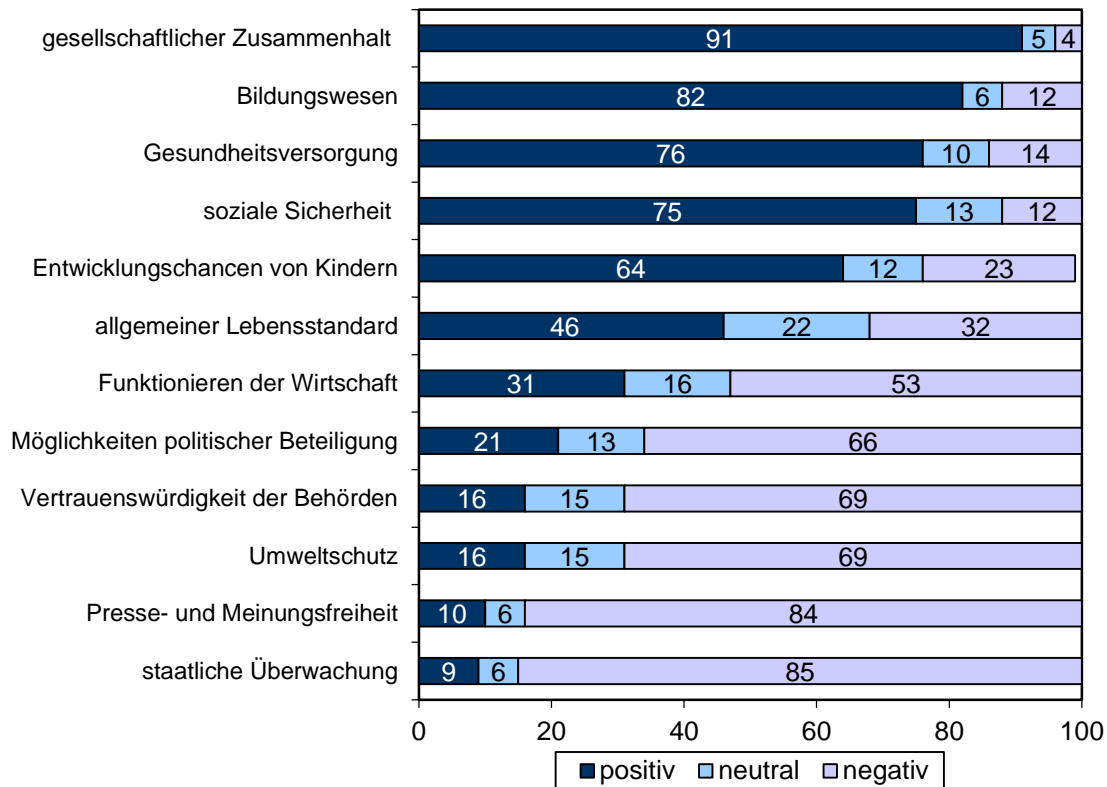
Auch für die Bewertung verschiedener politischer und gesellschaftlicher Aspekte in der DDR wurde eine elfstufige Antwortskala (+5 „sehr positiv“ bis -5 „sehr negativ“; vgl. FN 4) verwendet. Insgesamt wurden 15 Aspekte abgefragt, von denen sich allerdings drei nur auf die persönliche Erfahrung der Befragten der Erlebnisgeneration beziehen (Abb. 33). Bei der Auswahl der zwölf Lebensbereiche, die auch von jüngeren Befragten bewertet werden konnten, wurde auf inhaltliche Balance geachtet.

Abb. 33: *Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [gruppiert] (nur Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)



Auffällig ist die überwiegend positive Bewertung der Aspekte, die die sozialen, materiellen und egalitären Seiten der DDR repräsentieren. Selbst das „Funktionieren der Wirtschaft“ sowie Aspekte, die die Herrschaftsordnung des SED-Regimes thematisieren, werden noch von großen Minderheiten (oder zumindest Anteilen im zweistelligen Prozentbereich) der Befragten der Erlebnisgeneration positiv bewertet. Immerhin 24 Prozent der

Abb. 34: *Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [gruppiert] (nur Nicht-Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)



Befragten bewerten ihre persönliche Beeinträchtigung durch staatliche Überwachung positiv. Dies deutet darauf hin, dass die Überwachung als nicht besonders störend oder in den Folgen sogar als wohltätig empfunden wurde (z.B. Kriminalitätsbekämpfung durch Deutsche Volkspolizei und Staatssicherheit). Nicht auszuschließen ist jedoch auch, dass ein Teil der Befragten hiermit dem Vorwurf an die DDR als „Stasi-Staat“ eine Absage erteilen wollte. Markant ist auch, dass die persönliche Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und der persönliche Lebensstandard in der DDR positiver bewertet werden als die allgemeine Presse- und Meinungsfreiheit und der allgemeine Lebensstandard. Die subjektiv wahrgenommene Beeinträchtigung durch die diktatorischen Aspekte der DDR ist also signifikant geringer, was wiederum ein günstigeres Gesamturteil beeinflusst.

Das Antwortmuster der Befragten zu den 15 Aspekten weist gute interne Konsistenz auf⁸, allerdings spannen sich drei Dimensionen⁹ der DDR-Bewertung auf: Eine Hauptdimension¹⁰, die alle Aspekte repräsentiert; eine zweite Dimension¹¹, die stark durch die überdurchschnittlich positiv bewerteten Bereiche des Bildungswesens, der sozialen Sicherheit

⁸ Reliabilitätsanalyse: Interne Skalenkonsistenz („*Interrelatedness*“). Durchschnittliche Korrelation zwischen allen 15 Fragen (Items) *Cronbach's α_{sf}* = 0,873 *Cronbach's α* ist allerdings *kein* Maß für die Homogenität bzw. Eindimensionalität einer „Skala“.

⁹ Hauptkomponentenanalyse (Faktorenanalyse): Extraktion von drei Hauptkomponenten mit Eigenwert > 1; diese erklären zusammen 54,3 Prozent der Varianz.

¹⁰ Eigenwert 5,3. Erklärte Varianz 36,3 Prozent. Faktorladung (Korrelation des Items „Gesellschaftlichen Zusammenhalts“ mit der Hauptkomponente) = 0,482 (niedrigster Wert); alle anderen Faktorladungen zwischen 0,491 und 0,738 (Item „Vertrauenswürdigkeit der Behörden“).

¹¹ Eigenwert 1,6. Erklärte Varianz 10,8 Prozent.

und des Gesundheitswesens geprägt ist und eine dritte Dimension¹², die durch den überdurchschnittlich negativ bewerteten Umweltschutz bestimmt wird.

Hier zeigt sich, dass die Thüringer Befragten durchaus differenzierte Urteile fällen. Wenn die Einzelbewertungen der 15 verschiedenen Aspekte zu einer Gesamtbewertung der DDR verrechnet¹³ werden, fällt diese zwar insgesamt leicht positiv aus, bemerkenswerterweise jedoch deutlich schlechter als die globale Einzelbewertung „heutige Einstellung zur DDR“ (vgl. Kapitel III.1). Dies wiederum bedeutet, dass der stark verklärende Blick auf die DDR bei vielen Befragten auch der Erlebnisgeneration spürbar nachlässt, wenn sie sich mit konkreten Sachverhalten auseinandersetzen. Dann werden neben den positiv konnotierten DDR-Aspekten auch Erinnerungen an den Überwachungsstaat, an den Alltag in der SED-Diktatur, an die wirtschaftlichen und sozialen Probleme wachgerufen. Vermutlich ist das vergleichsweise günstige Pauschalurteil der „heutigen Einstellung zur DDR“ durch die unbewusste Überbewertung positiver Aspekte, durch die Verdrängung von Negativem, durch „Gedächtnisauswahl“ und durch den Vergleich zu negativ empfundenen Nachwendeentwicklungen teilbedingt. Das lässt sich auch daran ablesen, dass die globale „heutige Einstellung zur DDR“ nur moderat mit einer errechneten Gesamtbewertung der 15 Einzelaspekte korreliert ist.¹⁴

Noch geringere statistische Zusammenhänge bestehen zwischen dieser errechneten „durchschnittlichen Gesamtbewertung“ und der Beurteilung, ob die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte¹⁵, bzw. der Zufriedenheit mit dem „Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat“¹⁶. Bei jenen drei globalen Urteilen über die DDR wird demnach „aus dem Bauch heraus“ geantwortet, werden also eher stereotype Assoziationen aktiviert, die sich bei einer genaueren Betrachtung konkreter Aspekte und Lebensbereiche der DDR relativieren. Für das Pauschalurteil über die DDR sind hingegen nur bestimmte Aspekte ausschlaggebend, sowohl in positiver als auch in negativer Hinsicht: Messbaren Einfluss¹⁷ auf die globale DDR-Bewertung haben demnach in erster Linie die Bewertung des allgemeinen Lebensstandards in der DDR¹⁸, des persönlichen Lebensstandards¹⁹ und des

¹² Eigenwert 1,1. Erklärte Varianz 7,1 Prozent. Faktorladung des Items „Umweltschutz“ 0,596.

¹³ Mit Faktorladungen der 1. Hauptkomponente gewichteter Index aller 15 DDR-Bewertungs-Items.

¹⁴ Dies ist so zu verstehen, dass das aus den 15 Einzelaspekten errechnete Gesamturteil nur 37,8 Prozent der Varianz des Antwortverhaltens der „heutigen Einstellung zur DDR“ erklärt. Aufgrund der Einzelbewertungen ließe sich demnach nur eine unzureichende Aussage darüber treffen, wie wohl die „heutige Einstellung zur DDR“ ausfiele. Korrelation Pearson's $R=0,615^{***}$. Rangkorrelation Spearman's $\rho=0,608^{***}$.

¹⁵ Korrelation Pearson's $R=0,458^{***}$ (d.h. 21,0 Prozent erklärte Varianz). Rangkorrelation Spearman's $\rho=0,466^{***}$.

¹⁶ Korrelation Pearson's $R=0,488^{***}$ (d.h. 23,8 Prozent erklärte Varianz). Rangkorrelation Spearman's $\rho=0,492^{***}$.

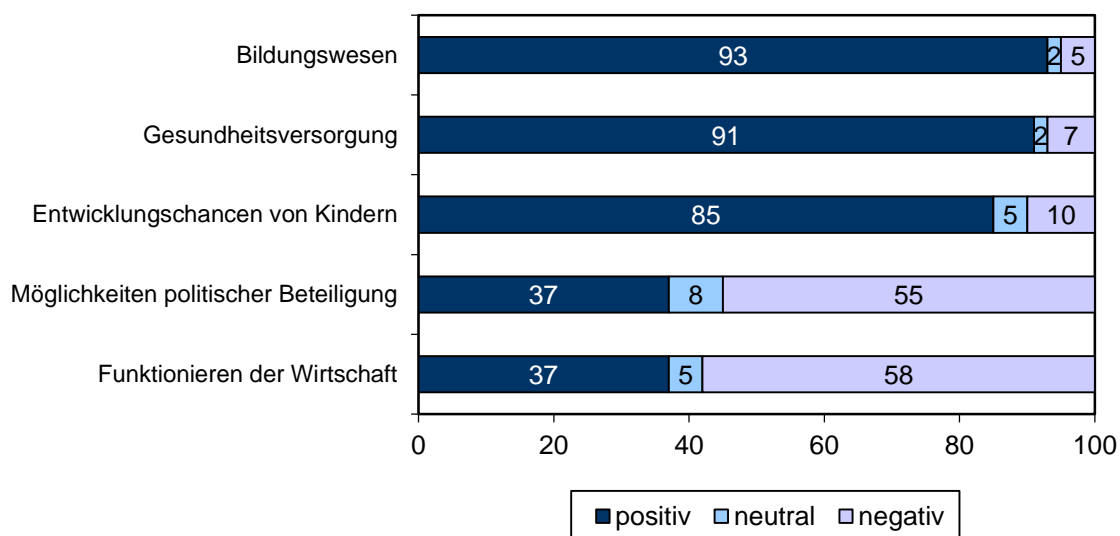
¹⁷ **Multiple lineare Regressionsanalyse** (OLS). Abhängige Variable: „Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR?“ (elfstufige Antwortskala von +5 (sehr positiv) bis -5 (sehr negativ)). Schrittweiser *Einschluss* von acht der 15 DDR-Bewertungsaspekte als unabhängige (erklärende) Variablen. Acht DDR-Bewertungsaspekte und des Alters der Befragten als Variablen *nicht aufgenommen*: Kein Effekt / kein Beitrag zur Varianzerklärung; automatischer *Variablenausschluss* bei fortschreitender Modellsättigung (maximaler Anteil erklärter Varianz). Acht Schritte bis zur Modellsättigung. Modellgüte: Multiple $R^2_{\text{con}}=0,475$ (Anteil erklärter Varianz der abhängigen Variablen).

¹⁸ Standardisierter Regressionskoeffizient $\beta_{\text{st}}=0,189^{***}$

¹⁹ $\beta_{\text{st}}=0,187^{***}$

gesellschaftlichen Zusammenhalts²⁰, gefolgt von der Bewertung der Vertrauenswürdigkeit der Behörden²¹, der Gesundheitsversorgung²², dem Funktionieren der Wirtschaft²³ sowie – mit deutlich geringerem Einfluss – der Möglichkeiten politischer Beteiligung²⁴ und der Entwicklungschancen von Kindern²⁵. Die Beurteilung zentraler Aspekte der Herrschaftsordnung der DDR, wie der staatlichen Überwachung, der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der persönlichen Meinungsfreiheit, haben keinen signifikanten Einfluss auf das Pauschalurteil.

Abb. 35: *THÜRINGEN-MONITOR 2005: Bewertung verschiedener Lebensbereiche in der DDR [Gruppierung Neuberechnet]²⁶ – absteigend nach Anteilswerten positiver Bewertung geordnet (nur Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)



Der durchschnittlich leicht positiven Bewertung aller DDR-Aspekte durch die Befragten der Erlebnisgeneration steht eine signifikant kritischere, durchschnittlich leicht negative Bewertung der DDR-Aspekte durch die Nicht-Erlebnisgeneration gegenüber (vgl. Abb. 34).²⁷ Besonders ihre Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit der Behörden, des Umweltschutzes und des allgemeinen Lebensstandards wirkt sich auf ihr globales DDR-Urteil aus.²⁸ Die Rangfolge der am häufigsten positiv bewerteten Aspekte ähnelt der Rangfolge der Bewertungen der Erlebnisgeneration (vgl. Abb. 33), allerdings rückt hier der Aspekt

²⁰ $\beta_{st}=0,173***$

²¹ $\beta_{st}=0,138***$

²² $\beta_{st}=0,128***$

²³ $\beta_{st}=0,103**$

²⁴ $\beta_{st}=0,089**$

²⁵ $\beta_{st}=0,087*$

²⁶ Vgl. FN 4). Zusammenfassung der elfstufigen Bewertungsskalen (+5 am positivsten bis -5 am negativsten). +5 bis +1: positiv. 0: neutral. -1 bis -5: negativ.

²⁷ Signifikanter Mittelwertsunterschied des mit Faktorladungen der 1. Hauptkomponente gewichteten Index der zwölf DDR-Bewertungs-Items, die sich an alle Befragten richteten (T-Test für unabhängige Stichproben).

²⁸ Regressionsanalytisch getestet (s.o.). Die drei genannten Bewertungsaspekte erklären zusammen 47,7 Prozent der Varianz des Antwortverhaltens zur Frage „Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR?“. Die anderen Aspekte der DDR-Bewertung haben keinen signifikanten Einfluss.

„gesellschaftliche Zusammenhalt“ an den ersten Platz. Die „Entwicklungschancen von Kindern“ werden von jüngeren Befragten (die heute von der Bildungsexpansion nach der Vereinigung profitieren) häufiger negativ bewertet als durch ältere Befragte. Auch die auf die Herrschaftsordnung bezogenen Aspekte – besonders die staatliche Überwachung – werden deutlich seltener positiv bewertet als von Befragten der Erlebnisgeneration. Hier haben offenbar DDR-kritische Zeitzeugnisse, Erzählungen der Erlebnisgeneration und der Geschichtsunterricht im vereinten Deutschland seine Spuren hinterlassen (s.u.). Nur die Unterschiede der Bewertungen zwischen Erlebnis- und Nichterlebnisgeneration bezüglich der Presse- und Meinungsfreiheit und dem Umweltschutz sind nicht statistisch signifikant.²⁹

Fünf der zwölf diskutierten Aspekte der DDR-Bewertung (genereller Art, nicht jene zur persönlichen Betroffenheit bzw. Beeinträchtigung) wurden bereits im THÜRINGEN-MONITOR 2005 erhoben und diskutiert (vgl. TM2005: 39); die damaligen Antworten wurden nun zu Vergleichszwecken neu ausgewertet (Abb. 35).³⁰ Bemerkenswert ist, dass sich die Rangfolge der am häufigsten positiv bewerteten Aspekte nicht verändert hat und auch die jeweiligen Anteilswerte der positiven bzw. negativen Bewertungen relativ stabil geblieben sind. Nur geringfügig verschlechtert haben sich die Bewertungen der Entwicklungschancen für Kinder in der DDR und der Möglichkeiten der politischen Beteiligung in der DDR, aber nicht z.B. die Bewertung der Wirtschaft der DDR.³¹ Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren: Das nach konkreten Aspekten bzw. Lebensbereichen der DDR differenzierte DDR-Bild der Thüringer Bevölkerung ist gleich (überwiegend positiv) geblieben, während sich das Pauschalurteil der „heutigen“ Einstellung zur DDR aufgehellt hat (vgl. Kapitel III.1). Für andere Bewertungsaspekte, die im THÜRINGEN-MONITOR 2015 neu erhoben wurden, finden sich gute Vergleichsdaten von 2007 aus der Thüringer „SED-Opfer“-Studie (s.o.; vgl. Best/Hofmann 2008: 46f.) Die einzelnen Bewertungen sind gegenüber 2007 jedoch so konstant geblieben, dass sich eine ausführliche Diskussion erübrigt. Nur das Gesundheitswesen der DDR und der allgemeine Lebensstandard in der DDR wurden von den Thüringer_innen 2007 noch signifikant negativer³² bewertet als 2015. Hier bieten sich Indizien auf die stärkere und kostenintensivere Inanspruchnahme eines überlasteten BRD-Gesundheitssystems durch die nun gealterte Erlebnisgeneration, die allerdings gegenüber der DDR sieben Jahre an Lebenserwartung gewonnen hat (vgl. Kapitel II). Vor dem Hintergrund des zunehmenden Ärztemangels, der steigenden finanziellen Selbstbeteiligung der Patient_innen und des heutigen Systems der gesetzlichen und privaten Krankenkassen („Zweiklassenmedizin“) wird das defizitäre, aber egalitäre, flächendeckende und für die damaligen Patient_innen kostenlose DDR-Gesundheitssystem offenbar idealisiert. Dies tut der Tatsache keinen Abbruch, dass eine Mehrheit der Thüringer_innen die gegenwärtige Gesundheitsversorgung gegenüber der DDR-Gesundheitsversorgung als verbessert beurteilt (vgl. Kapitel III.6). Die im Zeitverlauf häufiger positive Bewertung des allgemeinen Lebensstandards in der DDR verweist indessen auf

²⁹ Mittelwertunterschiede in T-Tests für unabhängige Stichproben geprüft.

³⁰ Vgl. FN 4).

³¹ Mittelwertunterschiede der elfstufigen Bewertungsskalen in T-Tests für unabhängige Stichproben geprüft.

³² Mittelwertunterschiede der elfstufigen Bewertungsskalen (+5 am positivsten bis -5 am negativsten).

eine zunehmende Ernüchterung der Thüringer_innen angesichts der immer noch wahrgenommenen Disparitäten der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Der partiell vorhandene, bewusste, kritische Blick auf die Schattenseiten des SED-Regimes und die Tendenz, die DDR intuitiv nostalgisch zu beurteilen, haben sich im Zeitverlauf weiter entkoppelt. Die fortschreitende Historisierung der vor 25 Jahren untergegangenen Gesellschaft geht mit einem auffällig milden Urteil der Erlebnisgeneration und einer paradoxal entpolitisierten DDR-Gesamtbewertung einher – dennoch sind sich die Meisten durchaus bewusst, dass damals in der DDR „nicht alles gut“ war (vgl. Kapitel III.4).

4. Gute Seiten, schlechte Seiten: Die DDR in eigenen Worten der Thüringer_innen

Im Anschluss an die Bewertung der Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“ wurde die Hälfte der Befragten im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR aufgefordert, die nach ihrer Ansicht „guten Seiten der DDR“ kurz mit eigenen Worten zu benennen. Diese Aufforderung erging zu Vergleichszwecken ausdrücklich auch an solche Befragte, die der DDR nicht mehr gute als schlechte Seiten attestiert haben. Insgesamt erfolgten 444 gültige Antworten. Wenig überraschend sind die häufigsten Nennungen solche, in denen die DDR positiv mit sozialer Sicherheit (besonders in Bezug auf die staatlichen Sozialleistungen, die Sicherheit der Arbeitsplätze bzw. die Abwesenheit von Arbeitslosigkeit – „Jeder hatte Arbeit“), mit dem gesellschaftlichem Zusammenhalt („weniger Egoismus“), mit der Kinderbetreuung, mit dem Bildungssystem und mit dem Gesundheitswesen assoziiert wird (vgl. Abb. 36, 37).

Abb. 36: *Wordcloud: Assoziationen zu „guten Seiten der DDR“*
(häufigste Wortnennungen sind am größten abgebildet; die Anordnung der Begriffe bzw. ihre Lage in der Grafik ist allerdings OHNE Bedeutung)



Diese Assoziationen erfolgten unabhängig von der individuellen DDR-Bilanz und thematisieren damit im Sinne einer Kontrastierung vornehmlich Aspekte, die in der Nachwendeentwicklung bzw. im Rahmen einer Einheitsbilanz (vgl. Kapitel III.6) typischerweise als defizitär benannt werden. In der Vorstellungswelt der Befragten wird auf diese Weise der bereits oben thematisierte Nimbus der DDR als sozial gerechter, egalitärer („Chancengleichheit“, „Schere zwischen Arm und Reich geringer“, „bessere Kinderförderung“) und hoch integrativer Gesellschaft explizit. Prozesse der sozialen Schließung und illegitime soziale Ungleichheit z.B. zwischen der privilegierten sozialistischen Kader-Elite und der „Arbeiterklasse“, die für die DDR konstatiert werden müssen (vgl. Best et al. 2012), werden nicht reflektiert; vielmehr wird – kontrafaktisch – von „guten Entwicklungsmöglichkeiten“ und „Aufstiegschancen“ „für alle“ ausgegangen. Das realsozialistische Gemeinwesen erscheint im kollektiven Sinnhorizont – analog zur ehemals propagandistisch überhöhten Funktion des SED-Staates – als universelle Instanz sozialer Fürsorge (besonders für Kinder und Familien), materieller und biographischer Absicherung („Alles war geregelt“, „kostenlos“) und damit als Ort vermeintlich harmonischen Alltagslebens und positiver biographischer Erfahrungen. Die DDR wird als Gesellschaft mit solidarischem, „menschlichem“ Antlitz erinnert, die den sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Ansprüchen und Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung entsprochen habe. Der Zwangscharakter des allgegenwärtigen Kollektivismus („Zusammenhalt politisch erzwungen“) und die damit verbundenen Einschränkungen der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Freiheitsrechte und der Selbstbestimmung geraten damit in den Hintergrund einer DDR-Gesamtbewertung.

Abb. 37: *Häufigkeit der Nennung verschiedener „guter Seiten“ nach DDR-Gesamtbilanz*
(in Prozent)

Kategorien der offenen Nennungen (nur Erstnennungen ³³)	„DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“		Gesamt
	Ablehnung	Zustimmung	
ARBEIT	12	11	12
BILDUNGSWESEN	22	28	25
GESUNDHEITSVERSORGUNG	14	5	9
GLEICHHEIT	1	3	2
KINDERBETREUUNG/ FAMILIENFÖRDERUNG	11	10	11
SOZIALE SICHERHEIT	19	16	17
SOZIALE ASPEKTE (UNSPECIFISCH)	9	3	6
ZUSAMMENHALT	9	13	11
SONSTIGES	1	4	3
ALLES	0	7	4
NICHTS	2	0	1

³³ Einige Befragte nannten mehrere der aufgeführten Aspekte. Hier wurde nur die jeweils erste Begriffs-nennung berücksichtigt.

Jene Kehrseiten des SED-Regimes werden von der Mehrheit der Befragten keineswegs negiert, jedoch in Hinblick auf ihre Alltagserfahrung abgespalten. Lediglich etwa vier Prozent der Befragten antworteten spontan, „alles“ in der DDR sei gut gewesen; doch auch nur ca. ein Prozent sagte, die DDR habe überhaupt „keine guten Seiten“ gehabt. Die überwiegende strukturrromantische Idyllisierung der DDR ist somit gleichsam ostdeutscher Konsens. Markant ist in diesem Zusammenhang ebenfalls, dass „Kriminalitätsbekämpfung“ und „Antifaschismus“ weiterhin der DDR verstärkt zu Gute gehalten werden: Gerade auf diesen Gebieten war die staatliche Propaganda, Mythenbildung und Medienberichterstattung der DDR sehr erfolgreich, tatsächliche gesellschaftliche Problemlagen (wie die ehemalige nationalsozialistische Verstrickung breiter Gesellschaftsschichten) schlichtweg zu negieren oder die Bevölkerung regelrecht zu desinformieren, beispielsweise indem Eigentumsdelikte (und andere Straftaten) typischerweise als (fast überwundene) Auswüchse „westlich-kapitalistischen“ Sittenverfalls und Ausdruck des Egoismus‘ „unsozialistischer Persönlichkeiten“ galten und keine öffentliche Kriminalitätsstatistik erfolgte („Weniger Drogen, Morde, Diebstähle“).

Abb. 38: *Wordcloud: Assoziationen zu „Erfahrungen aus der DDR-Zeit“*
(häufigste Wortnennungen sind am größten abgebildet; die Anordnung der Begriffe bzw. ihre Lage in der Grafik ist allerdings OHNE Bedeutung)



Zwischen Befragten, die der Aussage, die „DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ zustimmten, und jenen, die diese ablehnten, gibt es nur geringfügige Unterschiede im Antwortverhalten. Die starke Betonung der Vorzüge des DDR-Bildungswesens, der sozialen Sicherheit und des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist in beiden Befragtengruppen ausgeprägt. Auffällig ist, dass die Gesundheitsversorgung sowie unspezifische „soziale Aspekte“ signifikant häufiger von Befragten benannt wurden, die keine positive DDR-Bilanz ziehen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird von ihnen nicht so häufig genannt wie von DDR-affineren Befragten. Unter Umständen zeigt sich hierin eine relative Distanzierung, da z.B. das Gesundheitswesen als weniger ideologisch durchdringt galt als andere Bereiche.

Im Zusammenhang mit der Bewertung der DDR wurde im THÜRINGEN-MONITOR auch die Frage gestellt, ob die Befragten der Erlebnisgeneration in der DDR Erfahrungen gemacht haben, die sie für ihr heutiges Leben in Deutschland für besonders wichtig halten. 79 Prozent der Befragten der Erlebnisgeneration bejahten dies. Im Anschluss wurden diese Befragten wiederum um eine kurze Angabe jener Erfahrungen in freien Worten gebeten (Abb. 38). Aufgrund der 514 gültigen Nennungen ergab sich ein etwas ambivalenteres, differenzierteres Antwortmuster, da auch negative Erfahrungen aus der DDR geäußert wurden. So berichteten einzelne Befragte von der Notwendigkeit, „sich mit der Diktatur zu arrangieren“ und „improvisieren“ zu können, von ihrem Gefühl, „überwacht“ und „eingesperrt“ gewesen zu sein, von „Wendehälsen“ sowie von ihrer Wertschätzung für die später erlangte (Meinungs- und Reise-)Freiheit und die heutige Demokratie. Mehrheitlich haben die Befragten allerdings erneut positive Seiten ihres Lebens in der DDR herausgestellt („soziale Sicherheit“, „Gesundheitswesen“, „Gemeinschaftssinn“, „gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Zwischenmenschlichkeit“). Viele Assoziationen haben in erster Linie alltagsweltlichen Charakter (wie die Betonung der sozialen Integration durch „Familie“ und „Freundschaften“ indiziert); es handelt sich dahingehend also um biographische Resümees (einer trotz teilweise widriger Umstände gelungenen Lebenspraxis), weniger um eine (politische) Affinität zum DDR-Sozialismus.

5. Prägung des DDR-Bildes, nachwirkende Diktaturvergangenheit und historische Aufarbeitung

Vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse ist von hoher Relevanz, inwieweit die Befragten der Erlebnisgeneration ihr DDR-Bild auf eigenes Erleben, auf die Erzählungen von Eltern und Großeltern, von Freund_innen und Bekannten oder die Medienberichterstattung (bzw. populärwissenschaftliche Vermittlung von DDR-Zeitgeschichte) zurückführen. Befragte der jüngeren Nicht-Erlebnisgeneration wurden statt nach dem Einfluss eigenen Erlebens nach der Prägung ihres DDR-Bildes durch den Schulunterricht im vereinten Deutschland befragt (vgl. bereits TM2005: 46 f.).

Mit 79 Prozent geben fast vier von fünf Befragten der Erlebnisgeneration an, ihr DDR-Bild sei sehr stark oder stark durch ihr eigenes Erleben geprägt (Abb. 39). 41 Prozent nennen ihre Eltern und Großeltern als sehr starken oder starken Einfluss, 27 Prozent ihre Freund_innen und Bekannten. Lediglich 17 Prozent sind der Auffassung, die Medienberichterstattung habe ihr DDR-Bild sehr stark oder stark geprägt. Fast zwei Drittel der jüngeren Befragten, denen die eigene DDR-Erfahrung fehlt, nennen Eltern und Großeltern als Einflüsse der Prägung (Abb. 40). Ungefähr jeweils ein Drittel nennt Schule, Freund_innen und Bekannte sowie die Medienberichterstattung, wobei diese Einflüsse vergleichsweise selten als „sehr stark“ beurteilt werden. Der Umstand, dass die intergenerationale Vermittlung von Diktaturgeschichte im privaten Kontext als maßgeblich wahrgenommen wird und die Beeinflussung der Meinungen durch staatliche Bildungsinstitutionen und die Medien vergleichsweise gering eingeschätzt wird, korrespondiert auch mit den positiven Assoziationen junger Thüringer_innen zur DDR, die sie mit der Generation ihrer Eltern- und Großeltern teilen. Dem kollektiven Beschweigen von negativen

Abb. 39: *Einflüsse der Prägung des DDR-Bildes der Erlebnisgeneration (in Prozent)*

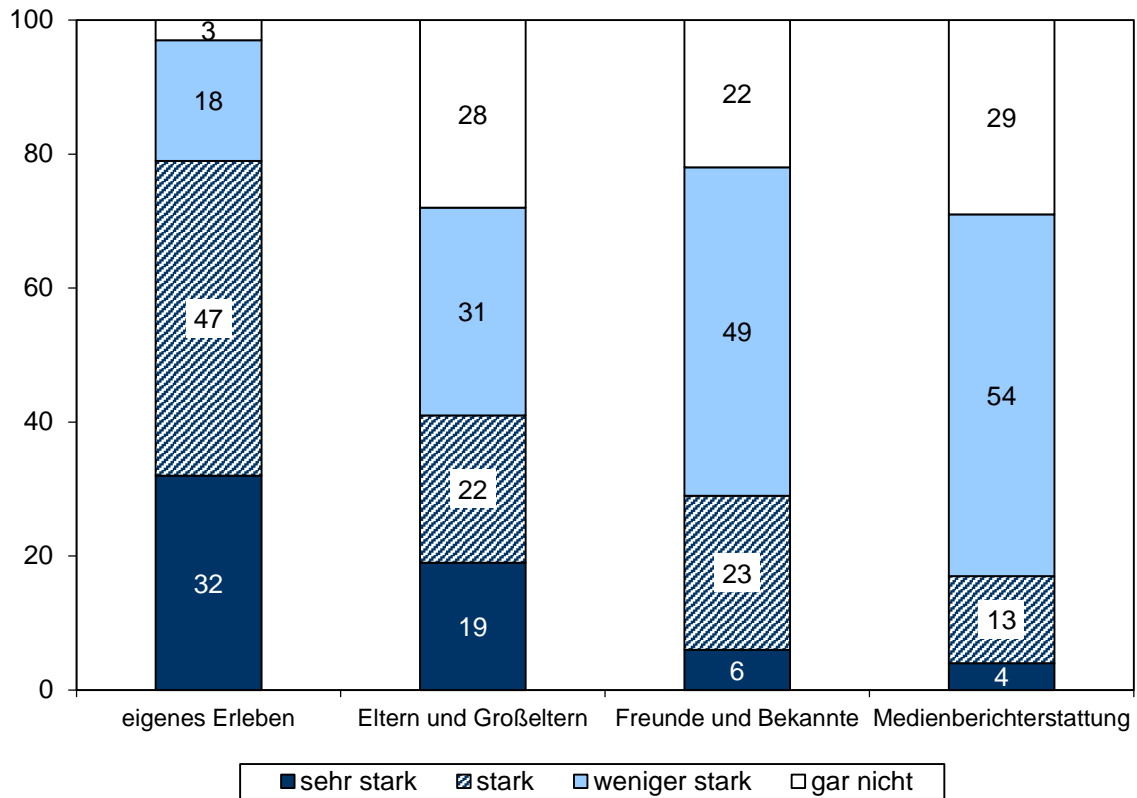
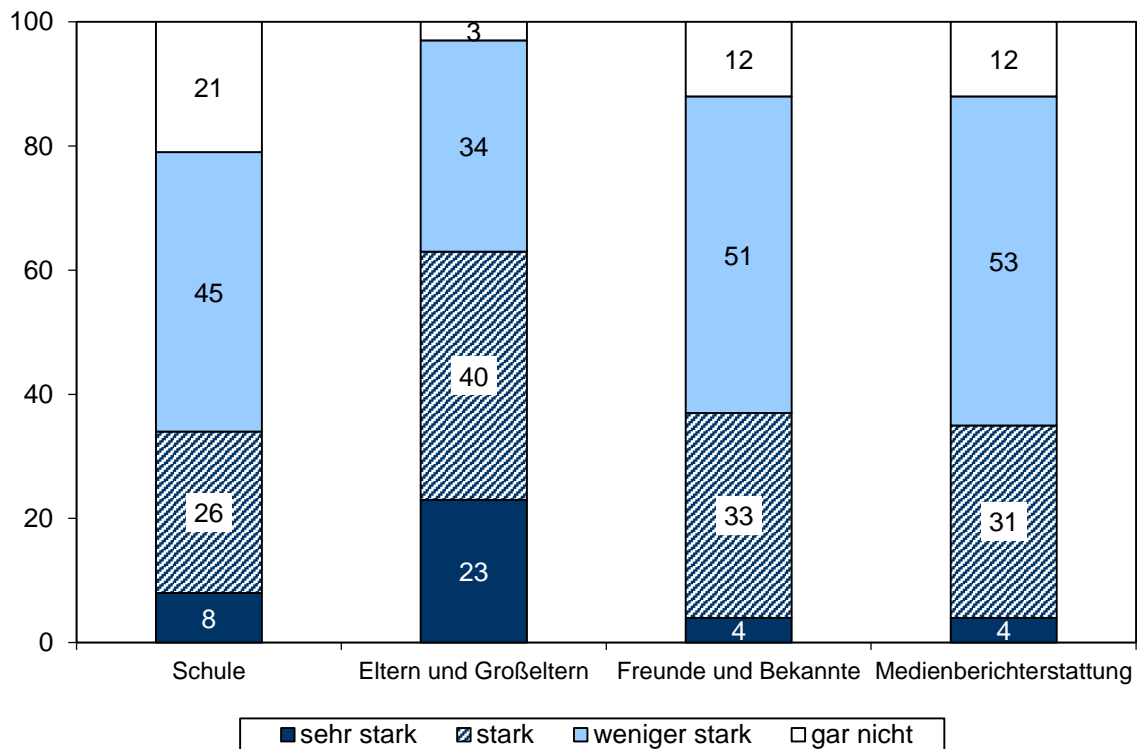
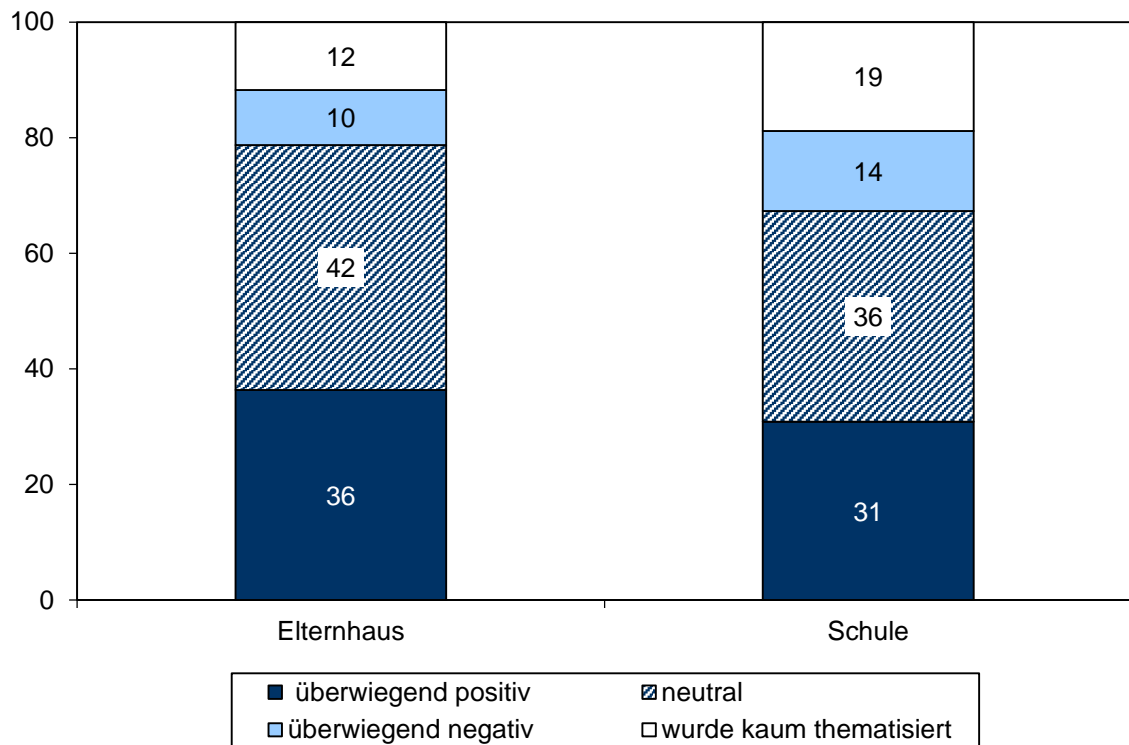


Abb. 40: *Einflüsse der Prägung des DDR-Bildes der Nicht-Erlebnisgeneration (in Prozent)*



Aspekten des SED-Regimes durch die Erlebnisgeneration steht jedoch die kritischere Bewertung der politischen Aspekte der DDR durch die Nicht-Erlebnisgeneration gegenüber. Diese Ambivalenz mag dem Geschichtsunterricht und der eigenen „historischen“ Distanz geschuldet zu sein.

Abb. 41: *In Elternhaus und Schule vermitteltes DDR-Bild der Nicht-Erlebnisgeneration*
(in Prozent)



Bemerkenswert ist, dass (ungeachtet der eigenen Einschätzung vieler Befragter aus der Nicht-Erlebnisgeneration) nur das Elternhaus einen messbaren, signifikanten Einfluss auf die globale Bewertung der DDR hatte (Abb. 41). Bei der Erlebnisgeneration sind die Einflüsse von Eltern und Großeltern sowie Freund_innen und Bekannten auf die eigene DDR-Bewertung bedeutsam, allerdings nicht die Medienberichterstattung. DDR-Geschichtsbilder werden demnach typischerweise in der Generationenfolge weitergegeben (vgl. Abb. 42); die Wirkung populärwissenschaftlicher Beschäftigung mit der DDR-Diktatur im Fernsehen sowie des Geschichtsunterrichtes an Bildungsinstitutionen scheint in dessen begrenzt zu sein. Nach Ansicht einiger Befragter wurde in der Schule ein überwiegend positives DDR-Bild vermittelt. Gegebenenfalls müsste weiterführend untersucht werden, inwieweit tatsächliche Unterrichtslücken bezüglich der DDR gerade an ostdeutschen Schulen bestanden und evtl. weiterbestehen und welche Aspekte der DDR in welcher Form auch in Zukunft stärker im Geschichtsunterricht behandelt werden sollten (vgl. Abb. 43; alle im Ausland aufgewachsenen Befragten der Nicht-Erlebnisgeneration berichten ein durch die Schule vermitteltes „neutrales“ DDR-Geschichtsbild.) Die Mehrheit der Befragten befürwortet aber – unabhängig von der Generationenzugehörigkeit, ihrer eigenen DDR-Bewertung und der Erinnerung an den eigenen Schulunterricht – die stärkere Berücksichtigung der DDR-Geschichte im Schulunterricht.

Abb. 42: *Heutige Einstellung zur DDR nach DDR-Bild im Elternhaus (nur Nicht-Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)

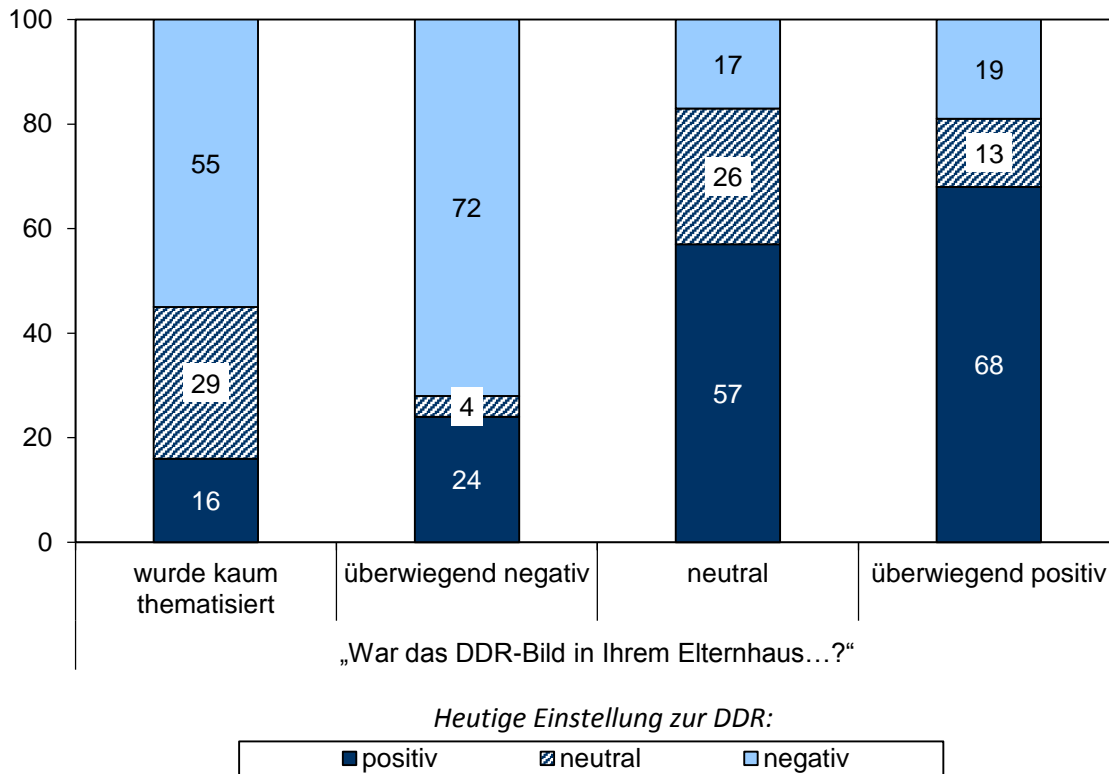
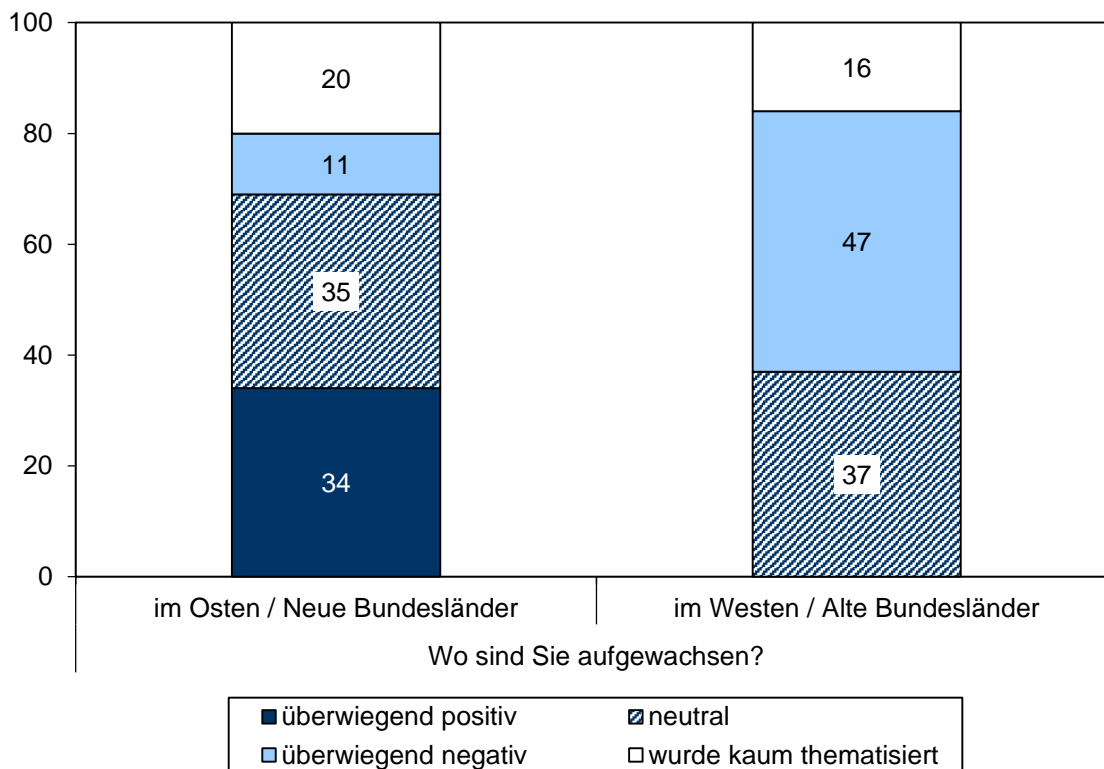
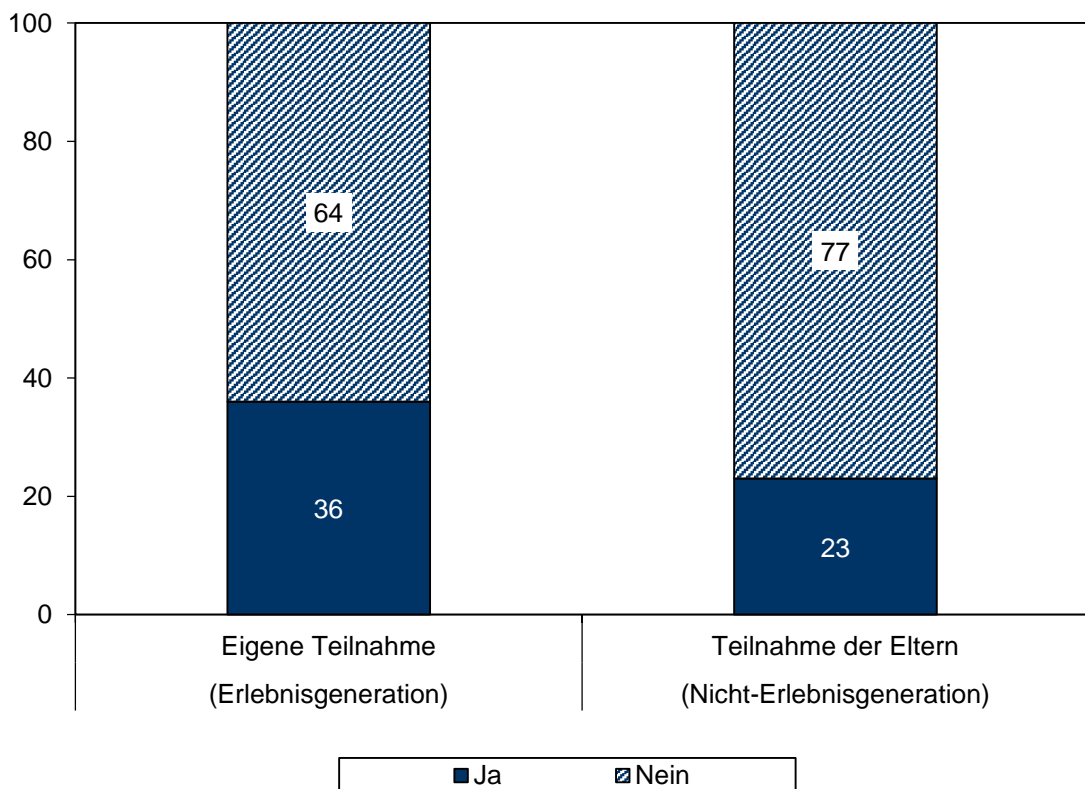


Abb. 43: *In der Schule vermitteltes DDR-Bild nach Herkunft (Ost- oder West-deutschland, nur Nicht-Erlebnisgeneration)*
(in Prozent)



Im Zusammenhang mit dem heutigen Bild über die DDR steht auch das Wachhalten der Erinnerung an die SED-Diktatur und die friedliche Revolution in der DDR 1989/90. Ein Drittel der Befragten der Erlebnisgeneration gibt an, an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten im Herbst 1989 teilgenommen zu haben (Abb. 44, vgl. auch Kapitel IV.2), wobei der Anteil von Befragten mit dieser Partizipationserfahrung unter den Männern mit 44 Prozent signifikant ist höher als der Anteil bei Frauen (28 Prozent). Auch Höhergebildete, Erwerbstätige, einfache bis mittlere Angestellte sowie Selbständige geben überdurchschnittlich häufig eine Teilnahme an. Die Konfessionszugehörigkeit liefert indessen keinen signifikanten Erklärungsbeitrag. Fast ein Viertel der jüngeren, aus Ostdeutschland stammenden Befragten berichtet von einer Teilnahme ihrer Eltern an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten, während sechs Prozent von ihnen angaben, nicht zu wissen, ob die Eltern an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten teilgenommen haben

Abb. 44: *Teilnahme an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten im Herbst 1989 (nur in der DDR / in Ostdeutschland aufgewachsene Befragte)*
(in Prozent)



Besonders im 25. Jahr der deutschen Einheit stellt sich auch die Frage nach dem gesamtgesellschaftlichen Umgang mit der DDR-Geschichte und der Diktaturaufarbeitung. Dazu wurden den Befragten des THÜRINGEN-MONITORS gleich mehrere Aussagen zur Bewertung vorgelegt und außerdem erhoben, wie sie die Aufarbeitung der DDR-Geschichte einschätzen bzw. inwieweit sie die weitere Aufarbeitung befürworten oder ablehnen. Drei von fünf Befragten der Erlebnisgeneration möchte einen „Schlussstrich“ unter die Stasi-

Vergangenheit gezogen sehen; doch fast ein weiteres Drittel lehnt diesen auch kategorisch ab (Abb. 45). Im Vergleich zu Befragten der Nicht-Erlebnisgeneration, von denen immerhin eine knappe Mehrheit den Schlusstrich befürwortet, ergeben sich erneut äußerst geringe, aber doch signifikante Unterschiede. In Anschluss an diesen Befund wirkt es kaum überraschend, dass nur eine Minderheit der Befragten in den letzten zwei Jahren einen Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur oder eine Gedenkstätte für die SED-Opfer besucht hat (Abb. 46). Zu einer relativen Distanznahme und „Schlusstrichmentalität“ passt eine dialog- und versöhnungsorientierte (also zwischen Tätern und Opfern „moderierende“) DDR-Aufarbeitung, die von etwa einem Drittel der Befragten als am wichtigsten beurteilt wird (Abb. 47). Die Mehrheit der Befragten favorisiert jedoch eine Aufarbeitung, bei der das Gedenken und die Entschädigung der Opfer bzw. die Förderung demokratischer Werte in den Vordergrund gestellt werden. Eine solche Aufarbeitung betont die Diktaturelemente der DDR, die in der ostdeutschen Kollektiverinnerung hinter die „sozialen Errungenschaften“ des Realsozialismus zurücktreten. Elf Prozent aller Befragten haben bezüglich der Präferenz bei der Aufarbeitung keine Antwort geben können oder wollen. Hinsichtlich des Gedenkstättenbesuchs und der Präferenzen bei der Aufarbeitung gibt es keine Unterschiede zwischen Erlebnisgeneration und Nicht-Erlebnisgeneration. Zugleich erkennt eine große Mehrheit der Befragten an, dass im vereinten Deutschland Anstrengungen unternommen wurden, das DDR-Unrecht wieder gutzumachen (Abb. 48). 27 Prozent halten dies für überwiegend oder völlig unzureichend.

Abb. 45: „25 Jahre nach dem Ende der DDR sollte die Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit aufhören.“
(in Prozent)

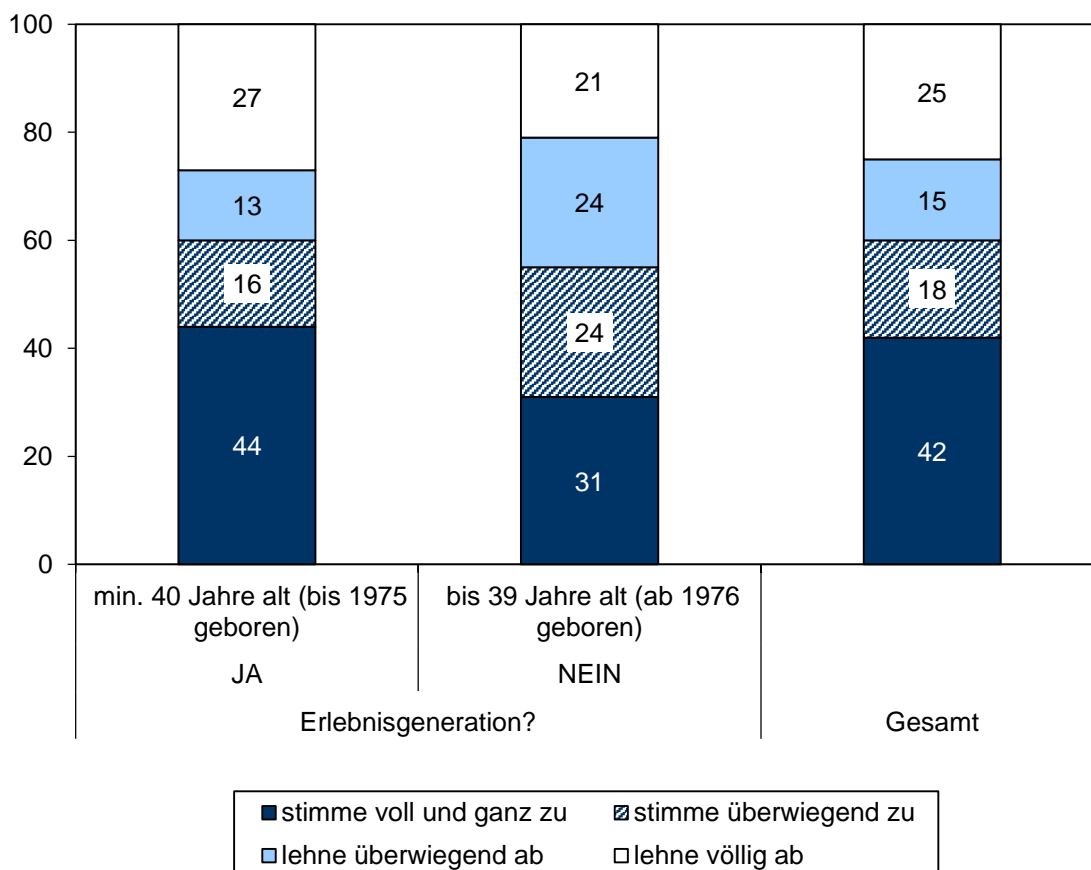


Abb. 46: „Haben Sie in den letzten zwei Jahren einen Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur oder eine Gedenkstätte für die SED-Opfer besucht?“
(in Prozent)

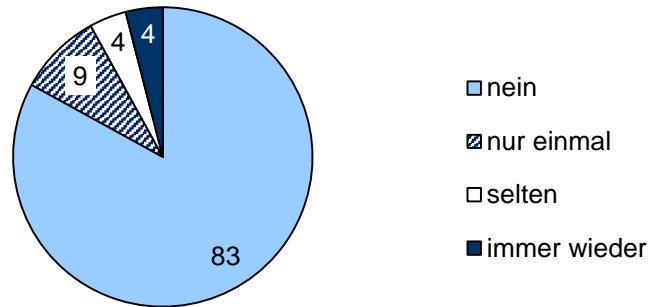


Abb. 47: „Was ist Ihrer Meinung nach bei der Aufarbeitung am wichtigsten?“
(in Prozent)

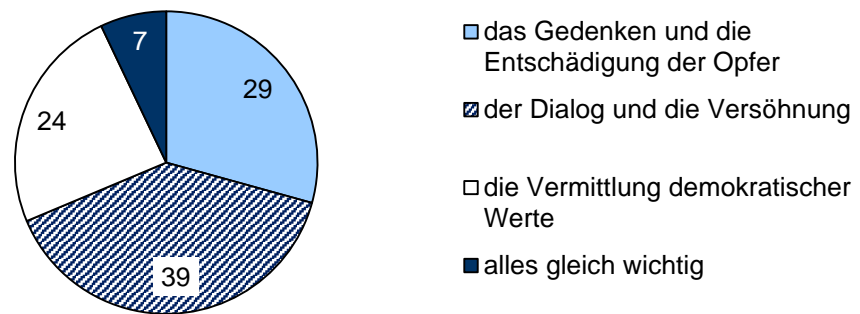


Abb. 48: „Seit der Vereinigung ... wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, das DDR-Unrecht wieder gutzumachen.“
(in Prozent)

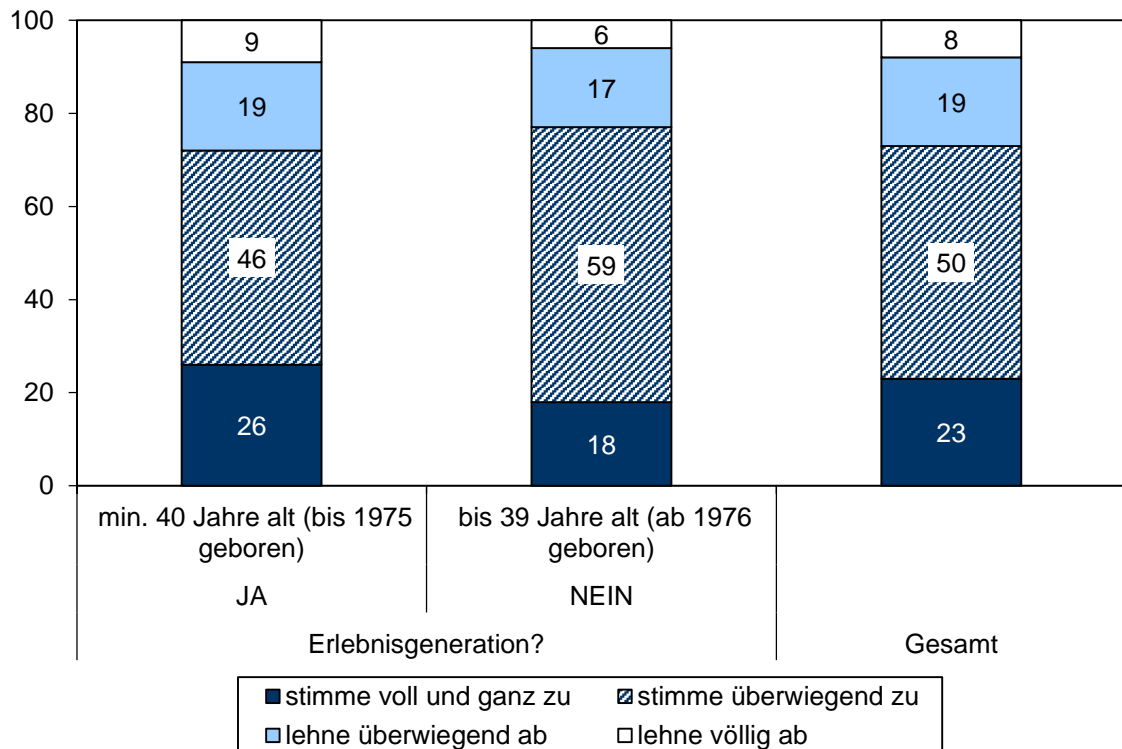


Abb. 49: „Heute geht es den Nutznießern des SED-Regimes oft besser als den Opfern.“
(in Prozent)

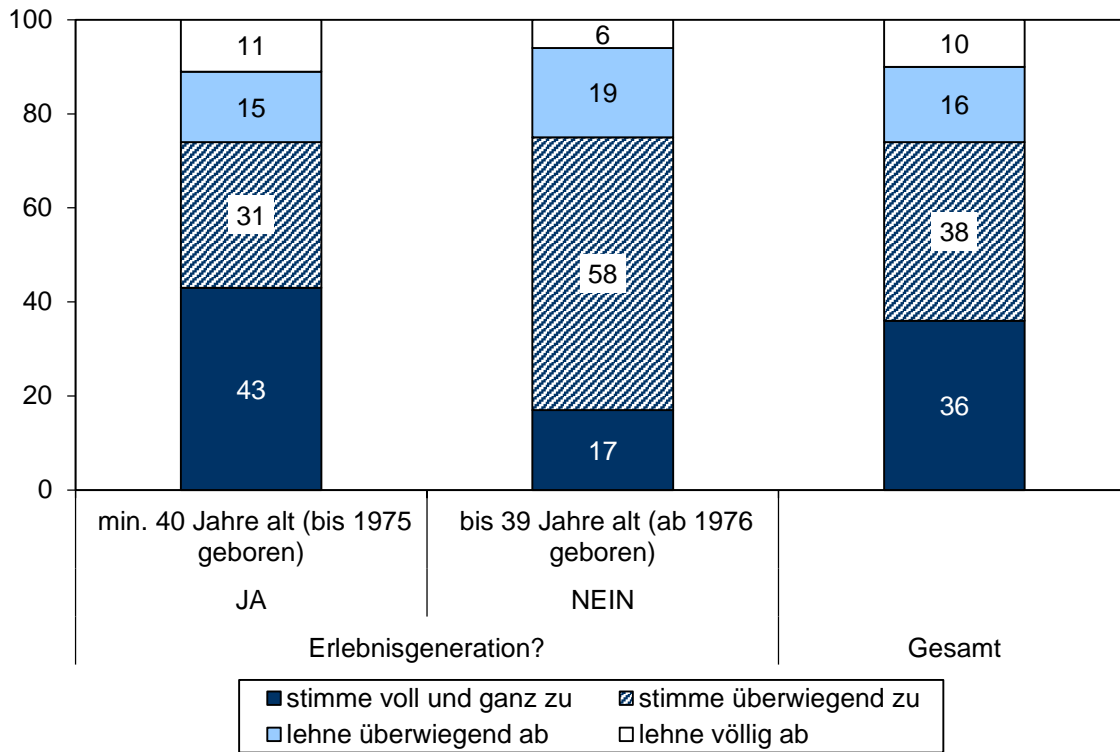
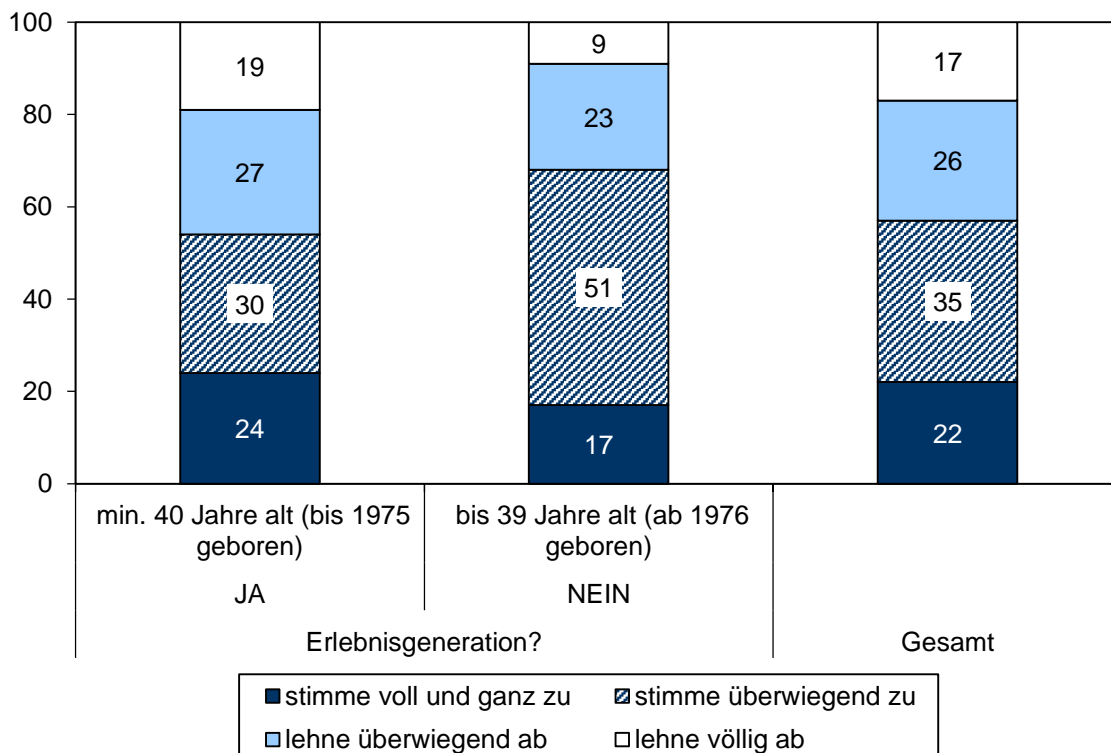


Abb. 50: „Auch die ehemaligen Funktionäre haben ein Recht auf eine Würdigung ihrer Lebensleistung.“
(in Prozent)



Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung in der DDR bzw. die von Familienangehörigen hat keinen signifikanten Einfluss auf dieses Antwortverhalten. Insgesamt nehmen Befragte der Erlebnisgeneration aber geringfügig seltener eine ernsthafte Wiedergutmachung des SED-Unrechts wahr als Befragte der Nicht-Erlebnisgeneration, welche wiederum etwas seltener völlige Zustimmung zum Ausdruck bringen. 17 Prozent aller Befragten der Erlebnisgeneration haben bei dieser Frage zur Wiedergutmachung kein Urteil abgegeben („weiß nicht“) oder die Antwort verweigert, in der Nichterlebnisgeneration taten dies nur sechs Prozent.

Eine verhaltenere Bewertung durch die Jüngeren erfolgt auch in einer anderen wichtigen Frage zur Aufarbeitung und zum Umgang mit dem Erbe des SED-Regimes, nämlich inwieweit es den Nutznießer_innen des SED-Regimes – den ehemaligen Funktionär_innen und Kadern – heute besser als den Opfern ginge (Abb. 49). Fast drei Viertel aller Befragten, die eine Antwort gaben, bejahten diese Aussage, 43 Prozent der Befragten der Erlebnisgeneration stimmten sogar voll und ganz zu. Bei den nach 1975 geborenen Befragten stimmten nur 17 Prozent voll und ganz zu; vermutlich aufgrund ihrer fehlenden eigenen biographischen Erfahrung und einer eher diffusen Vorstellung davon, was „Nutznießer“ des SED-Regimes waren und inwieweit diese im Vergleich zu ehemaligen Verfolgten im vereinigten Deutschland leben. Der Anteil der Antwortverweigerer („weiß nicht“ / „keine Angabe“) beträgt in der Nicht-Erlebnisgeneration 28 Prozent gegenüber immerhin 17 Prozent in der Erlebnisgeneration. Ältere Befragte, die selbst von Willkür und Benachteiligung betroffen waren, erkennen mit 82 Prozent überdurchschnittlich eine heutige Privilegierung der „Nutznießer“ des SED-Regimes. Solche Befragten lehnen auch häufiger (55 Prozent) die Aussage ab, „auch die ehemaligen Funktionäre haben ein Recht auf eine Würdigung ihrer Lebensleistung“, als die Befragten der Erlebnisgeneration, die keine Benachteiligung in der DDR berichten (43 Prozent). Insgesamt ist die pauschale Aussage zur „Würdigung der Lebensleistung ehemaliger DDR-Funktionäre“ in der Thüringer Bevölkerung mehrheitsfähig (Abb. 50); insbesondere Befragte der Nicht-Erlebnisgeneration sehen hier seltener Vorbehalte und stimmen größtenteils zu (68 Prozent), wenn auch etwas seltener „voll und ganz“ (17 Prozent) als ältere Befragte (24 Prozent).

6. Bilanz der deutschen Einheit

Der tiefgreifende gesellschaftliche Wandel in den Neuen Bundesländern seit 1990 (vgl. Best / Holtmann 2012, Brähler / Wagner 2014) ist für die Mehrheit der Ostdeutschen mit dem Verlust von vorherigen sozialen und biographischen Sicherheiten einhergegangen und hat ihnen ein hohes Maß an Flexibilität, Neuorientierung und Anpassungsfähigkeit abverlangt. Die kollektiven und individuellen Erinnerungen der Ostdeutschen und ihre oben diskutierten Bewertungen der DDR stellen einen universellen Vergleichsmaßstab für den gesellschaftlichen Transformationsprozess, d.h. für die politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklungen seit 1990 dar. Im 25. Jahr der deutschen Einheit kann bilanziert werden, inwieweit individuelle und kollektive Vorteile oder Nachteile mit der Einheit verbunden werden, welche Verbesserungen und Verschlechterungen aus Sicht der Befragten eingetreten sind und wie es um die Anerkennung

Abb. 51: *Persönliche Bilanz der deutschen Einheit: „Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?“*
(in Prozent)

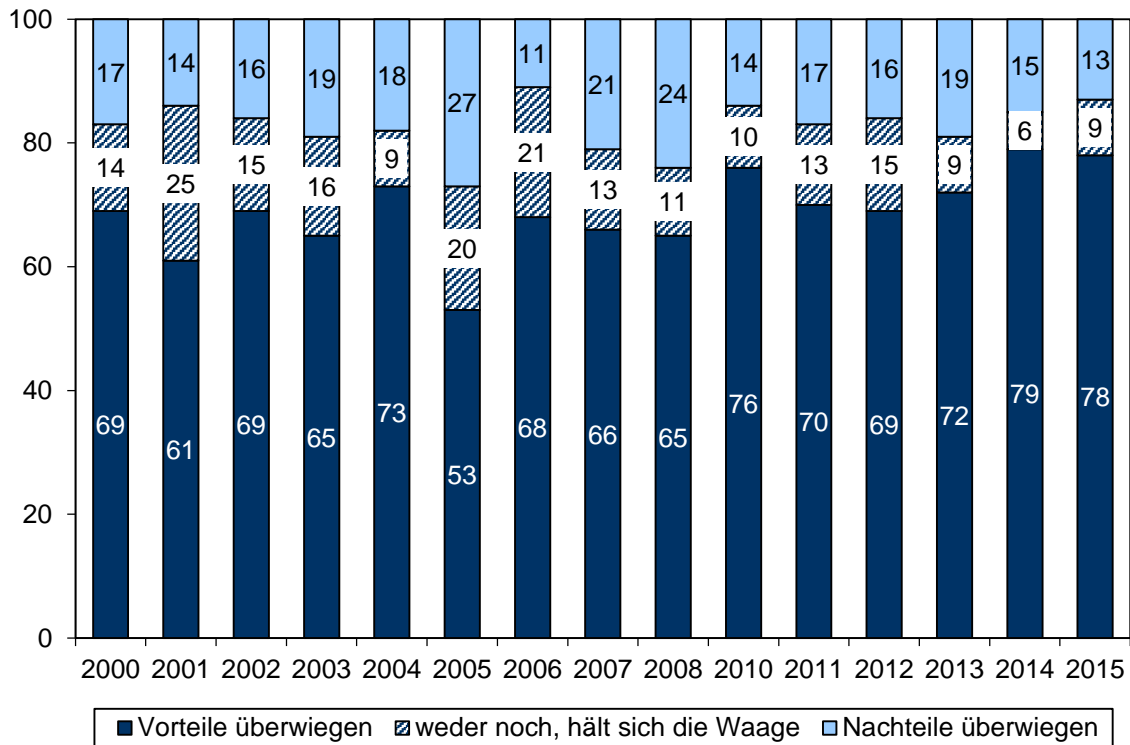
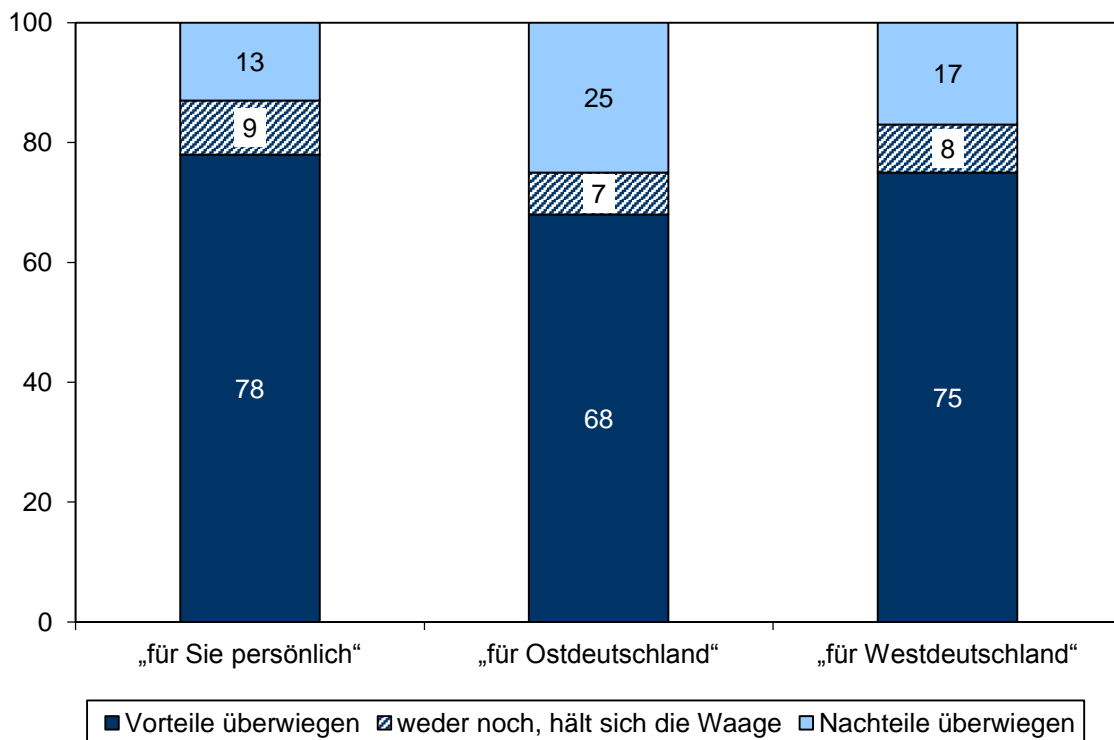


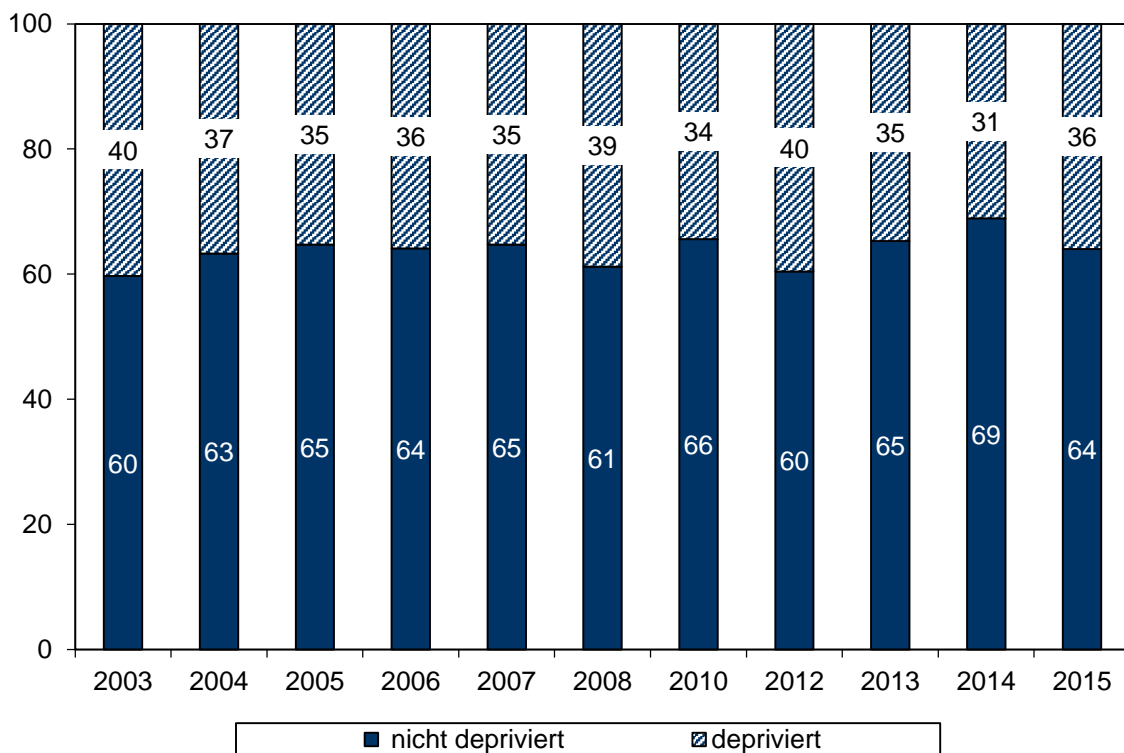
Abb. 52: *Bilanz der deutschen Einheit: Vorteile oder Nachteile*
(in Prozent)



der Ostdeutschen im vereinten Deutschland bestellt ist. Dass sozio-ökonomische bzw. strukturelle, kulturelle und auch mentale Unterschiede zwischen Ost und West fortbestehen und von den Ostdeutschen wahrgenommen werden, muss dabei mitbedacht werden (vgl. Kapitel II, Krause/Ostner 2010, Berlin-Institut 2015). Die persönliche Einheitsbilanz der Mehrheit der Thüringer_innen fällt seit der erstmaligen Messung im THÜRINGEN-MONITOR 2000 positiv aus (Abb. 51). Seit Beginn des Jahrzehnts hat es sogar eine Zunahme positiver Bilanzen gegeben; markant abweichend war indessen der untere Plafond von lediglich 53 Prozent positiver Bilanzen im Jahr 2005, also gerade dem letzten THÜRINGEN-MONITOR, der die deutsche Einheit zum Schwerpunktthema hatte. In den anderen Jubiläumjahren der deutschen Einheit 2000 und 2010 gab es keine solche Auffälligkeiten. Charakteristische Unterschiede gibt es zwischen der persönlichen und der kollektiven, auf Ostdeutschland bezogenen, Bilanzierung der deutschen Einheit. Signifikant mehr Befragte sehen überwiegend Nachteile für Ostdeutschland als sie überwiegend Nachteile für sich selbst erkennen (Abb. 52).

Abb. 53: „Ostdeprivation“³⁴ 2003–2015

(in Prozent)



Eine negative kollektive Einheitsbewertung bei gleichzeitig positiver persönlicher Bilanz korrespondiert mit dem populären Diskurs der Deklassierung bzw. einer „Subalternität“ der Ostdeutschen. 59 Prozent aller Befragten sehen sich zwar nicht unbedingt selbst im Sinne einer „Ostdeprivation“ sozio-ökonomisch und symbolisch benachteiligt (vgl. Kapitel IV.3.2 und IV.4.1), teilen aber die Auffassung, dass Westdeutsche Ostdeutsche als

³⁴ Einschätzung, im Vergleich mit anderen weniger als den gerechten Anteil zu erhalten, sowie Einschätzung, Westdeutsche behandelten Ostdeutsche als „Menschen zweiter Klasse“. 2011 wurde die wahrgenommene Diskriminierung Ostdeutscher nicht erhoben.

Abb. 54: *"Die Lebensleistung ehemaliger DDR-Bürger wird heute in Deutschland ausreichend anerkannt."*
(in Prozent)

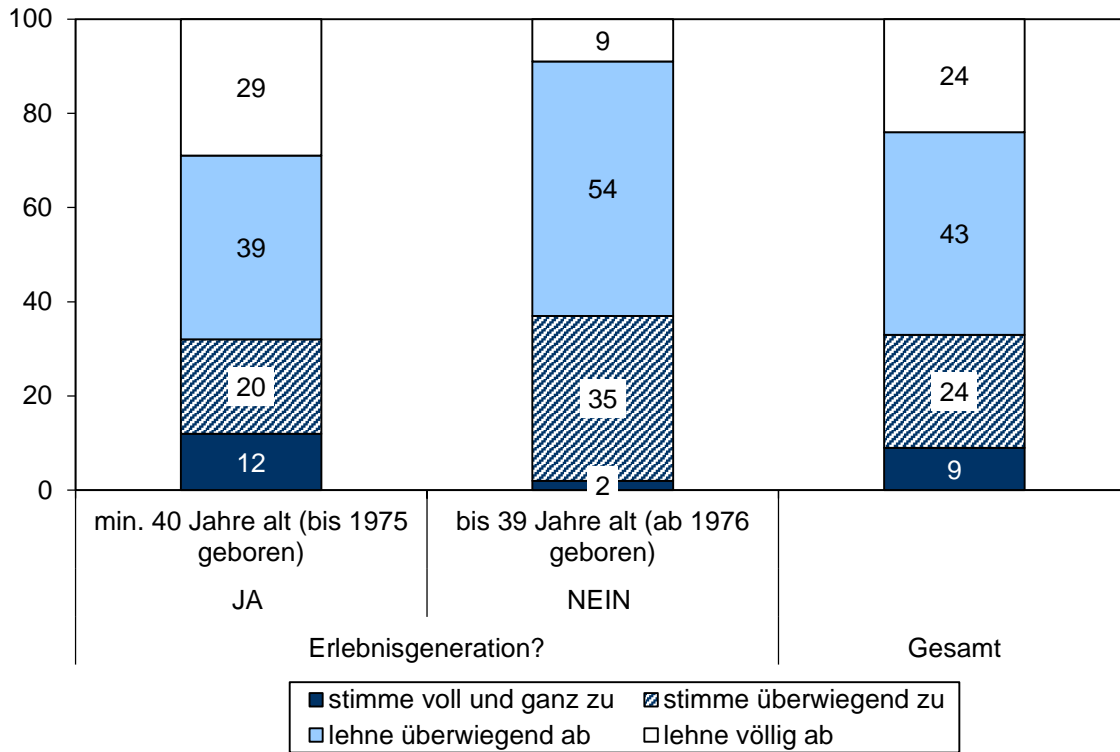
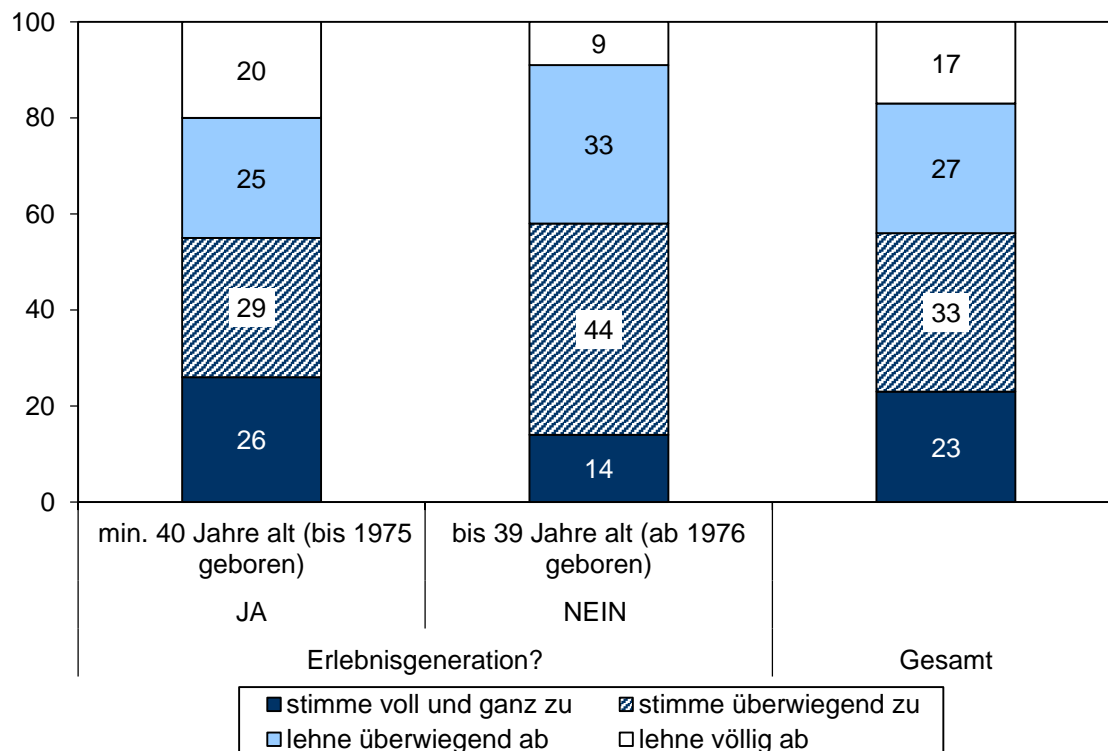
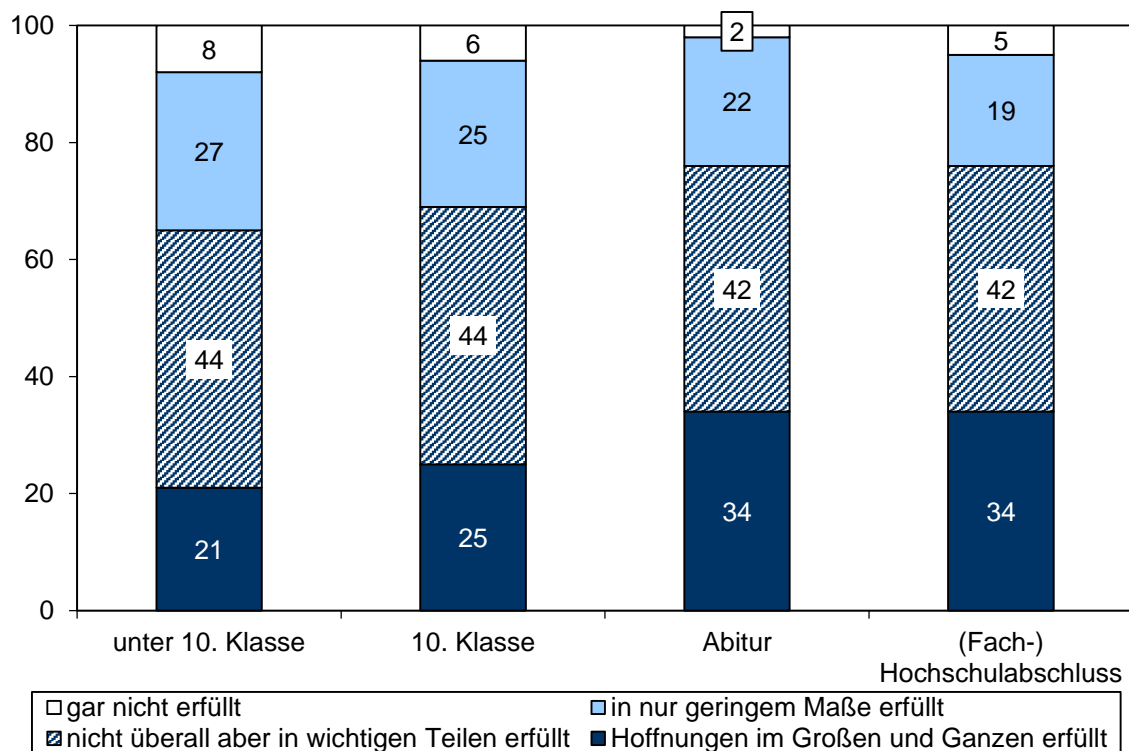


Abb. 55: *„Ostdeutsche und Westdeutsche haben heute die gleichen Lebenschancen.“*
(in Prozent)



Menschen zweiter Klasse behandeln. (Der Anteil ostdeprivierter Befragter ist mit ca. einem Drittel der Befragten über den gesamten Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS konstant geblieben, vgl. Abb. 53) Unter den 25- bis 34-jährigen Befragten sind sogar 74 Prozent dieser Meinung. Nur jede_r dritte Befragte glaubt, dass die Lebensleistung ehemaliger DDR-Bürger_innen heute in Deutschland ausreichend anerkannt wird (Abb. 54); auffällig ist die häufigere völlige Ablehnung der Aussage in der Erlebnisgeneration. Der Aussage, dass „Ostdeutsche und Westdeutsche heute die gleichen Lebenschancen“ haben, stimmt eine knappe Mehrheit der Befragten zu, aber auch hier neigen Befragte aus der Erlebnisgeneration häufiger zu extremen Bewertungen als die Befragten der Nichterlebnisgeneration, denen die spezifische biographische Nachwende-Erfahrung der 1990 bereits Erwachsenen fehlt (Abb. 55). Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen ihre Erwartungen, die sie 1989/90 hatten, im Großen und Ganzen zumindest in wichtigen Teilen erfüllt (vgl. Abb. 56). 2005 sagten dies nur ca. 60 Prozent der Befragten.

Abb. 56: „Wie haben sich Ihre Erwartungen erfüllt, die Sie 1989/1990 hatten?“
nach Bildung
(in Prozent)



Insgesamt gibt es bezüglich der Einheitsbilanzen keine signifikanten Bewertungsunterschiede zwischen der Erlebnisgeneration und den jüngeren Befragten. Allerdings sind doch Unterschiede zwischen einzelnen Alterskohorten zu beobachten: Etwas öfter als ältere Befragte geben jüngere Befragte an, dass die Nachteile (für sie selbst, für Ostdeutschland und für Westdeutschland) überwiegen; sie wählen seltener als Ältere die Mittelkategorie „weder noch.“ (vgl. Abb. 57). Die positivste *persönliche* Einheitsbilanz wird in der Alterskohorte der 35- bis 44-jährigen gezogen, wo für 89 Prozent die Vorteile überwiegen. Sie sind die ehemaligen Kinder und Jugendlichen der DDR-Spätphase, für die sich

Abb. 57: *Bilanz der deutschen Einheit: Vorteile oder Nachteile für Ostdeutschland nach Alter*
(in Prozent)

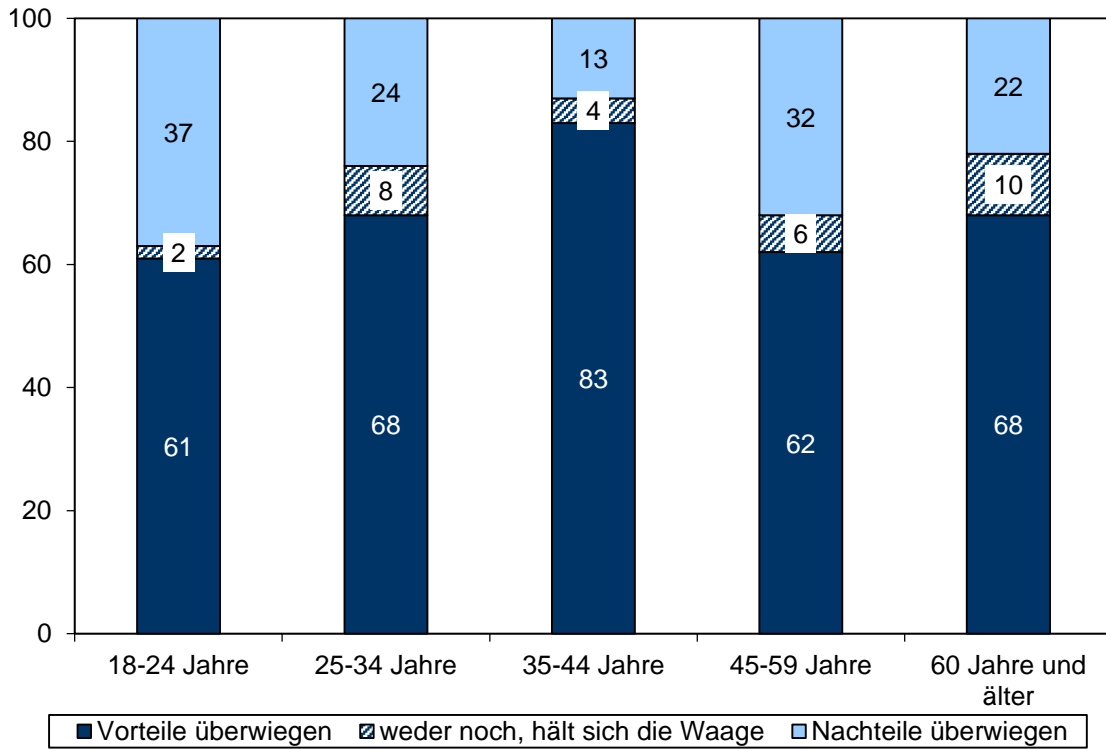
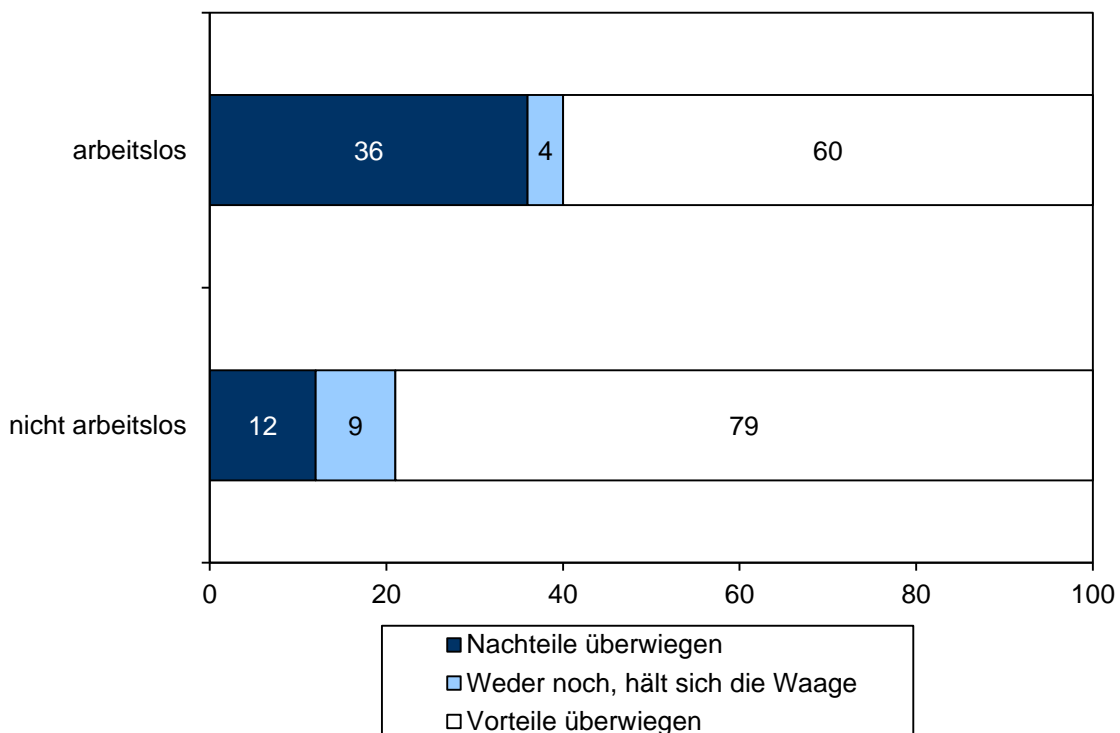
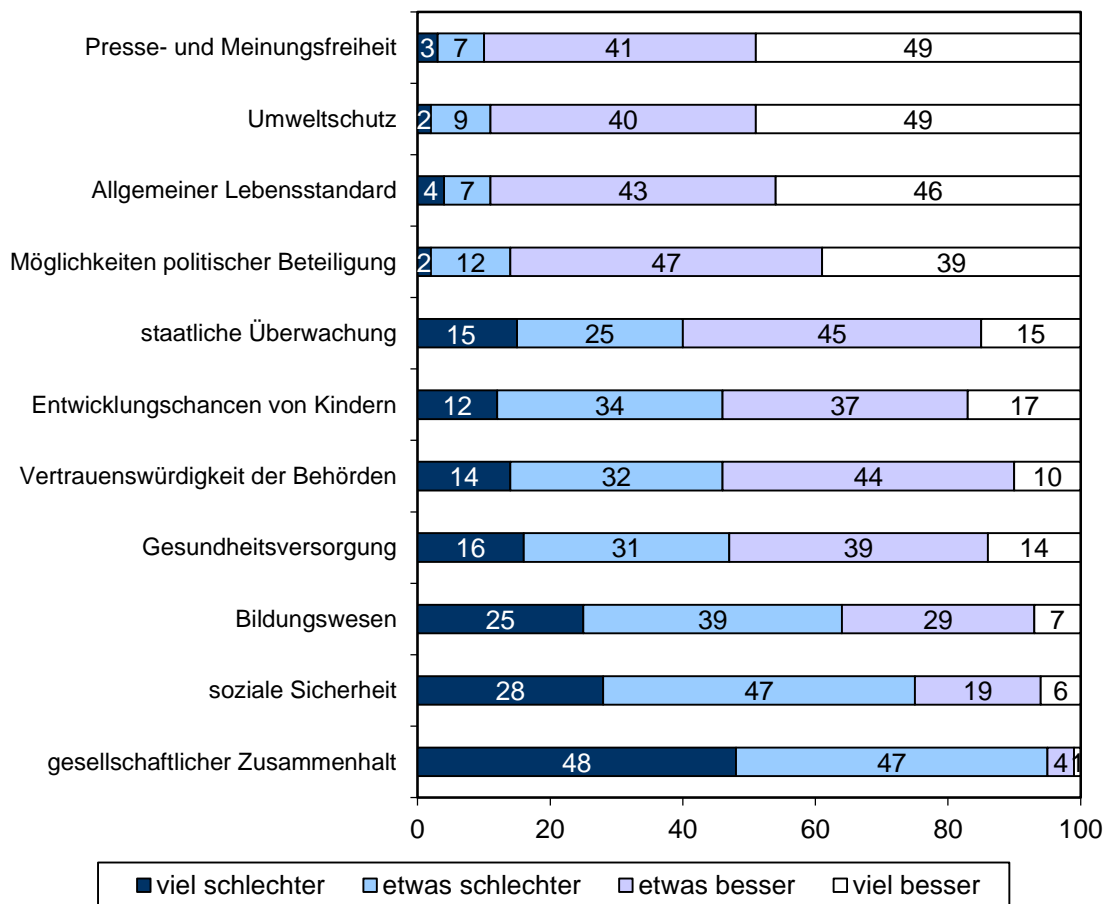


Abb. 58: *Bewertung der persönlichen Vorteile und Nachteile der deutschen Einheit nach Erwerbstätigkeit*
(in Prozent)



mit der Wende und der Vereinigung in günstig(er)en biographischen Situationen vielfältige Opportunitätsfenster öffneten, die für ältere Alterskohorten teilweise zu spät kamen und für nachfolgende Alterskohorten eine Selbstverständlichkeit darstellen. Auch die Einschätzung der Vorteile der Einheit für Ostdeutschland fällt in der Alterskohorte der 35- bis 44-jährigen am positivsten aus (Abb. 57). **Überwiegende individuelle und kollektive Vorteile** erkennen am häufigsten höherqualifizierte Befragte (typischerweise der höheren Berufsgruppen), überwiegende **Nachteile** hingegen am häufigsten Arbeiter_innen und Arbeitslose (Abb. 58), also die Hauptbetroffenen des Strukturwandels der ostdeutschen Wirtschaft, des Arbeitsmarktes und der damit verbundenen sozialen Disparitäten.

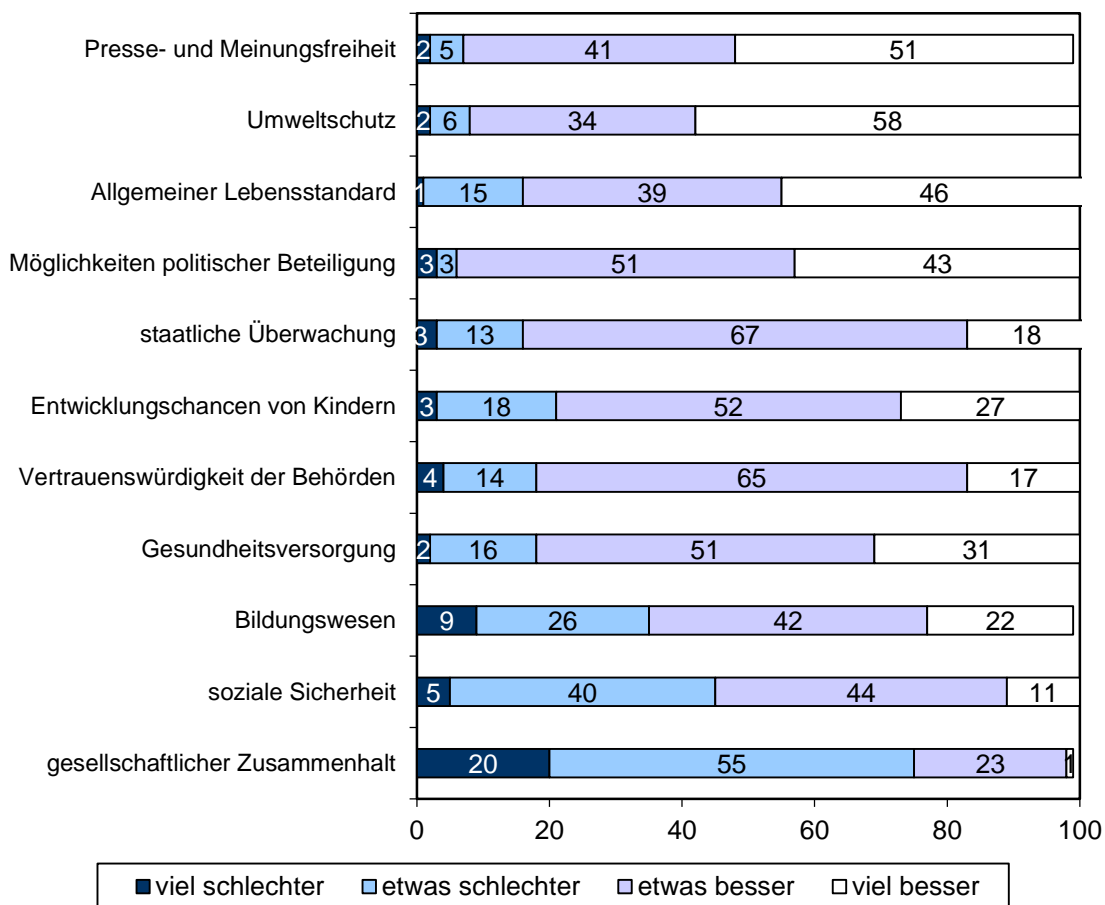
Abb. 59: *Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (nur Erlebnisgeneration) (in Prozent)*



Im Anschluss an die Einzelbewertungen von Lebensbereichen in der DDR wurden die Befragten des THÜRINGEN-MONITORS gebeten, Aspekte des Lebens in Thüringen hinsichtlich einer Verbesserung oder Verschlechterung im Vergleich mit der Zeit vor der Wende einzuschätzen. Nach Ansicht der meisten Befragten verbessert haben sich vor allem die Presse- und Meinungsfreiheit, der Umweltschutz, der allgemeine Lebensstandard und die Möglichkeiten politischer Beteiligung. Generell wurden von Befragten der Erlebnisgeneration Verschlechterungen häufiger und Verbesserungen werden seltener bei solchen Aspekten angegeben, die an der DDR besonders geschätzt wurden (Abb. 59).

Hier zeigt sich in der Vorstellungswelt vieler Befragter erneut das Bild einer sozial sicheren „Gesellschaft der Gleichen“. Insbesondere der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ (in den sozialistischen Arbeitskollektiven, in Hausgemeinschaften, in den Massenorganisationen usw.) in der DDR wird vermutlich mit der „Ellenbogengesellschaft“ (so auch offene Nennungen im Zusammenhang mit „guten Seiten der DDR, s.o.) kontrastiert. Auch die heutige soziale Sicherheit und das heutige Bildungswesen werden als schlechter wahrgenommen.

Abb. 60: *Vergleich der heutigen Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (nur Nicht-Erlebnisgeneration) (in Prozent)*



Die Idealisierung der DDR bzw. die Kritik an Nachwende-Entwicklungen zeigt sich des Weiteren darin, dass jeweils nur knappe Mehrheiten der befragten Thüringer_innen der Erlebnisgeneration die heutigen Entwicklungschancen von Kindern, die Vertrauenswürdigkeit der Behörden sowie die gegenwärtige Gesundheitsversorgung gegenüber der DDR als verbessert beurteilt (vgl. Kapitel III.3). Hinsichtlich der staatlichen Überwachung sowie Vertrauenswürdigkeit der Behörden benennen jeweils große Minderheiten der Befragten Verschlechterungen. Dies ist durchaus plausibel, da die DDR-Sicherheitsorgane (vor allem die Deutsche Volkspolizei) von vielen Ostdeutschen in erster Linie nicht als Repressionsapparate, sondern als Instanzen wirkungsvoller Kriminalitätsbekämpfung erinnert werden. Andererseits dürfte auch die Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung, die NSA-Affäre, den allgemeinen Datenschutz („gläserner Bürger“) zu

einer skeptischen Bewertung heutiger „staatlicher Überwachung“ geführt haben. Eine verschlechterte Bewertung der Vertrauenswürdigkeit von Behörden deutet auf den Unmut vieler Bürger_innen beim heutigen Umgang mit Ämtern hin (komplexe Sozialverwaltung, verschiedenste Zuständigkeiten der Bürokratie im föderalen Mehrebenensystem der Kommunen, Bundesländer, des Bundes und der Europäischen Union etc.). Auch dass die Entwicklungschancen von Kindern durch 46 Prozent der Befragten der Erlebnisgeneration als schlechter eingeschätzt werden, ist bemerkenswert. Gerade der jungen Generation haben sich nach der Wende umfangreiche Chancen eröffnet – was sich auch in deren signifikant abweichenden Bewertungen ausdrückt.

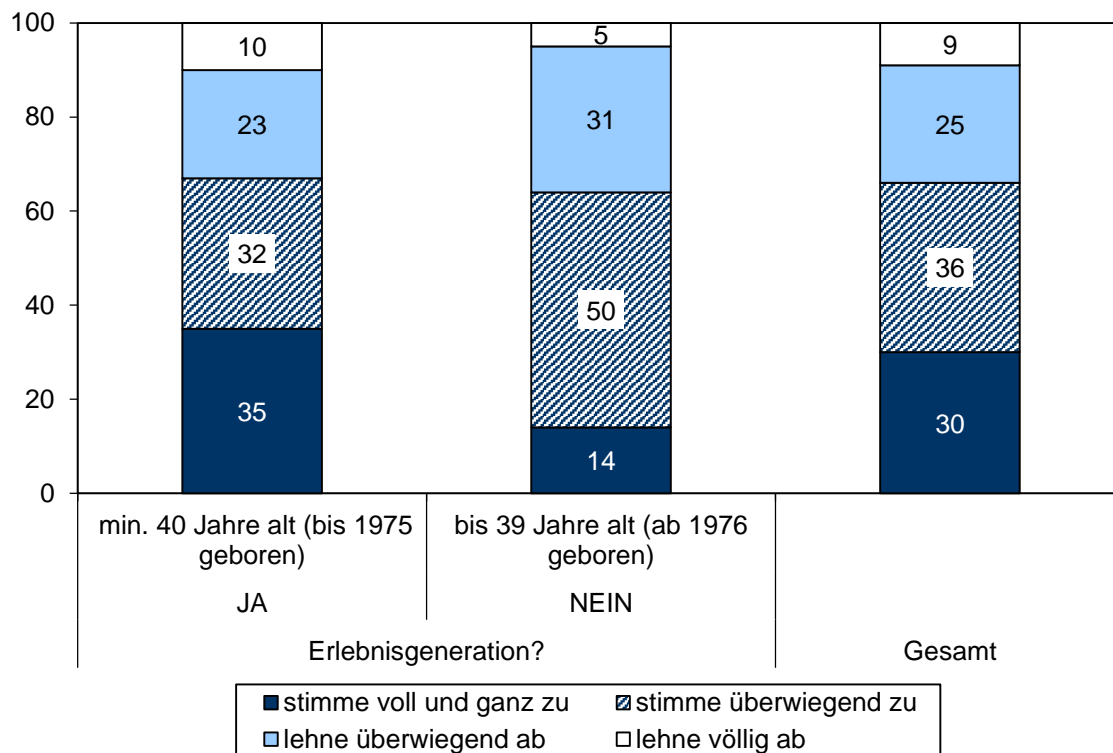
Beim Vergleich zwischen den Bewertungen der Erlebnisgeneration und den Bewertungen der Nicht-Erlebnisgeneration fällt auf, dass die jüngeren Befragten deutlich häufiger Verbesserungen und seltener Verschlechterungen nach 1989 erkennen (vgl. Abb. 60). Dies gilt fast alle Lebensbereiche, nur hinsichtlich der Presse- und Meinungsfreiheit, des Umweltschutzes sowie des allgemeinen Lebensstandards bestehen keine signifikanten Bewertungsunterschiede zwischen den Generationen. Insgesamt ergibt sich eine etwas andere Reihenfolge der am positivsten bzw. negativsten bewerteten Aspekte als bei den Befragten der Erlebnisgeneration; dies macht sich in der vergleichsweise „unruhigen“ Grafik bemerkbar. Besonders große Bewertungsunterschiede zwischen den Generationen bestehen z.B. hinsichtlich der Entwicklungschancen von Kindern und dem Bildungswesen, aber auch der sozialen Sicherheit. Hier wird eine Wissenskluff aufgrund beidseitigem Erfahrungsmangel erkennbar.

Zehn Jahre sind ins Land gegangen, seitdem Befragte des THÜRINGEN-MONITORS 2005 den Vergleich der „heutigen“ Lage in Thüringen mit der Zeit vor der Wende (vgl. TM2005: 40) vornahmen. Von den in der diesjährigen Befragung erhobenen Aspekten konnten die damaligen Befragten (der Erlebnisgeneration) die Verbesserung oder Verschlechterung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der sozialen Sicherheit und der Möglichkeiten der politischen Einflussnahme beurteilen.³⁵ Die Verschlechterung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nach 1989 beurteilen die Thüringer_innen noch heute exakt wie 2005. Die Anteile von Befragten, die eine Verschlechterung der sozialen Sicherheit sowie der politischen Beteiligung nach 1990 beklagen, sind jedoch signifikant geschrumpft. Hierbei muss u.U. beachtet werden, dass auch die Befragungspopulation des THÜRINGEN-MONITORS heutzutage eine etwas andere biographische Prägung besitzt als vor zehn Jahren. Die Alterskohorten mit der stärksten ideologischen Bindung an die DDR werden allmählich durch solche (mit DDR-Biographie!) ersetzt, die von der sozialen Marktwirtschaft nach der Wende am meisten profitieren konnten und auch zunehmend die demokratische Kultur des vereinten Deutschlands mit seinen Beteiligungsformen für selbstverständlich erachten und nutzen. Dies ändert allerdings nichts an der bereits diskutierten pauschalen Idealisierung der DDR in großen Teilen der Thüringer Bevölkerung.

³⁵ Die im THÜRINGEN-MONITOR 2005 ebenfalls diskutierten Aspekte „Schutz vor Verbrechen“ und „wirtschaftliche Lage“ wurden 2015 nicht erneut abgefragt.

Die Befunde einer deutschlandweiten repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Sozialforschung Halle (Saale) zum Thema „25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ (Holtmann et al. 2015) von September/Oktober 2014 zeigen, dass die Einstellungen der Thüringer_innen zur DDR und ihre Bilanz der Einheit im Großen und Ganzen mit den entsprechenden Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung übereinstimmen.³⁶ Aus der Studie geht u.a. auch hervor, dass Ostdeutsche signifikant häufiger als Westdeutsche überwiegend persönliche Vorteile der Vereinigung erkennen, während ihre Bewertung vieler Veränderungen im sozialen Bereich seit 1990 eher kritisch ausfällt. (ebd., S. 23f.). Trotz aller beobachteten Einstellungsdifferenzen (besonders auch bzgl. der DDR) sei in Ost wie in West „eine gesellschaftlich breit verankerte affektive Identifikation mit der deutschen Einheit“ festzustellen.

Abb. 61: „Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde vielfach neues Unrecht geschaffen.“
(in Prozent)



Nachdenklich stimmt allerdings die Einschätzung von zwei Dritteln der Befragten des THÜRINGEN-MONITORS 2015, dass „nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vielfach neues Unrecht geschaffen“ wurde (Abb. 61). Erneut stimmten hier Befragte der Erlebnisgeneration häufiger „voll und ganz zu“ als Befragte der Nicht-Erlebnisgeneration. Insbesondere ältere und gering qualifizierte Befragte, die ihre individuelle wirtschaftliche Lage schlecht einschätzen, stimmen der Aussage zu. Überdurchschnittliche 48 Prozent der im Westen aufgewachsenen Thüringer_innen lehnen die Aussage hingegen ab. Hier deutet sich erneut an, dass die Beurteilung der Nachwendeentwicklung durch viele Befragte vor allem auf der (kollektiven) Wahrnehmung der sozioökonomischen

³⁶ Für ältere Vergleichsdaten der Einheitsbewertung vgl. u.a. Hanf / Liebscher / Schmidtke 2011.

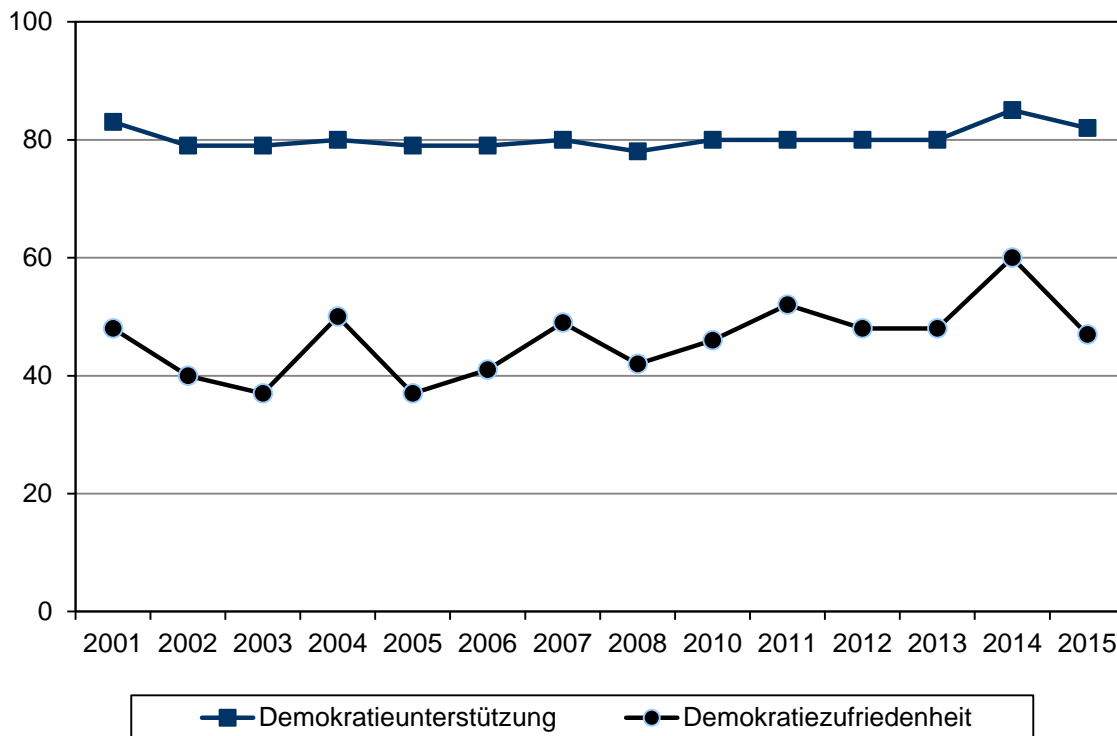
Verwerfungen und dem Verlust biographischer, sozialer und materieller Sicherheiten der Ostdeutschen basiert. Trotz subjektiv erlangter politischer Freiheitsrechte, demokratischer Partizipationschancen und eines gehobenen allgemeinen Lebensstandards wird „neues Unrecht“ konstatiert. Die Gesamtbilanz der Thüringer Bevölkerung zur deutschen Einheit fällt überwiegend positiv aus; die hier diskutierten Ambivalenzen und Paradoxien zeugen jedoch davon, dass das Projekt der deutschen Einheit noch immer nicht als vollendet angesehen werden kann.

IV. Demokratie: Einstellungen und Engagement

1. Politische Einstellungen

Grundlegende Freiheits- und Bürgerrechte waren in Ostdeutschland, anders als im Westen, keine Bestandteile einer durch die Siegermächte eingepflanzten politischen Ordnung, sondern von der Bevölkerung selbst gegen eine – bis fast zuletzt durch die Garantiemacht der Sowjetunion gestützte – Parteidiktatur erkämpfte Errungenschaften. Die Wiedervereinigung vollzog sich vor diesem Hintergrund als Zusammenschluss zweier demokratischer Staaten. Erst der Umstand, dass die DDR nach freien Wahlen als demokratische Republik der Bundesrepublik beitrug, verlieh diesem Vorgang Legitimität. Die Daten der THÜRINGEN-MONITORE deuten darauf hin, dass diese Vorgeschichte, das heißt sowohl die Diktaturvergangenheit der DDR als auch ihre Friedliche Revolution, sich noch immer prägend auf die politische Kultur im Freistaat auswirkt.

Abb. 62: *Demokratieunterstützung und -zufriedenheit 2001–2015*
(in Prozent)



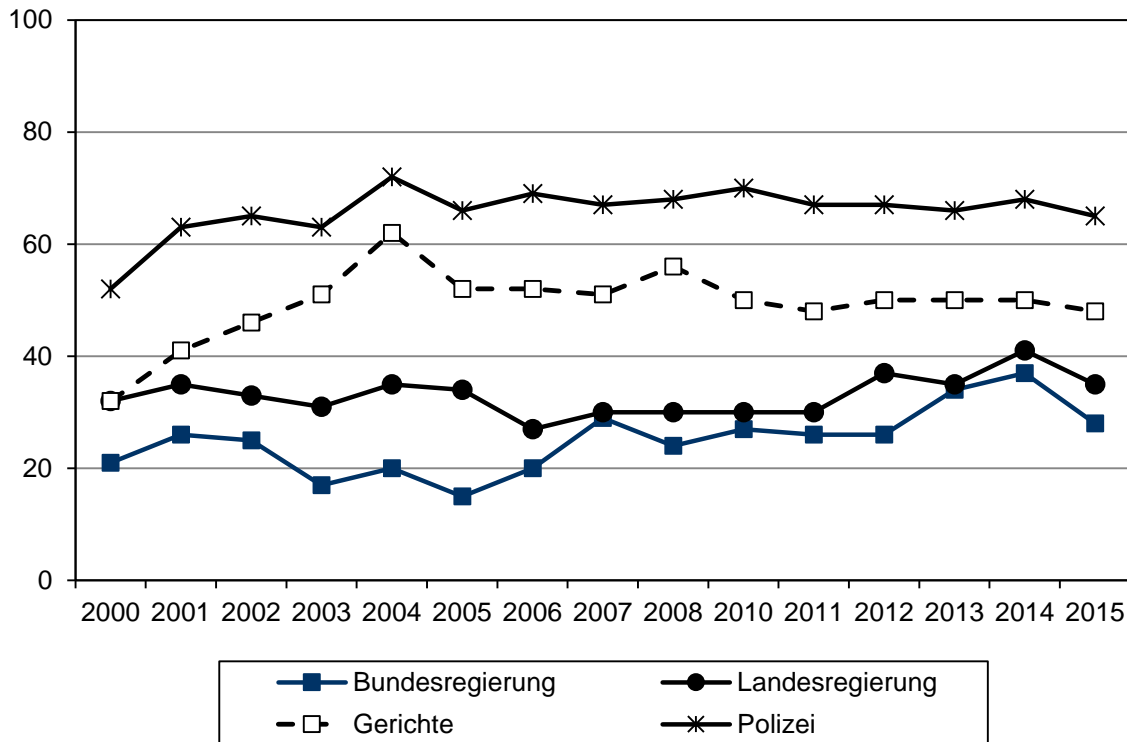
Über ein Drittel der Angehörigen der „Erlebnisgeneration“ der 1989 mindestens 14-Jährigen gibt an, an Montagsdemonstrationen oder Friedensgebeten teilgenommen zu haben (vgl. Kapitel III.5, Abb. 44). In der Alterskohorte der 40- bis 44-Jährigen und bei den Männern steigt dieser Anteilswert auf 44 Prozent. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass Interviewte bei Rückerinnerungsfragen gerne eine Beteiligung an positiv bewerteten Handlungen imaginieren, deutet dieser Befund darauf hin, dass der Regimewechsel des Jahres 1989 eine breite aktive Unterstützung in der Bevölkerung der DDR fand. Ein Nachhall dieser Vorgänge in der heutigen politischen Kultur des Landes ist der Umstand,

dass die Aktivist_innen des Regimeüberganges noch mehr als 25 Jahre später ein höheres Maß an Demokratieunterstützung aufweisen als die übrigen Angehörigen der Erlebnisgeneration. Dieser Zusammenhang prägt sich allerdings nur bei der stärksten Zustimmungskategorie der vorbehaltlosen Demokratieunterstützung aus. Demgegenüber lehnt immerhin jeder sechste (16 Prozent) der Aktivist_innen der Friedlichen Revolution die Aussage ab, dass die „Demokratie die beste aller Staatsideen“ sei.

Dieser Wert liegt nahe beim allgemeinen Durchschnitt von 18 Prozent, der sich im Beobachtungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS kaum verändert hat. Weder gibt es hier trendhafte Veränderungen noch ausgeprägte Jahresunterschiede. Die geringfügige Zunahme der Demokratieunterstützung im vergangenen Jahr wurde im laufenden Jahr wieder auf den langfristigen Durchschnittwert zurückgeführt (Abb. 62). Ein Grund für die Konstanz dieser Wertreihe liegt in der relativ stabilen Verankerung der Demokratieunterstützung bzw. ihrer Ablehnung in der Sozialstruktur und in der geringen Abhängigkeit der abstrakten Bewertung der Demokratie von der Einschätzung der aktuellen politischen Lage und der Bewertung der Regierungstätigkeit. Doch auch wenn es für ein normatives Demokratieverständnis erfreulich sein mag, dass über einen Zeitraum von 15 Jahren konstant vier von fünf der Thüringer_innen die Demokratie als „beste aller Staatsformen“ ansehen und sich in allen sozialdemographischen Gruppen – und damit auch bei Bildungsfernen, Einkommensschwachen und Arbeitslosen – zumindest eine Mehrheit für diese Aussage findet, ist das hartnäckige Überdauern einer erheblichen, der Demokratie gegenüber distanzierten oder gar feindlich eingestellten Minderheit beunruhigend. Zu bedenken ist auch, dass verdeckte Ambivalenz und Distanz gegenüber der Demokratie als Staatsidee in den Randverteilungen gültiger Antworten nicht aufscheinen. So verweigern zwölf Prozent der Frauen, 15 Prozent der Befragten ohne Schulabschluss und 36 (!) Prozent der Arbeitslosen auf die entsprechende Frage die Antwort. Dieses Antwortmuster deutet darauf hin, dass hier nicht nur kognitive Überforderung, sondern auch Urteilsunsicherheit und Ambivalenz gegenüber der „Demokratie als Staatsidee“ das Verhalten der Befragten gesteuert haben.

Die Wertreihe für die Zufriedenheit mit der „Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert“ (Demokratiezufriedenheit) zeigt einen gegenüber der Demokratieakzeptanz deutlich abweichenden Verlauf mit ausgeprägter Volatilität und einem zwischen 2005 und 2014 trendhaften Zuwachs um 25 Prozentpunkte, den wir im letzten THÜRINGEN-MONITOR der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Verbesserung der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt, zugeschrieben haben. Im Jahr 2014 hatte diese Wertreihe einen im Gesamtverlauf deutlich herausgehobenen Höhepunkt erreicht. Demgegenüber ist im Jahr 2015, bei gleichbleibend günstiger wirtschaftlicher Entwicklung, ein markanter Einbruch erfolgt, der die Demokratiezufriedenheit wieder auf die langjährigen Durchschnittswerte zurückgeführt hat. Eine ähnliche Entwicklung beobachten wir beim Institutionenvertrauen (Abb. 63), wo die Bundesregierung deutlich, die Landesregierung in geringerem Maß an Vertrauen verloren haben. Da sich die wirtschaftliche Lage weder auf Bundes- noch auf Landesebene verschlechtert hat, müssen diese Veränderungen einer kritischeren Bewertung der politischen Performanz der Demokratie und der Regierungstätigkeit durch einen Teil der Befragten zugeschrieben werden.

Abb. 63: *Institutionenvertrauen 2000–2015*
(in Prozent)



Hinweis: Abgetragen sind die kumulierten Prozentwerte für "vertraue voll und ganz" und "vertraue weitgehend".

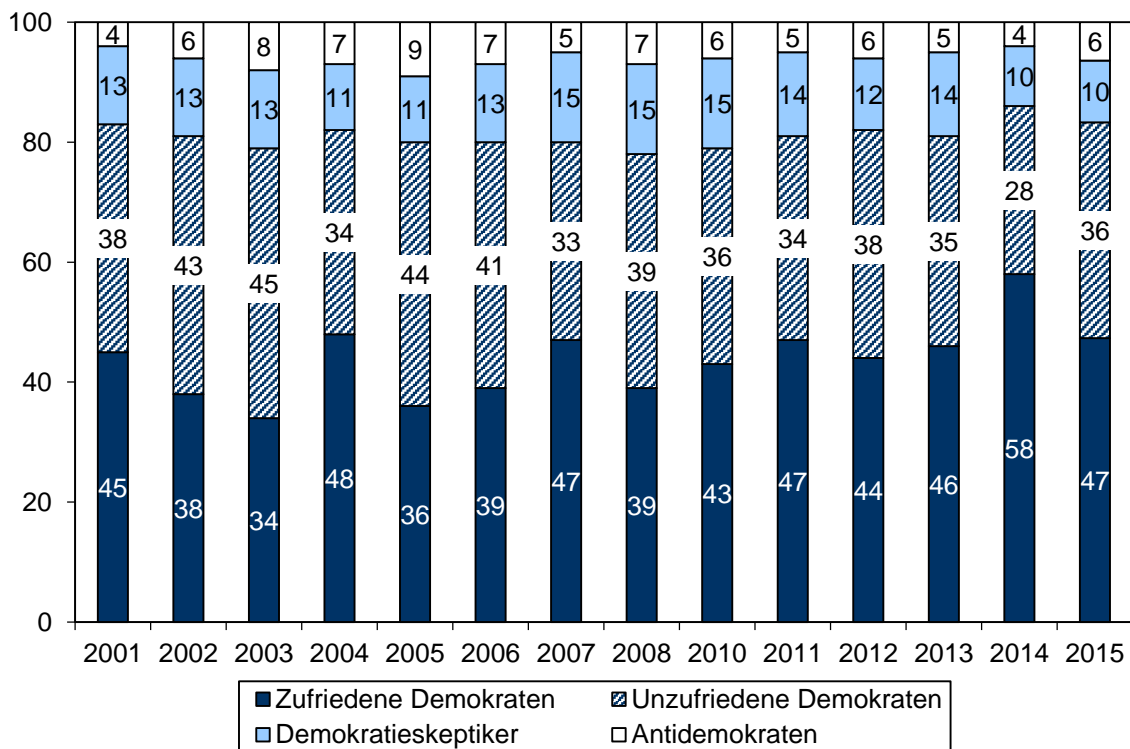
Wir vermuten hier einen Zusammenhang mit der sich zum Befragungszeitraum zuspitzenden Griechenland-Krise und der Flüchtlingsproblematik, in der die sich damals bereits andeutenden Ausgänge – ein weiteres Hilfspaket für Griechenland und die bereitwillige Aufnahme von Asylsuchenden und Bürgerkriegsflüchtlingen – von einem Teil der Befragten abgelehnt wurden. Diese Vermutung wird auch dadurch bestärkt, dass die Demokratiezufriedenheit unabhängig von der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage in allen gesellschaftlichen Quartieren zurückgegangen ist, während dies bei der Demokratieunterstützung nur für die subjektiv Einkommensschwachen gilt.

Der Rückgang der Demokratiezufriedenheit wirkt sich auch auf die Verteilung der Befragten auf die Demokratietypologie des THÜRINGEN-MONITORS (vgl. Abb. 64) aus: Der Anteil der „zufriedenen Demokrat_innen“ geht 2015 gegenüber 2014 deutlich um etwa ein Fünftel zurück, wovon überwiegend die Kategorie der „unzufriedenen Demokrat_innen“ profitiert. Im langen Zeitvergleich sind damit wieder wie in allen Vorjahren mit Ausnahme von 2014 die Antidemokrat_innen, unzufriedene Demokrat_innen und Demokratieskeptiker_innen unter den Befragten in der Mehrheit.

Auffällig ist eine enge Assoziation der Platzierung in der Demokratietypologie mit der Wahrnehmung der Befragten, dass Ostdeutsche allgemein als Menschen zweiter Klasse behandelt werden und man selber weniger als einen gerechten Anteil erhalte: In diesem Sinne Deprivierte sind deutlich seltener als die übrigen Befragten „zufriedene Demo-

krat_innen“. Ein Viertel der „Ostdeprivierten“ zählt sogar zu den Nicht- und Antidemokrat_innen gegenüber zehn Prozent der Nichtdeprivierten. Generell gilt, dass die Wahrnehmung der DDR-Vergangenheit und die kollektiven wie individuellen Deprivationserfahrungen nach der Vereinigung mit den politischen Ordnungspräferenzen der Befragten verknüpft sind, wobei eine positive Wahrnehmung der DDR und eine negative Bewertung des Vereinigungsprozesses mit Skepsis gegenüber der Demokratie oder ihrer Ablehnung einhergehen.

Abb. 64: *Demokratietypen³⁷ 2001–2015*
(in Prozent)

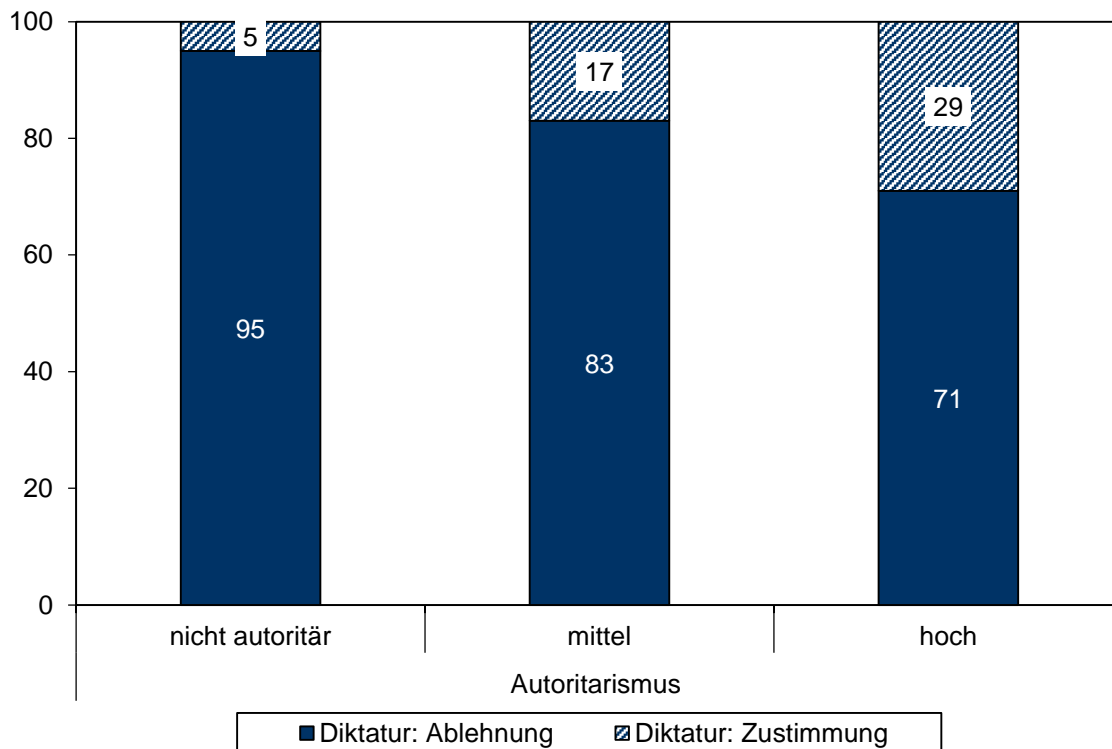


Skepsis gegenüber der Demokratie oder gar ihre Ablehnung lassen eine signifikante Minderheit der Befragten mit der Diktatur als alternativer Staatsform sympathisieren. Ihr Anteilswert schwankt seit 2001 zwischen zwölf und 20 Prozent, wobei im Jahr 2015 nach einem deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr das erste Mal seit 2003 wieder der Höchstwert von 20 Prozent erreicht wurde. Einzelne Sozialkategorien, wie Befragte, die eine weniger als eine zehnjährige Schulausbildung haben, Arbeiter_innen und die Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen liegen mit Anteilswerten von 25 bis 27 Prozent signifikant darüber; einen Spitzenwert erreichen mit 36 Prozent (!) die Landwirt_innen, Selbständigen und Freiberufler_innen. Werte unter zehn Prozent beobachten wir nur bei Befragten, die sich in Ausbildung befinden, und bei Katholik_innen. Diktaturaffinität ist ebenfalls deutlich mit Bewertungen der DDR-Vergangenheit verknüpft: Bei Befragten,

³⁷ Diese Typologie wird wie folgt gebildet: Wer die Demokratie als Staatsform bejaht und gleichzeitig zufrieden mit ihrem Funktionieren ist, fällt unter die Kategorie „zufriedener Demokraten“. Analog unterscheiden sich „unzufriedene Demokraten“ hiervon lediglich in ihrer negativen Bewertung des Funktionierens der Demokratie. „Antidemokraten“ hingegen stehen der Idee der Demokratie ablehnend gegenüber und bejahen stattdessen die Diktatur. Wer sowohl die Demokratie unterstützt, aber gleichzeitig die Möglichkeit einer nationalen Diktatur befürwortet, kann als „Demokratieskeptiker“ gelten.

die „voll und ganz“ der Aussage zustimmen, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte, erreicht der Anteil der mit einer Diktatur Sympathisierenden 42 Prozent; bei denen, die sich eine „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ wünschen, sind es 32 Prozent. Ein signifikanter Zusammenhang zeigt sich auch mit dem sozialpsychologischen Konstrukt des „Autoritarismus“ (Abb. 65): Der Anteil der Diktatur-Sympathisant_innen erreicht bei hoch-autoritären Befragten 29 Prozent.

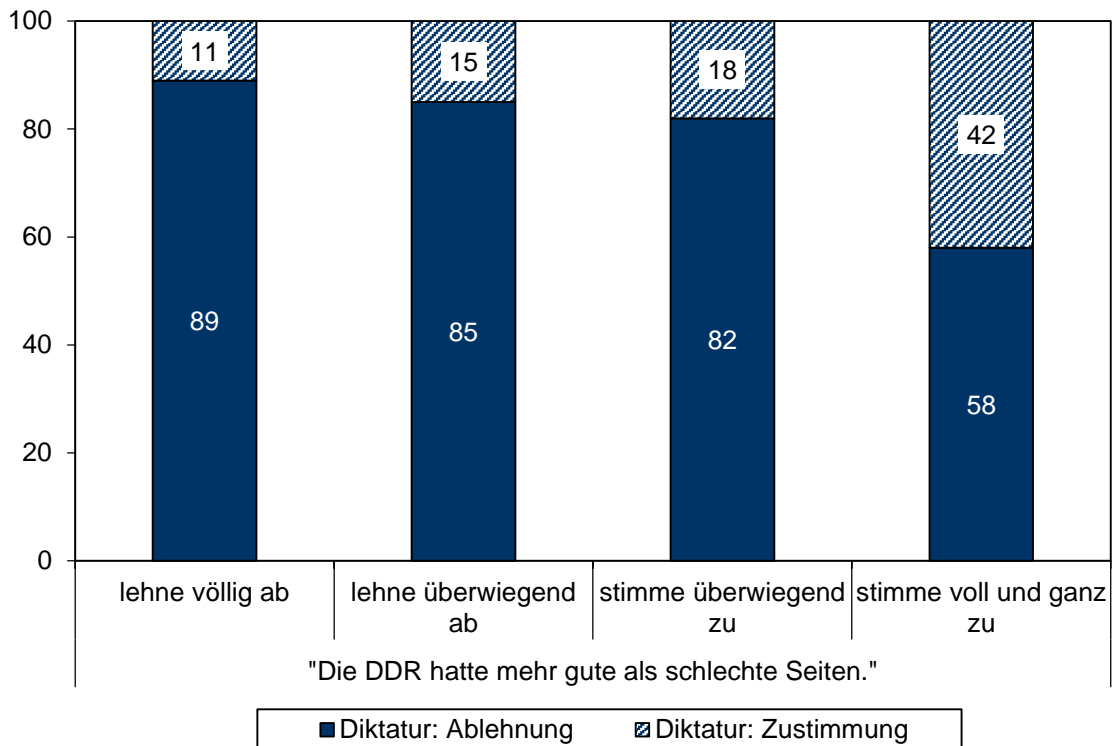
Abb. 65: „Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform.“ nach Autoritarismus (in Prozent)



Es bleibt festzuhalten, dass es eine große und 2015 wieder deutlich zunehmende Minderheit in Thüringen gibt, die eine „nationale Diktatur“ unter „bestimmten Umständen“ für die bessere Staatsform hält. Eine Disposition zu solchen Positionen ist nicht nur mit sozial benachteiligten Lebensumständen wie etwa Bildungsdefiziten verknüpft, sondern findet sich auch – und sogar noch ausgeprägter – in der eher begünstigten oder privilegierten Kategorie der Landwirt_innen, Selbständigen und Freiberufler_innen. Hier deutet sich eine besondere Anfälligkeit von „Verbitterten der Mittelschicht“ (Bude 2015) an, die mit jener derer koinzidiert, die sich in besonders prekären oder benachteiligten Lebensumständen befinden. Befragte, die als Kinder und Jugendliche die letzten Jahre der DDR erlebt haben und in den krisenhaft erlebten Anfangsjahren des vereinten Deutschlands aufwuchsen, sympathisieren ebenfalls überproportional mit einer Diktatur als Staatsform. Das gleiche gilt mit noch stärkerer Ausprägung für jene Thüringer_innen, die die DDR positiv bewerten (Abb. 66). Die soziale Heterogenität der diktaturaffinen Gruppen einerseits, die Verknüpfung dieser Einstellungen mit identitätsprägenden Erfahrungen und Bewertungen der DDR-Vergangenheit andererseits und ihre Verankerung in Persönlichkeitsmerkmalen (Autoritarismus) dürften ihre gezielte Beeinflussung erschweren. Als po-

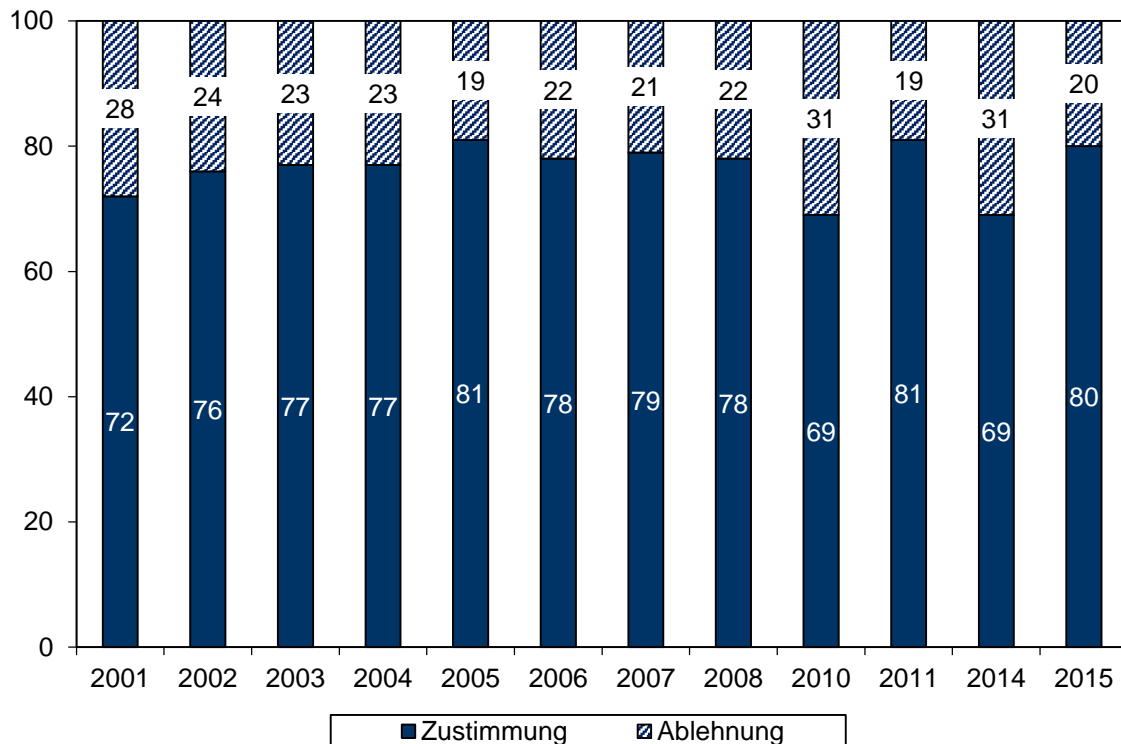
sitiver Umstand kann hier jedoch gewertet werden, dass in Ausbildung befindliche Befragte deutlich seltener Sympathien für die Diktatur als Regierungsform zeigen (ohne allerdings immun zu sein).

Abb. 66: „Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform.“ nach DDR-Bewertung
(in Prozent)



Problematisch ist in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass sich – wie wir bereits im letztjährigen Gutachten berichtet haben – Diktaturaffinität nicht auf die Zustimmung zu der hier vorgestellten Frage nach der Diktatur als bessere Staatsform beschränken lässt, sondern ein positives, zumindest positiv relativierendes Verhältnis zur Diktatur als Regierungsform oder diktatorischen Regimen weit darüber hinaus geht. Wenn wir auch die zustimmenden Antworten zur Frage nach der „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“ (23 Prozent), zur Aussage „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ (50 Prozent Zustimmung) und zur Aussage, dass der Nationalsozialismus „auch gute Seiten“ hatte (24 Prozent Zustimmung), einbeziehen und gemeinsam betrachten, stimmen rund 70 Prozent der Befragten zumindest einem der vier Items zu. Nach wie vor sympathisiert also eine große Mehrheit der Bevölkerung Thüringens abstrakt oder, mit Blick auf die Regime der deutschen Diktaturvergangenheit, konkret mit nicht-demokratischen politischen Ordnungen. Zwar werden Befragte durch die Bezeugung von Sympathie für die DDR noch nicht zu Antidemokrat_innen, aber ihr Antwortverhalten zeigt an, dass der diktatorische Charakter der politischen Ordnung der DDR nicht das ausschlaggebende Kriterium bei der Bewertung der Lebensverhältnisse in der DDR ist (vgl. Kapitel III.3). Für eine beachtliche Minderheit der DDR-Sympathisant_innen deuten unsere Befunde sogar darauf hin, dass gerade deren autoritäre politische Ordnung einen wesentlichen Aspekt für eine positive Bewertung bildet.

Abb. 67: „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“, 2001–2015
(in Prozent)

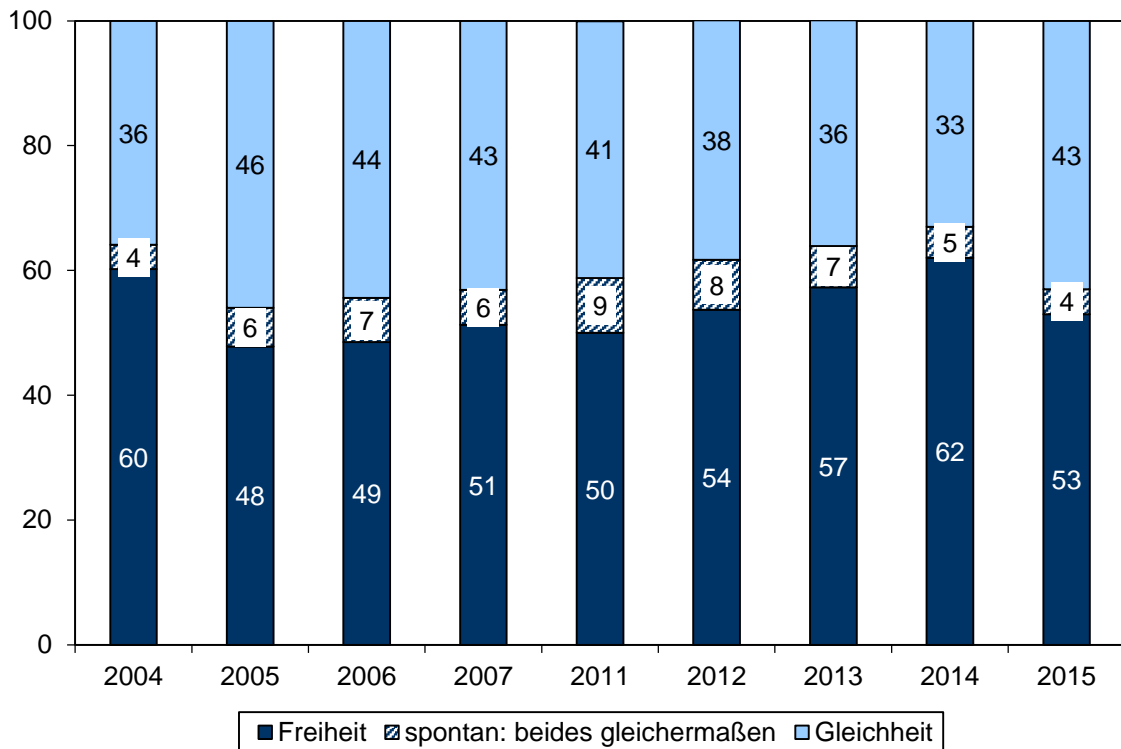


Die Abnahme der Demokratiezufriedenheit und des Vertrauens in die Bundes- und Landesregierung kann als Ausdruck einer gegenüber 2014 wieder zunehmenden Entfremdung von den Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates gedeutet werden. Darauf verweist auch die deutliche Zunahme der Zustimmung zu der Aussage „Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht“ (Abb. 67). Ähnliches gilt für die Zunahme der Wahrnehmung eigener politischer Einflusslosigkeit auf das Regierungshandeln und damit einer Abnahme der politischen Selbstwirksamkeit. Zugleich setzt sich die Ende des Jahrzehnts begonnene Abnahme des politischen Interesses fort: der Anteil der politisch Interessierten hat 2015 einen Tiefpunkt, der Anteil der politisch nicht Interessierten einen Höchstwert erreicht. Die soziale Lage der Befragten ist durch den dämpfenden Effekt von Bildungsferne, Einkommensschwäche und Arbeitslosigkeit auf politische Selbstwirksamkeit, Institutionenvertrauen, politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit zwar mit diesem Sachverhalten kausal verknüpft, sie vermag aber die im Jahresvergleich auftretenden Schwankungen nicht zu erklären. Tatsächlich haben die Anteile von Personen in stark deprivierenden Soziallagen im Zeitvergleich eher abgenommen oder sind konstant geblieben. Wir schreiben die im Sinne eines normativen Demokratieverständnisses negative Entwicklung im Jahresvergleich 2014 deshalb kurzfristig wirksamen Faktoren, wie etwa einer von großen Minderheiten oder Mehrheiten abgelehnten, aber von den politischen Eliten breit unterstützten Politik finanzieller Unterstützungsleistungen für Griechenland und der Aufnahmebereitschaft gegenüber Flüchtlingen zu.

In den Zusammenhang der hier dargestellten Befundlage gehört auch eine Verschiebung in den Wertorientierungen der Befragten, die – vor die Wahl gestellt, ob sie Freiheit oder

Gleichheit für wichtiger halten – nun wieder zu 43 Prozent die Gleichheit wählen (Abb. 68). Dies sind zehn Prozentpunkte mehr als 2014, womit wir wieder auf das Wertenniveau des vergangenen Jahrzehnts zurückkehren. Gegenüber der politisch konnotierten Freiheitsnorm gewinnt also wieder die stärker sozial konnotierte Gleichheitsnorm an Gewicht; eine Präferenzordnung, die ja auch bei den Bewertungen der DDR-Vergangenheit einige Bedeutung besitzt.

Abb. 68: *Freiheit oder Gleichheit? 2004–2015*
(in Prozent)

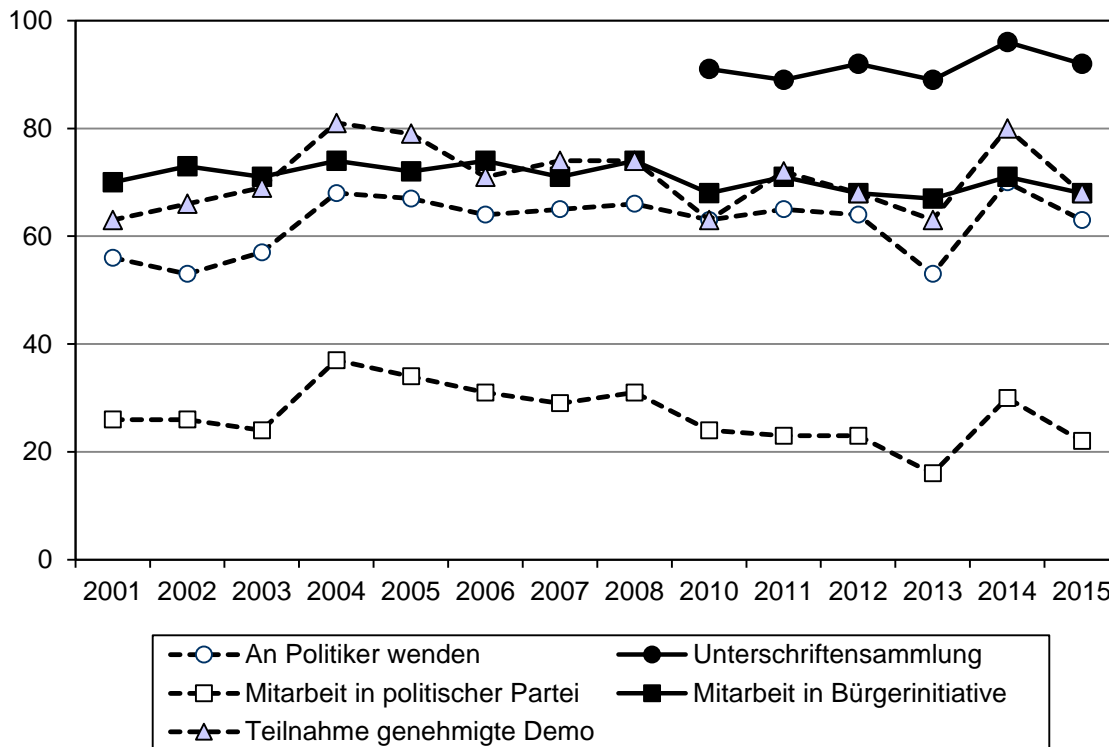


2. Politische Partizipation

Die Einstellungen gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat und das politische Engagement im Kontext seiner Institutionen bilden zwei unterscheidbare, sich aber partiell überlappende Aspekte der politischen Kultur des Freistaats. Der Überlappungsbereich wird durch die Partizipationsnormen abgesteckt, die im THÜRINGEN-MONITOR durch die Verknüpfung der Antwortkategorien „habe ich schon getan“ und „würde ich tun“ erfasst werden, mit denen die Befragten ihre Neigung zum Ausdruck bringen, sich in einer bestimmten Weise politisch zu beteiligen. Für die Partizipationsformen der „Mitarbeit in einer Bürgerinitiative“, der „Unterschriftensammlung“, der „Teilnahme an einer (genehmigten) Demonstration“, der „Mitarbeit in einer politische Partei“ und der Kontaktaufnahme zu einem Politiker“ werden diese Daten seit 2001 erfasst und können in durchgehenden Zeitreihen dargestellt werden; für Unterschriftensammlungen gilt dies seit 2010 (Abb. 69). Die Verläufe der Zeitreihen zeigen für die Mitarbeit in politischen Parteien, Demonstrationsteilnahme und der Bereitschaft, sich an Politiker zu wenden, zwar deutlich Rückgänge gegenüber dem Vorjahre, die aber lediglich eine Annäherung

an das langjährige Mittel nach den Spitzenwerten des vergangenen Jahres bedeuten. Die Neigung zur Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und die Mitarbeit an einer Bürgerinitiative haben sich kaum verändert. Insgesamt und im Gegensatz zu den sonstigen politischen Einstellungen lässt sich aus den Daten des THÜRINGEN-MONITORS zur politischen Partizipationsneigung keine Tendenz zu wachsender politischer Entfremdung herauslesen. Dies gilt allenfalls für die Mitarbeit in einer politischen Partei, bei der wir seit 2004 einen Abwärtstrend beobachten, der 2014 unterbrochen, aber 2015 wieder aufgenommen wurde.

Abb. 69: *Formen legaler politischer Partizipation 2001–2015*
(„habe ich schon getan“/ „würde ich tun“ in Prozent)

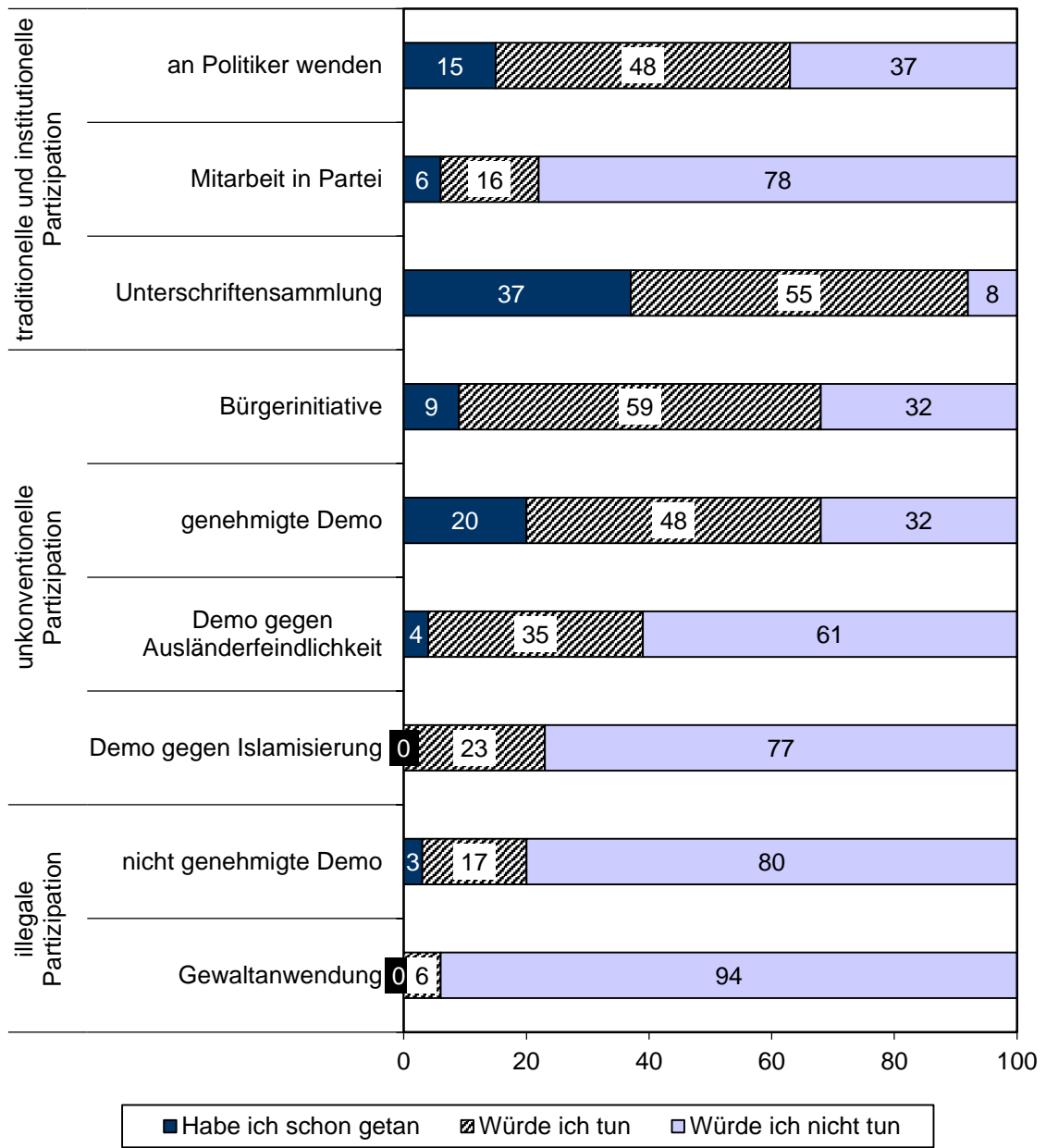


Wenn die Partizipationsneigung über die verschiedenen in Abb. 70 dargestellten fünf Partizipationsformen hinweg aufaddiert wird, ergibt sich ein Wert von 96 Prozent. Damit besteht eine fast vollständige Übereinstimmung zwischen der wahlberechtigten Bevölkerung Thüringens, die die Grundlage der Stichprobe des THÜRINGEN-MONITORS bildet, und einer politischen Zivilgesellschaft der politisch Partizipationsbereiten. Diese Übereinstimmung verschwindet jedoch, wenn wir das von den Befragten selbst berichtete Partizipationshandeln betrachten: Nur 47 Prozent der Befragten haben mindestens eine der genannten Partizipationsformen schon einmal ausgeübt, wobei die Differenz zwischen Partizipationsneigung und Partizipationspraxis im Falle der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung besonders gering, bei der Beteiligung an einer Bürgerinitiative besonders hoch ist.

Allgemein gilt, dass die Differenz zwischen Partizipationsneigung und Partizipationspraxis bei jenen Beteiligungsformen besonders groß ist, bei denen einerseits die Partizipationsnorm verbreitet Anerkennung findet, andererseits die „Kosten“ der Beteiligung – vor

allen im Hinblick auf den Zeitaufwand – aber besonders hoch sind (vgl. TM2014: Tabellen A37 und A38). In spezifischer Weise prägt sich dieser Zusammenhang bei der „illegalen Partizipation“ aus, bei der auch Risikobehaftung und Sanktionsdruck eine die Partizipationsneigung dämpfende Rolle spielen. Hier fällt, wie in den vergangenen Jahren, eine vergleichsweise hohe Teilnahmebereitschaft im Hinblick auf nicht genehmigte Demonstrationen auf. Wir können diese teilweise den Montagsdemonstrant_innen des Jahres 1989 zurechnen, die rund die Hälfte derjenigen Befragten stellen, die angeben, schon einmal an einer illegalen Demonstration teilgenommen zu haben. Die Daten stützen die Annahme, dass es sich hier tatsächlich um eine Selbstklassifikation des Verhaltens während der Friedlichen Revolution als „illegal“ handelt. Es gilt aber auch, dass 73 Prozent der Montagsdemonstrant_innen und damit nur wesentlich weniger als in der Gesamtstichprobe, die (künftige) Teilnahme an illegalen Demonstrationen für sich ablehnen.

Abb. 70: Politische Partizipation
(in Prozent)



Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurde auch über das Repertoire der als Standard abgefragten Partizipationsformen hinaus nach der Bereitschaft gefragt, sich an Demonstrationen gegen „Ausländerfeindlichkeit“ und „Islamisierung“ zu beteiligen (im letzten Jahr war es die Teilnahme an Demonstrationen gegen Neonazis). Wir haben damit ein aktuelles, vor der Befragung des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS intensiv öffentlich diskutiertes Geschehen auf den Straßen Deutschlands aufgegriffen. Unsere Daten zeigen, dass beide Themen ein beachtliches Mobilisierungspotenzial aufweisen, wobei das gegen „Ausländerfeindlichkeit“ gerichtete überwiegt. Hier erklärt mehr als ein Drittel der Befragten, dass sie sich an solchen Demonstrationen beteiligen würden, weitere vier Prozent geben an, sich an einer solchen Demonstration schon einmal beteiligt zu haben. Bei Demonstrationen gegen „Islamisierung“ liegt der Anteil der Teilnahmebereiten bei annähernd einem Viertel der Befragten; der Anteil derjenigen, die angeben, sich schon einmal beteiligt zu haben, bei 0,2 Prozent, was durchaus mit den tatsächlichen Teilnahmezahlen der Thüringer Demonstrationen gegen „Islamisierung“ übereinstimmt. In der Summe stehen also dem Anschein nach etwa zwei Fünftel der für Demonstrationen gegen „Ausländerfeindlichkeit“ mobilisierbaren Thüringer_innen etwa einem Viertel gegenüber, die bereit sind, gegen „Islamisierung“ auf die Straße zu gehen. Dieses polarisierende Bild trägt jedoch, tatsächlich und von uns unerwartet gibt es zwischen beiden Befragtenkategorien eine große Überlappung, die bei den demonstrationsbereiten „Islamisierungsgegner_innen“ 49 Prozent, also nahezu die Hälfte, und bei den zur demonstrativen Abwehr von „Ausländerfeindlichkeit“ Bereiten 31 Prozent, also etwa ein Drittel beträgt. Mit anderen Worten: der Anteil der potenziellen Demonstrant_innen gegen Ausländerfeindlichkeit ist unter den potenziellen Demonstrant_innen gegen „Islamisierung“ deutlich höher als in der Gesamtstichprobe! Zwischen beiden Aussagen besteht statistisch ein signifikanter positiver Zusammenhang. Dieser Befund deutet an, dass auf der Einstellungsebene die demonstrative gesellschaftliche Abwehr der „Islamisierung“ mit der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit zumindest vereinbar ist. Die Daten würden sogar die Aussage unterstützen, dass sie sich begünstigen. Dies deutet darauf hin, dass in der Wahrnehmung eines erheblichen Teils der auf diesem Feld politisch aktionsbereiten Bevölkerung Abwehr einer „Islamisierung“ nicht mit einem generellen Ethnozentrismus gleichzusetzen ist. Wir sehen hier einen Ausdruck und Nachhall der sich nach dem Anschlag auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo im Januar 2015 verstärkenden säkular-aufklärerisch inspirierten Islamkritik. Eine klare Abgrenzung und Unvereinbarkeit zwischen beiden Gruppen zeigt sich allerdings auf der Handlungsebene: Nur drei Prozent der Personen, die angeben, bereits schon einmal an einer Demonstration gegen „Ausländerfeindlichkeit“ teilgenommen zu haben, würden auch an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ teilnehmen, keiner hat dies getan, was angesichts der geringen Teilnahmezahlen auch kaum zu erwarten war. Wir sehen also eine sehr weitgehende Überlappung und Durchmischung in den Köpfen, aber eine „klare Kante“ auf der Straße.

Wir haben auch in diesem THÜRINGEN-MONITOR nach den Faktoren gefragt, die die Bereitschaft der Befragten, sich politisch zu beteiligen, und ihr tatsächliches Beteiligungsverhalten beeinflussen. Dabei haben wir das Verfahren der schrittweisen multiplen Regression angewendet, das aus einem Pool möglicher Erklärungsfaktoren in einem statistisch gesteuerten Auswahlverfahren jene Faktoren heraussucht, die einen signifikanten Erklärungsbeitrag leisten. Das Verfahren wird abgeschlossen, wenn es keinen weiteren Erklärungsfaktor gibt, der einen solchen Beitrag leistet (vgl. TM2014: 69). Die von uns

eingeführten Erklärungsfaktoren sind in Abb. 71 aufgelistet. Wir wenden das Verfahren zunächst auf die Erklärung der Partizipationsneigung (Bereitschaft zur politischen Beteiligung + tatsächlich ausgeübte Partizipation) an, die wir zum einen für legale, zum anderen für illegale Partizipationsformen mit einem Summenindex jeweils für die von uns regelmäßig erhobenen fünf legalen und zwei illegalen Partizipationsformen (vgl. Abb. 70) erfasst haben.

Abb. 71: *Mögliche Erklärungsfaktoren politischer Partizipation*
(unabhängige Variablen zur Aufnahme in die schrittweisen multiplen Regressionsanalysen)

Alter
Geschlecht (0=männlich, 1=weiblich)
Bildung (0=unter Abitur, 1=Abitur und höher)
Einkommen (Haushaltseinkommen): bis 2000 Euro, bis 4000 Euro, höher als 4000 Euro
Status: Auszubildende_r, Rentner_in, Arbeitslose_r (jeweils 0=nein 1=ja)
Religion (0=nein 1=ja)
ledig (0=nein 1=ja)
Urbanität des Landkreises (0=ländlich, 1=städtisch)
Links-Rechts-Selbsteinstufung (links = niedrig, rechts=hoch)
Parteibindung (0=nein 1=ja)
Institutionenvertrauen (Summenskala)
Rechtsextremismus (Mittelwertindex) (rechtsextrem = hoher Indexwert)
Politikinteresse (stark = hohe Werteausprägung)
„Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ (politische Selbstwirksamkeitsüberzeugung) (Zustimmung = hohe Werteausprägung)
„Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.“ (politische Eigenkompetenzbeschreibung) (Zustimmung = hohe Werteausprägung)
„Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.“ (Parteienskepsis) (Zustimmung = hohe Werteausprägung)

Im Ergebnis wird die Neigung zu legaler politischer Beteiligung (Modell 1, Abb. 72) überwiegend von der Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz („Kann politische Fragen gut verstehen“) und Wirksamkeit („Kann Einfluss auf die Regierung ausüben“) beeinflusst. Lediglich „Bildung“ und „Alter“ verweisen auf einen unmittelbaren Effekt der sozialen Lage der Befragten: Personen mit hohen Bildungsabschlüssen und Jüngere weisen eine größere Partizipationsneigung auf. Dieser Einfluss besteht unabhängig neben dem positiven Effekt der subjektiven Selbstzuschreibung von politischer Kompetenz und Wirksamkeit, wobei Personen, die sich selbst politische Wirksamkeit zurechnen, auch eine höhere Partizipationsneigung aufweisen. Einen positiven Effekt haben auch das Politikinteresse und die Parteibindung. Ferner beobachten wir eine unmittelbare Wirkung der Selbsteinordnung auf einem Links-Rechts-Kontinuum, wobei Personen, die sich eher rechts einordnen auch eine geringere Partizipationsneigung aufweisen. Grundsätzlich gilt, dass die Bereitschaft, sich jenseits von Wahlen in legaler Weise am politischen Prozess zu beteiligen, mit der subjektiven und strukturellen Integration in die Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie (positiv) verknüpft ist.

Abb. 72: Ursachen legaler / illegaler politischer Partizipation(sbereitschaft)³⁸

Erklärende Variablen	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Legale P. „würde ich tun / habe ich schon getan“		Legale P. „habe ich schon getan“		Illegale P. „würde ich tun / habe ich schon getan“	
	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)
Alter (älter)	-,338	,000	entfernt		-,140	,003
Geschlecht (weiblich)	entfernt		-,093	,008	entfernt	
Rentner_in (ja)	entfernt		entfernt		-,159	,000
Bildung (Abitur und höher)	+,069	,040	+,177	,000	entfernt	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechter)	-,178	,000	-,090	,012	entfernt	
(Institutionenvertrauen (hoch)	entfernt		-,098	,005	-,171	,000
Politikinteresse (hoch)	+,219	,000	+,130	,001	entfernt	
Pol. Eigenkompetenzzuschreibung (hoch)	+,103	,004	entfernt		+,116	,001
Pol. Selbstwirksamkeitsüberzeugung (hoch)	-,116	,001	entfernt		-,096	,010
Parteienskepsis (hoch)	entfernt		entfernt		+,086	,025
Parteibindung (ja)	entfernt		+,127	,001	entfernt	
HH-Einkommen (höher als 4000 Euro)	entfernt		-,072	,035	entfernt	
Fallzahl n	787		787		787	
„Modellgüte“ ³⁹ (Multiple R ² _{corr})	0.253		0.113		0.130	

Positives Vorzeichen: erhöht Partizipationsneigung	Negatives Vorzeichen: senkt Partizipationsneigung
---	--

Ein etwas anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn nur das tatsächliche legale Partizipationsverhalten (Modell 2) betrachtet wird. Hier zeigt sich, dass Befragte, die Institutionen stärker vertrauen, sich in *geringerer* Vielfalt politisch beteiligen. Dies deutete darauf hin, dass die Praxis politischer Beteiligung, anders als die Partizipationsnorm, ein Element der

³⁸ **Multiple lineare Regressionsanalysen (OLS)**, schrittweiser *Einschluss* aller in Abb. 71 aufgeführten unabhängigen (erklärenden) Variablen. Variable nicht aufgeführt / „entfernt“: Kein Effekt / kein Beitrag zur Varianzerklärung im jeweiligen Modell; automatischer *Variablenausschluss* bei fortschreitender Modellsättigung (maximaler Anteil erklärter Varianz).

Modell 1: Abhängige Variable: Summenindex legaler Partizipationsformen („Habe ich schon getan/ würde ich tun“) Sieben Schritte bis zur Modellsättigung.

Modell 2: Abhängige Variable: Summenindex legaler Partizipationsformen („Habe ich schon getan“) Sieben Schritte bis zur Modellsättigung.

Modell 3: Abhängige Variable: Summenindex illegaler Partizipationsformen („Habe ich schon getan/ würde ich tun“) Sechs Schritte bis zur Modellsättigung.

³⁹ Anteile der durch die aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärten Varianzen der abhängigen Variablen.

Kritik und Distanz gegenüber Institutionenordnung der repräsentativen Demokratie enthält. Auch spielen sozialstrukturelle Faktoren eine differenziertere Rolle. Während höhere Bildung wie bei der Partizipationsnorm auch die tatsächliche Beteiligung steigert, wirkt ein hohes Einkommen auf Partizipationshandeln dämpfend. Dieser gegenläufige Wirkungszusammenhang deutete darauf hin, dass politisches Partizipationshandeln auch einen Aspekt sozialer Kompensation durch die immateriellen Belohnungen und Entfaltungsmöglichkeiten (staats-)bürgerlichen Engagements enthält. Bemerkenswert ist auch ein Effekt von Geschlechterrollen: Frauen beteiligen sich seltener politisch als Männer – bei den Partizipationsnormen gab es hier keinen Unterschied.

Noch schärfer ausgeprägt sind die Aspekte politischer Entfremdung bei der Bereitschaft zu illegaler politischer Partizipation (Modell 3) – tatsächliches illegales Verhalten haben wir wegen der zu geringen Fallzahlen hier nicht in einem eigenen Modell berücksichtigt. Personen, die nach Selbstauskunft bereit sind, sich an nicht genehmigten Demonstrationen zu beteiligen und / oder Gewalt für die Verfolgung politischer Anliegen anzuwenden, haben neben einem geringen Institutionenvertrauen auch geringere Erwartungen in die Parteien, dass sie die Interessen ihrer Wähler vertreten. Wie in den anderen Modellen sind aber auch zu illegaler Partizipation Bereite tendenziell von ihrer politischen Kompetenz und Selbstwirksamkeit überzeugt. Von den sozialdemographischen Variablen haben zunehmendes Alter und Verrentung/Pensionierung einen dämpfenden Einfluss – letzteren interpretieren wir als einen zusätzlichen Effekt hohen Alters. Die Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala hat anders als bei der legalen Partizipation keine Wirkung auf die Bereitschaft zu illegaler politischer Partizipation.

Mit Blick auf die Welle islamkritischer bzw. islamfeindlicher Kundgebungen im zeitlichen Vorfeld der Erhebung des THÜRINGEN-MONITORS haben wir auch nach der Bereitschaft der Befragten zur Teilnahme an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ gefragt. Weil wir wissen wollten, wie stark die Aversion gegen den Islam die Demonstrationsbereitschaft beeinflusst, haben wir eine Aussage zur Bereitschaft der in Deutschland lebenden Muslim_innen, „unsere Werte“ zu akzeptieren, sowie die Aussage, dass die Muslim_innen in Deutschland „zu viele Forderungen“ stellen, in unser Inventar aufgenommen. Von beiden Fragen hat nur jene nach den „zu vielen Forderungen“ der Muslim_innen einen signifikanten Effekt, allerdings mit eher bescheidener Erklärungskraft. Ein spezifisches Ressentiment gegen den Islam oder Muslim_innen ist hier also nicht die entscheidende Triebkraft. Einen deutlich höheren Erklärungsbeitrag haben die Selbst- und Fremdeinstufung der Befragten auf den Rechts-Links-Kontinua, wobei hohe Skalenergebnisse auf der Rechtsextremismusskala und eine eher „rechte“ Platzierung auf der Selbsteinstufungsskala die Bereitschaft erhöhen, an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ teilzunehmen (Abb. 73). Bemerkenswert ist, dass die Selbst- und die Fremdeinstufung auf den politischen Orientierungsskalen jeweils eigenständige Kausalfaktoren bilden. Dies weist darauf hin, dass es sich bei dem Rechtsextremismusindex und der Selbsteinstufungsskala um unterschiedliche Konstrukte handelt, die voneinander konzeptionell abgegrenzt werden müssen. Dass sie im gegebenen Modell in die gleiche Richtung wirken, zeigt aber an, dass Demonstrationen gegen „Islamisierung“ vor allem im „rechten“ Sektor der Gesellschaft ein Unterstützerpotenzial haben.

Abb. 73: Ursachen der Teilnahme(bereitschaft) an einer Demonstration gegen „Islamisierung“⁴⁰

Erklärende Variablen	Teilnahme an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ „würde ich tun / habe ich schon getan“	
	Standardisierte Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)
Geschlecht (weiblich)	-,790	,039
Rechtsextrem (= hoher Indexwert)	+,216	,000
Links-Rechts-Selbst- stufung (rechter)	+,180	,000
(Institutionenvertrauen (hoch)	-,157	,000
Politikinteresse (hoch)	+,101	,009
„Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“ (Zustimmung)	+,111	,008
Fallzahl <i>n</i>	608	
„Modellgüte“ ⁴¹ (Multiple R^2_{corr})	0,207	

Positives Vorzeichen: erhöht Partizipationsneigung	Negatives Vorzeichen: <u>senkt</u> Partizipationsneigung
---	---

Dieser Befund steht in einem Spannungsverhältnis zu dem zuvor erörterten Befund, dass die Hälfte der gegen „Islamisierung“ Demonstrationswilligen auch gegen Fremdenfeindlichkeit demonstrieren würde. Demonstrationen gegen Fremdenfeindlichkeit haben zwar unseren Analysen nach eine eher „linke“ Unterstützerklientel, es ist jedoch aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN bekannt, dass auch auf ersten Blick „linke“ Themen (wie etwa Demonstrationen gegen Neonazis) ein Unterstützungspotenzial von rechts Eingestellten haben (vgl. TM2013: 119). Auch bleiben in statistischen Kausalanalysen mit ihren begrenzten Erklärungsbeiträgen immer erhebliche Spielräume für gegenläufige Tendenzen und paradoxe Befunde. Neben ihrer „rechten“ politischen Orientierung sind die zur Teilnahme an Demonstrationen gegen „Islamisierung“ Bereiten durch ein erhöhtes Politikinteresse und ein gemindertenes Institutionenvertrauen charakterisiert. Sozialstrukturell sind sie stärker männlich geprägt. Die hier identifizierten Kausalfaktoren verweisen auf eine sozial heterogene und ideologisch diffus „rechte“, politisch interessierte, aber von den Institutionen des Verfassungsstaates eher entfremdete Unterstützerklientel.

⁴⁰ **Multiple lineare Regressionsanalyse** (OLS), schrittweiser *Einschluss* aller in Abb. 71 aufgeführten unabhängigen (erklärenden) Variablen, zusätzlich: Zustimmung zu den Aussagen „Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.“ sowie „Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.“ Hier nicht aufgeführte Variablen: Kein Effekt / kein Beitrag zur Varianzerklärung im Modell; automatischer Variablenausschluss bei fortschreitender Modellsättigung (maximaler Anteil erklärter Varianz). Abhängige Variable: Teilnahme an Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit („würde ich nicht tun“ =0, „Habe ich schon getan/ würde ich tun“ =1; Pseudometrik durch Binärcodierung). Sechs Schritte bis zur Modellsättigung.

⁴¹ Anteile der durch die aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärten Varianzen der abhängigen Variablen.

Unsere Befunde unterstreichen, dass politische Partizipation nicht generell als eine Unterstützung des demokratischen Verfassungsstaats mit anderen Mitteln als der Wahl interpretiert werden darf. Sie enthält ein Element des politischen Protests, der auch diejenigen zu mobilisieren vermag, die den Institutionen des demokratischen Verfassungsstaats skeptisch oder gar feindlich gegenüber stehen und für sich keine angemessene Rolle in ihm sehen. Der Mobilisierungseffekt ist besonders groß, wenn sich antidemokratische Ressentiments mit einem Thema verbinden, das auch in anderen politischen Quartieren Unterstützung findet. Bei der Kampagne gegen „Islamisierung“ war dies der Fall. Vor allem gelang es aber mit diesem Thema bei Personen, die sich selbst als eher rechts einstuften oder durch ihr Antwortverhalten höhere Werte auf dem Rechtsextremismusindex aufweisen, Partizipationsbereitschaft zu wecken.

3. Rechtsextreme Einstellungen

Der aktuelle Zustrom an Flüchtlingen und Asylbewerber_innen in Europa und in Deutschland führt nicht nur zu einer Welle an Solidarität und engagierter Hilfe, sondern führt andererseits auch vor Augen, wie weitverbreitet ethnozentristische und in der neo-nationalsozialistischen Ideologie verhaftete Einstellungen im heutigen Deutschland sind. „Gewalt gegen Zuwanderer weckt Bedenken über die extreme Rechte in Deutschland“ titelte (übersetzt) die *New York Times* im August dieses Jahres (Eddy 2015), einen Sprecher des *European Council on Refugees and Exiles* zitierend, der die Befürchtung ausdrückte, die Gewalt gegen Asylbewerber_innen und Flüchtlinge in Deutschland scheinbar ein wachsender Trend zu sein, im Gegensatz zu den Reaktionen im restlichen Europa. *Amnesty International*, so der Artikel, konnte die Vorfälle eindeutig der radikalen und extremen Rechten zuordnen, da Sprache und Symbolik der Ausschreitungen „klassisch neo-nazistisch“ sind. Der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Irene Mihalic u.a. führt aus, dass 61 der 130 in Deutschland begangenen rassistischen Gewalttaten im Jahr 2014 in den neuen Bundesländern begangen wurden (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2015 / Drucksache des dt. Bundestags 18/5758). Das sind 47 Prozent. Die Bevölkerung Ostdeutschlands stellt weniger als ein Fünftel der Einwohner_innenzahl Deutschlands. Dieses Missverhältnis weckt Besorgnis über die politische Kultur in Ostdeutschland im 25. Jahr der Deutschen Einheit.

Der Verlauf der Wiedervereinigung wurde auf Einstellungsebene von Beginn an beobachtet. Es ist ein etablierter Befund, dass das Vertrauen in politische Institutionen, die Demokratiezufriedenheit und die Unterstützung für das politische System in Ost- geringer als in Westdeutschland ausgeprägt sind, was in einer niedrigeren politischen Partizipation resultiert (Cusack 1999; Grix 2000; Rohrschneider / Schmitt-Beck 2002; Dalton / Weldon 2010; Campbell 2011; Holtmann et al. 2015). Sozialistische Einstellungen sind, wie zu erwarten, in Ostdeutschland stärker ausgeprägt und könnten für das geringere politische Vertrauen verantwortlich sein (Campbell 2012). Andererseits gilt, dass die ab dem Jahr 2002 beobachteten, fremdenfeindlichen und chauvinistischen Einstellungen (erst) seit 2008 in den neuen Bundesländern höher ausfallen. Ostdeutsche sind weniger

antisemitisch eingestellt und nicht im gleichen Maße wie Westdeutsche bereit, den Nationalsozialismus zu verharmlosen. Sie sind jedoch stärker von den möglichen Vorteilen einer nationalen Diktatur überzeugt und haben ein stärker sozialdarwinistisch geprägtes Gesellschaftsbild (Decker et al. 2014; Decker et al. 2013).

Verharmlosung des Nationalsozialismus, Antisemitismus, Diktaturunterstützung und Sozialdarwinismus sind die Einstellungskomponenten zur Messung der Nähe zur neo-nationalsozialistischen Ideologie. Gemeinsam mit Ethnozentrismus (fremdenfeindliche und chauvinistische Einstellungen) ergeben die sechs Komponenten die Definition für rechts-extreme Einstellungen, wie sie in den meisten bundesweiten und regionalen Befragungen verwendet wird (wie auch im THÜRINGEN-MONITOR) (Heyder / Decker 2011; Decker et al. 2003; Kiess 2011). Nach dieser Messkonvention liegt das Niveau rechtsextremer Einstellungen 2014 in Ostdeutschland um zwei Prozentpunkte höher als in Westdeutschland (Decker et al. 2014: 48). Der weit größere Wahlerfolg rechtsextremer Parteien und die häufigeren rassistisch motivierten Straftaten können demzufolge schwerlich über die Einstellungsebene erklärt werden. Neo-nazistische Organisationen konnten sich nach der Wiedervereinigung „erfolgreich“ in Ostdeutschland etablieren, vermutlich auch aufgrund der seinerzeit erst schwach ausgeprägten Zivilgesellschaft (Pfahl-Traugher 2009). Ostdeutschland wurde dadurch zu einer „Erlebniswelt“ des organisierten Rechtsextremismus, mit einer hohen Dichte an „Events“ und Aktionen (Glaser / Pfeiffer 2007). Die Analyse des Rechtsextremismus aus der Perspektive der Bewegungsforschung liefert wichtige Erkenntnisse für das Verständnis der politischen Kultur in den neuen Bundesländern. Das Ausmaß, in dem die rechte Szene das Alltagsleben von insbesondere jungen Menschen in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands prägt – das Ausmaß der Normalisierung der extrem rechten Szene – beginnt der Öffentlichkeit nur sehr langsam bewusst zu werden (Gutsche 2015).

Da es noch immer weder bundes- noch landesweit eine verbindliche quantitative Erfassungen von Aktivitäten der rechten Szene oder rechtsextrem motivierten Straftaten gibt, verschließt sich die Wechselwirkung zwischen rechtsextremen Aktivitäten und der allgemeinen politischen Kultur in Ostdeutschland einer wissenschaftlichen Analyse. Zivilgesellschaftliche Akteur_innen in Thüringen wie beispielsweise *MOBIT e.V.* oder *ezra* und Szenebeobachter sind sich einig in der Einschätzung, dass 1) rechtsextreme Aktivitäten seit 2014 in Thüringen zugenommen haben und 2) die rechtsextreme Szene die Flüchtlingsdebatte wie auch „PEGIDA“ stark für sich instrumentalisiert, ohne diese Debatten oder Bewegungen initiiert zu haben (*MOBIT e.V.* 2015b; *ezra* 2015; Budler 2015; *MOBIT e.V.* 2015a). *ezra* verzeichnet in ihrer Opferstatistik für das erste Halbjahr 2015 einen Anstieg der Fälle von Körperverletzung in Thüringen von 60 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2014. *MOBIT e.V.* ist durch die Analyse rechter Aktivitäten von einem 3) Umbruch der Szene überzeugt: die NPD verliere durch Wahlmisserfolge an Bedeutung, dadurch entschwindet die Motivation rechter Organisationen und Akteur_innen, sich seriös zu geben, was mit der hitzig geführten Flüchtlingsdebatte und auch dem Nachbeben von „PEGIDA“ zusammenfällt und zu einer (erneuten) Radikalisierung der Szene in Thüringen führe (*MOBIT e.V.* 2015a). Im Rahmen dieser Radikalisierung gewinnen

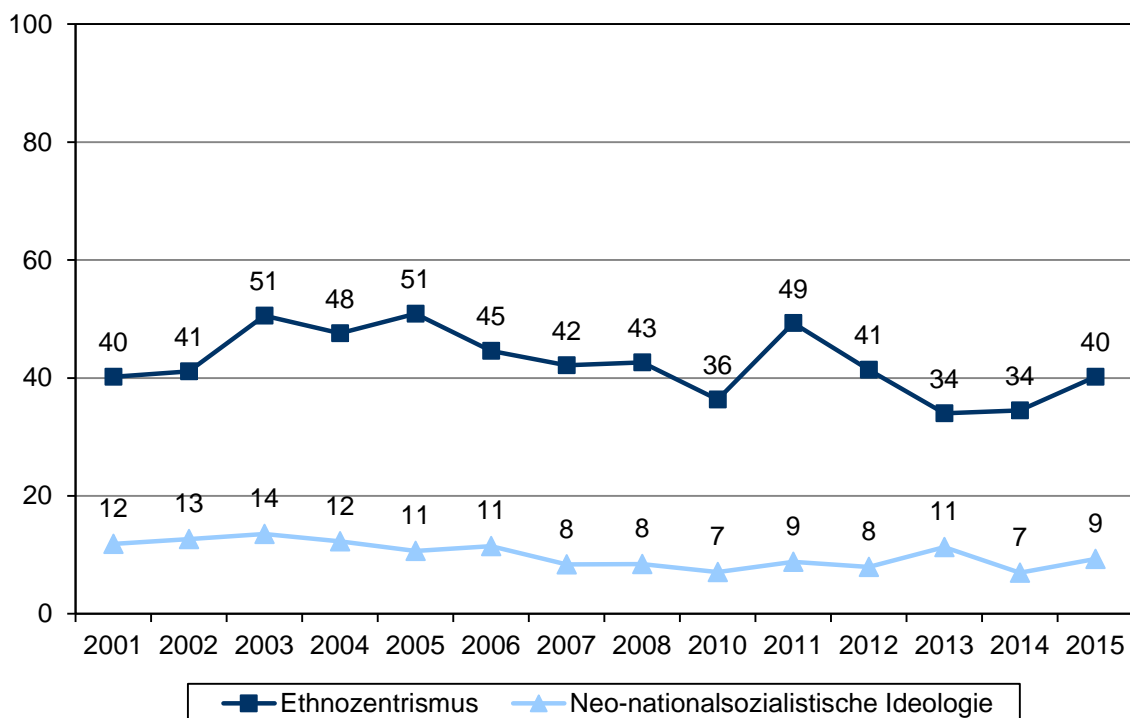
4) Akteur_innen der Szene wieder an Einfluss, die diesen vor 2014 endgültig verloren zu haben schienen.

Anfangs vereinzelte, wenngleich dadurch nicht weniger hart zu verurteilende, Ausschreitungen gegen in Ostdeutschland Asyl suchende Menschen trafen auf ein völlig anderes politisches Umfeld als in Westdeutschland, mit einer auch vor 2014 „eingesessenen“ extrem rechten Szene, die einen hohen Grad an Organisation und eine hohe Aktionsdichte aufweist und die aktuellen Entwicklungen „erfolgreich“ für sich zu nutzen vermag. Die bundesdeutsche Diskussion scheint mitunter blind für diese Hintergründe der politischen Kultur in Ostdeutschland und bleibt bei Verweisen auf das (Spät-)Erbe der DDR sowie die hohen Arbeitslosenzahlen bzw. die wirtschaftliche Struktur als Erklärung für die aktuellen Vorkommnisse in Ostdeutschland. Beides ist relevant für die Erklärung der politischen Kultur in Ostdeutschland, muss jedoch immer zusammen mit dem hohen Organisationsgrad der extremen Rechten seit der Wiedervereinigung gesehen werden. Anders erscheint die Diskrepanz zwischen den bis 2014 rückläufigen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen in Ostdeutschland und den ansteigenden und deutlich höheren rechtsextremen Aktivitäten und Straftaten paradox.

Der THÜRINGEN-MONITOR ist als Bevölkerungsbefragung nicht zur Gewalt- oder Bewegungsforschung geeignet. Der Einfluss der Sozialstruktur auf politische Einstellungen der Bevölkerung ist hingegen Kernstück der Umfrageforschung. In den vergangenen Jahren hat sich der THÜRINGEN-MONITOR intensiv darum bemüht, die Verbindung zwischen der sozioökonomischen Position und politischen wie rechtsextremen Einstellungen offenzulegen. So konnte gezeigt werden (Best / Salomo 2014), dass 1) Thüringer_innen, die eine privilegierte gesellschaftliche Position einnehmen und keine Gefühle relativer Deprivation haben, auch nur selten ethnozentristische oder neo-nationalsozialistische Einstellungen aufweisen, in der überwältigenden Mehrheit zufrieden mit der Demokratie und deren Akteur_innen sind und das politische System der BRD bejahen. Dahingegen sind 2) vom Arbeitsmarkt ausgeschlossene, prekär Beschäftigte mit geringem Einkommen und unterdurchschnittlichem Bildungsabschluss, die zudem die Wahrnehmung haben, nicht den gerechten Anteil von der Gesellschaft zu erhalten, Statusängste aufweisen und sich als Ostdeutsche als Bürger_innen zweiter Klasse behandelt sehen, in der Mehrheit rechtsextrem eingestellt. Sie sind außerdem nicht nur unzufrieden mit der Demokratie und nehmen politische Akteur_innen als nicht responsiv war, sondern haben sich von der Idee der Demokratie abgewandt, haben wenig bis kein politisches Vertrauen und sind nicht zu politischer Partizipation bereit. Zwischen diesen beiden Polen des sozialen Status (und dessen subjektiver Wahrnehmung) ist 3) insbesondere Ethnozentrismus und Unzufriedenheit mit der Demokratie und politischen Akteuren weit verbreitet und einigermaßen fest an den Grad der Ausprägung relativer Deprivationsgefühle gebunden. Insofern weisen 4) die Nähe zur neo-nationalsozialistischen Ideologie, die Ablehnung der Demokratie als beste Staatsidee, fehlendes politisches Vertrauen und die Bereitschaft zur politischen Gewalt eine höhere sozialstrukturelle Determination auf als ethnozentristische Einstellungen und politische Unzufriedenheit.

Diese Ergebnisse unterstreichen die Brisanz der aktuellen Entwicklungen in Thüringen: Die deutlich weiter verbreiteten und weniger an den sozioökonomischen Status gebundenen ethnozentristischen Einstellungen lassen sich leichter durch Ereignisse wie den Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen, und insbesondere dessen mediale Aufarbeitung, verstärken oder ggf. vermindern. Die stark an der sozialstrukturellen Position verhafteten neo-nationalsozialistischen Einstellungen sprechen weniger stark auf aktuelle Entwicklungen an und sind dafür stärker abhängig von makrosozialen Verschiebungen. Wenn jedoch, wie derzeit in Thüringen zu beobachten, die organisierte rechtsextreme Szene nicht ohne Erfolg versucht, sich an die Spitze des Diskurses über und der Reaktionen auf Zuwander_innen, Flüchtlinge und Asylsuchende zu stellen, könnte sie auf diesem Weg neo-nationalsozialistische Ideologeme in Teilen der Bevölkerung normalisieren, die vormals „nur“ für ethnozentristische Einstellungen anfällig waren. Teile der Bevölkerung, die diese Ideologie bereits verinnerlicht haben, sind, wie der THÜRINGEN-MONITOR wiederholt berichtet hat, nicht für Demonstrationen oder andere Partizipationsformen zu aktivieren (nach Selbstauskunft). Wir können demnach annehmen, dass das, auch durch die Aktivitäten der rechten Szene, in den letzten zwei Jahren in Thüringen aktivierte Protestpotential sich *nicht überdurchschnittlich* aus Bürger_innen speist, die der neo-nationalsozialistischen Ideologie bereits verhaftet sind. Sie werden jedoch, wie unsere Befunde zur Bereitschaft an Demonstrationen gegen „Islamisierung“ zeigen, über ethnozentristische Orientierungen angezogen, was eine Enttabuisierung von Bestandteilen der neo-nationalsozialistischen Ideologie zur Folge haben könnte.

Abb. 74: *Zustimmung zu Ethnozentrismus und NS-Ideologie 2001–2015*
(in Prozent)



Die Befunde aus der aktuellen Erhebung folgen dem Bild einer Normalisierung neo-nationalsozialistischer Einstellungen (Abb. 74): Sowohl Ethnozentrismus als auch die Un-

Abb. 75: *Zustimmung zu den Fragen zur Erfassung rechtsextremer Einstellung (in Prozent)*

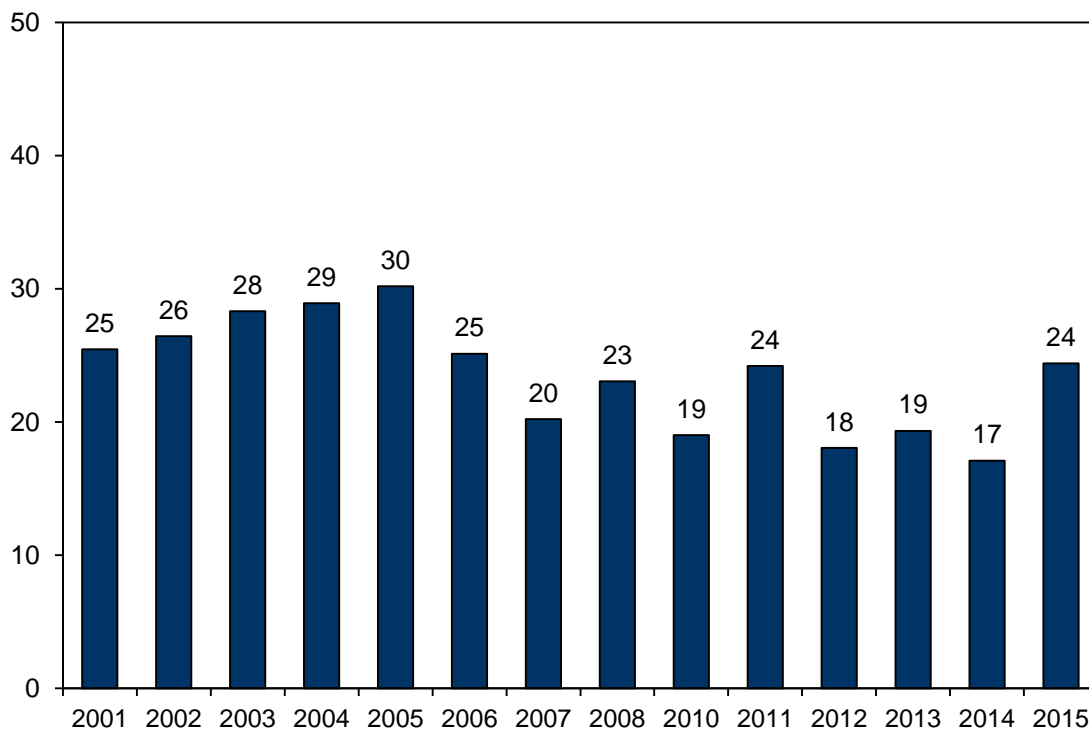
Dimensionen und Statements	2015	2010 - 2014
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus		
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	51	48
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	40	44
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismusindikator)	22	19
Nationalismus und Chauvinismus		
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	62	55
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	29	34
Sozialdarwinismus		
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	28	28
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	18	22
Verharmlosung des Nationalsozialismus		
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	24	17
Antisemitismus		
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	9	11
„Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.“ ¹	29	26
Rechte Diktatur		
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	20	14

¹ 2013 zum ersten Mal erhoben und nicht Teil der Rechtsextremismusskala

terstützung der neo-nationalsozialistischen Ideologie sind 2015 im Vergleich zu den Vorjahren angestiegen. Der Unterschied zum Niveau rechtsextremer Einstellungen in 2014, dem Jahr mit dem niedrigsten Wert seit Beginn der Messung, ist signifikant, also nicht durch zufällige stichprobenbedingte Schwankungen verursacht. Etwa 40 Prozent der Thüringer_innen zeigen sich 2015 ethnozentristisch eingestellt, damit liegt Ethnozentrismus wieder auf dem Niveau von 2012, jedoch noch unter dem ungewöhnlich hohen Wert von 2011. Die Analyse der Zustimmungswerte zu den einzelnen Fragen zur Messung von Fremdenfeindlichkeit und Chauvinismus (Abb. 75) lässt erkennen, dass sich – kontraintuitiv – die Angst vor Überfremdung und die Abwertung von Zuwander_innen als Ausbeuter_innen des Sozialstaates *nicht* signifikant im Vergleich zu den Vorjahren verändert hat. (Der Anstieg um drei Prozentpunkte bei der erstgenannten Frage und der Abfall um vier Prozentpunkte bei der letztgenannten Frage gegenüber der mittleren Zustimmung in den Vorjahren liegen im Bereich zufälliger Stichprobenschwankungen.)

Mehr als zufällig angestiegen ist die Forderung nach einem „harten und energischen Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Im Rahmen einer qualitativen Analyse konnte festgestellt werden, dass Befragte diese Frage vor allem auch unter Bezug auf Europapolitik und die Position Deutschlands in Europa beantworten (Best / Salomo 2014: 34ff), sodass sich hier eine Schuldzuweisung an die europäische Flüchtlingspolitik andeutet.

Abb. 76: *Rechtsextrem Eingestellte 2001–2015*
(in Prozent; Berechnung: Mittelwertindex, vgl. Best/Salomo 2014: 55f.)

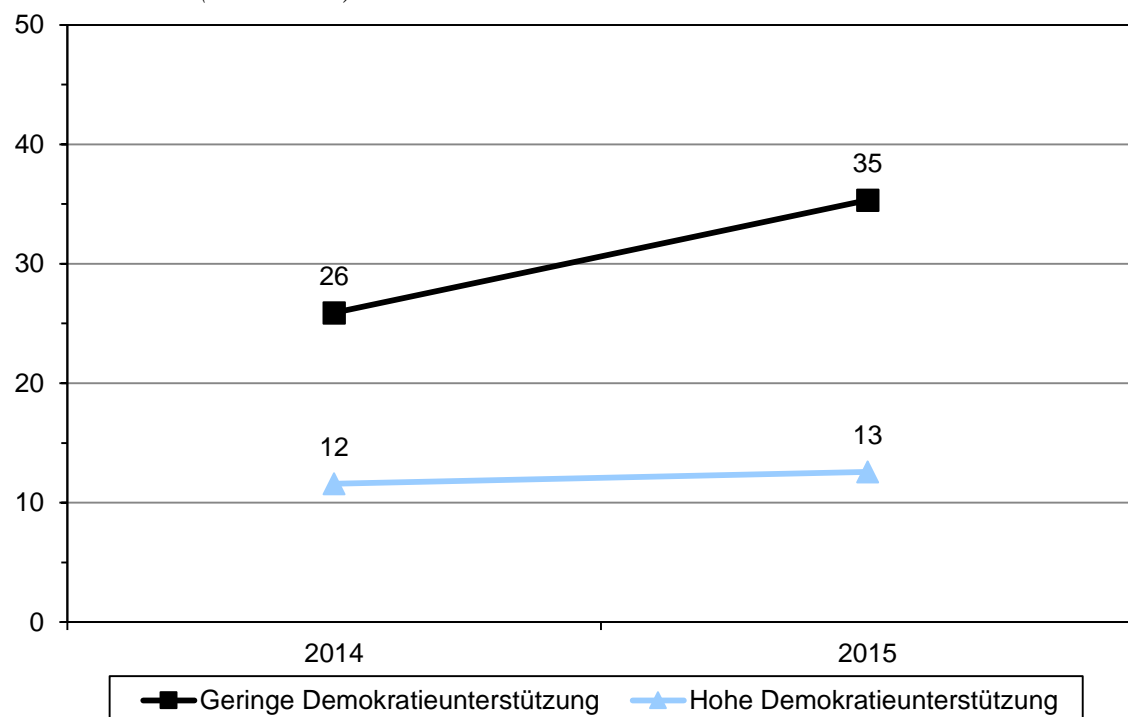


Der Anstieg der Zustimmung zu neo-nationalsozialistischen Aussagen ist im Vergleich zu den Vorjahren ebenfalls signifikant. Dies gilt für Rassismus, die Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer nationalistischen Diktatur (Abb. 75).

Die Zunahme nationalistisch-europakritischer, rassistischer und diktaturunterstützender Einstellungen steht in einem zeitlichen Zusammenhang mit der sich zum Zeitpunkt der Befragung bereits abzeichnenden Flüchtlingskrise, den Entscheidungen über die Kredite für Griechenland und den im letzten Jahr gestiegenen Aktivitäten der rechtsextremen Szene in Thüringen. Dies unterstützt die Vermutung eines Risikos der Normalisierung neo-nazistischer Ideologeme bei Personen, die bereits fremdenfeindlich eingestellt sind. Ob hier ein direkter Einfluss besteht, lässt sich auf Grundlage des THÜRINGEN-MONITORS nicht entscheiden.

Fasst man die zehn Fragen zum Ethnozentrismus und der neo-nationalsozialistischen Ideologie zu einer Skala zusammen, so muss für 2015 festgestellt werden, dass 2015 ein knappes Viertel der Thüringer_innen mehr als der Hälfte der Frage zustimmen und somit als rechtsextrem eingestellt gelten (Abb. 76). Dies entspricht dem Niveau von 2011 und ist ein signifikanter Anstieg gegenüber dem Anteilswert von 2014.

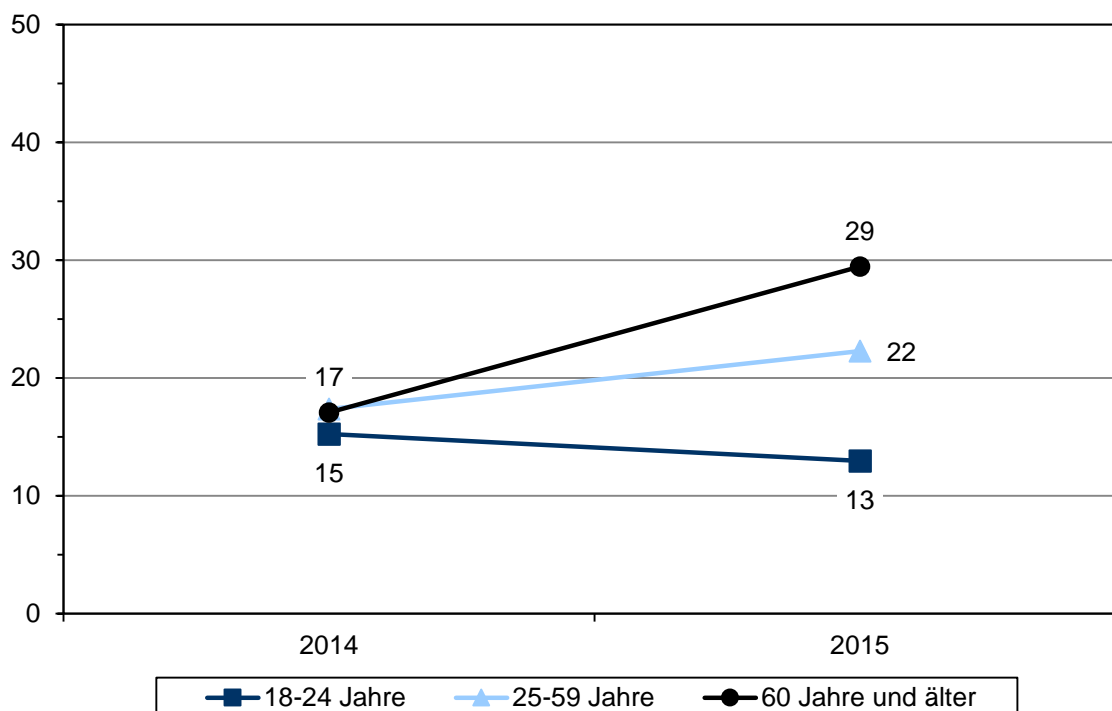
Abb. 77: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Demokratieunterstützung 2014 und 2015 (in Prozent)



Betrifft die Zunahme rechtsextremer Einstellungen verschiedene Bevölkerungsgruppen im gleichen Ausmaß oder zeigen sich bestimmte Gruppen besonders verantwortlich für den zu verzeichnenden Anstieg? Von den wichtigsten Erklärungsfaktoren rechtsextremer Einstellungen (aufgeführt weiter unten in Abb. 81) kommt vor allem zwei Faktoren eine moderierende Wirkung zu: Erstens dem Grad der Unterstützung der Demokratie und ihrer Akteur_innen (Abb. 77). Bei den Thüringer_innen mit hoher Demokratieunterstützung – hohem Vertrauen in politische Institutionen, Wahrnehmung der Regierung als responsiv, Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie, Unterstützung der Idee der Demokratie als beste Staatsidee – hat sich das Niveau rechtsextremer Einstellung zwischen

2014 und 2015 *nicht* verändert. Dies ist ein Indiz dafür, dass das Vertrauen in die Demokratie und ihren Akteur_innen sowie die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis besonders unempfindlich gegenüber den Ideologemen des Rechtsextremismus machen, auch und gerade im zwischen 2014 und 2015 veränderten Kontext. Ein Problem mag dennoch auch von diesen Personen wahrgenommen werden, jedoch besteht ein Grundvertrauen darin, dass das demokratische System auch eine Lösung finden wird. Ebenso muss aus diesem Befund geschlossen werden, dass sich Thüringer_innen mit einer generell geringeren Demokratieunterstützung von den aktuellen Entwicklungen bestätigt sehen und dass sich ihre Demokratiekritik unter diesem Eindruck zu einer Ablehnung des demokratischen Wertekanons verfestigt.

Abb. 78: Anteil rechtsextrem Eingestellter nach Altersgruppen 2014 und 2015 (in Prozent)



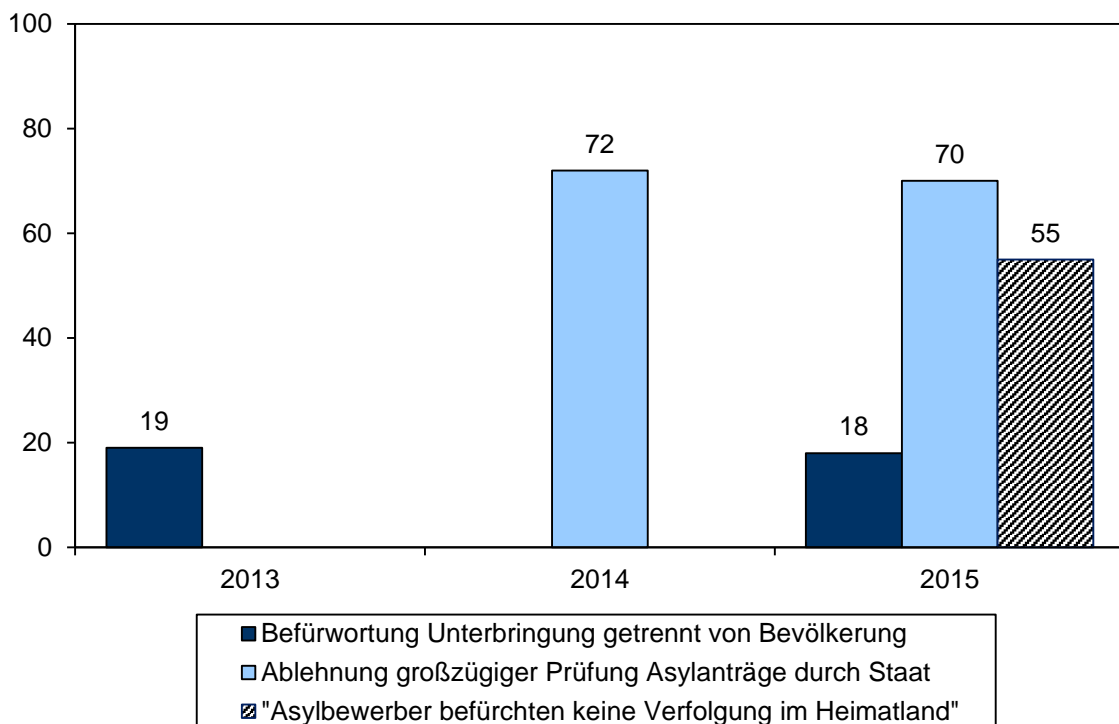
Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede zwischen 2014 und 2015 jedoch hinsichtlich des Lebensalters (Abb. 78). Lagen 2014 die Gruppen der 18-25jährigen, 25-59jährigen und die über 60jährigen noch auf gleichem Niveau, ist der Anteilswert rechtsextrem Eingestellter 2015 unter den 60jährigen mehr als doppelt so hoch wie unter den 18-24 Jahre alten Thüringer_innen. Letztere weisen im Vergleich zu dem Vorjahr keine signifikante Veränderung auf, unter den älteren Thüringer_innen steigen rechtsextreme Einstellungen jedoch von 17 auf 29 Prozent an. Der Frage, ob dies ein Effekt des Lebensalters ist oder sich auf generationale Unterschiede in der Wahrnehmung und Bewertung aktueller Entwicklungen zurückführen lässt, wird in *Kapitel IV.3.2* nachgegangen.

3.1 Einstellung zu Asylsuchenden

Inwieweit hat die Agitation der extremen Rechten in der Thüringer Bevölkerung Spuren hinterlassen bzw. stößt sie auf Widerhall? Zwar erfasst der THÜRINGEN-MONITOR erst seit

2013 Einstellungen gegenüber Asylbewerber_innen, dennoch sind einige Schlüsse möglich (Abb. 79; vgl. auch *Kapitel IV.4.1*). Eine „großzügige“ Prüfung von Asylanträgen durch den Staat lehnen über zwei Drittel der Thüringer_innen ab. Trotz der derzeitigen öffentlichen Kontroverse hat sich dieser Wert zwischen 2014 und 2015 nicht erhöht, liegt jedoch weiterhin auf hohem Niveau. Bundesweit haben dieser Frage im Jahr 2014 62 Prozent der Bevölkerung zugestimmt (Zick / Klein 2014: 67). Gegenüber 2011, als mit 74 Prozent die Ablehnung einer „großzügigen“ Prüfung von Asylanträgen durch den Staat höher ausfiel, ist dies ein markanter Rückgang.

Abb. 79: *Einstellungen zu Asylsuchenden 2013–2015*
(in Prozent)

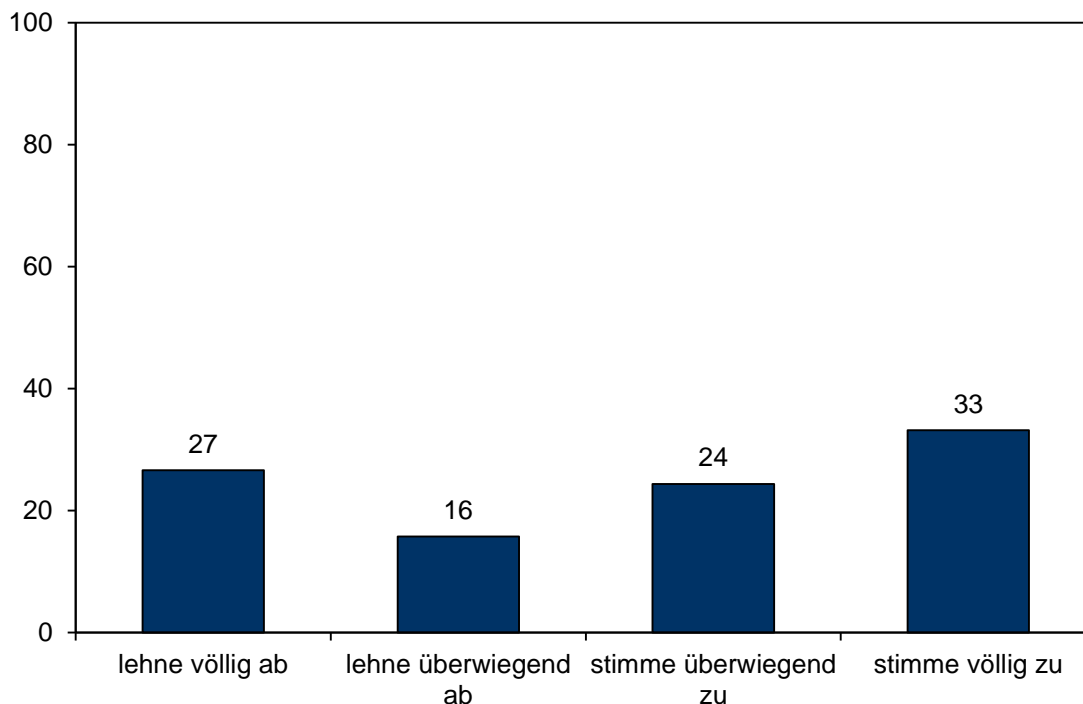


Über die Hälfte der Thüringer Bürger_innen ist der Ansicht, dass Asylsuchende nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden, deutschlandweit unterstellen dies Asylsuchenden 42 Prozent der Bevölkerung. Unausgesprochen bleibt bei dieser Unterstellung, dass Asylsuchende also eigentlich nur nach Europa und Deutschland kämen, um den Sozialstaat zu beanspruchen und von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu profitieren. Dies leistet einem ökonomisierenden Blick auf Migration und Flucht Vorschub, bei dem nicht die Hilfe für Menschen in Not im Vordergrund für die Stattgabe eines Antrages auf Asyl steht, sondern die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Neuankömmlinge, ihr Nutzen für Deutschland (Zick / Klein 2014: 147; Best 2012: 40ff).

Für eine von der übrigen Bevölkerung getrennten Unterbringung von Asylsuchenden sprechen sich knapp ein Fünftel der Thüringer Bevölkerung aus, das Niveau der Zustimmung blieb zwischen 2013 und 2015 dabei konstant. Wird detaillierter nach der Akzeptanz von bereits in Thüringen angekommenen Flüchtlingen und Asylsuchenden gefragt, sprechen sich 42 Prozent der Thüringer_innen gegen ein Asylbewerberheim in ihrer eigenen Nachbarschaft aus (Abb. 80). Andererseits bedeutet dies, dass eine Mehrheit in

Thüringen angibt, kein Problem mit Asylbewerberheimen in der Nachbarschaft zu haben. Die Akzeptanz der Unterkünfte für Asylsuchende steigt signifikant mit der Größe des Wohnortes der Befragten. So lehnen fast 50 Prozent der Thüringer_innen in Orten mit weniger als 5000 Einwohner_innen Unterkünfte für Asylsuchende in ihrer Nachbarschaft ab; unter Bürger_innen aus Orten mit mehr als 50.000 Einwohner_innen sinkt das Niveau der Ablehnung auf unter ein Drittel. 91 Prozent der Bevölkerung fordern ein stärkeres Mitspracherecht der Kommunen bei der Unterbringung von Asylbewerber_innen. Die nahezu einstimmige Forderung nach mehr Mitspracherecht der Kommunen – also auch von Thüringer_innen, die offen gegen Asylsuchende eingestellt sind – ist ein Hinweis auf ein Gefühl der politischen Machtlosigkeit in dieser Frage bei den Thüringer_innen. Das Gefühl, keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut, ist wiederum einer der wenigen relevanten Einflussfaktoren für die Ablehnung von Asylbewerber_innen (siehe weiter unten).

Abb. 80: *Asylbewerberheim in der eigenen Nachbarschaft?*
(in Prozent)



Wie ordnen sich ablehnende Haltungen gegenüber Asylsuchenden in den breiteren Raum rechtsextremer Einstellungen ein? Werden alle oben aufgeführten Indikatoren zu einem Index zu den Einstellungen gegenüber Asylsuchenden zusammengefasst, lässt sich der statistische Zusammenhang mit ethnozentristischen und neo-nationalsozialistischen Einstellungen ermitteln. Die Analyse zeigt, dass die Ablehnung von Asylsuchenden gleichermaßen stark mit beiden genannten Komponenten rechtsextremer Einstellungen korreliert. Der statistische Zusammenhang ist dabei jeweils genauso hoch wie der zwischen Ethnozentrismus und der neo-nationalsozialistischen Ideologie.

Bedeutet der starke Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Haltung gegen Asylsuchenden, dass beide Einstellungen auf den gleichen Ursachen basieren? Die statistische Ursachenanalyse zeigt: nein. Dazu wurde ein regressionsanalytisches

Pfadmodell berechnet, das alle bekannten und vom THÜRINGEN-MONITOR erhobenen Ursachen für rechtsextreme Einstellungen einschließt, und sowohl auf rechtsextreme Einstellungen als auch auf die Abwertung von Asylsuchenden angewandt. Es ist zu erwarten, dass ältere und formal schlechter gebildete Personen höhere rechtsextreme Einstellungen und eine stärkere Abwertung von Asylsuchenden aufweisen (Gorodzeisky / Semyonov 2009; Coenders / Scheepers 2003; Gang et al. 2013; Arzheimer / Carter 2006; Evans 2005). Die These der Modernisierungsverlierer_innen prognostiziert, dass Thüringer_innen mit niedrigerem Humankapital (geringerem Haushaltsnettoeinkommen, Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigung) stärker rechtsextrem eingestellt sind und sich von Zuwander_innen generell stärker bedroht sehen (Rydgren 2007; Ivarsflaten 2005). Relative Deprivation (den Eindruck, nicht den gerechten Anteil zu erhalten und die Angst, auf die Verliererseite des Lebens geraten zu können) ist ein weiterer wichtiger Faktor zur Erklärung des Rechtsextremismus (Gurr 1970; Jost et al. 2003). In Ostdeutschland sind auch der Eindruck, von Westdeutschen als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden und durch die Einheit mehr Nach- als Vorteile erhalten zu haben, verbreitete, spezifisch ostdeutsche Formen von Deprivation. Mangelnde Unterstützung der Demokratie (wenig Vertrauen in politische Institutionen, Wahrnehmung der Regierung als nicht responsiv, Unzufriedenheit mit den Funktionen der Demokratie, mangelnde Unterstützung der Idee der Demokratie verglichen mit anderen Staatsideen) und geringe politische Partizipation(sbereitschaft) beschreiben politisch entfremdete Bürger_innen, bei denen ebenfalls höhere rechtsextreme Einstellungen zu erwarten sind (Espenshade / Hempstead 1996; Lubbers et al. 2002).

Ein Vergleich der Erklärungskraft dieser Faktoren bezogen auf rechtsextreme Einstellungen und die Abwertung von Asylsuchenden für die Jahre 2013–2015 zeigt große Unterschiede (Abb. 81): Wenngleich die relevanten Ursachen rechtsextremer Einstellungen meistens auch relevant für die Erklärung einer ablehnenden Haltung gegenüber Asylbewerber_innen sind, können rechtsextreme Einstellungen zu fast 30 Prozent auf die geprüften Erklärungsfaktoren zurückgeführt werden, die Abwertung von Asylsuchenden wird durch diese Ursachen jedoch nur zu sechs Prozent aufgeklärt. Ablehnende Einstellungen gegen Asylbewerber_innen zeigen sich damit kaum sozialstrukturell determiniert. Sie scheinen sich noch nicht gleichermaßen in bestimmten Bevölkerungsgruppen festgesetzt zu haben wie rechtsextreme Einstellungen. Vielmehr kommen letztere in Ermangelung anderer Orientierungspunkte selbst als Grundlage für die Bewertung von Asylsuchenden in Frage. Es ist zu vermuten, dass Einstellungen gegen Asylsuchende empfindlicher auf den gesellschaftlichen Diskurs und mediale Einflüsse reagieren. Politiker_innen und andere gesellschaftliche Eliten landes- und bundesweit stehen damit in besonderer Verantwortung: Ihre Haltung zu Flüchtlingen und Asylsuchenden fungiert als Orientierung (Zaller 1992) für die Meinungsbildung der Bevölkerung, solange der Diskurs über Asylsuchende noch aktuell ist. Auch die weiterhin engagierte und entschieden für Flüchtlinge eintretende Zivilgesellschaft in Thüringen bietet Orientierung und wird mit entscheiden, welche Bevölkerungsgruppen sich in den nächsten Jahren als „typische“ Träger abwertender Einstellungen gegen Asylsuchende und Flüchtlinge herausstellen werden.

Abb. 81: *Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen und Abwertung von Asylsuchenden 2013–2015 im Vergleich*

Einflussfaktoren⁴²	Rechtsextremismus	Abwertung Asylsuchender
Geschlecht (weiblich)	.008 n.s.	-.021 n.s.
Lebensalter (älter)	.047 **	.077 ***
Bildungsabschluss (höher)	-.237 ***	-.174 ***
Humankapital (höher)	-.063 *	.038 n.s.
Relative Deprivation (höher)	.225 ***	.115 ***
Negative Einheitsbewertung + wahrgenommene Diskriminierung Ostdeutscher (höher)	.215 ***	.043 *
Demokratieunterstützung (höher)	-.227 ***	-.107 ***
Politische Partizipation (höher)	-.057 **	.047 *
Anteil erklärter Varianz	29 %	6 %

Der Vergleich der Einflussfaktoren von rechtsextremen Einstellungen und der Abwertung von Asylsuchenden deutet auf einen weiteren wichtigen Unterschied in beiden Einstellungen hin. Während auch für 2015 gilt, dass politisch Aktive unterdurchschnittlich stark zu rechtsextremen Ideologemen neigen, gilt dies nicht für die Abwertung von Asylsuchenden: Diese geht, unter Kontrolle aller weiteren Einflussfaktoren, mit einer leicht höheren Bereitschaft einher, sich politisch zu engagieren. Bei genauerer Analyse zeigt sich, dass dies nur für die Frage danach, ob Asylsuchende getrennt von der Bevölkerung unterzubringen seien, gilt. Der Zusammenhang mit den anderen beiden Fragen zu Asylsuchenden besteht wie für Rechtsextremismus in negativer Richtung. Dieser Befund reflektiert dennoch die derzeitige politische Kultur in Thüringen. Es ist ein weiteres Indiz dafür, dass die gesellschaftliche Verarbeitung des „Flüchtlingsproblems“ sich aktuell vollzieht. Ob Personen mit der Meinung, Asylsuchende seien getrennt von der restlichen Bevölkerung unterzubringen, generell partizipativer sind, oder aber sie sich aufgrund ihrer Einstellungen gegenüber Asylbewerber_innen im Kontext der aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzung momentan leichter aktivieren lassen, ist mit einer Querschnittsbefragung nicht zu klären.

Der THÜRINGEN-MONITOR gibt einen weiteren Hinweis darauf, wie die Akzeptanz und Integration von Asylsuchenden erhöht werden kann. Die Befragten wurden dieses Jahr danach gefragt, ob sie selbst Migrant_innen oder Vertriebene sind bzw. entsprechende

⁴² Das Pfadmodell wurde in MPLUS erstellt, wiedergegeben sind die totalen Beta-Effekte. Diese beachten direkte Effekte einer Einflussgröße und indirekte, durch andere Faktoren des Modells vermittelte Effekte. Beispielsweise erhöht eine stärkere relative Deprivation rechtsextreme Einstellungen unmittelbar und indirekt, da es die Demokratieunterstützung vermindert, was wiederum rechtsextreme Einstellungen verstärkt. Des Weiteren indizieren:

*** höchst signifikante Ergebnisse mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.001

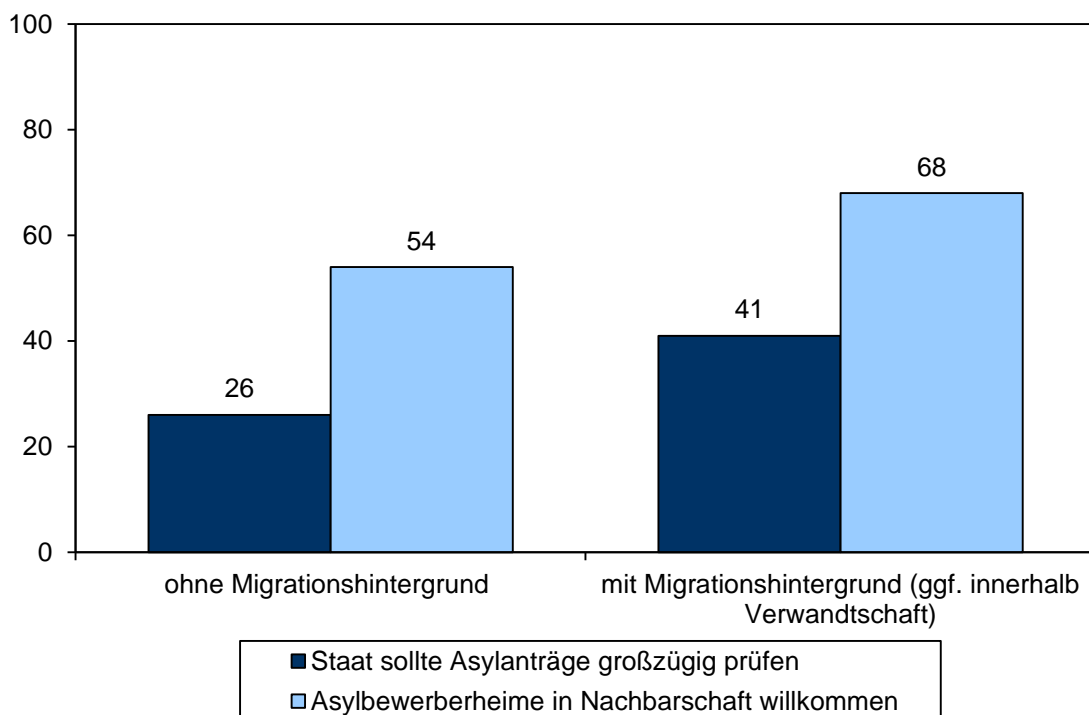
** hoch signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.01

* signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit < 0.05

n.s. nicht signifikant, mit Irrtumswahrscheinlichkeit > 0.05

Personen in ihrer Verwandtschaft haben. Der Zusammenhang mit der Haltung gegenüber Asylsuchenden ist statistisch signifikant und auch stärker als der mit rechtsextremen Einstellungen (Abb. 82): Die eigene oder stellvertretend durch Verwandte erlebte Erfahrung der Migration führt zu einer empathischeren und offeneren Einstellung gegenüber Asylbewerber_innen. Da andere etablierte Erklärungen für rechtsextreme Einstellungen weitgehend ohne Relevanz für die Erklärung der Abwertung von Asylsuchenden sind, ist dieser Zusammenhang besonders aufschlussreich. Medien vermögen Empathie zu wecken, indem sie die Geschichten von Migrant_innen und Flüchtlingen ihren Zuschauer_innen und Leser_innen näher bringen – ergänzend, aber abseits von Berichten über humanitäre Katastrophen, politische Debatten, überforderte Kommunen oder rechtsextreme Gewalt.

Abb. 82: *Einstellung zu Asylsuchenden nach Migrationshintergrund (in Prozent)*



3.2 Rechtsextremismus als Erbe der DDR?

Der dritt wichtigste Erklärungsansatz für Rechtsextremismus in Ostdeutschland, neben sozialstrukturellen Faktoren und dem Organisationsgrad der extremen Rechten in den neuen Bundesländern, bezieht sich auf die Nachwirkungen der DDR-Sozialisation eines Teils der ostdeutschen Bevölkerung. Damit sind explizit *nicht* die Effekte und Reaktionen des Transformationsprozesses während und nach der Wiedervereinigung gemeint. Die häufig auch als historische Ursachen für den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern bezeichneten Ansätze gehen von einer im Vergleich zu Westdeutschland unterschiedlichen Sozialisation der Erlebnisgeneration unter den ostdeutschen Bürger_innen aus und davon, dass diese auch heute noch nachhaltige Wirkungen u.a. auf politische Einstellungen Ostdeutscher zeigt. Diese Ansätze erweisen sich besonders dann populär in deutschen Feuilletons, wenn die Unterschiede der politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland einmal wieder stärker zu Tage treten (dazu kritisch Locke 2015).

Vor allem vier dieser historischen Ursachen wurden in den Sozialwissenschaften diskutiert (Poutrus et al. 2000; auch Pfahl-Traugher 2009; und Edinger 2000):

1. Der „verordnete“ Antifaschismus der DDR schlug ins Gegenteil um. Die These hebt darauf ab, dass der „Antifaschistische Gründungsmythos“ der DDR die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands hemmte, im Gegensatz zu einer kritischeren Aufarbeitung in der BRD. Ohne die einseitige und ungenügende Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch das DDR-Regime in Zweifel zu ziehen, scheint dies jedoch nicht in dem durch die These erwarteten Maß Einfluss auf die politischen Einstellungen der DDR-Bürger_innen genommen zu haben. Befragungen aus den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zeigen, dass Ostdeutsche weniger antisemitisch (Emnid 1992) und weniger verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus (Forsa 1994) eingestellt waren. Dieses Muster setzt sich bis heute fort (Decker et al. 2014), wobei Zick / Klein erstmalig höhere Antisemitismuskwerte für Ostdeutschland feststellen (2014: 38).
2. Eine weitere These konstatiert, dass ein von der DDR beförderter exkludierender Nationalismus sich auch heute noch in nationalistischeren, chauvinistischeren Einstellungen der Bevölkerung in Ostdeutschland niederschlägt. Zumindest für die Zeit von 2002 bis 2014 fällt Ostdeutschland jedoch erst seit 2008 mit leicht höheren chauvinistischeren Einstellungen auf (Zick / Klein 2014; Decker et al. 2014), was im Widerspruch zur These steht. Untersuchungen aus früheren Jahren zu speziell chauvinistischen Einstellungen sind nicht bekannt.
3. Eine dritte historische Erklärung des ostdeutschen Rechtsextremismus ist der sog. Prägeansatz (Neureiter 1996: 157ff), der von einer psychosozialen Strukturhomologie ausgeht. Danach resultieren (frühe) Erfahrungen mit einem autoritären Staat – undemokratisch, mit Absolutheitsanspruch und ohne Meinungsfreiheit – in autoritären Persönlichkeitsstrukturen, die durch ungenügendes Reflexionsvermögen, mangelnde Dissenstoleranz und der Tendenz zu pauschalen Schuldzuweisungen gekennzeichnet sind. Studien aus den Anfängen der 90er Jahre liefern keine Evidenz für diese These, da sie keine höheren autoritären Einstellungen von Ostdeutschen im Vergleich zu Westdeutschen finden (Oesterreich 1993a, 1993b; Hopf 1993), auch 1996 ist dies noch zutreffend (GESIS 2010). Erst 1998 wurde ein höheres Niveau autoritärer Orientierungen unter Ostdeutschen festgestellt (Stöss / Niedermayer 1998), was einen Einfluss der Transformationsprozesse nach der Wiedervereinigung nahelegt. Friedrich (2001) analysiert die verfügbaren repräsentativen Daten aus den 90er Jahren und Replikationsstudien des Leipziger „Zentralinstituts für Jugendforschung“ mit 18-30jährigen zwischen 1964 und 1994. Er kommt zu den Schlüssen, dass: A) Die Fremdenfeindlichkeit unter jungen Erwachsenen in der DDR am niedrigsten war, als sich die DDR am stabilsten zeigte und erst zur Zeit ihrer zunehmenden Destabilisierung Ende der 80er Jahre zunahm. B) Eine längere Phase der DDR-Sozialisation nicht zu höheren fremdenfeindlichen oder antisemitischen Einstellungen führt. Thalhammer (2001: 7ff) ergänzt mit einer Auswertung des EUROBAROMETER 2000, dass C) Anfang des Jahrtausends jüngere Ostdeutsche und ältere

Abb. 83: *Rechtsextreme Einstellung nach Zugehörigkeit zur DDR-Erlebnis- und Nicht-Erlebnissgeneration 2001–2015*
(in Prozent)

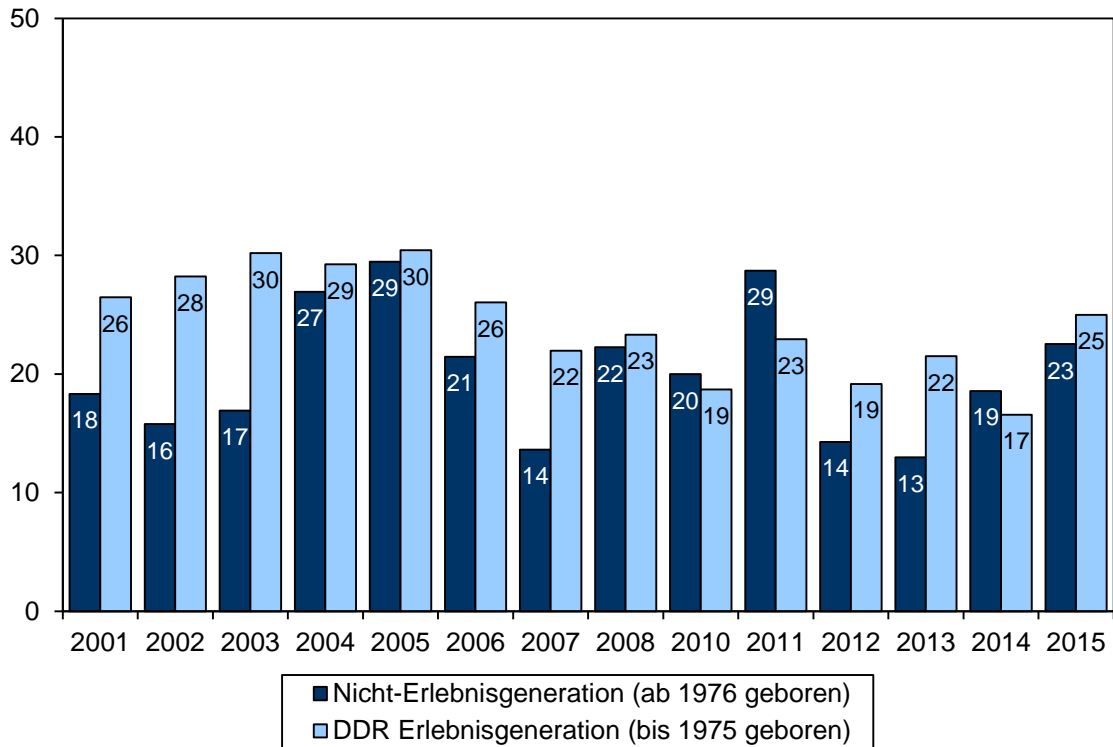
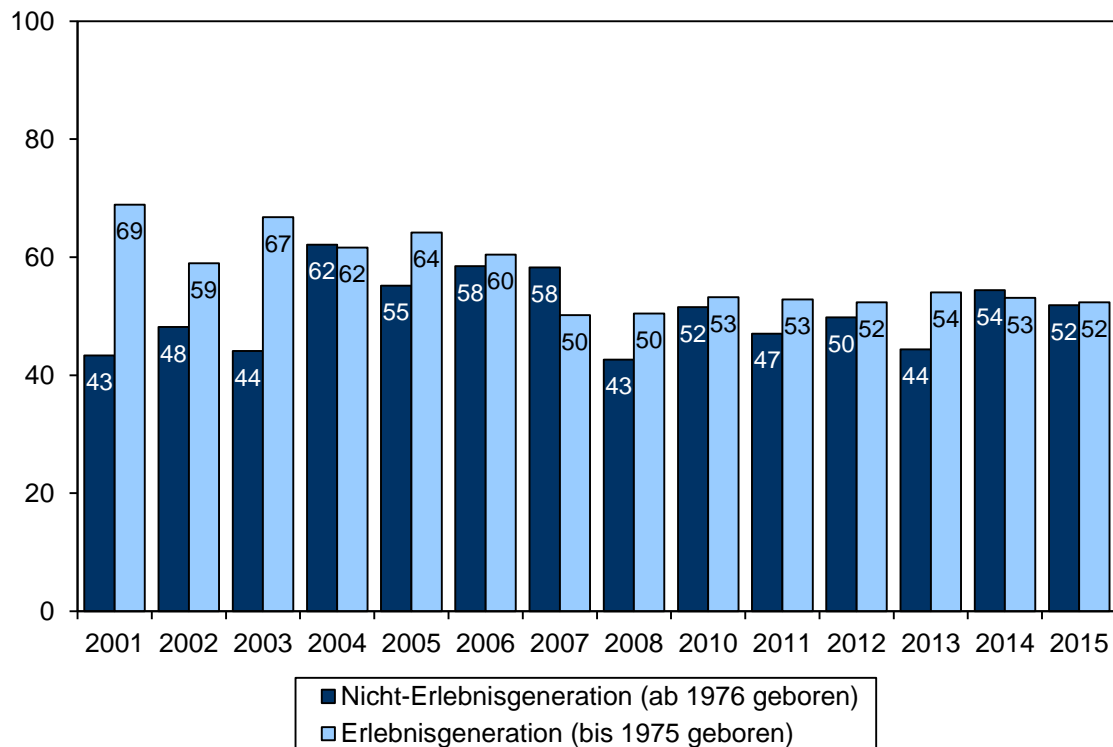


Abb. 84: *Autoritäre Einstellung nach Zugehörigkeit zur DDR-Erlebnis- und Nicht-Erlebnissgeneration 2001–2015*
(in Prozent)



Westdeutsche überdurchschnittlich intolerant gegenüber Minderheitengruppen eingestellt waren.

- Die vierte der verbreiteten historischen Erklärungen ist die sog. Abschottungsthese. Danach lässt sich der Rechtsextremismus und insbesondere Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland nur vor dem Hintergrund verstehen, dass die Zuwanderungspolitik und der Umgang mit Migration der DDR kaum oder keine Möglichkeit für die Bürger_innen der DDR bot, relevante Kontakte mit Angehörigen anderen Nationen und Kulturen aufzubauen. Insofern die Abwertung von Fremden auf Vorurteilen beruht, lässt sie sich durch positiven Kontakt mit anderen Kulturen und Nationen abbauen (Allport 1954; Pettigrew 1998; Pettigrew / Tropp 2011). Dieser Zusammenhang ist als Kontakthypothese für Deutschland (Asbrock et al. 2011) und international (Emerson et al. 2002; Oliver / Wong 2003; Ellison et al. 2011) empirisch gut belegt. Auch für Thüringen kann zwischen 2001 und 2013 festgehalten werden (Best / Salomo 2014), dass ein höherer Migrant_innenanteil auf Kreisebene fremdenfeindliche Einstellungen reduziert, unabhängig von weiteren Eigenschaften auf der Kreisebene, die in Thüringen mit einem höheren Zuwander_innenanteil einhergehen. Die geringen Möglichkeiten zur Bildung von bedeutungsvollen Beziehungen mit Zuwander_innen aus anderen Nationen und Kulturen in der DDR ist demnach eine evidente Erklärung für fremdenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen in Ostdeutschland. Heute haben etwa 20 Prozent der westdeutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Ostdeutschland sind dies lediglich vier Prozent (Statistisches Bundesamt (Destatis) 2013). Die bereits 1991 höhere Ausprägung fremdenfeindlicher Einstellungen in Ostdeutschland die für die gesamten 90er Jahre bestehen bleibt (GESIS 2010) und sich im neuen Jahrtausend zumindest ab 2008 fortsetzt (Decker et al. 2014; Zick / Klein 2014), wird vor diesem Hintergrund verständlicher. Die Unterstützung der neonationalsozialistischen Ideologie wird in Thüringen von der Möglichkeit zu mehr Kontakten mit Migrant_innen nicht vermindert oder verstärkt (Best / Salomo 2014).

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Erbe der DDR in den Erfahrungen Ostdeutscher im Transformationsprozess nach der Wiedervereinigung und dem anhaltend niedrigen Anteil an Zuwander_innen in Ostdeutschland besteht, nicht jedoch in einer autoritären Prägung, mangelnder Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oder einem der Bevölkerung von der DDR-Regierung eingepflichten Nationalismus. Werden rechtsextreme Einstellungen in Thüringen für das aktuelle Erhebungsjahr und 2014 getrennt für die Generation, welche die DDR selbst zumindest als Jugendliche erlebt hat (vor 1976 Geborene) und den später (ab 1976) Geborenen (siehe Kapitel III.1) betrachtet, lassen sich dann auch keine mit dem Sozialisationstheorem konsistenten Unterschiede feststellen (Abb. 83). Der oben dokumentierte Anstieg von 2014 zu 2015 in rechtsextremen Einstellungen bei über 60jährigen ist demnach als ein Effekt des Lebensalters zu verstehen.

Allerdings gibt es zu Beginn des Jahrtausends generationale Unterschiede. Der seinerzeit zu verzeichnende Anstieg rechtsextremer Einstellungen bis einschließlich 2005 ist wesentlich ein Anstieg dieser Einstellung in der Nicht-Erlebnisgeneration gewesen – während die vor 1976 Geborenen seit der Beginn der Messung bis 2005 einen konstant hohen Anteil von etwa 30 Prozent rechtsextrem Eingestellter aufweisen. In den Jahren 2001 und

2002 war dieser Anteil beinahe doppelt so hoch wie unter den nach 1976 Geborenen. Der Rückgang des Rechtsextremismus seit 2006 vollzieht sich in beiden Generationen, allerdings stärker in der Erlebnisgeneration, und resultiert in etwa gleichen Niveaus seit 2008. Diese Entwicklung gilt gleichermaßen für ethnozentrische Einstellungen und die Unterstützung der NS-Ideologie. Auch autoritäre Orientierungen folgen mit nur unbedeutenden Abweichungen diesem Trend (Abb. 84), was den Prägeansatz für unser Untersuchungsgebiet als unplausibel erscheinen lässt.

Abb. 85: *Einflussfaktoren rechtsextremer Einstellungen getrennt nach DDR-Erlebnis- und Nicht-Erlebnisgeneration 2001–2015*

Einflussfaktoren⁴³	Erlebnisgeneration	Nicht-Erlebnisgeneration
Geschlecht (weiblich)	.029 **	.053 **
Lebensalter (älter)	.053 ***	.050 **
Bildungsabschluss (höher)	-.414 ***	-.465 ***
Humankapital (höher)	-.040 ***	-.015 n.s.
Relative Deprivation (höher)	.199 ***	.283 ***
Negative Einheitsbewertung + wahrgenommene Diskriminierung Ostdeutscher (höher)	.192 ***	.237 ***
Demokratieunterstützung (höher)	-.193 ***	-.247 ***
Politische Partizipation (höher)	-.055 ***	-.048 *
<i>Anteil erklärter Varianz</i>	28 %	37 %

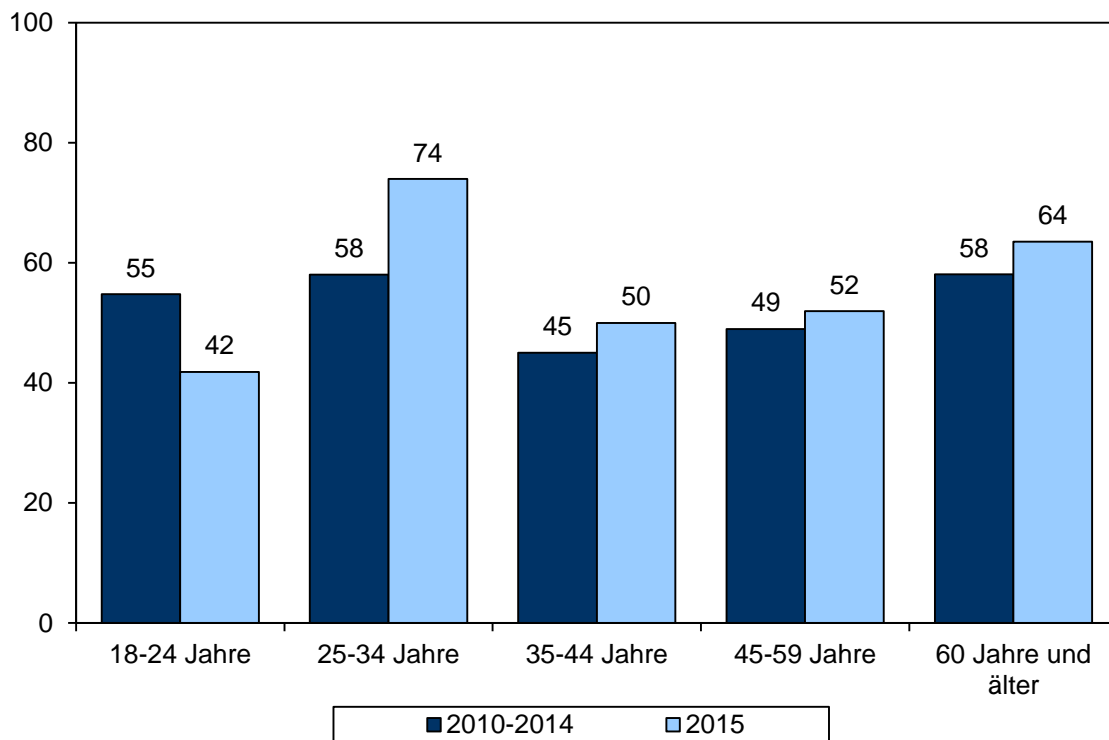
Der Eindruck, dass die Trennung zwischen der Erlebnisgeneration und jüngeren Thüringer_innen kaum Bedeutung für das Verständnis von rechtsextremen Einstellungen in Thüringen hat, wird verstärkt durch die getrennte Betrachtung der Einflussfaktoren des Rechtsextremismus für beide Generationen (Abb. 85). Die Zusammenhänge rechtsextremer Einstellungen mit den Faktoren weisen für beide Generationen in die gleichen Richtungen mit jeweils etwa gleicher Stärke. Allerdings lassen sich rechtsextreme Orientierungen für die Nicht-Erlebnisgeneration mit dem Erklärungsmodell insgesamt besser erklären: Für diese Gruppe wird insgesamt 37 Prozent der Varianz in den Antworten der zusammengefassten Rechtsextremismusfragen erklärt, für die DDR-Erlebnisgeneration 28 Prozent. Dies könnte auf heterogenere politische Erfahrungen der Erlebnisgeneration zurückzuführen sein, die in einen breiteren Assoziationsraum bei der Beantwortung der Fragen (mehr Varianz in den Antworten) resultieren. Zudem wurden die Erklärungskonzepte, wie anhand der dazu oben zitierten Literatur nachvollzogen werden kann, für Westeuropa und Nordamerika und nicht für eine Transformationsgesellschaft wie Ostdeutschland entwickelt.

Das Erklärungsmodell beachtet jedoch einen typisch ostdeutschen Erklärungsfaktor: die Meinung, dass die Einheit für einen persönlich mehr Nach- als Vorteile gebracht hat **und**

⁴³ Angegeben sind wieder die totalen Beta-Effekte, siehe Fußnote 42.

dass Westdeutsche die ostdeutschen Mitbürger_innen wie „Menschen zweiter Klasse“ behandeln würden. Je stärker diese Meinung ausgeprägt ist, desto stärker sind rechtsextreme Einstellungen in beiden Generationen ausgeprägt. Der Faktor trägt allerdings etwas stärker unter der Nicht-Erlebnisgeneration zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen bei. Während die Einheit erwartungsgemäß etwas positiver von der Nicht-Erlebnisgeneration bewertet wird (vgl. Kapitel III.6), nimmt diese Generation eine stärkere Diskriminierung Ostdeutscher wahr. Auch dies ist jedoch eigentlich ein Kohorten- und kein Generationeneffekt (Abb. 86): Während die 25-34jährigen Thüringer_innen überdurchschnittlich häufig von der Diskriminierung Ostdeutscher überzeugt sind, äußern die 18-24- sowie 35-44-Jährige unterdurchschnittlich häufig diese Meinung.

Abb. 86: Anteil Wahrnehmung Diskriminierung Ostdeutscher nach Alter (in Prozent)

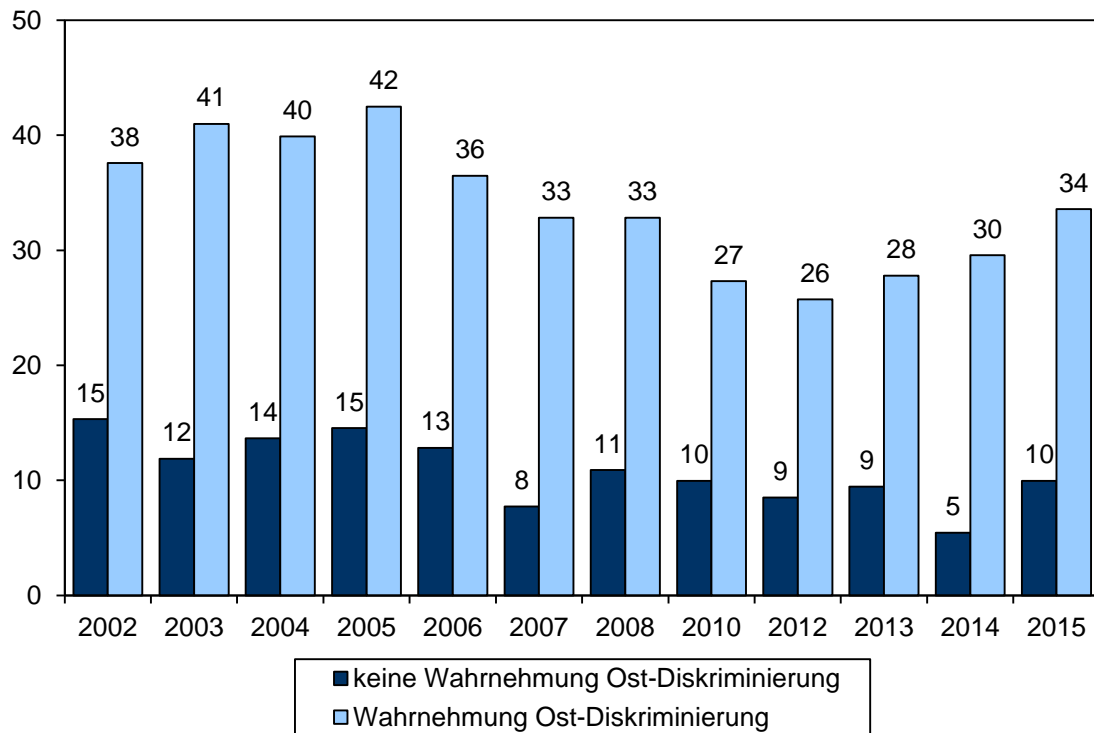


Neben dem höchsten formalen Bildungsabschluss und der, dem Konstrukt rechtsextremer Einstellungen theoretisch benachbarten, Demokratieunterstützung ist die ostdeutsche Deprivation für die Erlebnis- wie auch für die Nicht-Erlebnisgeneration der wichtigste Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus. Dies gilt, bei getrennter Betrachtung, stärker für die Wahrnehmung einer Diskriminierung der Ostdeutschen durch westdeutsche Mitbürger_innen als für die persönliche Bewertung der Einheit. Unter den Thüringer_innen, die von einer Ostdiskriminierung überzeugt sind, liegt das Niveau rechtsextremer Einstellungen mehr als dreimal so hoch, wie unter denen, die keine solche Diskriminierung wahrnehmen (Abb. 87).

Aus Sicht der etablierten Literatur ist dieser Befund nicht unbedingt zu erwarten: Die Theorie der kulturellen Marginalität geht vielmehr davon aus, dass die Erfahrung von Diskriminierung (durch die Mehrheitsgesellschaft) eine empathische Reaktion gegenüber

anderen Minderheitengruppen zur Folge hat (Allport 1954; Espenshade / Calhoun 1993). Demnach müssten Thüringer_innen mit stärkerer Wahrnehmung einer Ostdiskriminierung weniger anfällig für rechtsextreme Einstellungen sein, was aber nicht zutrifft. Wie die gewählte Bezeichnung der ostdeutschen *Deprivation* jedoch bereits andeutet, spricht die Befundlage dafür, dass die Wahrnehmung einer Ostdiskriminierung sich ähnlich wie Erscheinungen relativer Deprivation – beispielsweise der Wahrnehmung, nicht den gerechten Anteil zu erhalten – verhält. Anerkennung ist demnach ein gesellschaftliches Gut, das wie jedes andere ungleich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen verteilt sein und Deprivationsgefühle auslösen kann (Endrikat et al. 2002; Runciman 1966), die sich in Vorurteile gegen Minderheiten übersetzen (Vanneman / Pettigrew 1972). Sie werden dann besonders ausgeprägt sein, wenn relative Benachteiligung mit einer nationalen Solidaritätsnorm kollidiert, von der Fremde ausgeschlossen sind (Best 2015).

Abb. 87: *Rechtsextreme Einstellungen nach wahrgenommener Diskriminierung Ostdeutscher 2002–2015*
(in Prozent)



Anmerkung: 2011 wurde die wahrgenommene Diskriminierung Ostdeutscher nicht erhoben.

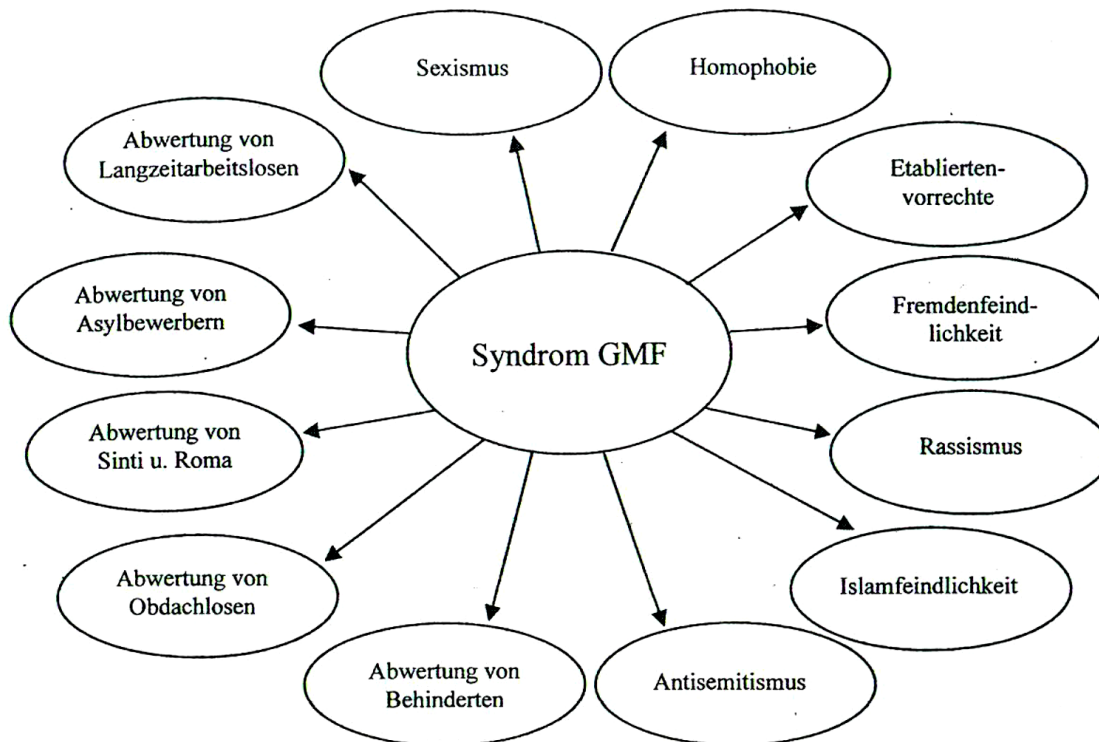
4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

4.1 Messkonzept, Indikatoren und Befunde

Wie bereits in den THÜRINGEN-MONITOREN 2013 und 2014 wurden auch in der diesjährigen Befragung Einstellungen der Bevölkerung stärker berücksichtigt, die über das relativ enggeführte Konzept rechtsextremer Einstellungen hinausgehen und dem *multidimensionalen Einstellungssyndrom* der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) zu-

zuordnen sind. Im Mittelpunkt steht dabei die Zustimmung zu abwertenden und diskriminierenden Äußerungen gegenüber Menschen aufgrund ihrer sozialen, ethnischen, religiösen, kulturellen Gruppenzugehörigkeit, ihrer Herkunft, ihrer Lebenssituation und ihres sozio-ökonomischen Status, ihrer biologisch-physiologischen Merkmale, ihrer körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bzw. „Andersartigkeit“, ihrer sexuellen Orientierung *und / oder* ihrer Geschlechtsidentität (vgl. Heitmeyer 2012, vgl. Abb. 88).

Abb. 88: *Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*
(Heitmeyer 2012: 17)



Das mittlerweile in der Forschung etablierte GMF-Konzept umfasst derzeit zwölf „Facetten“, ist jedoch *bewusst offen* angelegt, um vorurteilsbehaftete, negative Einstellungen gegenüber *weiteren Personengruppen bzw. Sozialkategorien* berücksichtigen zu können, die als (vermeintliche) Minderheiten gegenüber einer „normalen“ Mehrheit konstruiert werden und als fremd, fremdartig, *abweichend* usw. aufgefasst werden. Generalisierend wird im Zusammenhang mit GMF daher auch von „Heterophobie“ gesprochen, nämlich als der *Abneigung* oder *Feindseligkeit* gegenüber „dem Anderen“ (griechisch *hetero* = verschieden). Angenommen wird, dass GMF durch *Ideologien der Ungleichwertigkeit* gespeist wird bzw. diese darin zum Ausdruck kommen. Diskriminierende *Verhaltensdispositionen*, direkt oder indirekt menschenfeindliches *Handeln* sowie die Befürwortung und Unterstützung minderheitenfeindlicher politischer Ziele gelten demnach als Folgen entsprechender verinnerlichter Ideologien der Ungleichwertigkeit.

Charakteristisch ist, dass mehrere (nicht alle!) GMF-Facetten zwar miteinander relativ stark korrelieren, aber in ganz unterschiedlichen Kombinationen, Ausprägungen und Erscheinungsformen auftreten können. Damit im Zusammenhang steht, dass allenfalls ein

sehr geringer Anteil von Befragten für sich beanspruchen könnte, frei von jeglichen diskriminierenden Einstellungen zu sein (vgl. TM 2013: 115 f.). Je mehr GMF-Einstellungen berücksichtigt werden, desto geringer ist der Anteil der Befragten, die als „immun“ gegenüber gruppenbezogenen Ressentiments und Ungleichwertigkeitsvorstellungen bezeichnet werden können. GMF-Einstellungen sind damit jedoch keineswegs ein „Methodenartefakt“. Vielmehr zeigt dies die *Problematik differenzierter Vorurteile und ablehnender Haltungen*, welche über Alters-, Bildungs-, Status- und sozio-politische Milieugrenzen hinweg weit verbreitet sind. Teilweise sind GMF-Einstellungen der öffentlichen Wahrnehmung entzogen, solange kein Anlass zur Einstellungsäußerung besteht. Sie können jedoch aktiviert und aktualisiert werden, wenn beispielsweise gesellschaftliche Diskurse, soziale oder politische Konflikte bzgl. der jeweils fokussierten Personengruppe (Minderheit) auftreten oder sich verschärfen.

Nachdem in den beiden Vorjahren bereits eine Auswahl der verschiedenen GMF-Einstellungen erhoben und analysiert werden konnte (vgl. TM2013: Kapitel IV.3, S: 91 ff., TM2014: 85 f.), wurden im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR erstmals gleichzeitig alle zwölf von Heitmeyer et al. vorgeschlagenen GMF-Facetten mit insgesamt 19 Aussagen abgebildet (Abb. 89). Die gemeinsame Darstellung und Diskussion dieser GMF-Indikatoren (Items) ist dadurch gerechtfertigt, dass das Antwortverhalten insgesamt als hinreichend konsistent bezeichnet werden kann.⁴⁴ Allerdings bilden die gemessenen GMF-Einstellungen ein (mindestens) siebendimensionales Konstrukt.⁴⁵ Die Hauptdimension⁴⁶ ist vor allem durch fremdenfeindliche, muslim_innenfeindliche und Asylbewerber_innen abwertende Einstellungen geprägt; sie repräsentiert also die Abwertung und Ablehnung von exogenen „Fremden“, die von außen in die Gesellschaft kommen. Aber auch alle anderen GMF-Einstellungen (insbesondere Antisemitismus, Rassismus) sind dieser Hauptdimension zugeordnet.⁴⁷ Die zweitwichtigste, aber deutlich schwächere Dimension⁴⁸ ist vor allem durch homophobe, antifeministische, ethnische Homogenität favorisierende⁴⁹ und Behinderte abwertende Einstellungen geprägt. Hier bündeln sich also „traditionalistische“ u. a. Ressentiments gegen autochthone „Fremde“ bzw. endogene „Fremdheit“ (von innen). Aus der hohen inhaltlichen und mathematischen Komplexität des GMF-Syndroms folgt, dass die Konstruktion, Analyse und Interpretation eines einheitlichen GMF-Index (ähnlich dem Index für rechtsextreme Einstellungen im THÜRINGEN-MONITOR) problematisch ist. Deshalb wird hier kein Anteilswert „gruppenbezogen menschenfeindlicher Thüringer_innen“ angegeben; die weiter unten erwähnten Indices dienen nur der statistischen Kausalanalyse („Ursachen“).

⁴⁴ Reliabilitätsanalyse: Interne Skalenskonsistenz („*Interrelatedness*“). Durchschnittliche Korrelation zwischen allen 19 Items $\alpha_{sf}=0,814$. Cronbach's α ist allerdings *kein* Maß für die Homogenität bzw. Eindimensionalität einer „Skala“.

⁴⁵ Hauptkomponentenanalyse (Faktorenanalyse): Extraktion von sieben Hauptkomponenten mit Eigenwert >1 ; diese erklären zusammen 63,6 Prozent der Varianz.

⁴⁶ Eigenwert 4,6. Erklärte Varianz 24,4 Prozent.

⁴⁷ Faktorladung (Korrelation des Items „Abwertung von Behinderten“ mit der Hauptkomponente) = 0,228 (niedrigster Wert); alle anderen Faktorladungen $>0,301$.

⁴⁸ Eigenwert 1,6. Erklärte Varianz 8,6 Prozent.

⁴⁹ Item zur „Ausländerheirat“.

Abb. 89: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2015
(Zustimmung in Prozent)

Facetten und Statements (Indikatoren)	
Fremdenfeindlichkeit	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	52
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	40
Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.	22
(Klassischer) Rassismus	
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	13
Muslim_innenfeindlichkeit	
Die meisten in Deutschland lebenden Muslime akzeptieren NICHT unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.	47
Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.	62
Antisemitismus	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns. (<i>primärer Antisemitismus</i>)	9
Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind. (<i>sekundärer Antisemitismus</i>)	29
Behindertenfeindlichkeit	
Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.	5
Obdachlosenfeindlichkeit	
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	40
Sinti- und Roma-Feindlichkeit (<i>Antiziganismus</i>)	
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.	39
Abwertung von Asylbewerber_innen	
Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	55
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat NICHT großzügig sein.	70
Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.	18
Abwertung von Langzeitarbeitslosen	
Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.	55
„Sexismus gegen Frauen“ (<i>Betonung traditionalistischer, antifeministischer Rollenbilder</i>)	
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	14
Homophobie	
Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich. (<i>primäre H.</i>)	24
Die eingetragene Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sollte der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau NICHT völlig gleichgestellt werden mit allen Rechten und Pflichten. (<i>sekundäre Homophobie</i>)	26
Etabliertenvorrechte	
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.	28

Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR stimmen nur sieben Prozent der Befragten keiner einzigen GMF-Aussage zu; ein Viertel der Befragten stimmt einer bis drei GMF-Aussagen zu, ein weiteres Viertel der Befragten vier bis sieben Aussagen, ein weiteres Viertel der Befragten acht bis elf Aussagen. Weniger als vier Prozent der Befragten stimmen mehr als 13 Fragen zu, kein_e einzige_r Befragte_r allen Aussagen. Auffällig ist, dass die Anteile der Antwortverweigerungen („weiß nicht / keine Angabe“) bei den beiden Fragen zur Muslim_innenfeindlichkeit mit jeweils 17 Prozent und bei der Frage zum sekundären Antisemitismus mit 13 Prozent deutlich erhöht sind. Darin mögen sich eine alltagsweltliche Distanz zum jeweiligen Gegenstandsbereich, aber auch Informationsdefizite und eine gewisse Indifferenz ausdrücken. Bei allen anderen GMF-Indikatoren bewegen sich die jeweiligen Anteile der Antwortverweigerungen nur zwischen einem und sechs Prozent; es ist also keineswegs so, dass es sich um sensible oder „exotische“ Fragen bzw. Themen handelt, bei denen Antwortvermeidung aus Gründen der sozialen Erwünschtheit eine besondere Rolle spielt.

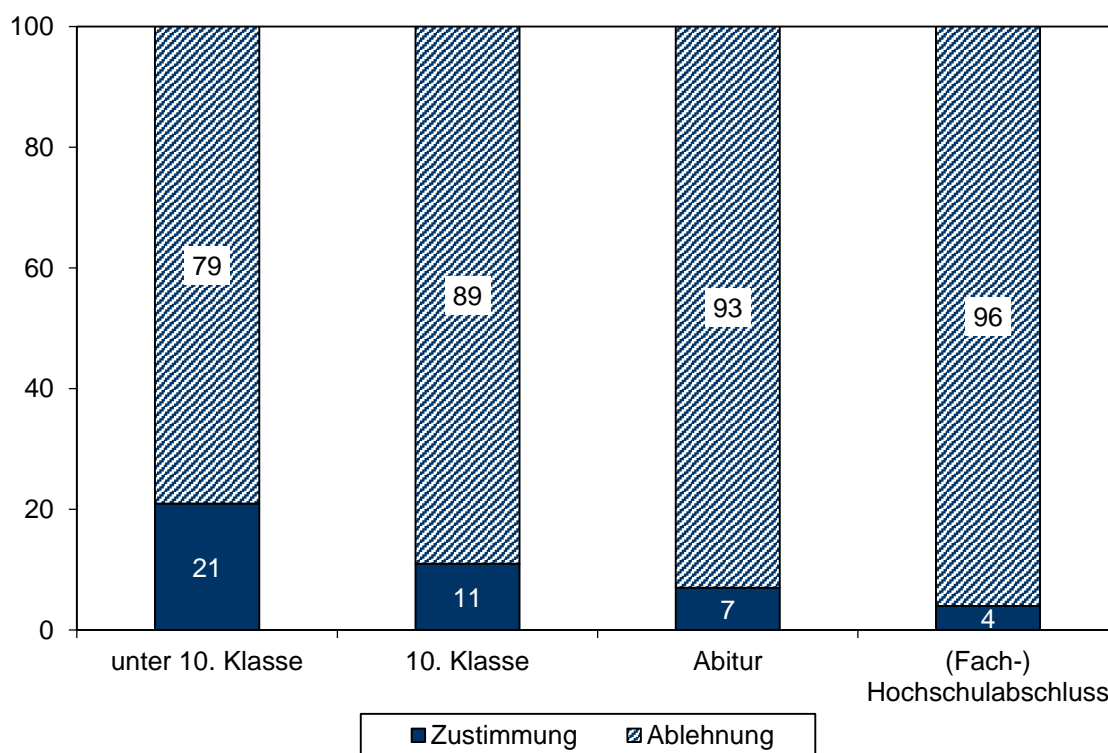
Das Antwortverhalten zu den bereits 2013 bzw. 2014 gestellten Fragen hat mit wenigen Ausnahmen keine signifikanten Veränderungen erfahren. Die durch den THÜRINGEN-MONITOR gemessenen GMF-Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung sind also größtenteils auf gleichem Niveau verblieben. Statistisch signifikant ist lediglich ein leichter Rückgang bei der Zustimmung zur Aussage, eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts sei unnatürlich (primäre Homophobie), auf 24 Prozent gegenüber noch 29 Prozent im THÜRINGEN-MONITOR 2013.⁵⁰ Dieser Rückgang ist vor allem mit einer veränderten Zustimmungstendenz der Männer zu erklären: Äußerten sich 2013 noch 38 Prozent der Männer „homophob“, sind es nunmehr nur noch 29 Prozent. Indessen liegt der Anteil der Frauen, die Homosexualität als unnatürlich ansehen, unverändert bei 21 Prozent. In der Kategorie der 45-bis 59-jährigen Befragten beiderlei Geschlechts ist der Anteil jedoch von 29 auf 17 Prozent gefallen.

Ebenfalls signifikant ist allerdings die Erhöhung des Anteils derer, die die völlige rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe („mit allen Rechten und Pflichten“) ablehnen, von im THÜRINGEN-MONITOR 2014 gemessenen 16 auf nunmehr 26 Prozent (sekundäre Homophobie). Im letzten Jahr befürworteten 19 Prozent der Männer eine Diskriminierung, in diesem Jahr 33 Prozent der Männer. Bei den Frauen ist der Anteil von 14 auf 20 Prozent gestiegen. Auffällig ist, dass sich sowohl bei Männern als auch der Frauen der jüngsten Alterskategorien (18-34 Jahre) die Anteile der Gleichstellungsgegner_innen reduzierten; so gibt es z.B. keine jüngeren weiblichen Befragten mehr, die eine völlige Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare ablehnen. Auch bei den – tendenziell homophoberen – jungen Männern gab es leichte Rückgänge. In den älteren Kohorten (der öfter selbst verheirateten Befragten!) sind hingegen die Anteile der Gleichstellungsgegnerinnen unter den Frauen moderat, die Anteile der Gleichstellungsgegner unter den Männern allerdings massiv angestiegen, so dass sie sich verdoppelt haben. In der Alterskategorie der 60 Jahre alten und älteren Be-

⁵⁰ Einen Rückgang homophober Einstellungen (in Deutschland) berichteten zuletzt auch Küpper/Zick (2015).

fragten sind 51 Prozent der Männer, aber nur 31 Prozent der Frauen gegen die Gleichstellung. Diese Befunde legen den Schluss nahe, dass mit der seit dem letzten Jahr verstärkten öffentlich-medialen und gesellschaftspolitischen Debatte um die sogenannte Eheöffnung für gleichgeschlechtliche Paare der Streit um konservative Familienwerte neu entfacht worden ist, der u. a. den Wertewandel zwischen den Generationen widerspiegelt. Außerdem ergeben sich erneut Hinweise darauf, dass homophobe Ressentiments und homophobe Diskriminierungsabsicht mit spezifisch männlichen Sozialisationsmustern, gesellschaftlich dominanten Maskulinitätsnormen bzw. „heterosexistischen“ Rollenstereotypen verbunden sind (vgl. TM2013: 97 ff.; Salheiser 2015; LPB BaWü 2015).

Abb. 90: *Rassismus: „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“ nach Bildung (in Prozent)*

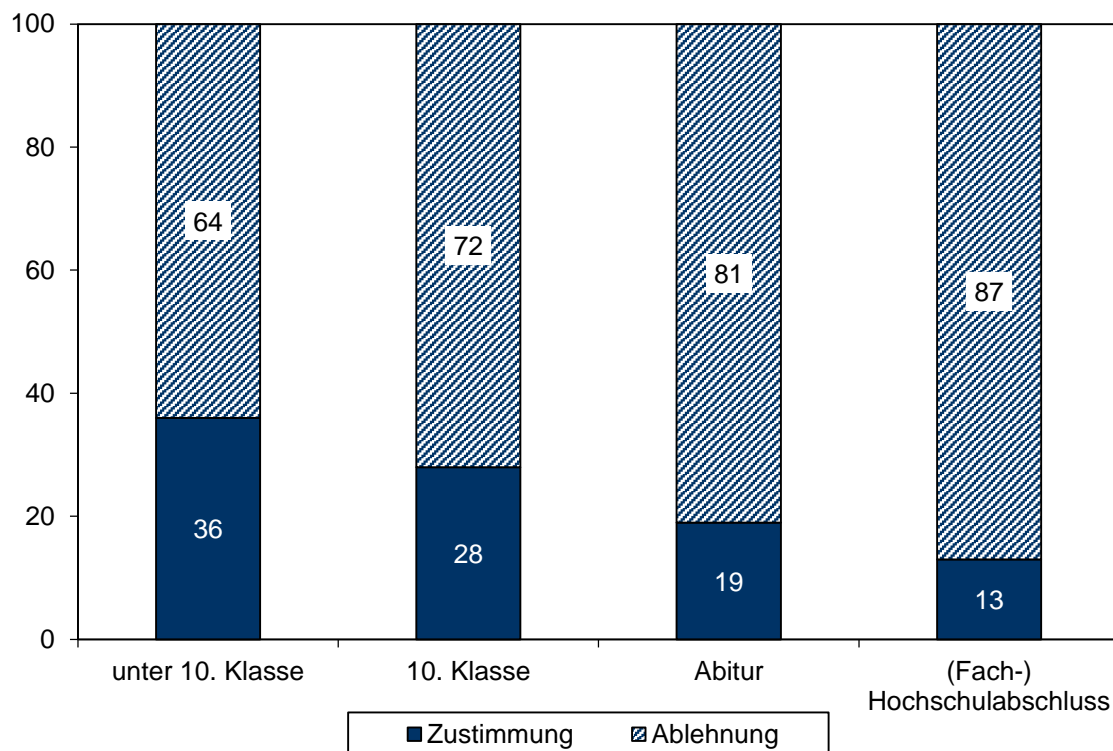


Erstmals im diesjährigen THÜRINGER-MONITOR wurde den Befragten eine Aussage zur Zustimmung oder Ablehnung vorgelegt, in der die Legitimität der Vormachtstellung „der Weißen in der Welt“ postuliert wird (Abb. 90). Mit diesem neuen Indikator kann Rassismus nach dem traditionellen Begriffsverständnis gemessen werden, da dem äußerlichen physiologischen Merkmal der Hautfarbe vermeintlich ableitbare Kollektivmerkmale bzw. eine Ursächlichkeit für unterschiedliche (historische oder aktuelle) Kulturleistungen zugeschrieben werden.⁵¹ Geringqualifizierte, arbeitslose und ältere Befragte stimmen der

⁵¹ Der im THÜRINGER-MONITOR 2014 angegebene Anteil von ca. 19 Prozent rassistisch eingestellten Thüringer_innen basierte hingegen auf einem erweiterten Rassismusbegriff, in dem biologische, ethnozentristische und (kultur-)chauvinistische Zuschreibungen zusammenfallen. Als Indikator wurde die Zustim-

Rassismus-Aussage signifikant häufiger zu; auf der Aggregatebene äußern sich überdurchschnittliche 17 Prozent der Frauen gegenüber nur neun Prozent der Männer rassistisch. Auch unter höheren und leitenden Angestellten oder Beamten ist – von uns unerwartet – der Anteil der Zustimmenden mit 19 Prozent signifikant erhöht.

Abb. 91: *Etabliertenvorrechte: „Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“ nach Bildung (in Prozent)*



Des Weiteren wurde 2015 erstmals die Befürwortung von „**Etabliertenvorrechten**“ gemessen. Heitmeyer (2012: 34 f.) schreibt in diesem Zusammenhang von der Sicherung und dem Ausbau „eigener sozialer Privilegien“, die mit Abwertungs- und Exklusionsprozessen gegenüber tatsächlich oder vermeintlich konkurrierenden und als „nutzlos“ etikettierten Menschen einhergehen. Jene Tendenz der Entsolidarisierung aufgrund größtenteils materialistischer Kalküle übe eine desintegrative Wirkung auf die Gesamtgesellschaft aus und habe in den letzten Jahren auch die soziale Mitte der deutschen Gesellschaft erfasst (ebd.). Im THÜRINGEN-MONITOR stimmt fast ein Drittel der Befragten der Aussage zu, dass diejenigen „mehr Rechte haben sollten als die, die später zugezogen sind.“ Diese Auffassung teilen männliche und weibliche Befragte gleichermaßen; es gibt jedoch signifikante Unterschiede zwischen Bildungsgruppen (Abb. 91), wobei insbesondere junge und in Ausbildung befindliche Befragte (Studierende) mit nur sieben Prozent unterdurchschnittlich seltener zustimmen.

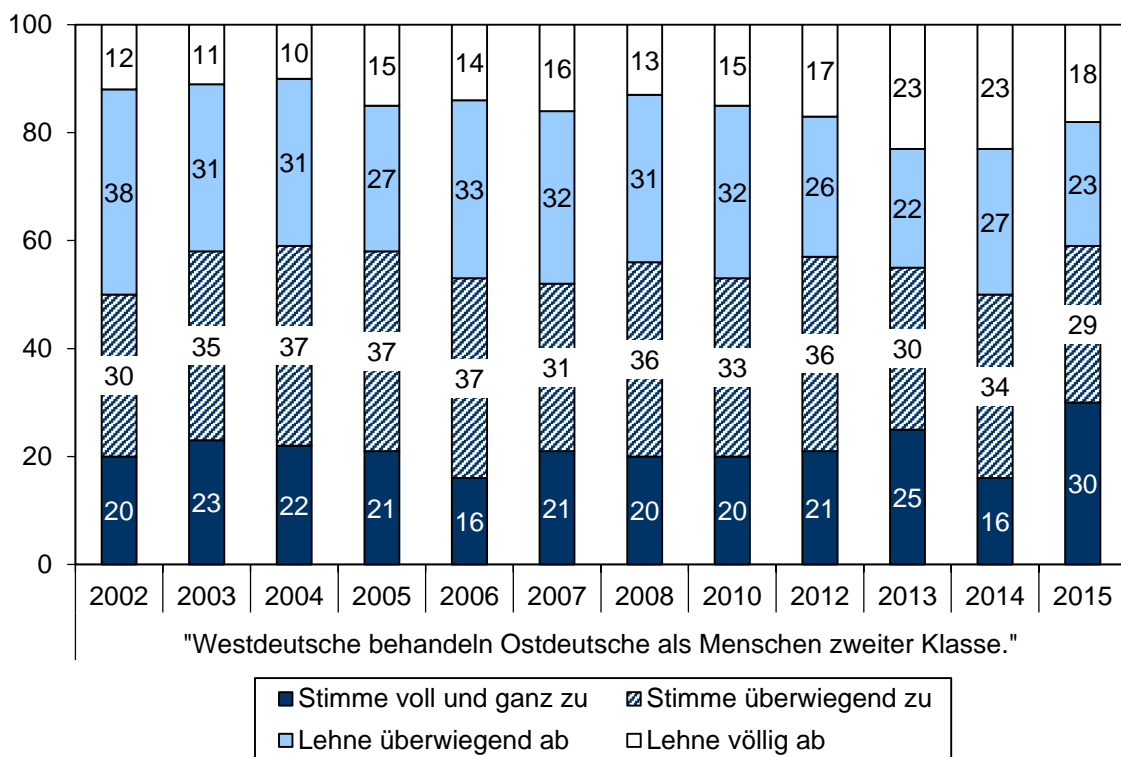
mung bzw. Ablehnung zur Aussage genutzt, dass Ausländer „grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ sollten, weil in diesem Statement die Favorisierung ethnischer Homogenität bzw. eine „völkisch“ anmutende Ablehnung multiethnischer Verwandtschaftsbeziehungen („Blutvermischung“) anklingt; vgl. TM2014: 85.

Unter den in Ausbildung befindlichen Befragten ist allerdings auch der Anteil derer, die selbst „später zugezogen“ sind (nämlich aus Westdeutschland stammen), mit 17 Prozent deutlich erhöht. (Der Anteil der Befragten mit westdeutscher Sozialisation liegt insgesamt bei vier Prozent). Befragte, die ihre persönliche finanzielle Situation als schlecht einschätzen, eine negative Bewertung der deutschen Einheit vornehmen und deshalb als depriviert zu bezeichnen sind, unterstützen mit 44 Prozent fast doppelt so häufig die Wahrung von Etabliertenvorrechten wie die nicht-deprivierten Befragten (22 Prozent). Es kann vermutet werden, dass sich hinter der auch in anderen Sozialkategorien verbreiteten Zustimmungstendenz eher eine diffuse Idee materieller und symbolischer Besitzstandswahrung verbirgt als eine tatsächliche konkrete Absage an die prinzipielle Rechtsgleichheit für neue Mitglieder sozialer Gruppen, z.B. für Migrant_innen. Die oben bereits beschriebene Tendenz der Entsolidarisierung von Personen, die sich selbst als benachteiligt (subjektiv depriviert) ansehen, mit anderen benachteiligten sozialen Gruppen ist jedoch nicht von der Hand zu weisen.

Trotz der teilweise für den THÜRINGEN-MONITOR neuentwickelten Indikatoren zur GMF-Einstellungsmessung kann zumindest punktuell ein Vergleich mit gesamtdeutschen Befragungsdaten erfolgen (vgl. Zick/Klein 2014: 67 f.). Allerdings erstreckt sich dieser Vergleich aufgrund abweichender Antwortskalierungen (5-stufige Antwortskala mit neutraler Mittelkategorie „teils/teils“ der „Mitte-Studien“ statt vierstufiger Antwortskala im THÜRINGEN-MONITOR) nicht auf die Fragen zur Fremdenfeindlichkeit und zum Antisemitismus. Es kann jedoch konstatiert werden, dass der Thüringer Anteilswert von 52 Prozent der Zustimmung zur Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ den kumulierten Anteilswert der voll und ganz, überwiegend zustimmenden sowie teilweise zustimmenden, teilweise ablehnenden Deutschen von 38 Prozent deutlich übersteigt. Dies korrespondiert mit der von Zick/Klein (2014: 38) berichteten, in Ostdeutschland gegenüber Westdeutschland signifikant erhöhten Fremdenfeindlichkeit. Die Anteilswerte für Rassismus sind in Thüringen und Gesamtdeutschland auf dem gleichen Niveau. Muslim_innenfeindlichkeit kann aufgrund unterschiedlicher Indikatoren nicht verglichen werden, allerdings geben Zick/Klein (2014: 73) nach ihrem Messkonzept für Ostdeutschland einen Anteilswert muslimi_innenfeindlicher Einstellungen an, der gegenüber Westdeutschland signifikant erhöht ist. Die Anteilswerte für Behindertenfeindlichkeit sind in Thüringen und Gesamtdeutschland auf dem gleichen Niveau, der Anteilswert für Obdachlosenfeindlichkeit und Sinti- und Roma-Feindlichkeit in Thüringen gegenüber Deutschland (jeweils 31 Prozent) jedoch erhöht. Auffällig ist auch die stärkere Abwertung von Asylbewerber_innen durch Thüringer Befragte: Nur 42 Prozent der Deutschen sprachen 2014 den Asylbewerber_innen den triftigen Asylgrund der Verfolgung im Herkunftsland ab, nur 38 Prozent der Deutschen lehnen die großzügige Prüfung von Asylanträgen ab. Hier ist allerdings erstens zu beachten, dass sich die Thüringer Zustimmungswerte damit auf ostdeutschem Niveau bewegen und zweitens, dass die gesamtdeutschen Befragungsdaten 2014 nicht das aktuelle Meinungsklima und die gesellschaftlichen Diskurse der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart widerspiegeln können. Aktuellere gesamtdeutsche Befragungsdaten zu Einstellungen gegenüber

Asylbewerber_innen sind wegen abweichender Frageformulierungen nicht direkt vergleichbar. Eine Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach⁵² im Mai 2015 ergab jedoch u. a., dass ca. 52 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 16 Jahren der Aussage zustimmten: „Viele Flüchtlinge nutzen unser Sozialsystem aus“. Gleichzeitig sei aber die Bereitschaft in der Bevölkerung, sich für Flüchtlinge einzusetzen (nämlich indem man u. U. eine Unterschrift für eine Bürgerinitiative zum Bau eines Asylbewerberheims leisten würde), gegenüber dem Vorjahr signifikant von 24 auf 31 Prozent gestiegen. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen und „Sexismus gegen Frauen“ ist in Thüringen und Deutschland etwa gleich ausgeprägt. Auch die Aussagen zur Homophobie sind in beiden Studien unterschiedlich formuliert, um die Zustimmungswerte miteinander vergleichen zu können. Nach dem Messkonzept von Zick/Klein (2014: 73) ergibt sich allerdings mit 15 Prozent Zustimmung zu homophoben Aussagen im Osten ein signifikant höherer Wert als im Westen (10 Prozent). Die Befürwortung von Etabliertenvorrechten durch die Thüringer_innen ist indessen signifikant niedriger ausgeprägt als in Gesamtdeutschland (40 Prozent).

Abb. 92: *Wahrgenommene kollektive Diskriminierung der Ostdeutschen durch Westdeutsche, 2002–2015*
(in Prozent)



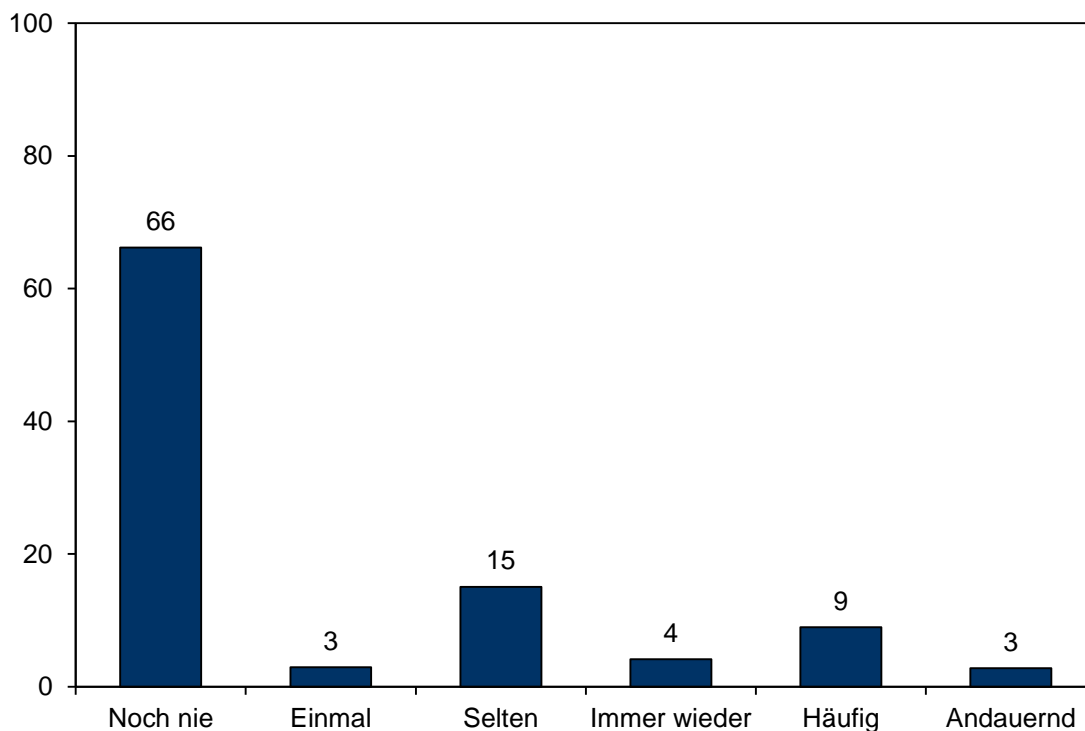
Die im THÜRINGEN-MONITOR seit 2002 regelmäßig abgefragte Einschätzung, inwieweit Westdeutsche Ostdeutsche „als Menschen zweiter Klasse“ behandeln (Abb. 92; vgl. auch Kapitel IV.4.1), kann ebenfalls im Zusammenhang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert werden. Diese kollektive Deklassierung der Ostdeutschen (vgl. Kollmorgen 2010; Best/Salomo/Salheiser 2014) aufgrund ihrer Herkunft wurde über den

⁵² http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_Mai_Flu_chtlinge.pdf

Zeitverlauf relativ stabil von einer knappen Mehrheit der Befragten im THÜRINGEN-MONITOR wahrgenommen; überdurchschnittlich von älteren und geringqualifizierten Befragten, Arbeiter_innen, Arbeitslosen und Rentner_innen. Es handelt sich also um eine anhaltende und weitverbreitete wahrgenommene persönliche Diskriminierung.

Wenn diese subjektiv empfundene **Abwertung und Benachteiligung Ostdeutscher** durch Westdeutsche (als Element einer spezifischen „Ostdeprivation“) mit einer konkreten *individuellen Diskriminierungserfahrung* einhergeht, sind jene Befragten auch als *Betroffene* gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufzufassen. Im diesjährigen THÜRINGEN-MONITOR wurden die *in Ostdeutschland aufgewachsenen* Thüringer_innen (94 Prozent der Befragten insgesamt) deshalb gefragt, ob Sie persönlich schon aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt wurden (Abb. 93).

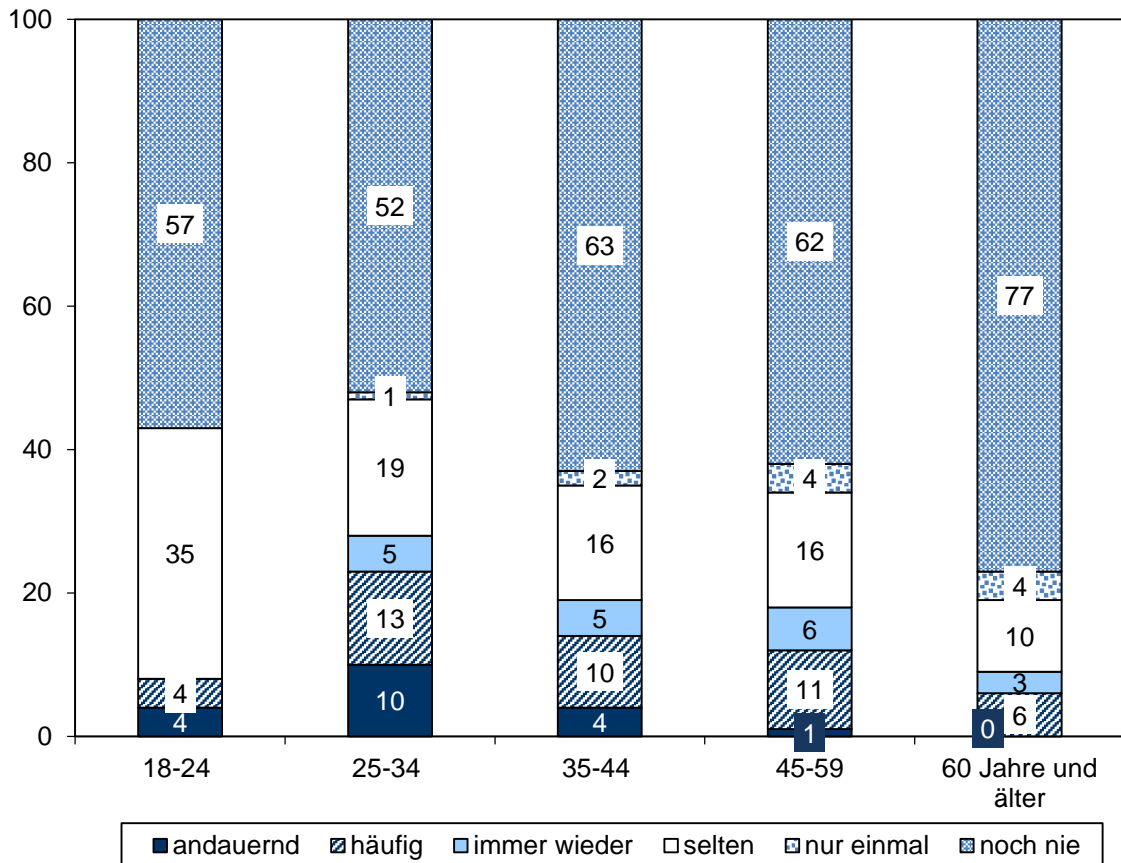
Abb. 93: *Subjektive individuelle Diskriminierungserfahrung aufgrund ostdeutscher Herkunft (in Prozent)*



Zwei Drittel dieser Befragten gaben an, noch nie benachteiligt worden zu sein; ca. drei Prozent nannten eine „einmalige“ Benachteiligung, jedoch 15 Prozent „seltene“ Benachteiligung und weitere ca. 16 Prozent häufigere Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer ostdeutschen Herkunft. Zwischen Männern und Frauen sowie nach Bildungsabschlüssen bestehen keine relevanten Unterschiede. Bemerkenswert ist jedoch ein signifikanter Unterschied zwischen den Alterskohorten und den Erwerbs- bzw. Berufsgruppen: So berichten jüngere (erwerbstätige bzw. in Ausbildung befindliche oder *arbeitslose*) Befragte öfter als ältere (und nicht-erwerbstätige) Befragte von einer Benachteiligung. Überdurchschnittliche 16 Prozent der Arbeiter_innen geben eine „häufige“ Benachteiligung an. Dies

dürfte auf die in den jeweiligen Befragtenkategorien stärker ausgeprägten Migrations- und Arbeitserfahrungen in Westdeutschland sowie auf eine höhere Anzahl bzw. Intensität beruflicher und privater Kontakte mit Westdeutschen zurückzuführen sein (Abb. 94).

Abb. 94: *Subjektive individuelle Diskriminierungserfahrung aufgrund ostdeutscher Herkunft nach Alter (in Prozent)*



Eine eigene Diskriminierungserfahrung korrespondiert in hohem Maße mit der Zustimmung zur (pauschalen) Aussage, dass Westdeutsche Ostdeutsche als Bürger_innen zweiter Klasse behandelten. Kausalanalytisch ist davon auszugehen, dass sich sowohl einerseits die subjektiv empfundene, kollektive Deprivation aus der individuellen (bzw. im persönlichen Umfeld berichteten) Diskriminierungserfahrung *speist* als auch dass andererseits der internalisierte, in Ostdeutschland sozio-kulturell verankerte Diskurs zur kollektiven Deprivation eine *Sensibilisierung für eigene Diskriminierung* bewirkt haben.

4.2 Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Ähnlich wie für rechtsextreme Einstellungen (vgl. Kapitel IV.3) ist auch für GMF-Einstellungen anzunehmen, dass **Autoritarismus, niedrige Bildung** sowie **subjektiv empfundene individuelle und kollektive Deprivation** Kausalfaktoren *im Sinne von Teilsachen* darstellen, die stärkste Erklärungskraft aufweisen. Demnach wären Personen tendenziell besser gegenüber Ideologien der Ungleichwertigkeit und diskriminierenden Einstellungen „immunisiert“, wenn sie tolerante und liberale (weltoffene) Wertvorstellungen

verinnerlicht haben, selbst hohe soziale Partizipationschancen haben und diese wahrnehmen können, sich folglich gut integriert und gerecht behandelt wissen. Bereits einfache Kreuztabellenanalysen zeigen globale, relativ markante Unterschiede der Zustimmung zu einzelnen GMF-Aussagen nach Autoritarismus-Graden und Bildungshöhe. Auch eine subjektive individuelle und kollektive (hier: spezifisch ostdeutsche) Benachteiligung könnte sich u.U. negativ auf die Akzeptanz und Toleranz gegenüber Anderen auswirken. Allerdings ergeben sich dabei zunächst keine einheitlichen Befunde: Beispielsweise korrelieren die einzelnen Aussagen zur „...Überprüfung von Asylanträgen...“ und „...Muslime akzeptieren unsere Werte...“, Sinti-und-Roma Feindlichkeit, Antisemitismus sowie die Abwertung von Obdachlosen jeweils nur mit der Ostdeprivation signifikant, aber nicht mit individueller relativer Deprivation (wie es andere (exogen) fremdenfeindlichen Einstellungen tun). Einzelne Ressentiments gegenüber endogener bzw. autochthoner Fremdheit (Behindertenabwertung, Homophobie, Sexismus und die Einstellung gegenüber „Ausländerheirat“) korrelieren bivariat hingegen weder mit Ostdeprivation noch mit individueller Deprivation. Hier macht sich die Multidimensionalität des GMF-Syndroms bemerkbar. Inwieweit unterschiedlichen GMF-Facetten unterschiedliche oder gleiche Ursachen haben und wie groß deren jeweiligen Erklärungsbeiträge (Effektstärken) sind, kann in drei unterschiedlichen multivariaten Kausalanalyse-Modellen überprüft werden, wobei gewichtete Indices der Zustimmung zu GMF-Einstellungen zum Einsatz kommen (Abb. 95).

Die multivariaten Kausalanalysen zeigen, dass **das Vorliegen autoritärer Einstellungen**, die Selbstpositionierung rechts der politischen Mitte, ein höheres Alter und geringe Bildung (insbesondere von älteren Frauen⁵³) sowie eine häufiger selbst erlebte Diskriminierung als Ostdeutsche_r die Tendenz zu **GMF-Einstellungen insgesamt** signifikant erhöhen (Modell 1).

Damit ergeben sich deutliche Bezüge zum Erklärungsmodell für rechtsextreme Einstellungen (vgl. Kapitel IV.3): GMF-Einstellungen und rechtsextreme Einstellungen haben ähnliche Hauptursachen. Ebenfalls ist plausibel, dass eine *eigene* Diskriminierungserfahrung keineswegs eine pauschale Solidarisierung mit Anderen nach sich zieht⁵⁴, sondern

⁵³ Der Anteil von älteren, gering gebildeten, deprivierten und ostdeprivierten Personen unter *weiblichen Befragten* ist erhöht; diese neigen auf der statistischen Aggregatebene folglich signifikant verstärkt zu GMF-Zustimmung. Die in Modell 1 und Modell 2 ausgewiesenen Effektstärken der Variable „Geschlecht“ sind allerdings *gering* und werden außerdem (im Vergleich zu den anderen mit den anderen Variablen) mit deutlich *geringerer* Signifikanz (erhöhtem *α-Fehler*, d.h. höherer Wahrscheinlichkeit eines „Stichprobenfehlers“ bzw. einer Fehlschätzung der Effektstärke) ausgewiesen. Geschlechtszugehörigkeit ist per se also *kein* akzeptabler Prädiktor für GMF-Einstellungen. Die hier *zur Vereinfachung* angewandte multiple lineare Regressionsanalyse bietet nur eingeschränkte Drittvariablenkontrolle und weist deswegen anteilig einen signifikanten Netto-Effekt für das Merkmal der Geschlechtszugehörigkeit aus. In komplexeren statistischen Verfahren (sogenannten Pfadanalyse-Modellen) verschwindet dieser „direkte“ Effekt der Variable Geschlecht.

⁵⁴ vgl. die von der „Theorie der kulturellen Marginalität“ angenommene gegenseitige Empathie von Minderheiten (Allport 1954, Espenshade / Calhoun 1993; dazu auch Kapitel IV.3.2).

Abb. 95: Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit⁵⁵

Erklärende Variablen	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	GMF (insgesamt)		GMF „exogene Fremde“		GMF „endogene Fremde“	
	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)	Standard. Koeffizienten <i>Beta</i>	Signifikanz (α -Fehler)
Alter (älter)	+ ,152	,001	+ ,143	,002	+ ,323	,000
Geschlecht (weiblich)	+ ,088	,038	+ ,118	,009	entfernt	
Bildung (Abitur und höher)	-,145	,001	-,151	,001	entfernt	
Autoritarismus (hoch)	+ ,420	,000	+ ,355	,000	+ ,337	,000
Links-Rechts-Selbsteinstufung (rechter)	+ ,244	,000	+ ,231	,000	+ ,243	,000
(individuelle relative) Deprivation (depriviert)	entfernt		+ ,097	,038	entfernt	
Ostdeprivation (ostdepriviert)	entfernt		entfernt		entfernt	
Eigene Benachteiligung als Ostdeutsche_r (häufiger erlebt)	+ ,155	,000	+ ,111	,018	+ ,120	,001
Religion (ja)	entfernt		-,093	,038	entfernt	
verheiratet (ja)	entfernt		entfernt		-,100	,006
Kinder (mehr)	entfernt		entfernt		entfernt	
Ortsgröße (größer)	entfernt		entfernt		entfernt	
Fallzahl n	323		334		520	
„Modellgüte“ ⁵⁶ (Multiple R ² _{corr})	0,435		0,378		0,348	

Positives Vorzeichen: erhöht Zustimmung zu GMF-Aussagen	Negatives Vorzeichen: senkt Zustimmung zu GMF-Aussagen
--	---

⁵⁵ **Multiple lineare Regressionsanalysen (OLS)**, schrittweiser *Einschluss* aller aufgeführten unabhängigen (erklärenden) Variablen. Variable „entfernt“: Kein Effekt / kein Beitrag zur Varianzerklärung; automatischer Variablenausschluss bei fortschreitender Modellsättigung (maximaler Anteil erklärter Varianz).

Modell 1: Abhängige Variable: Mit Faktorladungen der 1. Hauptkomponente gewichteter Index aller 19 GMF-Items. (Hauptkomponentenanalyse unter Einschluss aller 19 GMF-Items.) Sechs Schritte bis zur Modellsättigung.

Modell 2: Abhängige Variable: Mit Faktorladungen der 1. Hauptkomponente gewichteter Index aller 13 GMF-Items, die *exogene Fremdheit* thematisieren. (Hauptkomponentenanalyse unter Einschluss dieser 13 GMF-Items.) Acht Schritte bis zur Modellsättigung.

Modell 3: Abhängige Variable: Mit Faktorladungen der 1. Hauptkomponente gewichteter Index aller sechs GMF-Items, die *endogene Fremdheit* thematisieren sowie des Items zur „Ausländerheirat“ (=ethnische Homogenität). (Hauptkomponentenanalyse unter Einschluss dieser sieben GMF-Items.) Fünf Schritte bis zur Modellsättigung.

⁵⁶ Anteile der durch die aufgenommenen unabhängigen Variablen erklärten Varianzen der abhängigen Variablen.

häufig in das Gegenteil (also Abwertung und Ausgrenzung) umschlägt, um sich des eigenen (kollektiven) Status‘ zu versichern bzw. diesen zu behaupten. Decker/Kiess/Brähler (2014: 17 ff.) beschreiben die *selbstwertregulierende* Funktion von autoritären Orientierungen und, in deren Folge, von unterstützten Ideologien der Ungleichwertigkeit. Autoritäre *Selbst-Unterordnung* und *Fremd-Unterwerfung* ergänzen sich nach diesem Verständnis spiegelbildlich.

Die spezifische **Abwertung exogener Fremder** (Modell 2) ist durch die oben genannten Erklärungsfaktoren bestimmt, hinzu tritt ein *geringer* Einfluss der subjektiven individuellen Deprivation, also der negative Bewertung der persönlichen sozio-ökonomischen Lage und der negativen Bewertung der deutschen Einheit, allerdings nicht das Gefühl einer *ostdeutschen* Deklassierung. Denn diese Einschätzung ist in Ostdeutschland allgemein breit verankert; erst die tatsächliche eigene Diskriminierungserfahrung führt zur Abwehrhaltungen, zur Abwertung und zum erhöhten Misstrauen gegen Fremde – als vermeintliche Konkurrent_innen um (materielle) Ressourcen. Ein konfessionelles Bekenntnis dämpft indessen die Tendenz zur Abwertung exogener Fremder *geringfügig*; u. U. deuten sich hier die integrativen, von den Religionen oft betonten Werte der Toleranz und der Gastfreundlichkeit an.

Auf die spezifische **Abwertung endogener „Fremder“** (Modell 3) haben Geschlecht und Bildung indessen keinen Einfluss, auch wenn beispielsweise Homophobie *einzel*n durch einen signifikanten Einfluss des Geschlechts *teilerklärt* werden kann (vgl. Salheiser 2015). Erneut sind Autoritarismus, eine Selbstverortung rechts der politischen Mitte und eine häufiger erlebte Diskriminierung als Ostdeutsche_r signifikante Einflussvariablen, *jedoch nicht eine empfundene individuelle oder kollektive Deprivation*. Dieser Befund unterstreicht, dass die Abwertung und Ablehnung endogener Fremdheit bzw. autochthoner sozialer Minderheiten sowie die Befürwortung antifeministischer Positionen auf die traditionalistische Beharrung auf bestimmten kulturellen Werten und Normen bezogen sind und relativ unabhängig von materialistischen Kalkülen vorgenommen werden. Das religiöse Bekenntnis hat allerdings keinerlei *globalen* Einfluss auf abwertende oder traditionalistische Einstellungen gegenüber Schwächeren und Minderheiten innerhalb der Gesellschaft⁵⁷; das Merkmal, verheiratet zu sein, dämpft diese sogar geringfügig. Auch weitere *Indikatoren sozialer Integration*, nämlich das Vorhandensein bzw. die Anzahl von Kindern sowie die Größe des Wohnortes der Befragten, haben generell keinen Einfluss auf GMF-Einstellungen (insgesamt).

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass verschiedene ressentimentgeleitete und diskriminierende Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung weit verbreitet sind. Die Abwertung *exogener* und *endogener* Fremder bzw. Minderheiten korrespondiert dabei miteinander in hohem Maße⁵⁸; außerdem ist mit dem Autoritarismus eine der Hauptursachen

⁵⁷ Ein religiöses Bekenntnis *erhöht* allerdings signifikant die jeweilige Zustimmung zu den beiden Aussagen zur *Homophobie* (Test in getrennten logistischen Regressionen der dichotomisierten Items; schrittweise Aufnahme der gleichen unabhängigen Variablen wie in den globalen GMF-Modellen; vgl. Salheiser 2015).

⁵⁸ Korrelation zwischen dem GMF-Index „exogene Fremde“ und dem GMF-Index „endogene Fremde“ Pearson’s $R=0,473^{***}$, Rangkorrelation Spearman’s $\rho=0,480^{***}$. Das aus theoretisch-inhaltlichen Überlegungen in beide o.g. GMF-Indices aufgenommene Item zur „Ausländerheirat“ (=ethnische Homogenität) wurde für diese Berechnung aus dem GMF-Index „endogene Fremde“ entfernt.

der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dieselbe wie beim Rechtsextremismus. *Rechtsextrem Eingestellte* (vor allem aber der „harte Kern“ überzeugter Rechtsextremer) neigen signifikant häufiger zur *globalen* Abwertung jener Menschengruppen, die in den zwölf Facetten des GMF-Syndroms repräsentiert sind. Korrespondierende, partielle Einstellungen *der breiten Bevölkerung* entfalten jedoch dann eine verheerende, sozial desintegrative Wirkung, wenn sie den Nährboden für Radikalisierung bieten und ein Klima der Ignoranz, Indifferenz oder Duldung gegenüber schädlicher Verhaltensweisen entsteht. Schließlich sind es oftmals unbedachte, respektlose Äußerungen, mangelnde Akzeptanz und Empathie und die „kleinen“ Diskriminierungen im Alltag, die Betroffene in unserer Gesellschaft erdulden müssen. Um GMF effektiver entgegenzuwirken, ist ein Engagement aller politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen im Freistaat notwendig. Die Förderung von nachhaltigen Bildungs-, Aufklärungs- und Begegnungs-Projekten im Kontext spezifischer GMF-Facetten (z.B. durch das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit) ist in Anbetracht der starken Unterstützung der Kontakthypothese (vgl. Kapitel IV.3.2, TM2012: 41) und der großen Bedeutung eigener mittelbarer und unmittelbarer Erfahrungen für das Bild des bzw. der „Fremden“ von hohem Belang.

V. Fazit

Das Schwerpunktthema des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS steht im Zeichen des 25. Jahrestages der deutschen Einheit und der Konstituierung des Freistaats Thüringen. Wir richten den Blick zurück auf die DDR und auf den langen Prozess sozialer Vereinigung, der sich der politischen Einheit anschloss. Wir blicken dabei auf eine Vergangenheit, die nicht vergeht. Gemeint sind damit das Bild der DDR in den Köpfen der Menschen, ihre Wahrnehmung des Verlaufs und Erfolgs des Vereinigungsprozesses, schließlich die Bewertung ihres Status als Ostdeutsche im vereinten Deutschland. Diese Rückschau ist nicht nur wichtig als historische Reminiszenz und Studie zum Geschichtsbewusstsein der Bevölkerung, sondern auch und vor allem weil die Vergangenheit in hohem Maß wirkungsmächtig und damit gegenwärtig ist. Geschichte zählt, weil sie strukturell und mental massive Nachwirkungen in die Gegenwart hat.

Ein Blick auf die wirtschaftliche und sozialstrukturelle Entwicklung des Landes seit 1990 zeigt zunächst das positive Bild einer Aufwärtsentwicklung und Angleichung Thüringens an den Standard Westdeutschlands. Dies gilt vor allem für die Beschäftigungsdaten. Seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich die Erwerbslosenquote in Thüringen auf etwa ein Drittel des Ausgangswerts reduziert und dem Durchschnitt der westdeutschen Länder angenähert. Sie ist niedriger als der Durchschnitt der ostdeutschen Länder. Diese Entwicklung wird auch von den Befragten positiv bewertet und findet in einer zunehmend günstigen Bewertung der wirtschaftlichen Lage des Freistaates und einer immer freundlicheren Einschätzung der Lage des Landes im Vergleich mit den ostdeutschen Bundesländern ihren Niederschlag. Auffällig ist allerdings, dass die eigene finanzielle Lage der Befragten nicht im gleichen Maß günstiger bewertet wird. Dieser Befund geht mit der Beobachtung zusammen, dass bei dem wesentlichen, die eigene finanzielle Lage unmittelbar betreffenden Sachverhalt der Einkommenshöhe eine Angleichung Thüringens an den Standard des Westes nicht vollzogen ist. Dies gilt für die Privatwirtschaft, aber auch für jene Sektoren des Beschäftigungssystems, in denen politisch über Einkommenshöhen entschieden werden kann. Seit Ende der 1990er Jahre ist die regionale Einkommensspreizung bei allgemein steigender Einkommenshöhe unverändert und wirkt als fortdauernde Diskriminierung, die nicht mehr mit den Erschwernissen des Übergangs gerechtfertigt werden kann. Das durchschnittliche Bruttogehalt Thüringer Arbeitnehmer_innen lag 2014 noch immer um 15 Prozent unter dem des westdeutschen Bundeslandes mit den niedrigsten Einkommen (Schleswig-Holstein). Bleibende Spuren hat in vielen Erwerbsbiographien auch die lange Phase ostdeutscher Massenarbeitslosigkeit hinterlassen. Dies war ein ostdeutsches Sonderschicksal, das bei den Betroffenen negative Folgen für das Lebenseinkommen und die Ansprüche an die Altersversorgung hatte, die es in diesem Umfang im Westen nicht gab.

Trotzdem – dies ist ein über die Erhebungsjahre wiederkehrender Befund – überwiegt deutlich, zuletzt bei vier von fünf Befragten, die Einschätzung, dass für „sie persönlich“ alles in allem die Vorteile die Nachteile der Vereinigung überwiegen. Bei einer Bewertung der kollektiven Einheitsbilanz für Ostdeutschland ist die Zustimmung zu einer günstigen Einschätzung von zwei Dritteln der Befragten zwar etwas verhaltener, aber immer

noch weit überwiegend positiv. Die von den Befragten persönlich und für das Kollektiv der Ostdeutschen positiv bewertete Einheit hat aber – und dies ist ein Grundmotiv im Antwortverhalten – nach ihrer überwiegenden Ansicht nicht zu gerechten Verhältnissen geführt. Eine deutliche Mehrheit stimmt dieser Aussage zu, wobei sich diese Mehrheit in den Jahrgängen, in denen sich der Berufseinstieg in den Jahren vor der Jahrhundertwende vollzog, auf zwei Drittel erhöht. Ein Drittel der Befragten gibt an, persönlich wegen ihrer ostdeutschen Herkunft benachteiligt worden zu sein; bei den 25- bis 34-Jährigen ist es nahezu die Hälfte. Zwei von fünf Befragten verneinen, dass Ostdeutsche und Westdeutsche heute die gleichen Lebenschancen haben. Aus alledem folgt, dass für eine Mehrheit der Thüringer_innen das Projekt der deutschen Einheit auch nach 25 Jahren nicht abgeschlossen ist. Die positive Bewertung der deutschen Einheit für sich selbst und für die Ostdeutschen geht mit einem Gefühl relativer Benachteiligung einher, das besonders bei jüngeren und auf dem Arbeitsmarkt aktiven Personen verbreitet ist. Wir schließen daraus, dass es vor allem Erfahrungen auf Arbeitsmärkten oder deren Antizipation sowie die hartnäckig fortbestehenden Einkommensdifferenzen sind, die Gefühle der Benachteiligung bewirken. Sie sind gefährlich, weil sie zu den wirkungsmächtigen Erklärungsfaktoren für Rechtsextremismus und für die Ablehnung von Asylsuchenden gehören.

Die Erinnerung an die DDR und die Bewertung ihrer politischen Ordnung und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse war bereits 2005 schon einmal Gegenstand eines THÜRINGEN-MONITORS gewesen. Damals erschien den Autoren „das Bild der DDR im Rückblick bemerkenswert aufgehell.“ (TM 2005: 37) Diese Diagnose fiel in eine Zeit, in der die Erwerbslosenquoten in Thüringen und Ostdeutschland gerade ihre Höchststände hinter sich gelassen hatten und die Problemlagen des deutschen Vereinigungsprozesses ein Hauptthema öffentlicher Debatten bildeten. Heute, zehn Jahre später, hat sich diese Situation grundlegend gewandelt und Thüringen überproportionalen Anteil an der insgesamt positiven Entwicklung der Beschäftigung in Deutschland. Nicht grundlegend gewandelt hat sich aber in den zehn Jahren, die seither vergangen sind, das „aufgehellte“ Bild der DDR. Nahezu zwei Drittel der Befragten gibt heute an, eine „positive Einstellung“ zur DDR zu besitzen, bei der Nicht-Erlebnisgeneration der ab 1976 Geborenen sind es immer noch 54 Prozent (die übrigen verteilen sich auf die Antwortkategorien „neutral“ und „negativ“). Damit ist die allgemeine Einstellung zur DDR heute signifikant positiver als sie es 2005 war, als 52 Prozent der Befragten ein solches Urteil abgaben. Im Jahr 2015 urteilen noch 50 Prozent der Befragten, dass die „DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte“, 2005 waren es 58 Prozent gewesen. Unter den 2015 Befragten der „Erlebnisgeneration“ waren 61 Prozent mit dem „Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat“ zufrieden; nahezu prozentgleich war der 2005 ermittelte Wert. Das mehrheitlich positive Urteil über die DDR kontrastiert und koexistiert allerdings mit einer weit überwiegend – wenn auch nicht vollständig – negativen Einschätzung der politischen Ordnung der DDR. Etwa 60 Prozent der Befragten gibt an, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ gewesen sei.

Es ist ein wesentlicher Befund des THÜRINGEN-MONITORS, dass das allgemeine Urteil über die DDR nicht bzw. nicht entscheidend durch ein markant negatives Urteil der Befragten über deren politische Ordnung („Unrechtsstaat“) beeinflusst wird. Auch Perso-

nen, die der Charakterisierung als Unrechtsstaat zustimmen, geben überwiegend ein positives Gesamturteil über die DDR ab. Fächert man die Beurteilung der DDR in verschiedene Lebensbereiche auf, dann sind es jene, die sich auf die DDR als egalitärer Wohlfahrtsstaat und als soziale Gemeinschaft beziehen, die überwiegend positiv bewertet werden. Dort, wo es um individuelle Freiheitsrechte, die Beeinträchtigung durch Umweltbelastungen und das Funktionieren der Wirtschaft geht, überwiegen negative Urteile, wobei allerdings zum Teil große Minderheiten auch hier positive Bewertungen abgeben.

Im Vergleich zwischen der DDR und dem Kontext der heutigen Bundesrepublik schneidet dann doch das Deutschland der Gegenwart bei der überwiegenden Zahl der Lebensbereiche besser ab, besonders deutlich bei den jüngeren Befragten. Siegerin im Systemvergleich bleibt die DDR in beiden Generationslagen aber beim „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ mit deutlich besseren Bewertungen als die Lebenssituation in der Bundesrepublik. Offenkundig wird die positive Wahrnehmung der DDR entscheidend vom Bild der alltäglichen Lebenswirklichkeit einer egalitären und homogenen Gesellschaft bestimmt. Selbst die „soziale Sicherheit“ in der DDR tritt dagegen zurück: Eine Mehrheit von 55 Prozent der Befragten der Nicht-Erlebnisgeneration schätzt die soziale Sicherheit im Kontext des vereinten Deutschland sogar höher als in der DDR ein. Das überwiegende und im hohem Maß positiv assoziierte Gefühl gesellschaftlichem Zusammenhalts in der DDR wird auch in unseren semantischen Untersuchungen zu den wichtigsten Erfahrungen der Befragten und den Maßstäben, mit denen sie diese bewerten, transparent: ZUSAMMENHALT scheint alles andere überschattend in den Wordclouds auf. Vor allem das ist es, was die DDR, aber nicht das vereinte Deutschland auszeichnet. Das Gefühl großen Zusammenhalts wird offenbar bei der überwältigenden Mehrheit nicht durch die Erfahrung persönlicher Willkür und Benachteiligung oder die Teilnahme an den Montagsdemonstrationen und Friedensgebeten getrübt. Fast die Hälfte der Befragten der Erlebnisgeneration (46 Prozent) war hier unmittelbar betroffen und / oder beteiligt. Es steht zu vermuten, dass dieser „Zusammenhalt“, der ja unter dem Druck der Observation und Repression des Sicherheitsapparats der DDR stand, eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der friedlichen Revolution und die erstaunliche Koordinationsfähigkeit der kaum organisierten und weitgehend führerlosen Freiheitsbewegung der Jahre 1989/90 war. Es ist nach unseren Befunden vor allem der „Zusammenhalt“, den die Befragten auf die Habenseite der DDR legen, wenn sie ihr mehr gute als schlechte Seiten zumessen oder ihren Sozialismus positiv bewerten. Auf der anderen Seite, und dies sehen die meisten Befragten ebenso, wenn sie zum Systemvergleich aufgefordert werden, wird ein enger sozialer Zusammenhalt in einer kulturell pluralen und in großer Tiefe geschichteten, damit also inhomogenen und inegalitären Gesellschaft aufgebrochen. Sehr hohe Binnenkohärenz (=Zusammenhalt) ist auch keine gute Voraussetzung für eine „Willkommenskultur“, denn das Fremde – vor allem dann, wenn es „fremdartig“ ist – stört das Identitätsempfinden und unterliegt nicht den Solidaritätsnormen, die dem Zusammenhalt zugrunde liegen.

Die Tatsache, dass Eigenschaften der DDR, die ihrer „Lebenswelt“, aber nicht ihrem „System“ zuzurechnen sind, eine so große Rolle bei ihrer Bewertung spielen, ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich das kollektive Gedächtnis wesentlich auf die

Überlieferung in Familien- und Freundeskreisen stützt – Schule und Medien spielen dagegen auch bei der Nicht-Erlebnisgeneration hier eine nachgeordnete Rolle. Die vor allem lebensweltlich, über Familien- und Freundeskreise, vermittelte Erinnerung an die DDR blendet solche Sachverhalte aus, die außerhalb der Wahrnehmung und Erfahrung des jeweiligen Verkehrskreises liegen, aber dennoch für ein Verständnis der DDR als „System“ von Belang sind. In dieser Hinsicht sind die DDR-Bürger_innen und ihre Nachkommen in keiner grundsätzlich anderen Situation als Westdeutsche. An diesem Punkt haben Bildungseinrichtungen eine große Bedeutung als Wissens- und Wertevermittler. Dies wird auch von den Befragten so gesehen, von denen 73 Prozent eine stärkere Thematisierung der DDR in der Schule wünschen. Im Vordergrund einer Aufarbeitung sollte nach Auffassung einer großen Mehrheit das Gedenken an die Opfer oder die Vermittlung demokratischer Werte stehen. Eine die Lebenswelt und das System der DDR umfassende Sicht ist deshalb so wichtig, weil – wie die Befunde des THÜRINGEN-MONITORS erweisen – positive oder auch nur apologetische Bewertungen diktatorischer Regime Zustimmung zur Diktatur als Herrschaftssystem und antidemokratische Haltungen begünstigen. Dies ist zwar nur ein korrelativer Zusammenhang, und ein positives Urteil über die DDR-Gesellschaft macht einen noch nicht zum Antidemokraten, doch gibt es eine beachtliche Minderheit von Befragten, die bei etwa 20 Prozent der Gesamtstichprobe liegen dürfte, die Sympathie für die egalitäre und homogene DDR-Gesellschaft mit Zustimmung zu ihrer autoritär-diktatorischen Ordnung verbinden, also den ganzen Inhalt des Pakets aus der Vergangenheit wollen. Dieses Einstellungssyndrom ist wiederum eng mit neo-nationalsozialistischen und ethnozentrischen Orientierungen, also dem Einstellungssyndrom des Rechtsextremismus verknüpft. Solche Verknüpfungen auf der Einstellungsebene sind für ein Verständnis des Rechtsextremismus von besonderem Belang, weil kurzfristig heftige Ausschläge der Anteile Rechtsextremer, wie wir sie 2011 und nun wieder 2015 beobachtet haben, sich nicht durch sozialstrukturelle Veränderungen in der Rekrutierungsbasis von Rechtsextremen erklären lassen.

Der Anteil rechtsextrem eingestellter Personen ist gemäß der traditionellen Berechnungsweise des THÜRINGEN-MONITORS von 10 Prozent im Jahr 2014 auf 15 Prozent im Jahr 2015, nach dem im Jahr 2013 modifizierten Verfahren von 17 Prozent auf 24 Prozent gestiegen. Einen erheblichen Anstieg beobachten wir auch bei der Zustimmung zum Ethnozentrismus und, etwas weniger ausgeprägt, bei der neo-nationalsozialistischen Ideologie. Der aktuelle Wert von 24 Prozent Rechtsextremen in Thüringen liegt auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2011, als wir schon einmal einen erratischen Anstieg beobachtet hatten. Wir haben diese Zunahme mit damals aktuellen Diskursen in Zusammenhang gebracht (Sarrazin-Debatte), die nach unserer Einschätzung zu einer Enttabuisierung ethnozentrischer Positionen geführt haben. Diesen Zusammenhang sehen wir auch im Jahr 2015, nur dass in diesem Jahr mit diesem Anstieg eine gegenüber dem Vorjahr deutlich größere Distanz gegenüber der demokratischen politischen Ordnung und eine signifikante Zunahme der Affinität zu einer „nationalen Diktatur“ verbunden ist. Wir betrachten dies als Symptom einer Abwendung von einer politischen Ordnung und einem politischen Personal, der und dem man nicht zutraut, die Probleme der Zeit in einer die unterstellten nationalen Interessen wahren Weise zu lösen. Auf der politischen Agenda standen zum Zeitpunkt der Umfrage des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS die Fortsetzung des

Hilfsprogramms für Griechenland mit seiner damals noch die Auflagen der Euro-Gruppe kategorisch ablehnenden Regierung, die Fluchtbewegung über das westliche Mittelmeer mit ihren humanitären Katastrophen sowie der Zustrom von Zuwander_innen aus dem westlichen Balkan. In allen Fällen war eine über den nationalen Zusammenhang hinausreichende Solidarität und Aufnahmebereitschaft gefragt. Diese Aufforderung zu transnationaler Solidarität trifft in Thüringen (wie anderen Untersuchungen zufolge auch in den übrigen ostdeutschen Bundesländern) auf eine Bevölkerung, die sich selbst in großen Teilen persönlich oder als Kollektiv im nationalen Kontext Deutschlands benachteiligt sieht und damit die Verletzung einer nationalen Solidaritätsnorm beklagt. Wir haben diesen Sachverhalt mit den Begriff „Ostdeprivation“ belegt. Unsere Analysen zeigen einen sehr starken und über die Erhebungsjahre stabilen Zusammenhang zwischen „Ostdeprivation“ und Rechtsextremismus. Der Anteil als rechtsextrem klassifizierter Personen ist unter Befragten, die sich als Ostdeutsche benachteiligt fühlen, konstant mehr als dreifach höher als bei Personen, die kein solches Deprivationsempfinden haben. In unseren Kausalanalysen scheint die Ostdeprivation als hochsignifikant und als wirkungsmächtiger Erklärungsfaktor für Rechtsextremismus *neben* einem allgemeinen Empfinden der sozialen Benachteiligung auf. Bei einer großen Minderheit der Befragten, vor allem Menschen in prekären Lebensumständen, zu denen aber ein beachtlicher Anteil von „Verbitterten der Mittelschicht“ (Heinz Bude) stößt, führt dies zu einer Entfremdung von den Institutionen und Praktiken der repräsentativen Demokratie und einer Hinwendung zu autoritären Regierungsformen. Die verbreitete Sympathie für die DDR mit ihrer homogenen, egalitären und autoritären Staats- und Gesellschaftsordnung, zu deren „sozialistischer Ordnung“ immerhin 23 Prozent der Befragten zurückkehren wollen, hat hier eine Grundlage.

Das bereits zum Zeitpunkt der Datenerhebung des THÜRINGEN-MONITORS aktuelle Thema der Haltung zu Asylsuchenden wird vor einem in doppelter Weise von ostdeutschen Bedingungen und Gegebenheiten geprägten Hintergrund diskutiert: Zum einen dem verbreiteten Gefühl, als Ostdeutsche benachteiligt zu sein, zum anderen einem Prozess einer demographischen Erosion, die in den vergangenen Jahrzehnten nicht wie in den westlichen Bundesländern durch massive Zuwanderungsgewinne kompensiert oder sogar überkompensiert wurde. Dies und das Erbe der ethnisch homogenen DDR-Gesellschaft haben dazu geführt, dass hier noch immer der Ausländeranteil unter drei Prozent liegt. Das Eingangskapitel legt nachdrücklich die dramatischen Folgen der demographischen Entwicklung offen. Bei einem seit Gründung des Freistaats bestehenden Sterbeüberschuss, der über lange Jahre hinweg durch einen negativen Wanderungssaldo begleitet wurde, hat sich die Bevölkerung Thüringens seit Bestehen des Freistaats um rund 400.000 Personen vermindert. Die Zahl der Absolventen_innen allgemeinbildender Schulen ist seit 2001/02 von etwa 35.000 auf etwa 16.000, also auf rund ein Drittel geschrumpft. Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen ging seit dem Jahr 1999/2000 von ca. 37.000 auf ca. 12.000 Personen zurück. Die Entleerung des Landes hat auch deutliche Auswirkungen auf die Nutzung des Wohnraums. Im Hinblick auf die Leerstandsquoten liegt Thüringen hinter Sachsen und Sachsen-Anhalt an dritter Stelle im Bundesvergleich und auf einem etwa doppelt so hohen Niveau wie der Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer. Dies wäre ein Kontext für eine nicht nur von Mitgefühl, sondern auch von Interessen geleitete Haltung der Menschen in Thüringen gegenüber Migrant_innen. Im

THÜRINGEN-MONITOR 2013 haben wir festgestellt, dass durchaus Aufnahmebereitschaft für eine Zuwanderung besteht, die nicht mit den eigenen Arbeitsmarktchancen der jeweils Befragten konkurriert. Im Hinblick auf Asylsuchende muss diese Aufnahmebereitschaft allerdings noch geweckt werden. 70 Prozent der Befragten fordern, dass bei einer Prüfung von Asylanträgen nicht großzügig verfahren wird, und 55 Prozent sind der Auffassung, dass die meisten Asylsuchenden in ihrer Heimat nicht wirklich verfolgt werden. 90 Prozent wollen den Kommunen ein stärkeres Mitspracherecht bei der Unterbringung von Asylsuchenden einräumen, was Möglichkeiten der Abwehr schaffen würde. Auf der anderen Seite hätte eine Mehrheit von 55 Prozent nichts dagegen, wenn in der Nachbarschaft ein Asylbewerberheim entstehen würde, 46 Prozent erwägen, sich selbst für Asylsuchende und Flüchtlinge zu engagieren, weitere 13 Prozent geben an, dies schon einmal getan zu haben. Nur 18 Prozent wollen Asylsuchende getrennt von der Bevölkerung unterbringen. Wie so oft im THÜRINGEN-MONITOR sehen wir hier also ein gespaltenes Meinungsbild, das sich auch bei den einzelnen Befragten als Ambivalenz und innerer Widerspruch ausprägt. Dies ist eine im Hinblick auf die aktuelle politische Problematik einer in diesem Umfang nie dagewesenen Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylsuchenden aus dem mittleren Osten, Afrika und dem westlichen Balkan eine ebenso riskante wie chancenreiche Situation. Besonders ausgeprägt ist das Ressentiment gegenüber Asylsuchenden bei Befragten, die sich selbst gesellschaftlich benachteiligt fühlen, wobei hier die eigene Erfahrung, als Ostdeutsche_r benachteiligt zu sein, der wirkungsmächtigste Verstärkungsfaktor ist. Wichtig erscheint es uns hier im Sinne einer Konfliktdämpfung, glaubwürdig und seriös mit Ängsten und Ressentiments umzugehen. Zugleich sollte die Politik die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung, die ja einen Weg in die Integration öffnet, praktisch werden lassen und durch öffentliche Anerkennung belohnen. Weiterhin, und dies ist ein wichtiger Befund des THÜRINGEN-MONITORS 2015, ist der persönliche oder Familienhintergrund von etwa einem Drittel der Befragten selbst durch Migration, Flucht und Vertreibung gekennzeichnet. Befragte, die mit solchen Erfahrungen unmittelbar oder mittelbar konfrontiert waren, sind signifikant positiver eingestellt als die übrigen Befragten. Hier wirkt eine geschichtliche Erfahrung in die Gegenwart, die als Anknüpfungspunkt für das Wecken von Empathie für Flüchtlinge und Vertreibungsoffer dienen könnte.

Eine besondere Problematik der jetzigen Zuwanderungswelle liegt darin, dass das Gros der Migrant_innen kulturell markant anders – überwiegend islamisch – geprägt ist als das Gros der aufnehmenden Gesellschaft. In Ostdeutschland ist dies besonders ausgeprägt. Aber nicht nur hier trifft die Einwanderung von Muslim_innen auf eine aufnehmende Gesellschaft, die in Schattierungen islamkritisch bis islamfeindlich geprägt ist. 62 Prozent der Befragten stimmen der Aussagen zu, dass die Muslim_innen in Deutschland zu viele Forderungen stellen, 47 Prozent meinen, dass Muslim_innen die Werte des Grundgesetzes ablehnen. Doch auch in diesem Fall besteht eine Gemengelage zwischen eindeutig ressentimentgeleiteter Islamfeindschaft und Islamskepsis, die aus einer säkularen und religionskritischen Perspektive dem Islam gegenübersteht. Diese Gemengelage zeigt sich eindrücklich bei dem Viertel der Befragten, die bereit sind, an einer Demonstration gegen „Islamisierung“ teilzunehmen. Etwa die Hälfte von ihnen und damit ein deutlich höherer

Anteil als der in der Gesamtstichprobe gibt an, auch gegen Ausländerfeindlichkeit demonstrieren zu wollen. Auch hier finden wir also eine in Teilen relativ offene Einstellungskonstellation vor, die sich sowohl der Mobilisierung wie auch der Demobilisierung öffnet. Daher dürfte es wichtig sein, glaubwürdig und seriös in Aussicht zu stellen, dass auch eine verstärkte Einwanderung von Muslim_innen in die hier ja nicht mehr dominant christliche, sondern areligiöse Gesellschaft nicht die Werte und Normen außer Kraft setzt, die die Identität unseres Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sicherstellen.

Die Vorstellung des letztjährigen THÜRINGEN-MONITORS stand trotz eines positiven Gesamtbildes der politischen Kultur unseres Landes unter der Devise „Entwarnung kann nicht gegeben werden“. Der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR zeigt mit einem Anstieg des Rechtsextremismus, sinkender Demokratiezufriedenheit, und wachsender Diktaturaffinität, dass diese Warnung berechtigt war. Unter erheblichem Druck steht nicht nur das Vertrauen in die Regierung, sondern auch die Erwartung an die Kapazität der Demokratie, zur Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme in der Lage zu sein. Den historischen Hintergrund bildet eine in manchen Zügen idealisierte DDR, deren Hauptcharakteristikum der „Zusammenhalt“ gewesen sei. Gegenüber einem Regime, das durch Homogenität, Egalität und Autoritarismus gekennzeichnet war, muss sich noch immer das vor 25 Jahren etablierte plurale, auf Konkurrenz, Toleranz und friedliche Konfliktaustragung gegründete Staats- und Gesellschaftsmodell des vereinten Deutschlands behaupten.

Literatur

- Allport, Gordon W. (1954): *The nature of prejudice*. Cambridge, Mass.: Addison-Wesley.
- Arzheimer, Kai / Elisabeth Carter (2006): Political opportunity structures and right-wing extremist party success. In: *Eur J Political Res* 45 (3), S. 419–443.
- Asbrock, F. / M.Kauff / C. Issmer / O. Christ / T.F. Pettigrew / U. Wagner (2011): Kontakt hilft – auch wenn die Politik es nicht immer leicht macht. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): *Deutsche Zustände*. Folge 10. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 199–219.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2015/Hrsg.): *So geht Einheit*. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Forschungsbericht.
- Best, Heinrich (2015): Trends und Ursachen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. In: Wolfgang Frindte / Daniel Geschke / Nicole Haußecker / Franziska Schmidtke (Hrsg.): *Rechtsextremismus und „Nationalsozialistischer Untergrund“: Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen*. Heidelberg: Springer VS, S. 119 –130.
- Best, Heinrich / Everhard Holtmann (2012/Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft*. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt a. M.: Campus
- Best, Heinrich / Katja Salomo (2014): *Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus im THÜRINGEN-MONITOR 2000 bis 2014*. Expertise für die Thüringer Staatskanzlei. Erfurt.
- Best, Heinrich / Katja Salomo / Axel Salheiser (2014): *Demokratie mit doppelter Diktaturvergangenheit*. Überlegungen und Befunde zur Ausprägung eines typisch ostdeutschen Rechtsextremismus. In: Elmar Brähler / Wolf Wagner (Hrsg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 149–167.
- Best, Heinrich / Michael Hofmann et al. (2008): *„Zur sozialen Lage der Opfer des SED-Regimes in Thüringen“* Forschungsbericht im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena: Jenaer Zentrum für empirische Sozial- und Kulturforschung e.V.
- Best, Heinrich / Ronald Gebauer / Dietmar Remy / Axel Salheiser (2012): *Die DDR-Gesellschaft als Ungleichheitsordnung: Soziale Differenzierung und illegitime Statuszuweisung*. In: Heinrich Best / Everhard Holtmann (Hrsg.): *Aufbruch der entscherten Gesellschaft*. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt a. M.: Campus, S. 63–84.
- Brähler, Elmar / Wolf Wagner (2014/Hrsg.): *Kein Ende mit der Wende? Perspektiven aus Ost und West*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Bude, Heinz (2015): *Wutbürger: Die Koalition der Angst*. Wenn Dienstleistungsproletarier und prekär Wohlhabende sich in einem diffusen Misstrauen gegen das gesell-

- schaftliche System in Deutschland verbünden, wird es brenzlich im Land. Ein Gastbeitrag. FAZ, 22. September 2015. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/denk-ich-an-deutschland-1/wenn-systemkritik-proletariat-und-mittelstand-eint-13797245.html>
- Budler, Kai (2015): Braune Aktionsdichte. In: *Blick nach Rechts* 2015, 02.09.2015. Online verfügbar unter <http://www.bnr.de/artikel/hintergrund/braune-aktionsdichte>.
- Campbell, Ross (2011): Socialist Values and Political Participation in Germany. A Barrier to 'Inner Unity'? In: *West European Politics* 34 (2), S. 362–383.
- Campbell, Ross (2012): Values, trust and democracy in Germany: Still in search of 'inner unity'? In: *European Journal of Political Research* 51 (5), S. 646–670.
- Coenders, Marcel / Peer Scheepers (2003): The Effect of Education on Nationalism and Ethnic Exclusionism: An International Comparison. In: *Political Psychology* 24 (2), S. 313–343.
- Cusack, Thomas R. (1999): The Shaping of Popular Satisfaction with Government and Regime Performance in Germany. In: *British Journal of Political Science* 29 (4), S. 641–672.
- Dalton, Russell J. / Steven Weldon (2010): Germans Divided? Political Culture in a United Germany. In: *German Politics* 19 (1), S. 9–23.
- Decker, Oliver / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Universität Leipzig: KReDo i.G.
- Decker, Oliver / Katharina Rothe / Marliese Weissmann / Johannes Kiess / Elmar Brähler (2013): Economic Wealth as "Narcissistic Filling": A Missing Link between Political Attitudes and Economical Crisis. In: *International Journal of Conflict and Violence* 7 (1), S. 135–149.
- Decker, Oliver / Oskar Niedermayer / Elmar Brähler, (2003): Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung. In: *Zeitschrift für Psychotraumatologie und Psychologische Medizin* 1 (65-77).
- Eddy, Melissa (2015): Violence Against Newcomers Raises Concerns About German Far Right. In: *New York Times* 2015, 15.08.2015, S. A10.
- Edinger, Michael (2000): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Bestandsaufnahme und Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungsliteratur. In: *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2000*. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft, S. 78–116.
- Ellison, Christopher G. / Heeju Shin / David L. Leal (2011): The Contact Hypothesis and Attitudes Toward Latinos in the United States. In: *Social Science Quarterly*, S. n/a-n/a.

- Emerson, Michael O. / Rachel Tolbert Kimbro / George Yancey (2002): Contact Theory Extended. The Effects of Prior Racial Contact on Current Social Ties. In: Social Science Q 83 (3), S. 745–761.
- Emnid (1992): Antisemitismus in Deutschland. Repräsentative Umfrage des Emnid-Instituts im Auftrag des "Spiegel". Spiegel-Spezial 2/1992 „Juden und Deutsche“. Bielefeld.
- Endrikat, Kirsten / Doris Schaefer / Jürgen Mansel / Wilhelm Heitmeyer (2002): Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1, Bd. 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 37–58.
- Espenshade, Thomas J. / Charles A. Calhoun (1993): An analysis of public opinion toward undocumented immigration. In: Population Research and Policy Review 12 (3), S. 189–224.
- Espenshade, Thomas J. / Katherine Hempstead (1996): Contemporary American Attitudes Toward U.S. Immigration. In: International Migration Review 30 (2), S. 535.
- Evans, Jocelyn A. J. (2005): The Dynamics of Social Change in Radical Right-wing Populist Party Support. In: Comp Eur Polit 3 (1), S. 76–101.
- ezra (2015): Rechte Gewalt in Thüringen nimmt weiter zu. Opferberatungsstelle ezra mit Halbjahresstatistik 2015. Mobile Beratung für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Neudietendorf. Online verfügbar unter [http://www.ezra.de/aktuell/artikel/?tx_ttnews\[tt_news\]=10269&cHash=6c03bc0f4ad45d66ec1d6cbaa46589a6](http://www.ezra.de/aktuell/artikel/?tx_ttnews[tt_news]=10269&cHash=6c03bc0f4ad45d66ec1d6cbaa46589a6).
- Forsa (1994): Umfrage im Auftrag "Die Woche": Die Deutschen und der Nationalsozialismus.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015): Fast jede zweite rassistische Gewalttat 2014 im Osten. Hg. v. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/fast-jede-zweite-rassistische-gewalttat-2014-im-osten-13756612.html>.
- Friedrich, Walter (2001): Ist der Rechtsextremismus in Ostdeutschland ein Produkt der autoritären DDR? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B46, S. 16–23.
- Gang, Ira N. / Francisco L. Rivera-Batiz / Myeng-Su Yun (2013): Economic Strain, Education and Attitudes towards Foreigners in the European Union. In: Review of International Economics 21 (2), S. 177–190.
- GESIS (2010): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 1980-2008 (Allbus/GGSS-compact ZA, No. 4573).
- Glaser, Stefan / Thomas Pfeiffer (2007/Hrsg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe - Methoden - Praxis der Prävention. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag.

- Gorodzeisky, Anastasia / Moshe Semyonov (2009): Terms of exclusion. Public views towards admission and allocation of rights to immigrants in European countries. In: *Ethnic and Racial Studies* 32 (3), S. 401–423.
- Grix, Jonathan (2000): East German political attitudes. Socialist legacies v. situational factors a false antithesis. In: *German Politics* 9 (2), S. 109–124.
- Gurr, Ted Robert (1970): *Why men rebel*. First Princeton Paperback ed., second printing. Princeton, NJ: Princeton Univ. Press.
- Gutsche, Elisa (2015): Meine Jugend in Sachsen: "Klassenkameraden reckten den Arm zum Hitlergruß". In: *Spiegel.de* 2015, 26.08.2015. Online verfügbar unter <http://www.spiegel.de/schulspiegel/leben/jugend-in-sachsen-was-in-heidenau-pas-siert-ist-nichts-neues-a-1049897.html>.
- Hanf, Thomas / Reinhard Liebscher / Heidrun Schmidtke (2011): Die Wahrnehmung und Bewertung der deutschen Einheit im Spiegel von Bevölkerungsumfragen. In: Raj Kollmorgen / Frank Thomas Koch / Hans-Liudger Dienel (Hrsg.): *Diskurse der deutschen Einheit. Kritik und Alternativen*. Wiesbaden: VS Verlag, S.249–300.
- Heitmeyer, Wilhelm (2012/Hrsg.): *Deutsche Zustände*, Folge 10, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Heyder, Aribert / Oliver Decker (2011): Rechtsextremismus - Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Langenohl, Andreas und Schraton, Jürgen (Hg.): *(Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert*. Marburg: Metropolis-Verl, S. 189–222.
- Holtmann, Everhard / Tobias Jaeck (2015): Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 33–34/2015, S. 35–45.
- Holtmann, Everhard et al. (2015): *Deutschland 2014: Sind wir ein Volk? 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit*. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse. Forschungsbericht des Zentrums für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi).
- Hopf, Christel (1993): Rechtsextremismus und Beziehungserfahrungen. In: *Zeitschrift für Soziologie* 22 (6), S. 449–463.
- IAB (2014a): Lohnhöhe und Lohnwachstum. Die regionalen Unterschiede in Deutschland sind groß, in: IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analyse aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 17/2014.
- IAB (2014b): IAB-Betriebspanel. Länderbericht Thüringen. Ergebnisse der 18. Welle 2013, online verfügbar unter: <http://apps.thueringen.de/de/publikationen/pic/pubdownload1511.pdf>.

- Ivarsflaten, Elisabeth (2005): Threatened by diversity. Why restrictive asylum and immigration policies appeal to western Europeans. In: *Journal of Elections, Public Opinion & Parties* 15 (1), S. 21–45.
- Jost, John T. / Jack Glaser / Arie W. Kruglanski / Frank J. Sulloway (2003): Political conservatism as motivated social cognition. In: *Psychological Bulletin* 129 (3), S. 339–375.
- Kiess, Johannes (2011): Rechtsextrem - extremistisch - demokratisch? Der prekäre Begriff »Rechtsextremismus« in der Einstellungsforschung. In: *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hg.): *Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, S. 240–262.
- Kollmorgen, Raj (2010): Diskursive Subalternität. Empirie und diskursive Konstruktion der Missachtung Ostdeutscher nach der Vereinigung. In: Moritz Brunn et al. (Hrsg.): *Transformation und Europäisierung*. Münster/Berlin: LIT, S. 173–204.
- Küpper, Beate / Andreas Zick (2015): Abwertung gleichgeschlechtlich liebender Menschen in Nordrhein-Westfalen. Aktualisierung der Sonderauswertung zur Homophobie. Bericht im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2015.
- Locke, Stefan (2015): Wer sind die hässlichen Deutschen? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 2015, 17.09.2015. Online verfügbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/rechtsextremismus/kommentar-zu-rechtsextremismus-nicht-nur-im-osten-13807239.html>.
- LPB BaWü (2015 / Hrsg.): Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: *Homophobie und Sexismus. Der Bürger im Staat*. Heft 1/2015.
- Lubbers, Marcel / Merove Gijsberts / Peer Scheepers (2002): Extreme right-wing voting in Western Europe. In: *Eur J Political Res* 41 (3), S. 345–378.
- MOBIT e.V. (2015a): Die extrem rechte Szene im Umbruch. Mobile Beratung in Thüringen. Erfurt. Online verfügbar unter http://mobit.org/Presse2015/150724_MOBIT-PM_Szene%20im%20Umbruch.
- MOBIT e.V. (2015b): Extreme Rechte nutzt Ausschreitungen in Suhler Flüchtlingsunterkunft aus. Mobile Beratung in Thüringen. Erfurt. Online verfügbar unter http://mobit.org/Presse2015/150820_MOBIT-PM_Extreme%20Rechte%20nutzt%20Ausschreitungen%20aus.
- Neureiter, Marcus (1996): *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Eine Untersuchung sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster und Erklärungsansätze*. Marburg: Tectum.
- Oesterreich, Detlef (1993a): *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen: eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim: Juventa (Jugendforschung).

- Oesterreich, Detlef (1993b): Leben die häßlichen Deutschen im Osten? Vergleich von Ost- und Westberliner Jugendlichen. In: Otto, Hans-Uwe und Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch. Bonn, S. 182–188.
- Oliver, J. Eric / Janelle Wong (2003): Intergroup Prejudice in Multiethnic Settings. In: *American Journal of Political Science* 47 (4), S. 567.
- Peter Krause / Ilona Ostner (2010/Hrsg.): *Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990–2010*. Frankfurt: Campus.
- Pettigrew, Thomas F. (1998): Intergroup contact theory. In: *Annu Rev Psychol* 49, S. 65–85.
- Pettigrew, Thomas F. / Linda R. Tropp (2011): *When groups meet. The dynamics of intergroup contact*. New York: Psychology Press (Essays in Social Psychology). Online verfügbar unter <http://site.ebrary.com/lib/uniregensburg/Doc?id=10545397>.
- Pfahl-Traugher, Armin (2009): Die Besonderheiten des Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Eine Analyse gesellschaftlicher und lagerinterner Bedingungsfaktoren. In: *Vorgänge* 48 (3), S. 94–108.
- Poutrus, Patrice G. / Jan C. Behrends / Dennis Kuck (2000): Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern. In: *Aus Politik Und Zeitgeschichte* 39, S. 15–21. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/25428/historische-ursachen-der-fremdenfeindlichkeit-in-den-neuen-bundeslaendern?p=all>.
- Rohrschneider, Robert / Rüdiger Schmitt-Beck (2002): Trust in Democratic Institutions in Germany. Theory and Evidence Ten Years After Unification. In: *German Politics* 11 (3), S. 35–58.
- Runciman, W. G. (1966): *Relative deprivation and social justice. A study of attitudes to social inequality in twentieth-century England*. London: Routledge&Kegan Paul.
- Rydgren, Jens (2007): The Sociology of the Radical Right. In: *Annu. Rev. Sociol.* 33 (1), S. 241–262.
- Salheiser, Axel (2015): *Homophobie im Kontext gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextremer Einstellungen in Thüringen*. Vortrag anlässlich der Veranstaltung „Queeres Leben in Thüringen: Zwischen (Un-)Sichtbarkeit, Akzeptanz und Ablehnung?“ im Rahmen des IDAHOT* 2015 in Jena, Friedrich-Schiller-Universität Jena, 21.05.2015 (Manuskript).
- Sniderman, Paul M. / Louk Hagendoorn / Markus Prior (2004): Predisposing Factors and Situational Triggers: Exclusionary Reactions to Immigrant Minorities. In: *The American Political Science Review* 98 (1), S. 35–49.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014): *Gebäude und Wohnungen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. Vergleich der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen 2011 und 1995*. online verfügbar unter:

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/Zensus/ZensusBuLaVergleichGWZ5121104119004.pdf?__blob=publicationFile

- Statistisches Bundesamt (Destatis) (2013): Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Wiesbaden (Fachserie 1 Reihe 2.2).
- Stöss, Richard / Oskar Niedermayer (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998. Berlin (Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, 1).
- Thalhammer, Eva (2001): Einstellungen gegenüber Minderheitengruppen in West- und Ostdeutschland. Wien.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2010): Leben und Arbeiten in Thüringen, online verfügbar unter: http://www.statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2010/41011_2010_01.pdf.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2014): Anzahl der Geburten in Thüringen 2013 leicht gestiegen, in: Pressemitteilung, 342/2014, online verfügbar unter: http://www.statistik.thueringen.de/presse/2014/pr_342_14.pdf.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2015): Neue Bevölkerungsvorausberechnung für Thüringen insgesamt sowie für die kreisfreien Städte und Landkreise bis 2035, in: Pressemitteilung, 208/2015, online verfügbar unter: http://www.statistik.thueringen.de/presse/2015/pr_208_15.pdf.
- Vanneman, R. D. / Thomas F. Pettigrew (1972): Race and Relative Deprivation in the Urban United States. In: *Race & Class* 13 (4), S. 461–486.
- Zaller, John R. (1992): *The Nature and Origins of Mass Opinion*. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Zick, Andreas; Klein, Anna (2014): *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Unter Mitarbeit von Eva Groß, Andreas Hövermann und Beate Küpper. Bonn.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als: Dicke, Klaus et al. (2001): Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats. Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990–2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

THÜRINGEN-MONITOR 2006: Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten. Drucksache des Thüringer Landtags 4/2485.

THÜRINGEN-MONITOR 2007: Bildung in einer sich wandelnden Gesellschaft. Drucksache des Thüringer Landtags 4/3860.

THÜRINGEN-MONITOR 2008: Soziale Marktwirtschaft in Thüringen: Die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger. Drucksache des Thüringer Landtags 4/4734.

THÜRINGEN-MONITOR 2010: Beziehungen und Verhältnis der Generationen in Thüringen. Drucksache des Thüringer Landtags 5/1120.

THÜRINGEN-MONITOR 2011: Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Drucksache des Thüringer Landtags 5/3396.

THÜRINGEN-MONITOR 2012: Thüringen International: Weltoffenheit, Zuwanderung und Akzeptanz. Drucksache des Thüringer Landtags 5/5244.

THÜRINGEN-MONITOR 2013: „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“ – Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Drucksache des Thüringer Landtags 5/7051.

THÜRINGEN-MONITOR 2014: „Die Thüringer als Europäer“. Drucksache des Thüringer Landtags 6/287.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/th1/tsk/landesregierung/thueringenmonitor/> abrufbar.

Methoden-Glossar

Befragung, telefonische: computergestützte Telefon-Interviews (engl. CATI, vgl. Schnell/Hill/Esser 2011). Für den THÜRINGEN-MONITOR werden ausschließlich Festnetzanschlüsse angerufen, da Mobilfunknummern keine auf Thüringen begrenzte Flächenstichprobe zulassen. Die automatische Zufallsauswahl der Telefonnummern erfolgt aus einer Telefonnummernliste mit Thüringer Festnetzanschlüssen, die dem Befragungsinstitut vom GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Köln, zur Verfügung gestellt wurde. Diese Telefonnummernliste wird nach dem sogenannten Gabler-Häder-Design erstellt, zweimal jährlich aktualisiert und enthält sowohl im Telefonbuch eingetragene als auch nicht eingetragene Anschlüsse, die über ein Ortsnetz erreichbar sind. Befragt wird jeweils die Hausperson, die zuletzt Geburtstag hatte („Last Birthday Method“). Außerdem werden bei der Gesprächsanbahnung Alter und Geschlecht erfragt, um die Quotierungsvorgaben (entsprechend demographischen Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik) zu erreichen. Im Anschluss an die Datenerhebung wird die Stichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße gewichtet (IPF-Gewichtung), um *Repräsentativität* zu erzielen. Eine Kombination von Festnetzanschlüssen und Mobilfunknummern bietet bei soziologisch-politikwissenschaftlichen Befragungen nach derzeitigem Kenntnisstand keine Vorteile, die in einem vertretbaren Verhältnis zum entstehenden Mehraufwand gegenüber der ausschließlichen Verwendung von Festnetzanschlüssen stehen (vgl. Hunsicker/Schroth 2014).

Faktorenanalyse: multivariates statistisches Verfahren, bei dem die Multidimensionalität einer Liste von Variablen überprüft werden kann (vgl. Bortz 2010). So können z.B. verschiedene Einstellungen einen gemeinsamen „Raum“ aufspannen und dabei auf unterschiedlichen Dimensionen verortet sein. Ein komplexes Phänomen, z. B. ein Einstellungssyndrom wie *Rechtsextremismus* oder *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, kann demnach verschiedene Hauptdimensionen, Unterdimensionen etc. aufweisen.

Fehlertoleranz: beachtet den Stichprobenfehler für jeden Messwert, siehe *Konfidenzintervall*.

Grundgesamtheit: im THÜRINGEN-MONITOR die Gesamtheit der bei Bundestagswahlen wahlberechtigten Thüringer Wohnbevölkerung, über die sich – von den Befragungsergebnissen verallgemeinernd – Aussagen treffen lassen (vgl. *Repräsentativität*).

Irrtumswahrscheinlichkeit: auch α -Fehler, siehe *Konfidenzintervall*.

Konfidenzintervall: Jeder in einer *repräsentativen* Befragung ermittelte Messwert (z.B. ein Anteilswert der Zustimmung zu einer Aussage) kann lediglich als *Schätzwert* für den jeweiligen Wert in der *Grundgesamtheit* interpretiert werden, da immer ein

Stichprobenfehler auftritt. Es lässt sich jedoch berechnen, in welchen Ober- und Untergrenzen der Wert in der Grundgesamtheit liegen muss, wenn von einer Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) von maximal fünf Prozent ausgegangen wird (vgl. Gehring/Weins 2009). Es wird angenommen, dass sich in 95 Prozent aller theoretisch möglichen Stichproben Messwerte ergeben würden, die innerhalb dieses geschätzten Konfidenzintervalls liegen. Im Fall überlappender 95%-Konfidenzintervalle für zwei Stichprobenwerte bezeichnet man den Unterschied zwischen zwei Messwerten als "nicht *signifikant*" (n.s.); d.h. der in der Stichprobe gemessene Unterschied kann nicht für die Grundgesamtheit angenommen werden. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich.

Korrelation: Der statistische Zusammenhang zwischen (mindestens) zwei Variablen, der im THÜRINGEN-MONITOR meist in Kreuztabellen oder Grafiken abgebildet wird, lässt sich auch in sogenannten Assoziationsmaßen oder Korrelationskoeffizienten quantifizieren (vgl. Benninghaus 2007, Gehring/Weins 2009). Im THÜRINGEN-MONITOR dargestellte und diskutierte Variablenzusammenhänge und Merkmalsunterschiede zwischen Untersuchungsgruppen werden dabei auf ihre *Signifikanz* überprüft. Eine statistische Korrelation kann ein Hinweis auf einen Kausalzusammenhang sein, die tatsächliche Ursache-Wirkungs-Beziehung muss aber theoretisch begründbar und inhaltlich plausibel sein. Außerdem sind u.U. Drittvariableneinflüsse zu kontrollieren, um Scheinkorrelationen auszuschließen (z.B. in multivariaten Verfahren wie der *Regressionsanalyse* oder der *Pfadanalyse*).

Mittelwertvergleich: Im sogenannten T-Test für unabhängige Stichproben kann der gemessene Mittelwertsunterschied eines Merkmals zwischen zwei Untersuchungsgruppen auf *Signifikanz* getestet werden (vgl. Gehring/Weins 2009).

OLS: Ordinary Least Squares (dt. Methode der kleinsten Quadrate), statistisches Schätzverfahren, das in der *Regressionsanalyse* zur Schätzung der Regressionskonstante und der Regressionskoeffizienten β dient.

Pfadanalyse: multivariates statistisches Verfahren, bei dem die gegenseitigen Einflüsse von Variablen und deren Wechselwirkungen in komplexen Strukturgleichungsmodellen (Pfadmodellen) kontrolliert und berechnet werden können (vgl. Backhaus 2011), vgl. *Regressionsanalyse*.

Regressionsanalyse, multiple lineare: statistisches Verfahren, bei dem die Einflüsse mehrerer erklärender Merkmale (unabhängige Variablen) auf ein zu erklärendes Merkmal (abhängige Variable) gleichzeitig berechnet und die gegenseitige Beeinflussung von Variablen kontrolliert werden können. Der multiplen linearen Regressionsanalyse liegt ein Kausalmodell zugrunde, in dem Annahmen über den linearen Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen und der abhängigen Variable formuliert werden. Die berechneten Regressionskoeffizienten β geben die jeweiligen „Nettoeffektstärken“ der erklärenden Variablen an. Ein positiver Regressionskoeffizient signalisiert die verstärkende Wirkung einer

unabhängigen Variable auf die Ausprägung der abhängigen Variable, ein negativer Regressionskoeffizient eine abschwächende Wirkung (vgl. Bortz 2010, Diaz-Bone 2006). Standardisierte Regressionskoeffizienten β_{st} ermöglichen den Vergleich von Effektstärken bei unterschiedlichen Maßeinheiten der unabhängigen Variablen.

Repräsentativität: bedeutet, dass die Stichprobe ein möglichst „maßstabsgerechtes“, verkleinertes Abbild der *Grundgesamtheit* (im THÜRINGEN-MONITOR: bei Bundestagswahlen wahlberechtigte Thüringer Wohnbevölkerung) darstellt, das es erlaubt, aufgrund der Befragungsergebnisse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern (Schnell/Hill/Esser 2011). Dieser sogenannte „inferenzstatistische Schluss“ bedarf der Schätzung des sogenannten „Stichprobenfehlers“ für alle erhobenen Stichprobendaten und der Berechnung von *Signifikanzen* und *Konfidenzintervallen*. Für eine Schätzung mit möglichst engen Konfidenzintervallen sind in sozialwissenschaftlichen Befragungen *Stichproben* mit $n \geq 1.000$ Befragten üblich (vgl. *Befragung*).

Signifikanz: geringe *Irrtumswahrscheinlichkeit* (α -Fehler von höchstens fünf Prozent), siehe *Konfidenzintervall*, *Repräsentativität*. Wenn die jeweilige statistische Berechnung ein *signifikantes* Ergebnis (Unterschied zwischen Messwerten, Effektstärke in statistischen Modellen usw.) ausweist, heißt das, dass die Irrtumswahrscheinlichkeit (α -Fehler) so gering ist, dass das aufgrund der Befragungsdaten errechnete Ergebnis nicht „zufällig“ ist, sondern auf die *Grundgesamtheit* verallgemeinert werden kann. Bei einem α -Fehler ≤ 0.05 wird von einem „signifikanten“ (*) Ergebnis gesprochen, bei einem α -Fehler < 0.01 wird von einem „hoch signifikanten“ (**) Ergebnis, bei einem α -Fehler < 0.001 wird von einem „höchst signifikanten“ (***) Ergebnis. Ist der α -Fehler > 0.05 , ist das Ergebnis nicht signifikant (n.s.).

Stichprobe: siehe *Befragung*.

Zusammenhang, bivariater: auch Assoziation, siehe *Korrelation*.

Literaturempfehlungen zu Methoden der empirischen Sozialforschung / Statistik:

Backhaus, Klaus et al. (2011): Fortgeschrittene multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin: Springer.

Benninghaus, Hans (2007): Deskriptive Statistik. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen (2010): Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler. 7., vollst. überarb. und erw. Auflage. Berlin: Springer.

Diaz-Bone, Rainer (2006): Statistik für Soziologen Konstanz: UVK.

Gehring, Uwe W. / Cornelia Weins (2009): Grundkurs Statistik für Politologen und Soziologen. Wiesbaden: VS-Verlag.

Hunsicker, Stefan / Yvonne Schroth (2014): Dual-Frame-Ansatz in politischen Umfragen. Arbeitspapiere der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim, Nr. 2.

Schnell, Rainer / Paul B. Hill / Elke Esser (2011): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10., aktualisierte Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.

Anhang: Tabellarische Übersichten

A1	Westländervergleich
A2	Ostländervergleich
A3	Wirtschaftliche Lage Thüringens
A4	Eigene finanzielle Situation
A5	Gerechter Anteil zum Leben
A6	Angst vor sozialem Abstieg
A7	Identifikation
A8	Dilemma Freiheit oder Gleichheit
A9	Dilemma Freiheit oder Sicherheit
A10	Interesse an Politik
A11	Institutionenvertrauen: Bundesregierung
A12	Institutionenvertrauen: Landesregierung
A13	Institutionenvertrauen: Gerichte
A14	Institutionenvertrauen: Polizei
A15	Kitas in Thüringen
A16	Politische Eigenkompetenz
A17	Fehlender Einfluss auf Regierung
A18	Parteien wollen nur Stimmen der Wähler
A19	Demokratiezufriedenheit
A20	Demokratie besser als andere Staatsideen
A21	Links-Rechts-Selbsteinstufung
A22	Politische Partizipation: An einen Politiker wenden
A23	Politische Partizipation: An einer Unterschriftenaktion teilnehmen
A24	Politische Partizipation: In einer politischen Partei mitarbeiten
A25	Politische Partizipation: In einer Bürgerinitiative mitarbeiten
A26	Politische Partizipation: An einer genehmigten Demonstration teilnehmen
A27	Politische Partizipation: An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
A28	Politische Partizipation: Für Ziele kämpfen, auch mit Gewalt
A29	Politische Partizipation: Engagement für Flüchtlinge
A30	Rückkehr zur sozialistischen Ordnung
A31	Sozialismus: gute Idee, schlecht ausgeführt
A32	Einstellung DDR: Funktionieren der Wirtschaft
A33	Einstellung DDR: Bildungswesen
A34	Einstellung DDR: politische Beteiligung
A35	Einstellung DDR: Gesundheitsversorgung
A36	Einstellung DDR: Entwicklungschancen für Kinder
A37	Einstellung DDR: Presse- und Meinungsfreiheit
A38	Einstellung DDR: allgemeiner Lebensstandard

- A39 Einstellung DDR: Umweltschutz
- A40 Einstellung DDR: Vertrauenswürdigkeit der Behörden
- A41 Einstellung DDR: staatliche Überwachung
- A42 Einstellung DDR: soziale Sicherheit
- A43 Einstellung DDR: gesellschaftlicher Zusammenhalt
- A44 Einstellung DDR: persönlicher Lebensstandard
- A45 Einstellung DDR:
- A46 Einstellung DDR:
- A47 Zufriedenheit mit Sozialismus in DDR
- A48 Prägung DDR-Bild: Erleben
- A49 Prägung DDR-Bild: Eltern und Großeltern
- A50 Prägung DDR-Bild: Freunden und Bekannten
- A51 Prägung DDR-Bild: Medienberichterstattung
- A52 Prägung DDR-Bild: Schule/Lehrern
- A53 DDR-Bild in Schule
- A54 DDR-Bild in Elternhaus
- A55 Betroffenheit von staatlicher Willkür oder Benachteiligung
- A56 Betroffenheit Familienangehöriger von staatlicher Willkür oder Benachteiligung
- A57 Betroffenheit Freunde oder Bekannte von staatlicher Willkür oder Benachteiligung
- A58 Die DDR war ein Unrechtsstaat.
- A59 Anerkennung Lebensleistung DDR-Bürger
- A60 DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten
- A61 Lebensstandard in Thüringen vor und nach Einheit
- A62 ... Möglichkeiten politischer Beteiligung
- A63 ... soziale Sicherheit
- A64 ... gesellschaftlicher Zusammenhalt
- A65 ... Bildungswesen
- A66 ... Gesundheitsversorgung
- A67 ... Entwicklungschancen von Kindern
- A68 ... Presse- und Meinungsfreiheit
- A69 ... Umweltschutz
- A70 ... Vertrauenswürdigkeit der Behörden
- A71 ... staatlichen Überwachung
- A72 Vor- oder Nachteile durch Einheit
- A73 Vor- oder Nachteile durch Einheit für Ostdeutschland
- A74 Vor- oder Nachteile durch Einheit für Westdeutschland
- A75 Teilnahme Montagsdemonstrationen/Friedensgebeten Herbst 1989
- A76 Teilnahme Eltern Montagsdemonstrationen/Friedensgebeten Herbst 1989
- A77 Erwartung von 1989/90 erfüllt

- A78 Besuch Erinnerungsort SED-Diktatur
- A79 Bei Aufarbeitung am wichtigsten...
- A80 Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche
- A81 gleiche Lebenschancen von Ost- und Westdeutschen
- A82 Ende mit Beschäftigung Stasi-Vergangenheit
- A83 Nutznießern des SED-Regimes geht es besser als Opfern
- A84 Anstrengungen DDR-Unrecht wieder gut zu machen seit Einheit
- A85 Schaffung neuem Unrecht nach Einheit
- A86 Funktionäre haben Recht auf Würdigung Lebensleistung
- A87 stärkere Thematisierung DDR in Schule
- A88 Wir brauchen eine starke Hand
- A89 Erziehung: Gehorsam und Disziplin
- A90 Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben
- A91 Frauen: Ehefrau und Mutter
- A92 Gleichstellung der Ehe mit eingetragenen Partnerschaften
- A93 Gleichgeschlechtliche Beziehungen unnatürlich
- A94 Langzeitarbeitslose machen sich schönes Leben
- A95 Obdachlose aus Fußgängerzonen entfernen
- A96 Etabliertenvorrechte
- A97 Großzügige Prüfung von Asylanträgen
- A98 Asylbewerber befürchten keine Verfolgung
- A99 Asylbewerber: Unterbringung getrennt von Bevölkerung
- A100 nichts gegen Asylbewerberheim in Nachbarschaft
- A101 Kommunen: stärkere Mitspracherechte Asylbewerberunterkünfte
- A102 Hätte Probleme mit Sinti und Roma in Wohngegend
- A103 Muslime akzeptieren unsere Werte
- A104 Muslime stellen zu viele Forderungen
- A105 Weiße zu Recht führend
- A106 Bundesrepublik durch Ausländer überfremdet
- A107 Ausländer kommen, um Sozialstaat auszunutzen
- A108 Ausländer sollten unter eigenen Landsleuten heiraten
- A109 Deutsche Interessen gegenüber Ausland durchsetzen
- A110 Deutsche Leistungen nicht zu übertreffen
- A111 Es gibt wertvolles und unwertes Leben
- A112 Der Stärkere sollte sich durchsetzen
- A113 Nationalsozialismus hatte gute Seiten
- A114 Juden passen nicht zu uns
- A115 Juden versuchen Vorteile aus Opferstatus zu ziehen
- A116 Diktatur bessere Staatsform

Übersicht nach standarddemographischen Merkmalen		Fallzahl
Gesamt		1010
Geschlecht	männlich	499
	weiblich	511
Alter	18-24 Jahre	58
	25-34 Jahre	150
	35-44 Jahre	136
	45-59 Jahre	291
	60 Jahre und älter	376
Schulabschluss	unter 10. Klasse	328
	10. Klasse	459
	Abitur	101
	(Fach-)Hochschule	120
Erwerbsstatus	erwerbstätig	498
	in Ausbildung	58
	arbeitslos	54
	übrige Nicht-Erwerbstät.	398
Berufsgruppe	Arbeiter	151
	einf.-mittl. Angest./Beamte	230
	höh.-leit. Angest./Beamte	51
	Landw./Selbst./Freib.	75
Religion	keine, andere	753
	evangelisch	180
	katholisch	74

Zeilenprozente		Thüringen braucht den Vergleich mit vielen westdeutschen Bundesländern nicht zu scheuen.					weiß nicht/keine Angabe
		stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	
Gesamt		46	26	18	5	3	2
Geschlecht	männlich	46	24	18	6	5	2
	weiblich	46	28	17	5	2	2
Alter	18-24 Jahre	36	11	22	16	4	11
	25-34 Jahre	32	37	23	6		2
	35-44 Jahre	40	34	18	2	5	1
	45-59 Jahre	40	30	19	6	4	1
	60 Jahre und älter	59	18	14	4	3	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	51	24	14	4	2	3
	10. Klasse	47	27	17	4	4	1
	Abitur	29	27	24	14	4	2
	(Fach-)Hochschule	39	27	25	6	2	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	40	31	20	5	2	1
	in Ausbildung	33	19	14	17	5	13
	arbeitslos	25	41	31	3		
	übrige Nicht-Erwerbstät.	58	19	13	5	5	2
Berufsgruppe	Arbeiter	42	32	17	6	2	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	38	32	22	4	3	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	39	25	33	2	1	1
	Landw./Selbst./Freib.	46	29	14	6	4	1
Religion	keine, andere	46	26	17	4	4	2
	evangelisch	45	23	18	9	1	4
	katholisch	40	32	21	6	1	

Tabelle A1

Zeilenprozent		Die wirtschaftliche Lage in Thüringen ist besser als in den anderen ostdeutschen Bundesländern.					weiß nicht/keine Angabe
		stimme völlig zu	stimme weitgehend zu	stimme teilweise zu	lehne weitgehend ab	lehne völlig ab	
Gesamt		15	22	34	15	4	11
Geschlecht	männlich	16	24	37	12	3	8
	weiblich	14	20	31	17	4	14
Alter	18-24 Jahre	3	16	49	27		5
	25-34 Jahre	9	19	46	15	3	8
	35-44 Jahre	15	32	34	11	4	4
	45-59 Jahre	13	21	32	21	7	7
	60 Jahre und älter	20	21	29	9	2	19
Schulabschluss	unter 10. Klasse	16	13	33	18	1	18
	10. Klasse	13	27	32	14	6	8
	Abitur	21	20	40	10	3	6
	(Fach-)Hochschule	12	28	37	11	4	8
Erwerbsstatus	erwerbstätig	12	25	38	14	4	7
	in Ausbildung	14	18	41	21	2	5
	arbeitslos	8	14	31	39		7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	19	20	29	11	3	17
Berufsgruppe	Arbeiter	8	18	43	13	6	12
	einf.-mittl. Angest./Beamte	13	25	35	17	4	6
	höh.-leit. Angest./Beamte	13	31	34	9	3	10
	Landw./Selbst./Freib.	18	28	37	7	6	4
Religion	keine, andere	15	22	36	15	4	9
	evangelisch	15	21	33	12	4	16
	katholisch	12	27	22	13	3	22

Tabelle A2

Zeilenprozent		Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Thüringen?				
		sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		3	71	17	2	6
Geschlecht	männlich	5	74	14	2	5
	weiblich	2	69	20	2	7
Alter	18-24 Jahre	3	90	7		
	25-34 Jahre	4	66	28	1	2
	35-44 Jahre	3	76	15	5	
	45-59 Jahre	5	66	19	3	7
	60 Jahre und älter	3	73	14	1	10
Schulabschluss	unter 10. Klasse	3	64	20	1	12
	10. Klasse	4	73	16	3	3
	Abitur	2	81	14	2	2
	(Fach-)Hochschule	3	78	15	1	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	5	72	18	2	3
	in Ausbildung	3	92	2	2	1
	arbeitslos		61	19		20
	übrige Nicht-Erwerbstät.	2	69	18	2	9
Berufsgruppe	Arbeiter	2	78	16	2	3
	einf.-mittl.	8	66	21	1	4
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	3	80	12	1	5
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.		70	18	11	1
Religion	keine, andere	4	70	19	2	5
	evangelisch	1	80	10	1	7
	katholisch	5	69	16	1	8

Tabelle A3

Zeilenprozent		Wenn Sie jetzt an Ihre eigene finanzielle Situation denken, ist Ihre persönliche finanzielle Situation sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?				
		sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		8	62	23	5	2
Geschlecht	männlich	11	61	20	6	2
	weiblich	4	63	25	5	3
Alter	18-24 Jahre	3	67	27	2	1
	25-34 Jahre	9	53	28	10	
	35-44 Jahre	6	68	20	4	2
	45-59 Jahre	9	57	23	7	5
	60 Jahre und älter	7	67	21	4	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	6	60	24	6	4
	10. Klasse	6	61	25	6	2
	Abitur	12	64	20	3	1
	(Fach-)Hochschule	13	72	14	1	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	10	65	22	1	2
	in Ausbildung	7	65	24	4	
	arbeitslos übrige Nicht- Erwerbstät.	6	65	52	16	17
Berufsgruppe	Arbeiter	1	62	34	2	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	11	66	19	1	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	24	67	9		
	Landw./Selbst./Freib.	15	66	13	6	
Religion	keine, andere	8	60	24	6	3
	evangelisch	6	67	24	2	
	katholisch	9	72	10	9	

Tabelle A4

Zeilenprozente		Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?				
		erhalte mehr als gerechten Anteil	erhalte gerechten Anteil	erhalte etwas weniger	erhalte sehr viel weniger	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		2	36	42	14	6
Geschlecht	männlich	4	38	41	13	4
	weiblich	1	34	43	14	8
Alter	18-24 Jahre	7	47	43	4	
	25-34 Jahre	4	35	44	16	
	35-44 Jahre	1	45	38	15	2
	45-59 Jahre	1	32	40	18	9
	60 Jahre und älter	3	35	44	10	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	2	31	42	13	11
	10. Klasse	1	32	47	16	4
	Abitur	8	48	33	10	1
	(Fach-)Hochschule	4	53	32	8	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	1	37	46	13	3
	in Ausbildung	12	55	28	2	2
	arbeitslos		21	39	23	17
	übrige Nicht-Erwerbstät.	3	34	40	16	8
Berufsgruppe	Arbeiter	1	22	57	16	4
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1	38	48	10	3
	höh.-leit. Angest./Beamte	1	50	30	13	5
	Landw./Selbst./Freib.	4	52	30	11	2
Religion	keine, andere	3	34	42	15	6
	evangelisch	2	41	44	11	3
	katholisch	1	46	37	9	7

Tabelle A5

Zeilenprozent		Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		17	20	22	37	4
Geschlecht	männlich	17	16	24	40	3
	weiblich	17	25	19	34	6
Alter	18-24 Jahre	16	15	38	30	
	25-34 Jahre	15	24	29	28	3
	35-44 Jahre	11	20	26	40	3
	45-59 Jahre	16	19	16	45	4
	60 Jahre und älter	21	20	19	34	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	21	27	18	26	7
	10. Klasse	19	17	24	36	3
	Abitur	7	22	23	48	1
	(Fach-)Hochschule	7	10	22	58	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	14	17	23	41	5
	in Ausbildung	5	18	32	44	
	arbeitslos	25	31	15	28	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	22	23	19	31	5
Berufsgruppe	Arbeiter	26	16	22	33	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	10	22	22	40	6
	höh.-leit. Angest./Beamte	10	8	21	58	2
	Landw./Selbst./Freib.	7	11	28	50	5
Religion	keine, andere	19	20	23	35	3
	evangelisch	13	22	14	41	10
	katholisch	7	22	23	45	3

Tabelle A6

Zeilenprozente		Fühlen Sie sich in erster Linie als Thüringer, als Ostdeutscher, als Deutscher oder als Europäer?					weiß nicht/keine Angabe
		nichts davon	Europäerin	Deutsche(r)	Ostdeutsche(r))	Thüringer(in)	
Gesamt		2	9	32	15	41	
Geschlecht	männlich	3	10	34	14	37	
	weiblich	2	8	29	16	45	
Alter	18-24 Jahre		21	38	5	37	
	25-34 Jahre	1	5	47	18	29	
	35-44 Jahre	5	5	35	18	37	
	45-59 Jahre	2	10	22	18	47	1
	60 Jahre und älter	3	11	31	13	44	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	2	13	31	16	39	
	10. Klasse	3	5	30	16	46	
	Abitur	2	12	37	8	38	2
	(Fach-)Hochschule	2	15	35	16	32	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	2	7	29	19	41	1
	in Ausbildung		22	41	7	30	
	arbeitslos	3	11	27	10	50	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	3	10	34	12	41	
Berufsgruppe	Arbeiter	1	2	33	21	43	
	einf.-mittl. Angest./Beamte		10	28	19	42	
	höh.-leit. Angest./Beamte	1	10	28	15	43	4
	Landw./Selbst./Freib.	13	8	33	16	30	
Religion	keine, andere	3	8	30	16	43	
	evangelisch	1	14	33	16	36	1
	katholisch		16	46	6	32	

Tabelle A7

Zeilenprozente		Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?			
		Gleichheit	beides gleichermaßen	Freiheit	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		43	4	52	1
Geschlecht	männlich	41	3	55	1
	weiblich	45	4	49	1
Alter	18-24 Jahre	34	5	62	
	25-34 Jahre	42		57	
	35-44 Jahre	37	3	59	1
	45-59 Jahre	45	4	49	2
	60 Jahre und älter	45	5	48	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	50	3	46	1
	10. Klasse	41	4	54	2
	Abitur	39	4	57	
	(Fach-)Hochschule	36	4	58	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	43	3	52	2
	in Ausbildung	47	2	51	
	arbeitslos	50	5	44	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	41	4	54	1
Berufsgruppe	Arbeiter	53	4	42	1
	einf.-mittl.	42	2	55	1
	Angest./Beamte				
	höh.-leit.	39	2	54	5
	Angest./Beamte				
Landw./Selbst./Freib.	26	6	67	1	
Religion	keine, andere	45	3	51	1
	evangelisch	39	6	52	2
	katholisch	31	8	61	1

Tabelle A8

Zeilenprozent		Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?			
		Sicherheit	beides gleichermaßen	Freiheit	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		67	6	27	
Geschlecht	männlich	55	7	38	
	weiblich	79	5	16	
Alter	18-24 Jahre	49	3	48	
	25-34 Jahre	56	7	37	
	35-44 Jahre	57	5	38	
	45-59 Jahre	69	6	26	
	60 Jahre und älter	76	7	17	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	80	7	12	
	10. Klasse	64	5	30	
	Abitur	53	4	43	
	(Fach-)Hochschule	54	7	39	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	64	5	30	
	in Ausbildung	46	5	50	
	arbeitslos	73		27	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	73	8	19	
Berufsgruppe	Arbeiter	67	3	30	
	einf.-mittl.	71	5	24	
	Angest./Beamte	53	5	41	
	höh.-leit.	43	11	46	
	Angest./Beamte	43	11	46	
Religion	keine, andere	69	5	27	
	evangelisch	66	9	26	
	katholisch	53	15	32	

Tabelle A9

Zeilenprozente		Wie stark interessieren Sie sich für Politik?				
		sehr stark	stark	mittel	wenig	überhaupt nicht
Gesamt		13	19	39	15	14
Geschlecht	männlich	19	25	36	9	12
	weiblich	7	13	43	21	16
Alter	18-24 Jahre	6	18	43	11	23
	25-34 Jahre	2	7	50	17	23
	35-44 Jahre	9	16	44	17	14
	45-59 Jahre	16	18	37	15	14
	60 Jahre und älter	17	25	35	14	9
Schulabschluss	unter 10. Klasse	17	12	34	17	21
	10. Klasse	10	17	44	15	14
	Abitur	9	26	41	17	6
	(Fach-)Hochschule	19	37	35	7	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	9	17	43	13	18
	in Ausbildung	8	18	45	18	12
	arbeitslos	23	7	24	34	12
	übrige Nicht-Erwerbstät.	17	23	37	15	9
Berufsgruppe	Arbeiter	4	8	50	7	31
	einf.-mittl. Angest./Beamte	9	17	44	16	14
	höh.-leit. Angest./Beamte	10	39	24	14	13
	Landw./Selbst./Freib.	21	18	37	10	14
Religion	keine, andere	14	17	40	16	14
	evangelisch	7	28	36	16	13
	katholisch	21	15	45	8	12

Tabelle A10

Zeilenprozente		Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Bundesregierung?					weiß nicht/keine Angabe
		Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	
Gesamt		6	21	40	17	15	
Geschlecht	männlich	7	21	34	20	19	
	weiblich	6	22	45	14	12	1
Alter	18-24 Jahre		28	43	23	7	
	25-34 Jahre	4	23	33	22	18	1
	35-44 Jahre	3	25	39	18	15	
	45-59 Jahre	4	21	35	18	22	1
	60 Jahre und älter	12	18	46	12	11	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	12	48	13	21	
	10. Klasse	6	23	35	19	16	1
	Abitur	8	32	32	21	6	1
	(Fach-)Hochschule	6	29	44	15	6	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	24	37	21	14	1
	in Ausbildung	6	21	41	25	7	
	arbeitslos	1	18	25	8	48	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	11	18	45	12	14	
Berufsgruppe	Arbeiter	3	19	41	20	16	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	4	26	37	21	11	
	höh.-leit. Angest./Beamte	5	35	38	13	10	1
	Landw./Selbst./Freib.	2	22	26	25	24	1
	keine, andere	5	21	38	17	19	
Religion	evangelisch	11	27	42	13	7	
	katholisch	7	15	54	21	2	2

Tabelle A11

Zeilenprozente		Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Landesregierung?					weiß nicht/keine Angabe
		Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	
Gesamt		9	25	42	13	8	3
Geschlecht	männlich	11	26	38	14	9	2
	weiblich	8	23	47	12	7	3
Alter	18-24 Jahre	14	39	28	16	4	
	25-34 Jahre	4	22	48	18	4	4
	35-44 Jahre	3	25	47	10	15	
	45-59 Jahre	5	21	44	16	13	2
	60 Jahre und älter	17	26	39	9	4	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	15	18	46	14	4	4
	10. Klasse	7	26	39	13	12	3
	Abitur	6	33	44	11	4	1
	(Fach-)Hochschule	8	31	41	12	6	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	5	25	44	11	12	2
	in Ausbildung	14	33	33	17	4	
	arbeitslos	1	17	53	23	5	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	15	24	40	13	4	4
Berufsgruppe	Arbeiter	3	28	49	7	12	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	6	25	44	13	9	3
	höh.-leit. Angest./Beamte	6	25	39	15	15	1
	Landw./Selbst./Freib.	4	19	36	14	23	4
	keine, andere	11	22	43	14	8	2
Religion	evangelisch	5	37	41	8	8	1
	katholisch	6	18	40	14	5	18

Tabelle A12

Zeilenprozente		Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit den Gerichten?					weiß nicht/keine Angabe
		Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	
Gesamt		17	29	33	10	7	4
Geschlecht	männlich	19	33	28	9	10	2
	weiblich	15	26	38	11	5	6
Alter	18-24 Jahre	9	48	39		4	
	25-34 Jahre	19	44	29	7	1	
	35-44 Jahre	18	36	35	4	5	2
	45-59 Jahre	15	28	31	10	11	4
	60 Jahre und älter	17	18	35	14	8	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	18	14	38	13	10	6
	10. Klasse	15	35	31	9	7	4
	Abitur	21	44	27	6	1	1
	(Fach-)Hochschule	16	35	31	10	5	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	17	35	31	7	6	2
	in Ausbildung	19	40	41			
	arbeitslos	11	25	40		21	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	17	20	33	15	7	7
Berufsgruppe	Arbeiter	22	34	29	7	3	5
	einf.-mittl. Angest./Beamte	14	37	34	7	6	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	26	24	33	9	8	
	Landw./Selbst./Freib.	8	40	27	8	15	2
	keine, andere	15	28	34	9	9	4
Religion	evangelisch	22	33	30	11	2	2
	katholisch	15	28	28	18		10

Tabelle A13

Zeilenprozente		Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder, wie sehr sie ihr vertrauen. Wie ist das mit der Polizei?					weiß nicht/keine Angabe
		Vertraue voll und ganz	Vertraue weitgehend	Vertraue teilweise	Vertraue eher nicht	Vertraue gar nicht	
Gesamt		28	37	24	7	3	1
Geschlecht	männlich	26	38	21	9	5	1
	weiblich	30	36	27	6	2	
Alter	18-24 Jahre	19	57	22		2	
	25-34 Jahre	20	40	23	13	4	
	35-44 Jahre	32	33	28	2	4	
	45-59 Jahre	22	39	28	7	3	1
	60 Jahre und älter	35	33	20	9	3	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	31	26	25	12	6	
	10. Klasse	27	39	25	6	2	1
	Abitur	26	49	18	3	4	
	(Fach-)Hochschule	23	48	22	5	1	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	25	38	27	6	4	
	in Ausbildung	22	53	19	4	2	
	arbeitslos	13	47	40			
	übrige Nicht-Erwerbstät.	35	32	19	10	3	1
Berufsgruppe	Arbeiter	31	36	25	4	3	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	22	39	30	6	4	
	höh.-leit. Angest./Beamte	31	40	24	4		
	Landw./Selbst./Freib.	15	41	22	14	9	
Religion	keine, andere	28	35	24	8	4	1
	evangelisch	26	40	27	5		1
	katholisch	33	52	10	2	1	1

Tabelle A14

Zeilenprozente		Wenn Sie einmal an die Kitas in Thüringen denken, was ist Ihrer Meinung nach wichtiger:				
		Dass die Qualität der Betreuung steigt	Dass für die Eltern ein Betreuungsjahr kostenfrei ist	weiß nicht/keine Angabe	weder-noch / beides wichtig (spontan)	ist mir egal (spontan)
Gesamt		72	15	1	10	2
Geschlecht	männlich	75	13	1	10	1
	weiblich	69	17	2	10	3
Alter	18-24 Jahre	85	15			
	25-34 Jahre	85	9		5	1
	35-44 Jahre	72	13		15	
	45-59 Jahre	71	12	1	11	5
	60 Jahre und älter	65	21	2	11	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	59	18	2	15	5
	10. Klasse	77	13	1	8	1
	Abitur	83	14	1	3	
	(Fach-)Hochschule	76	16	1	7	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	72	14	1	12	1
	in Ausbildung	83	13		3	
	arbeitslos	66	9		8	17
	übrige Nicht-Erwerbstät.	70	18	2	9	1
Berufsgruppe	Arbeiter	73	16	1	7	4
	einf.-mittl. Angest./Beamte	71	13		15	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	75	15	1	9	
	Landw./Selbst./Freib.	79	12	2	7	
Religion	keine, andere	69	16	1	11	2
	evangelisch	78	12		9	
	katholisch	80	10	1	3	6

Tabelle A15

Zeilenprozent		Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		28	43	16	12	1
Geschlecht	männlich	35	46	13	4	2
	weiblich	22	39	19	20	
Alter	18-24 Jahre	11	45	21	24	
	25-34 Jahre	17	47	20	15	1
	35-44 Jahre	25	49	22	3	
	45-59 Jahre	31	38	16	14	1
	60 Jahre und älter	35	41	12	10	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	30	36	13	20	1
	10. Klasse	26	44	19	10	1
	Abitur	25	47	24	4	1
	(Fach-)Hochschule	36	50	11	1	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	26	44	19	10	1
	in Ausbildung	9	48	18	25	
	arbeitslos	38	23	11	27	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	32	42	14	10	2
Berufsgruppe	Arbeiter	23	42	25	10	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	25	45	19	11	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	27	39	22	9	3
	Landw./Selbst./Freib.	35	52	8	5	
	keine, andere	30	42	16	11	1
Religion	evangelisch	24	47	17	13	
	katholisch	20	44	15	21	

Tabelle A16

Zeilenprozente		Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		49	27	12	11	
Geschlecht	männlich	46	26	13	15	
	weiblich	52	28	11	8	1
Alter	18-24 Jahre	43	15	21	21	
	25-34 Jahre	35	40	13	12	
	35-44 Jahre	35	30	17	18	
	45-59 Jahre	51	21	15	12	1
	60 Jahre und älter	60	27	6	6	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	73	23	1	4	
	10. Klasse	46	28	13	11	1
	Abitur	17	30	26	27	
	(Fach-)Hochschule	24	31	25	19	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	44	25	16	15	1
	in Ausbildung	31	28	15	26	
	arbeitslos	65	18	10	7	
	übrige Nicht- Erwerbstät.	56	31	7	6	
Berufsgruppe	Arbeiter	52	25	13	10	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	43	25	16	15	
	höh.-leit. Angest./Beamte	23	25	27	20	5
	Landw./Selbst./Freib.	42	26	13	19	
	keine, andere	50	27	11	12	1
Religion	evangelisch	47	28	15	10	
	katholisch	45	28	16	10	1

Tabelle A17

Zeilenprozente		Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		44	36	14	6	1
Geschlecht	männlich	45	35	15	4	1
	weiblich	42	37	12	7	1
Alter	18-24 Jahre	19	50	31		
	25-34 Jahre	44	28	22	7	
	35-44 Jahre	32	43	23	2	
	45-59 Jahre	45	40	10	5	
	60 Jahre und älter	50	31	7	9	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	61	26	7	4	2
	10. Klasse	40	39	14	6	1
	Abitur	30	40	21	9	
	(Fach-)Hochschule	22	45	25	7	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	42	36	18	4	
	in Ausbildung	16	52	32		
	arbeitslos	48	47	5		
	übrige Nicht- Erwerbstät.	49	32	7	9	2
Berufsgruppe	Arbeiter	47	31	17	5	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	42	37	18	4	
	höh.-leit. Angest./Beamte	20	54	21	5	
	Landw./Selbst./Freib.	46	32	18	4	
	keine, andere	49	35	10	5	1
Religion	evangelisch	30	37	25	9	
	katholisch	26	47	22	4	

Tabelle A18

Zeilenprozente		Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie alles in allem mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert?				
		Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		3	44	38	14	1
Geschlecht	männlich	4	42	37	17	1
	weiblich	2	46	39	11	1
Alter	18-24 Jahre	3	47	38	13	
	25-34 Jahre	1	40	40	16	2
	35-44 Jahre	2	49	39	10	
	45-59 Jahre	2	36	39	22	1
	60 Jahre und älter	4	50	36	9	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	4	34	44	18	
	10. Klasse	2	46	35	15	2
	Abitur	3	57	31	8	1
	(Fach-)Hochschule	3	52	38	6	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	2	42	36	18	1
	in Ausbildung	3	52	39	6	
	arbeitslos übrige Nicht- Erwerbstät.	4	47	47	21	10
Berufsgruppe	Arbeiter	1	37	41	19	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	3	43	37	16	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	5	49	31	15	
	Landw./Selbst./Freib.	1	47	24	27	2
Religion	keine, andere	2	39	42	16	1
	evangelisch	7	55	28	8	2
	katholisch	2	71	21	5	

Tabelle A19

Zeilenprozent		Die Demokratie ist die beste aller Staatsideen				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		21	55	11	5	7
Geschlecht	männlich	24	60	9	5	2
	weiblich	19	50	13	6	12
Alter	18-24 Jahre	21	56	18		6
	25-34 Jahre	16	70	7	6	1
	35-44 Jahre	21	56	5	16	2
	45-59 Jahre	17	48	13	6	15
	60 Jahre und älter	27	54	12	1	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	17	49	13	7	15
	10. Klasse	19	59	12	6	4
	Abitur	30	55	8	4	3
	(Fach-)Hochschule	35	58	6	1	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	20	57	10	8	6
	in Ausbildung	16	65	12	5	2
	arbeitslos	2	41	11	9	36
	übrige Nicht-Erwerbstät.	27	54	12	2	5
Berufsgruppe	Arbeiter	17	57	8	15	4
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	59	13	3	6
	höh.-leit. Angest./Beamte	36	49	6		9
	Landw./Selbst./Freib.	21	47	11	15	7
Religion	keine, andere	18	56	12	6	8
	evangelisch	29	54	9	3	4
	katholisch	40	51	2	2	6

Tabelle A20

Zeilenprozente		In der Politik wird häufig von links und rechts gesprochen. Wie würden Sie sich selbst einstufen?					weiß nicht/keine Angabe
		ganz rechts	etwas rechts	Mitte	etwas links	ganz links	
Gesamt		3	15	27	34	14	7
Geschlecht	männlich	3	20	25	32	14	6
	weiblich	2	11	30	36	14	7
Alter	18-24 Jahre		21	13	45	21	
	25-34 Jahre	7	27	30	27	5	4
	35-44 Jahre	9	23	24	34	9	2
	45-59 Jahre	1	10	34	29	13	13
	60 Jahre und älter		11	25	40	18	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	3	18	26	32	13	8
	10. Klasse	3	16	29	33	12	8
	Abitur	1	11	33	34	18	3
	(Fach-)Hochschule	1	11	23	45	17	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	5	18	30	32	9	6
	in Ausbildung		2	24	48	25	1
	arbeitslos		9	39	16	11	25
	übrige Nicht-Erwerbstät.		14	24	38	18	6
Berufsgruppe	Arbeiter	7	20	23	38	5	7
	einf.-mittl. Angest./Beamte	3	17	32	31	11	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	2	11	32	39	7	10
	Landw./Selbst./Freib.	7	19	33	22	12	8
Religion	keine, andere	2	16	27	32	16	7
	evangelisch	2	16	28	43	8	3
	katholisch	6	10	25	38	8	13

Tabelle A21

Zeilenprozent		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Sich an einen Politiker wenden.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		15	48	37	
Geschlecht	männlich	21	45	34	
	weiblich	9	51	39	
Alter	18-24 Jahre	21	65	14	
	25-34 Jahre	15	38	47	
	35-44 Jahre	15	55	30	
	45-59 Jahre	17	50	32	1
	60 Jahre und älter	13	45	42	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	14	39	47	
	10. Klasse	12	50	37	1
	Abitur	22	52	26	
	(Fach-)Hochschule	22	58	20	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	14	52	34	1
	in Ausbildung	22	55	23	
	arbeitslos	10	55	35	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	17	40	43	
Berufsgruppe	Arbeiter	9	56	35	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	15	53	32	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	16	58	26	
	Landw./Selbst./Freib.	23	41	35	1
Religion	keine, andere	15	49	36	
	evangelisch	20	44	35	1
	katholisch	9	41	49	

Tabelle A22

Zeilenprozente		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer Unterschriftensammlung teilnehmen.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		37	55	8	
Geschlecht	männlich	37	55	8	
	weiblich	37	55	9	
Alter	18-24 Jahre	40	60		
	25-34 Jahre	38	60	1	
	35-44 Jahre	48	44	8	
	45-59 Jahre	37	56	6	
	60 Jahre und älter	32	55	13	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	24	65	11	
	10. Klasse	37	55	8	
	Abitur	60	37	2	
	(Fach-)Hochschule	51	44	5	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	39	56	5	
	in Ausbildung	47	51	2	
	arbeitslos	17	76	7	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	36	52	13	
Berufsgruppe	Arbeiter	25	70	6	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	45	52	3	
	höh.-leit. Angest./Beamte	53	45	2	
	Landw./Selbst./Freib.	52	39	10	
	keine, andere	36	57	7	
Religion	evangelisch	45	45	10	
	katholisch	29	58	12	

Tabelle A23

Zeilenprozente		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer politischen Partei mitarbeiten.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		6	16	78	
Geschlecht	männlich	9	22	69	
	weiblich	4	11	86	
Alter	18-24 Jahre	5	37	58	
	25-34 Jahre	7	26	67	
	35-44 Jahre	5	21	74	
	45-59 Jahre	5	16	78	
	60 Jahre und älter	7	7	86	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	5	15	80	
	10. Klasse	4	15	80	
	Abitur	12	20	68	
	(Fach-)Hochschule	13	19	68	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	6	17	77	
	in Ausbildung	3	35	61	
	arbeitslos	4	17	79	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	7	13	81	
Berufsgruppe	Arbeiter	5	10	84	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	21	74	
	höh.-leit. Angest./Beamte	8	19	74	
	Landw./Selbst./Freib.	11	16	73	
Religion	keine, andere	5	16	78	
	evangelisch	10	15	75	
	katholisch	3	15	82	

Tabelle A24

Zeilenprozent		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? In einer Bürgerinitiative mitarbeiten.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		9	59	32	
Geschlecht	männlich	12	58	29	
	weiblich	6	60	34	
Alter	18-24 Jahre		75	25	
	25-34 Jahre	6	65	28	
	35-44 Jahre	8	64	27	1
	45-59 Jahre	8	72	20	
	60 Jahre und älter	13	42	45	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	8	40	52	
	10. Klasse	8	66	25	1
	Abitur	11	77	11	1
	(Fach-)Hochschule	14	67	19	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	7	69	24	
	in Ausbildung	5	81	12	1
	arbeitslos	1	68	31	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	13	42	44	
Berufsgruppe	Arbeiter	3	76	21	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	6	72	22	
	höh.-leit. Angest./Beamte	14	63	23	
	Landw./Selbst./Freib.	22	44	33	1
Religion	keine, andere	9	58	32	
	evangelisch	9	62	28	1
	katholisch	9	55	35	1

Tabelle A25

Zeilenprozente		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer genehmigten Demonstration teilnehmen.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		20	48	32	
Geschlecht	männlich	26	47	27	
	weiblich	14	48	37	1
Alter	18-24 Jahre	34	57	9	
	25-34 Jahre	27	41	30	2
	35-44 Jahre	21	54	25	
	45-59 Jahre	18	58	23	
	60 Jahre und älter	16	38	45	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	17	31	51	1
	10. Klasse	17	58	25	
	Abitur	31	50	19	
	(Fach-)Hochschule	34	49	17	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	19	54	27	
	in Ausbildung	40	54	6	
	arbeitslos	17	49	35	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	19	38	42	1
Berufsgruppe	Arbeiter	13	50	37	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	61	19	
	höh.-leit. Angest./Beamte	27	45	27	
	Landw./Selbst./Freib.	27	50	23	
	keine, andere	22	48	30	
Religion	evangelisch	12	54	34	1
	katholisch	20	33	48	

Tabelle A26

Zeilenprozent		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		3	17	80	
Geschlecht	männlich	4	20	76	
	weiblich	1	15	83	1
Alter	18-24 Jahre	1	36	63	
	25-34 Jahre	2	18	80	
	35-44 Jahre	6	27	66	
	45-59 Jahre	3	25	71	1
	60 Jahre und älter	1	5	94	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	1	7	92	
	10. Klasse	2	22	75	1
	Abitur	2	28	70	
	(Fach-)Hochschule	7	18	74	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	22	73	1
	in Ausbildung	1	40	59	
	arbeitslos	6	26	68	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	1	6	93	
Berufsgruppe	Arbeiter	3	13	84	
	einf.-mittl.	4	27	68	1
	Angest./Beamte	7	17	76	
	höh.-leit.	6	31	61	1
	Angest./Beamte	6	31	61	1
Religion	keine, andere	3	19	78	
	evangelisch	3	14	82	1
	katholisch	3	5	91	

Tabelle A27

Zeilenprozent		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Für die eigenen Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt			6	93	1
Geschlecht	männlich	1	7	91	2
	weiblich		5	94	
Alter	18-24 Jahre		6	93	1
	25-34 Jahre		12	86	1
	35-44 Jahre		5	91	4
	45-59 Jahre	1	7	92	
	60 Jahre und älter		3	96	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse		6	94	
	10. Klasse	1	7	91	2
	Abitur		7	93	
	(Fach-)Hochschule	1	4	96	
Erwerbsstatus	erwerbstätig	1	8	90	1
	in Ausbildung		7	92	1
	arbeitslos			100	
	übrige Nicht-Erwerbstät.		4	96	1
Berufsgruppe	Arbeiter	1	7	91	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1	9	90	
	höh.-leit. Angest./Beamte		3	97	
	Landw./Selbst./Freib.		12	80	7
Religion	keine, andere		6	92	1
	evangelisch		8	92	
	katholisch		2	98	

Tabelle A28

Zeilenprozente		Es gibt verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? Engagement für Asylbewerber/Flüchtlinge.			
		Habe ich schon getan	Würde ich tun	Würde ich nicht tun	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		13	46	39	2
Geschlecht	männlich	13	47	37	3
	weiblich	14	45	40	1
Alter	18-24 Jahre	17	64	19	
	25-34 Jahre	10	43	44	3
	35-44 Jahre	11	54	34	1
	45-59 Jahre	17	44	35	3
	60 Jahre und älter	12	42	43	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	6	40	52	2
	10. Klasse	12	47	39	2
	Abitur	28	51	20	2
	(Fach-)Hochschule	26	54	18	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	13	45	39	2
	in Ausbildung	30	66	4	
	arbeitslos	8	46	44	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	12	44	42	3
Berufsgruppe	Arbeiter	8	39	50	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	13	48	37	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	22	42	36	
	Landw./Selbst./Freib.	16	58	22	4
Religion	keine, andere	13	45	41	2
	evangelisch	15	50	32	3
	katholisch	16	48	35	2

Tabelle A29

Zeilenprozent		Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		7	16	21	55	1
Geschlecht	männlich	4	15	19	61	
	weiblich	10	17	23	48	2
Alter	18-24 Jahre	10	20	45	26	
	25-34 Jahre	7	33	20	38	1
	35-44 Jahre	4	10	24	62	
	45-59 Jahre	7	13	19	61	
	60 Jahre und älter	7	14	19	58	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	12	22	14	51	2
	10. Klasse	5	17	23	54	1
	Abitur	5	7	35	53	
	(Fach-)Hochschule	2	7	22	68	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	20	22	54	
	in Ausbildung	8	18	35	39	
	arbeitslos	32	16	7	45	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	6	12	20	59	3
Berufsgruppe	Arbeiter	5	26	25	42	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	19	24	51	
	höh.-leit. Angest./Beamte		10	22	68	
	Landw./Selbst./Freib.	4	12	12	72	
Religion	keine, andere	8	19	20	53	
	evangelisch	3	10	25	56	5
	katholisch	2	6	24	67	

Tabelle A30

Zeilenprozent		Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		34	29	16	16	5
Geschlecht	männlich	29	25	21	18	6
	weiblich	38	32	12	14	5
Alter	18-24 Jahre	26	29	31	12	2
	25-34 Jahre	20	39	18	13	10
	35-44 Jahre	17	39	24	17	4
	45-59 Jahre	37	23	20	17	4
	60 Jahre und älter	43	26	9	16	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	41	28	6	16	9
	10. Klasse	34	26	21	15	4
	Abitur	21	40	19	17	3
	(Fach-)Hochschule	23	33	24	17	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	25	32	25	16	3
	in Ausbildung	30	29	20	21	
	arbeitslos	70	20	3	3	5
	übrige Nicht-Erwerbstät.	40	26	7	17	10
Berufsgruppe	Arbeiter	26	43	18	11	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	26	32	27	13	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	17	23	37	21	2
	Landw./Selbst./Freib.	27	14	23	27	9
Religion	keine, andere	37	30	15	13	5
	evangelisch	27	22	22	18	11
	katholisch	12	32	22	33	1

Tabelle A31

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit dem Funktionieren der Wirtschaft der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		4	5	7	8	3	10	3	8	16	14	16	6
Geschlecht	männlich	3	3	8	7	3	10	5	8	19	12	19	5
	weiblich	5	7	7	9	4	9	2	8	14	15	13	7
Alter	18-24 Jahre	3	16	8	5	2	7	2	20	10	1	11	15
	25-34 Jahre	4	6	11	5	4	19	1	14	6	6	7	19
	35-44 Jahre	4	2		4	4	4		8	24	13	31	4
	45-59 Jahre	2	5	7	11	4	11	5	4	16	18	17	1
	60 Jahre und älter	6	5	8	8	3	7	4	7	19	15	13	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	8	8	9	9	1	9	2	10	13	10	10	9
	10. Klasse	2	6	7	9	5	9	4	5	18	13	18	4
	Abitur	3	2	2	3	3	14	4	16	14	16	17	7
	(Fach-)Hochschule		1	5	4	4	7	4	10	21	21	19	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	3	7	7	5	11	3	6	17	14	19	4
	in Ausbildung	3	12	3	1	1	8	2	17	15	6	8	25
	arbeitslos		20	9	10		23	4	7	4	9	12	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	5	5	8	9	2	7	4	10	17	14	12	6
Berufsgruppe	Arbeiter	6	6	5	5	8	10	1	6	11	15	17	9
	einf.-mittl. Angest./Beamte	2	2	10	10	4	11	2	6	20	15	16	2
	höh.-leit. Angest./Beamte		7	3	2	2	4	5	7	19	24	23	5
	Landw./Selbst./Freib.			6	12	2	13	7	6	16	9	29	1
Religion	keine, andere	4	6	8	9	3	12	3	7	16	13	14	6
	evangelisch	1	3	7	5	6	3	6	10	20	15	16	9
	katholisch	10	3	1	1	2	4	3	14	13	18	29	2

Tabelle A32

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit dem Bildungswesen der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		28	21	20	15	4	3	2	1	1		1	3
Geschlecht	männlich	29	21	19	15	4	4	1	1	1		1	4
	weiblich	28	21	21	16	5	2	2	1	1			3
Alter	18-24 Jahre	21	5	28	22	7		4	2	7		4	
	25-34 Jahre	5	12	27	16	6	5	4	6		1	1	17
	35-44 Jahre	30	19	22	13	8	4	1		2			1
	45-59 Jahre	33	26	19	16	2	2	1		1	1	1	1
	60 Jahre und älter	35	24	17	14	4	2	2	1	1			1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	33	19	16	16	3	3	2	3	2			4
	10. Klasse	29	22	22	15	5	3	1		1		1	2
	Abitur	20	18	23	17	7	4	4	1	1	1		4
	(Fach-)Hochschule	20	25	25	14	3	4	3		1	1	1	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	25	20	23	15	4	4	2	2	1	1	1	4
	in Ausbildung	19	6	38	20	1	1	4	2	1			6
	arbeitslos	40	36		7	6		1		9			1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	33	22	17	16	4	2	1	1	1			2
Berufsgruppe	Arbeiter	25	19	19	10	4	7		3				12
	einf.-mittl. Angest./Beamte	22	22	26	18	6	2	2	1	1			1
	höh.-leit. Angest./Beamte	19	24	23	16		7	2	1	1		5	1
	Landw./Selbst./Freib.	42	13	17	10	4	5	4		1	4		
Religion	keine, andere	32	21	19	14	4	3	1	1	1			3
	evangelisch	19	21	21	19	3	3	5	1	1		1	5
	katholisch	19	13	27	18	6	8	2	1	3	1		3

Tabelle A33

Zeilenprozente		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit den Möglichkeiten politischer Beteiligung in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		3	4	10	7	5	12	2	7	10	10	20	10
Geschlecht	männlich	3	5	11	7	4	12	3	7	9	11	21	7
	weiblich	4	3	9	7	5	12	2	8	10	9	20	12
Alter	18-24 Jahre			9	7	3	17	7	7	5	7	18	20
	25-34 Jahre		3		9	6	8	3	8	12	7	24	20
	35-44 Jahre	4	3	1	2	3	14	2	4	9	11	30	18
	45-59 Jahre	3	2	4	6	8	15	3	8	9	15	22	4
	60 Jahre und älter	6	8	21	9	2	10	1	8	9	7	14	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	5	7	16	9	3	10	1	7	6	6	18	12
	10. Klasse	3	4	8	6	5	13	3	6	9	12	22	9
	Abitur	1	1	1	4	5	12	5	11	16	9	26	10
	(Fach-)Hochschule	2	3	7	6	4	12	3	10	16	17	16	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	3	5	7	5	14	3	8	10	11	23	9
	in Ausbildung			3	7	3	9	3	9	5	11	22	28
	arbeitslos			1	3	12	25	7	7	9	6	20	9
	übrige Nicht-Erwerbstät.	5	7	17	8	4	8	1	7	10	9	17	7
Berufsgruppe	Arbeiter	3	6	5	9	6	9	4	8	7	13	15	16
	einf.-mittl. Angest./Beamte		1	6	6	5	18	2	7	11	10	27	7
	höh.-leit. Angest./Beamte			6	5	3	13		9	10	13	30	10
	Landw./Selbst./Freib.	14	6	5	10	3	10	4	7	11	7	19	3
Religion	keine, andere	4	4	9	7	5	13	2	8	9	9	20	10
	evangelisch	2	5	9	4	5	8	4	6	12	11	22	10
	katholisch	5		16	8	2	5	1	4	14	15	23	6

Tabelle A34

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit der Gesundheitsversorgung in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		26	17	22	14	6	5	2	1	1	1	1	3
Geschlecht	männlich	25	16	22	16	5	6	3	1	1	1		4
	weiblich	28	18	22	12	7	5	2	1	1	1	1	3
Alter	18-24 Jahre	7	1	20	15	9	9	13				6	19
	25-34 Jahre	5	12	21	16	15	5	5	2	3	4		11
	35-44 Jahre	26	16	27	11	7	12						
	45-59 Jahre	34	22	20	12	3	5	2	1				
	60 Jahre und älter	32	19	22	15	4	3	1	1	1			1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	35	15	24	14	6	2	1				1	2
	10. Klasse	27	20	19	12	6	6	3	1	1	1		3
	Abitur	11	14	25	13	10	7	4	2	5	2		6
	(Fach-)Hochschule	14	15	24	19	6	10	2	3	1	1		5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	25	17	22	14	8	7	3	1	1	1		2
	in Ausbildung	3	3	16	17	6	9	13	3	5			25
	arbeitslos	33	40	4	2	3	8					7	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	30	17	24	15	5	3		1	1	1		1
Berufsgruppe	Arbeiter	31	13	11	19	11	5	6	1				3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	20	30	10	7	6	1	1	1	1		3
	höh.-leit. Angest./Beamte	23	19	21	16	5	8	2	3	1			2
	Landw./Selbst./Freib.	34	12	23	8	6	11	4			1		
Religion	keine, andere	29	19	21	12	5	5	2	1	1	1		2
	evangelisch	15	16	21	21	10	5	2		1		1	7
	katholisch	27	5	29	17	6	5	3	2				7

Tabelle A35

Zeilenprozent		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit den Entwicklungschancen von Kindern in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		17	17	22	13	5	5	3	4	4	3	4	3
Geschlecht	männlich	17	13	21	15	6	8	4	5	4	2	3	1
	weiblich	18	20	23	10	5	3	1	3	5	3	4	4
Alter	18-24 Jahre		17	29	15	6	4	8	8	1	5	6	
	25-34 Jahre	4	11	19	19	7	13	5	9	2	1	1	9
	35-44 Jahre	7	8	32	16	5	9	2	3	7	3	5	1
	45-59 Jahre	23	16	23	11	5	5	3	4	3	3	3	
	60 Jahre und älter	24	23	19	10	5	2	1	2	5	3	4	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	26	21	19	10	3	3	2	2	3	2	7	2
	10. Klasse	16	14	23	13	6	6	3	5	5	3	2	3
	Abitur	4	17	33	9	10	7	4	3	4	2	1	7
	(Fach-)Hochschule	10	17	22	19	6	9	3	6	2	2	2	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	14	12	27	16	5	6	4	5	5	3	2	2
	in Ausbildung	2	14	25	18	8	8	5	8	1	5		6
	arbeitslos	29	31	9	1	8	2	6			2	12	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	22	22	18	10	4	5		3	4	3	4	4
Berufsgruppe	Arbeiter	13	12	26	17	4	6	6	7	3	2	3	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	14	12	26	17	5	7	3	3	5	3	1	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	9	18	24	11	10	6	8	4	5	1	4	
	Landw./Selbst./Freib.	18	10	26	10	5	3	1	9	7	4	7	
Religion	keine, andere	21	19	21	11	5	6	2	4	3	2	3	2
	evangelisch	10	12	23	20	5	4	2	4	7	3	3	6
	katholisch	2	6	33	11	5	7	8	6	5	5	12	2

Tabelle A36

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit der Presse- und Meinungsfreiheit in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt			1	4	3	4	5	2	8	14	16	38	4
Geschlecht	männlich		1	4	5	5	4	2	7	14	17	39	2
	weiblich		1	4	2	3	5	3	10	14	16	38	6
Alter	18-24 Jahre		4			14		4	10	9	25	31	4
	25-34 Jahre				3	6	8	2	10	24	11	28	8
	35-44 Jahre		2			2	5	1	4	16	19	43	8
	45-59 Jahre		1	2	3	4	4	3	8	12	21	41	1
	60 Jahre und älter		1	9	6	2	4	2	10	10	13	40	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse			9	8	6	1	1	10	12	11	37	5
	10. Klasse		2	2	1	3	8	3	8	14	16	40	3
	Abitur	1			1	1	3	3	8	16	25	36	5
	(Fach-)Hochschule	1	1	3	2	1	5	4	6	15	23	38	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig		2	1	2	3	5	2	8	16	18	39	3
	in Ausbildung					14	1	4	12	14	19	28	9
	arbeitslos				4	9	5			23	35	23	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.		1	9	6	3	5	3	9	9	11	41	4
Berufsgruppe	Arbeiter		1	4	1	6	2	3	9	16	17	33	8
	einf.-mittl. Angest./Beamte		1	1	3	1	5	3	7	17	21	40	2
	höh.-leit. Angest./Beamte		4	1	1	2	6	2	8	10	19	47	
	Landw./Selbst./Freib.		4	5		2	7		12	14	9	44	1
Religion	keine, andere		1	5	4	3	5	3	9	15	16	36	4
	evangelisch		3	2		6	4	1	10	12	18	42	3
	katholisch		1		2	11	2	1	3	7	13	54	5

Tabelle A37

Zeilenprozente		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit dem allgemeinen Lebensstandard in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		6	9	19	18	9	16	4	7	7	2	2	2
Geschlecht	männlich	3	6	20	21	8	19	5	7	7	1	2	1
	weiblich	10	11	19	15	10	12	3	6	8	2	2	2
Alter	18-24 Jahre		14	3	11	13	19	11	8	6	5	6	4
	25-34 Jahre		3	11	25	12	19	8	7	6	3	1	5
	35-44 Jahre	1	3	17	15	16	20	3	15	5	2	2	1
	45-59 Jahre	4	8	26	18	5	21	5	7	5	2		
	60 Jahre und älter	14	12	21	18	8	9	1	3	11		2	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	13	11	23	16	6	16	1	6	8		1	
	10. Klasse	4	9	19	21	11	12	4	6	7	2	2	3
	Abitur	3	4	11	14	7	29	14	7	5	3		3
	(Fach-)Hochschule	1	5	19	18	12	18	6	8	9	3		2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	8	18	18	10	20	6	8	6	2	2	1
	in Ausbildung			9	12	12	26	12	9	6	5		9
	arbeitslos		6	39	6	8	19	1	11		2	7	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	13	11	20	21	7	9	1	4	10	1	1	2
Berufsgruppe	Arbeiter	3	6	14	25	8	19	4	12	5	2		1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	2	7	22	15	8	23	6	4	7	2	2	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	3	8	14	10	17	16	8	8	13	3		
	Landw./Selbst./Freib.	5	12	14	15	12	20	6	10	2	1	4	
Religion	keine, andere	7	7	21	18	10	17	4	6	6	1	1	1
	evangelisch	4	14	14	18	6	15	8	7	7	1	4	4
	katholisch	6	12	14	18	7	6	1	9	18	7	1	2

Tabelle A38

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit dem Umweltschutz in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		2	1	6	5	4	9	4	12	13	14	19	11
Geschlecht	männlich	1	1	8	6	3	9	3	12	11	14	27	6
	weiblich	2	2	5	4	4	9	4	12	15	15	12	16
Alter	18-24 Jahre				12		23	8	1	7	11	6	31
	25-34 Jahre		2	6	5	4	9	5	14	6	14	9	26
	35-44 Jahre		1	1	2	5	15	2	12	10	14	31	7
	45-59 Jahre	1	1	3	4	3	8	3	11	16	16	26	9
	60 Jahre und älter	4	2	12	5	4	6	4	14	14	14	16	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	4	1	12	4	4	6	4	21	10	12	9	13
	10. Klasse	1	2	5	6	4	10	4	5	13	16	25	10
	Abitur	1		1	2	3	11	5	15	14	14	18	16
	(Fach-)Hochschule		1	3	1	2	12	4	10	17	18	25	7
Erwerbsstatus	erwerbstätig	1		4	4	5	11	3	10	11	15	23	11
	in Ausbildung				6		16	9	7	12	15	3	30
	arbeitslos		5	1	7		10		25	7	7	16	22
	übrige Nicht-Erwerbstät.	3	3	11	5	4	5	4	13	15	14	17	7
Berufsgruppe	Arbeiter	1	1	6	5	1	9	3	20	13	16	12	13
	einf.-mittl. Angest./Beamte	2		4	4	7	10	4	6	11	16	24	12
	höh.-leit. Angest./Beamte		1	1		4	12	4	2	9	24	36	6
	Landw./Selbst./Freib.			2	3	4	16	1	12	10	8	37	10
Religion	keine, andere	2	1	7	4	4	9	4	12	14	13	17	12
	evangelisch		2	4	6	2	10	2	15	11	17	24	7
	katholisch	1		1	12	1	5	5	1	3	24	34	13

Tabelle A39

Zeilenprozent		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit der Vertrauenswürdigkeit der Behörden in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		4	2	9	5	5	9	5	9	14	11	22	5
Geschlecht	männlich	3	3	8	5	6	9	7	9	13	10	22	6
	weiblich	5	1	11	6	4	10	3	9	14	13	21	4
Alter	18-24 Jahre					3	3	8	23	11	21	17	16
	25-34 Jahre			3	8	4	7	7	7	11	13	20	20
	35-44 Jahre		1	1	1	1	21	3	10	13	16	28	6
	45-59 Jahre	1	2	9	5	6	10	3	9	22	11	23	
	60 Jahre und älter	10	4	17	7	6	6	6	7	10	7	20	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	9	2	20	7	5	1	6	6	7	4	28	6
	10. Klasse	2	2	5	5	5	15	4	9	16	14	19	4
	Abitur	1	1	1	2	3	7	3	16	18	20	19	10
	(Fach-)Hochschule		3	7	4	5	12	5	11	22	13	13	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig		2	4	5	4	12	5	11	15	13	24	5
	in Ausbildung					3	3	8	12	14	25	12	24
	arbeitslos			23	16		11		5	25	3	15	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	10	3	15	5	7	6	5	6	11	8	21	3
Berufsgruppe	Arbeiter		2	7	7	2	7	9	9	12	12	25	9
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1	1	3	4	5	13	4	12	14	14	26	4
	höh.-leit. Angest./Beamte		1	3	2	2	17		11	19	20	18	5
	Landw./Selbst./Freib.		5	3	1	5	15	2	13	20	12	20	2
Religion	keine, andere	4	2	11	6	6	10	4	8	14	11	20	5
	evangelisch	2	3	4	3	1	8	7	16	15	13	22	7
	katholisch	10	3	6	1	6	3	3	7	10	14	32	5

Tabelle A40

Zeilenprozente		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit der staatlichen Überwachung in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		6	1	3	3	3	8	2	4	9	11	49	3
Geschlecht	männlich	5	2	2	2	4	9	2	5	8	10	48	2
	weiblich	7	1	3	3	1	7	1	2	9	11	50	5
Alter	18-24 Jahre	10			3				21	9	11	38	8
	25-34 Jahre	1	2	4	3		8	2	2	4	13	51	8
	35-44 Jahre				2		9		1	13	10	63	2
	45-59 Jahre	9	1	2	3	2	12	3	2	6	9	51	1
	60 Jahre und älter	6	2	4	2	5	6	1	4	11	11	44	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	2	4	4	5	7		5	10	7	43	3
	10. Klasse	5	1	2	2	2	10	3	2	8	10	53	3
	Abitur	4		1	1	1	6	1	5	6	18	50	7
	(Fach-)Hochschule	1	2	2	2	1	7	2	5	11	18	48	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3		3	4		9	2	3	8	9	56	2
	in Ausbildung	10			3		1		12	9	9	44	13
	arbeitslos	27	5		2		11		1	1	18	32	3
	übrige Nicht-Erwerbstät.	6	2	3	1	6	8	2	4	10	11	43	4
Berufsgruppe	Arbeiter	3		5	6		8	5	2	5	4	61	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	4	1	1	4	1	8		3	11	11	55	1
	höh.-leit. Angest./Beamte				2	1	8		7	8	15	59	1
	Landw./Selbst./Freib.	2		6			17	1	3	4	11	53	3
Religion	keine, andere	7	1	3	3	3	10	1	2	9	10	48	3
	evangelisch	2	1	3	2		5	2	11	7	16	47	5
	katholisch	1	10				1	3	1	7	5	70	2

Tabelle A41

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit der sozialen Sicherheit in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		27	22	19	12	6	6	1	1	2	1	1	3
Geschlecht	männlich	29	19	19	13	7	6	2		1	1	1	2
	weiblich	25	25	19	10	4	5		2	4	1	2	3
Alter	18-24 Jahre	9	12	30	7	18	6	1	6	6			4
	25-34 Jahre	11	21	13	18	7	14	4		2			10
	35-44 Jahre	28	14	22	15	2	8	1		1	2	6	1
	45-59 Jahre	35	27	19	8	4	5			1		1	1
	60 Jahre und älter	30	22	18	11	6	2		2	3	2	1	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	26	20	17	11	6	7	1	2	4	3	3	1
	10. Klasse	33	21	17	13	5	5	1	1		1	1	3
	Abitur	16	24	25	8	8	5			4			8
	(Fach-)Hochschule	20	27	24	12	5	6	1			1		2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	29	22	19	13	5	5	2		1	1	2	2
	in Ausbildung	3	17	30	9	13	4	1	6	6	1		11
	arbeitslos	31	35	3	3		20			7			1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	28	20	18	12	6	5		2	3	2	1	2
Berufsgruppe	Arbeiter	20	24	14	17	8	6	3				7	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	28	23	25	12	3	4				1		4
	höh.-leit. Angest./Beamte	26	26	19	6	9	6	5		3			
	Landw./Selbst./Freib.	48	19	8	11	6	3			2			1
Religion	keine, andere	29	22	18	11	5	7	1	1	2	1	2	2
	evangelisch	20	20	22	14	10	3	1	1		3	1	4
	katholisch	26	24	17	12	5	2		4	8			3

Tabelle A42

Zeilenprozent		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Wie ist das mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in der DDR?											
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/k. A.
Gesamt		32	21	22	13	4	4		2	1	1		1
Geschlecht	männlich	32	21	24	10	3	5		2		1		1
	weiblich	32	21	20	15	4	2		1	1	2		2
Alter	18-24 Jahre	17	13	48	9	1	5				6		
	25-34 Jahre	21	12	34	11	4	7		2	2			6
	35-44 Jahre	31	19	22	15	6	4						2
	45-59 Jahre	37	25	20	10	2	4		1	1	1		
	60 Jahre und älter	36	22	15	15	4	2		3		1	1	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	40	18	18	13	3	3		2		3		
	10. Klasse	34	23	22	12	3	3		1				2
	Abitur	19	19	28	14	4	6		2	5	1		4
	(Fach-)Hochschule	16	23	29	15	5	6	1	1	1		1	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	31	18	28	11	3	6		1	1	1		1
	in Ausbildung	19	16	41	7	5	2	1		5			5
	arbeitslos	42	32	7	7	3	1		1		7		
	übrige Nicht-Erwerbstät.	35	23	14	16	4	2		3		1		1
Berufsgruppe	Arbeiter	33	10	32	14	5	3				1		
	einf.-mittl. Angest./Beamte	31	19	28	10	1	6		2				3
	höh.-leit. Angest./Beamte	13	27	29	10	8	10		1	1			1
	Landw./Selbst./Freib.	34	24	19	10	3	7			2	1		
Religion	keine, andere	34	21	21	12	3	3		2	1	1		1
	evangelisch	23	22	26	15	4	4		1		1	1	3
	katholisch	30	14	23	16	6	8		1	2			2

Tabelle A43

Zeilenprozente		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Ihrer persönlichen Beeinträchtigung durch staatliche Überwachung?												
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/ k.A.	TNZ
Gesamt		5	2	6	2	2	13	2	4	7	5	19	3	30
Geschlecht	männlich	3	1	6	2	2	12	2	6	6	5	21	2	34
	weiblich	7	3	6	3	2	14	3	2	7	6	17	5	27
Alter	18-24 Jahre													100
	25-34 Jahre													100
	35-44 Jahre	3	1	2		2	19	1	4	2	4	14	3	45
	45-59 Jahre	5	1	5	6	4	19	4	4	10	6	30	2	4
	60 Jahre und älter	8	3	11	2	1	13	3	6	9	8	24	6	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	1	14	1	1	6	2	5	5	4	21	3	27
	10. Klasse	3	2	2	4	2	15	3	4	8	6	22	4	26
	Abitur		1		1	2	15		1	3	4	9	1	64
	(Fach-)Hochschule	1	3	4	2	1	19	5	4	8	8	13	3	30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	2	1	4	2	2	15	2	4	6	4	19	3	37
	in Ausbildung													100
	arbeitslos	17		3	8	3	12		1	1	2	34	2	16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	8	3	10	2	2	12	3	5	9	8	21	5	14
Berufsgruppe	Arbeiter	3		5	1	2	8	4	3	10	5	13	5	42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	2	1	4	3	2	18	2	5	4	3	18	2	37
	höh.-leit. Angest./Beamte		1	3		2	21	1	5	8	6	17	1	34
	Landw./Selbst./Freib.		2	2	2	5	16	2	1	3	1	35	4	27
Religion	keine, andere	6	2	7	3	1	13	2	4	6	5	19	3	31
	evangelisch	1	1	1	2	5	15	5	5	8	5	20	4	29
	katholisch		1	1			10	1	4	13	8	20	7	34

Tabelle A44

Zeilenprozente		Wie ist Ihr heutige Einstellung zur DDR: Ihrem persönlichen Lebensstandard in der DDR?												
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/ k.A.	TNZ
Gesamt		8	15	20	12	4	6	1	1	2				30
Geschlecht	männlich	5	12	19	15	6	6		1	1				34
	weiblich	11	17	21	9	3	5	2	1	3	1			27
Alter	18-24 Jahre													100
	25-34 Jahre													100
	35-44 Jahre	3	6	22	14	2	6		1	1				45
	45-59 Jahre	11	20	27	18	6	11	1	1	1		1		4
	60 Jahre und älter	12	22	26	13	6	4	2	1	4	1	1	1	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	12	23	19	4	5	5	2		4				27
	10. Klasse	7	13	23	16	5	5		2	1	1	1	1	26
	Abitur	4	2	11	11	2	4	1		1				64
	(Fach-)Hochschule	5	11	20	17	4	8	2	1	1	1			30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	7	9	19	14	4	7	1	1	1		1		37
	in Ausbildung													100
	arbeitslos		55	9	13		8							16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	12	19	26	11	5	4	2	1	4	1		1	14
Berufsgruppe	Arbeiter	6	9	13	15	8	6	1				1		42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	8	8	19	15	1	10	1	1	1				37
	höh.-leit. Angest./Beamte	3	11	20	13	7	8		4					34
	Landw./Selbst./Freib.	8	14	31	9	5	2	2				3		27
Religion	keine, andere	9	18	20	10	4	6		1	1				31
	evangelisch	7	5	25	16	4	5	4	1	2	1	1		29
	katholisch	6	3	17	16	7	3			10	2	1	1	34

Tabelle A45

Zeilenprozente		Wie ist Ihre heutige Einstellung zur DDR: Ihrer Möglichkeit freier Meinungsäußerung in der DDR?												TNZ
		5	4	3	2	1	0	-1	-2	-3	-4	-5	weiß nicht/ k.A.	
Gesamt		3	4	6	3	3	6	3	4	10	10	17		30
Geschlecht	männlich	2	5	6	2	3	7	2	5	7	9	18		34
	weiblich	4	2	6	4	4	5	3	4	13	10	17		27
Alter	18-24 Jahre													100
	25-34 Jahre													100
	35-44 Jahre			4	2	3	13	1	4	6	7	15		45
	45-59 Jahre	3	2	8	5	5	7	2	8	13	11	30		4
	60 Jahre und älter	6	8	8	4	4	7	5	4	14	15	17		8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	5	8	4	2	3	4	4	5	13	9	17		27
	10. Klasse	3	1	7	3	4	8	2	4	9	11	22	1	26
	Abitur	2		2	4	2	4	2	3	7	7	5		64
	(Fach-)Hochschule	2	3	8	8	4	9	3	6	8	9	10		30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	2	1	5	4	3	8	1	4	8	8	20		37
	in Ausbildung													100
	arbeitslos	2		13	1	1	1		20	20	5	20		16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	6	8	7	4	4	6	5	4	12	14	17		14
Berufsgruppe	Arbeiter		2	4	6	4	5	1	3	8	11	16		42
	einf.-mittl. Angest./Beamte		1	5	3	3	11	1	2	9	5	22	1	37
	höh.-leit. Angest./Beamte			7	4		4	2	10	9	16	13		34
	Landw./Selbst./Freib.	9		7	1	1	10	2	5	6	6	26		27
Religion	keine, andere	3	4	6	3	4	7	3	3	10	9	17		31
	evangelisch	3	2	5	5	3	3	3	7	8	16	17		29
	katholisch	4	2	3	2		4	1	6	19	6	17	2	34

Tabelle A46

Zeilenprozent		Wie zufrieden waren Sie so alles in allem mit dem Sozialismus, so wie er in der DDR bestanden hat?					TNZ
		Sehr zufrieden	Ziemlich zufrieden	Ziemlich unzufrieden	Sehr unzufrieden	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		5	38	20	7	1	30
Geschlecht	männlich	4	33	22	8	0	34
	weiblich	6	42	18	5	1	27
Alter	18-24 Jahre						100
	25-34 Jahre						100
	35-44 Jahre	3	25	23	5	1	45
	45-59 Jahre	2	59	26	9		4
	60 Jahre und älter	10	46	26	10	1	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	43	15	8		27
	10. Klasse	4	39	24	6	1	26
	Abitur	1	16	13	6		64
	(Fach-)Hochschule	2	36	25	6	1	30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	33	22	5	0	37
	in Ausbildung						100
	arbeitslos		70	7	7		16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	8	44	23	9	1	14
Berufsgruppe	Arbeiter	3	31	17	6		42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	4	33	22	3	1	37
	höh.-leit. Angest./Beamte		34	24	7	0	34
	Landw./Selbst./Freib.	3	36	27	7		27
		keine, andere	6	40	19	5	0
Religion	evangelisch	3	35	23	10	1	29
	katholisch		24	24	15	2	34

Tabelle A47

Zeilenprozente		Wenn Sie einmal daran denken, was Sie für ein Bild von der DDR haben: Wie stark ist Ihr DDR-Bild durch Ihr eigenes Erleben geprägt?					TNZ
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		24	34	13	2	1	26
Geschlecht	männlich	27	29	13	2	1	28
	weiblich	20	40	14	1		24
Alter	18-24 Jahre						100
	25-34 Jahre						100
	35-44 Jahre	8	33	14		1	43
	45-59 Jahre	39	41	18	2	1	
	60 Jahre und älter	30	49	17	3		
Schulabschluss	unter 10. Klasse	25	41	12	2		20
	10. Klasse	22	35	16	1	1	24
	Abitur	17	14	6	3		58
	(Fach-)Hochschule	28	31	14	3	1	24
Erwerbsstatus	erwerbstätig in Ausbildung	22	30	12	1	1	35
	arbeitslos	25	43	16			16
	übrige Nicht- Erwerbstät.	29	44	16	3		7
Berufsgruppe	Arbeiter	18	27	13			42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	33	11	2	2	34
	höh.-leit. Angest./Beamte	22	34	10	5		29
	Landw./Selbst./Freib.	32	28	14	1		25
Religion	keine, andere	24	33	12	2		28
	evangelisch	26	32	17	1		24
	katholisch	14	51	14	3	1	17

Tabelle A48

Zeilenprozente		Wie stark ist Ihr DDR-Bild durch Erzählungen von Eltern und Großeltern geprägt?				
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		20	27	31	21	1
Geschlecht	männlich	19	26	34	20	1
	weiblich	21	28	28	21	2
Alter	18-24 Jahre	23	37	37	4	
	25-34 Jahre	25	47	26	2	
	35-44 Jahre	25	29	41	5	
	45-59 Jahre	23	24	33	20	
	60 Jahre und älter	14	19	26	37	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	21	21	24	31	3
	10. Klasse	21	30	34	14	1
	Abitur	18	38	33	11	
	(Fach-)Hochschule	15	21	37	26	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	22	31	37	9	
	in Ausbildung	20	40	33	7	
	arbeitslos	35	25	19	22	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	15	20	24	37	3
Berufsgruppe	Arbeiter	24	40	31	5	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	25	25	40	10	
	höh.-leit. Angest./Beamte	16	30	39	16	
	Landw./Selbst./Freib.	19	31	36	13	
Religion	keine, andere	21	31	27	19	2
	evangelisch	20	16	41	22	1
	katholisch	8	17	44	31	

Tabelle A49

Zeilenprozente		Und wie ist das mit Meinungen von Freunden & Bekannten?				
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		5	25	49	19	2
Geschlecht	männlich	4	27	48	20	1
	weiblich	6	24	49	18	3
Alter	18-24 Jahre		38	35	27	
	25-34 Jahre	6	35	50	9	
	35-44 Jahre	2	22	63	12	
	45-59 Jahre	5	21	53	19	2
	60 Jahre und älter	7	24	42	24	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	4	29	45	19	3
	10. Klasse	6	25	48	19	2
	Abitur	4	24	52	20	
	(Fach-)Hochschule	6	17	56	20	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	5	23	56	14	1
	in Ausbildung	1	30	49	21	
	arbeitslos	4	30	53	14	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	6	27	39	25	3
Berufsgruppe	Arbeiter	7	25	57	11	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	23	54	16	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	7	12	62	18	
	Landw./Selbst./Freib.	1	35	49	13	2
Religion	keine, andere	5	28	47	19	2
	evangelisch	7	18	50	23	3
	katholisch	8	19	65	7	

Tabelle A50

Zeilenprozente		Und wie ist das mit der Medienberichterstattung?				
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		4	18	54	24	1
Geschlecht	männlich	3	18	54	25	
	weiblich	5	18	54	23	1
Alter	18-24 Jahre		39	47	14	
	25-34 Jahre	5	36	48	11	
	35-44 Jahre	5	11	65	19	
	45-59 Jahre	3	10	52	35	
	60 Jahre und älter	4	15	55	25	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	3	17	61	18	
	10. Klasse	4	16	52	27	1
	Abitur	5	26	45	24	
	(Fach-)Hochschule	3	17	52	28	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	16	56	24	
	in Ausbildung	3	42	43	12	
	arbeitslos		10	64	26	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	4	17	52	25	1
Berufsgruppe	Arbeiter	5	22	55	17	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	4	13	56	26	
	höh.-leit. Angest./Beamte	7	13	47	32	
	Landw./Selbst./Freib.		13	53	33	
Religion	keine, andere	3	17	55	25	
	evangelisch	5	21	48	26	
	katholisch	4	18	61	15	2

Tabelle A51

Zeilenprozent		Und wie ist das mit der Schule bzw. den Lehrern?					TNZ
		sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		2	7	12	5	1	74
Geschlecht	männlich	2	5	14	7	1	72
	weiblich	2	8	10	3		76
Alter	18-24 Jahre	9	26	46	19		
	25-34 Jahre	4	25	44	24	3	
	35-44 Jahre	6	11	20	6	1	57
	45-59 Jahre						100
	60 Jahre und älter						100
Schulabschluss	unter 10. Klasse	1	4	11	5		80
	10. Klasse	1	7	10	6	1	76
	Abitur	8	19	24	8		42
	(Fach-)Hochschule	2	4	13	5		76
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	8	15	8	1	65
	in Ausbildung	8	25	48	18		
	arbeitslos		8	8			84
	übrige Nicht-Erwerbstät.		2	4	1	1	93
Berufsgruppe	Arbeiter		4	23	13	1	58
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	12	11	5	1	66
	höh.-leit. Angest./Beamte	2	8	10	8	1	71
	Landw./Selbst./Freib.		8	9	8		75
	keine, andere	2	6	13	6		72
Religion	evangelisch	1	10	10	2	1	76
	katholisch		5	5	8		83

Tabelle A52

Zeilenprozent		Und was für ein Bild von der DDR wurde in Ihrer Schule überwiegend gezeichnet: War das DDR-Bild überwiegend...					TNZ
		überwiegend positiv	neutral	überwiegend negativ	wurde kaum thematisiert	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		8	10	4	5		74
Geschlecht	männlich	9	10	3	6		72
	weiblich	7	9	4	4		76
Alter	18-24 Jahre	9	47	20	24		
	25-34 Jahre	26	40	12	21		
	35-44 Jahre	28	6	5	3	2	57
	45-59 Jahre						100
	60 Jahre und älter						100
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	8		2		80
	10. Klasse	9	8	2	5		76
	Abitur	3	24	21	10		42
	(Fach-)Hochschule	4	8	6	6		76
Erwerbsstatus	erwerbstätig	14	11	4	6	1	65
	in Ausbildung		47	28	26		
	arbeitslos		15	1			84
	übrige Nicht-Erwerbstät.	3	2	1	2		93
Berufsgruppe	Arbeiter	16	15	3	6	1	58
	einf.-mittl. Angest./Beamte	14	11	3	5		66
	höh.-leit. Angest./Beamte	10	8	7	3		71
	Landw./Selbst./Freib.	11	2	1	10		75
Religion	keine, andere	9	11	3	4		72
	evangelisch	6	6	5	7		76
	katholisch		3	6	9		83

Tabelle A53

Zeilenprozente		Und wie war das in Ihrem Elternhaus? War das DDR-Bild überwiegend...					TNZ
		überwiegend positiv	neutral	überwiegend negativ	wurde kaum thematisiert	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		10	11	3	3		74
Geschlecht	männlich	10	12	3	3		72
	weiblich	9	11	2	3		76
Alter	18-24 Jahre	37	45	10	8		
	25-34 Jahre	45	39	8	8		
	35-44 Jahre	6	21	6	11		57
	45-59 Jahre						100
	60 Jahre und älter						100
Schulabschluss	unter 10. Klasse	11	5		4		80
	10. Klasse	5	13	3	2		76
	Abitur	26	25	2	5		42
	(Fach-)Hochschule	8	7	7	2		76
Erwerbsstatus	erwerbstätig	11	16	4	4		65
	in Ausbildung	44	35	8	12	1	
	arbeitslos	5	10	1			84
	übrige Nicht-Erwerbstät.	4	1	1	1		93
Berufsgruppe	Arbeiter	14	18	4	6		58
	einf.-mittl. Angest./Beamte	10	14	4	5		66
	höh.-leit. Angest./Beamte	7	16	6	1		71
	Landw./Selbst./Freib.	7	16	2			75
Religion	keine, andere	11	11	2	4		72
	evangelisch	8	12	2	2		76
	katholisch	1	7	8	1		83

Tabelle A54

Zeilenprozent		Waren Sie persönlich von staatlicher Willkür oder Benachteiligung betroffen?			
		ja	nein	weiß nicht/keine Angabe	TNZ
Gesamt		16	53	1	30
Geschlecht	männlich	20	45	1	34
	weiblich	11	60	1	27
Alter	18-24 Jahre				100
	25-34 Jahre				100
	35-44 Jahre	11	42	2	45
	45-59 Jahre	22	73	2	4
	60 Jahre und älter	21	71		8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	13	59	1	27
	10. Klasse	17	56	1	26
	Abitur	8	28		64
	(Fach-)Hochschule	22	47		30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	15	46	2	37
	in Ausbildung				100
	arbeitslos	2	81		16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	20	66		14
Berufsgruppe	Arbeiter	9	44	4	42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	17	45	1	37
	höh.-leit. Angest./Beamte	15	50		34
	Landw./Selbst./Freib.	23	50		27
Religion	keine, andere	15	54	1	31
	evangelisch	16	54	1	29
	katholisch	24	41	1	34

Tabelle A55

Zeilenprozente		Haben Sie Familienangehörige, die von staatlicher Willkür oder Benachteiligung betroffen waren?		
		ja	nein	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		32	67	1
Geschlecht	männlich	37	63	1
	weiblich	27	71	2
Alter	18-24 Jahre	23	77	1
	25-34 Jahre	38	60	3
	35-44 Jahre	31	67	2
	45-59 Jahre	33	66	1
	60 Jahre und älter	30	70	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	30	68	2
	10. Klasse	32	67	1
	Abitur	28	71	2
	(Fach-)Hochschule	37	61	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	31	68	1
	in Ausbildung	27	73	
	arbeitslos	24	76	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	34	65	1
Berufsgruppe	Arbeiter	35	64	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	28	71	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	34	65	1
	Landw./Selbst./Freib.	38	60	1
Religion	keine, andere	31	68	1
	evangelisch	31	66	3
	katholisch	36	63	1

Tabelle A56

Zeilenprozent		Und wie ist das mit Freunden oder Bekannten?		
		ja	nein	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		32	62	6
Geschlecht	männlich	37	59	4
	weiblich	27	65	8
Alter	18-24 Jahre	33	58	8
	25-34 Jahre	26	67	7
	35-44 Jahre	29	66	5
	45-59 Jahre	37	58	5
	60 Jahre und älter	30	62	8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	25	66	9
	10. Klasse	33	62	5
	Abitur	36	60	4
	(Fach-)Hochschule	40	54	6
Erwerbsstatus	erwerbstätig	34	62	5
	in Ausbildung	29	64	7
	arbeitslos	30	65	5
	übrige Nicht-Erwerbstät.	30	61	9
Berufsgruppe	Arbeiter	33	57	10
	einf.-mittl. Angest./Beamte	28	69	3
	höh.-leit. Angest./Beamte	40	59	1
	Landw./Selbst./Freib.	53	45	2
Religion	keine, andere	30	64	6
	evangelisch	36	58	6
	katholisch	39	51	10

Tabelle A57

Zeilenprozent		Die DDR war ein Unrechtsstaat.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		26	32	21	16	4
Geschlecht	männlich	31	30	24	13	3
	weiblich	22	34	19	20	5
Alter	18-24 Jahre	23	34	36	3	4
	25-34 Jahre	17	45	26	9	3
	35-44 Jahre	25	37	22	13	3
	45-59 Jahre	26	29	23	15	7
	60 Jahre und älter	31	27	15	24	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	21	31	20	23	5
	10. Klasse	28	32	22	15	3
	Abitur	29	39	18	9	5
	(Fach-)Hochschule	32	30	24	12	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	27	32	26	10	5
	in Ausbildung	28	30	33	5	4
	arbeitslos	4	44	17	35	
	übrige Nicht- Erwerbstät.	28	30	15	24	3
Berufsgruppe	Arbeiter	27	38	27	6	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	27	28	27	11	7
	höh.-leit. Angest./Beamte	38	33	17	10	2
	Landw./Selbst./Freib.	23	28	22	15	12
	keine, andere	22	33	23	19	3
Religion	evangelisch	35	30	16	12	8
	katholisch	49	27	17	2	5

Tabelle A58

Zeilenprozente		Die Lebensleistung ehemaliger DDR-Bürger wird heute in Deutschland ausreichend anerkannt.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		9	22	41	23	5
Geschlecht	männlich	7	23	45	20	5
	weiblich	11	21	38	26	4
Alter	18-24 Jahre	1	42	51	7	
	25-34 Jahre	3	27	52	12	7
	35-44 Jahre	6	25	48	16	6
	45-59 Jahre	9	19	38	30	3
	60 Jahre und älter	14	20	35	26	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	15	18	39	23	5
	10. Klasse	6	23	39	26	6
	Abitur	7	28	50	12	3
	(Fach-)Hochschule	8	25	46	17	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	5	25	44	21	5
	in Ausbildung	3	26	57	14	
	arbeitslos	17	19	27	36	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	13	19	37	24	6
Berufsgruppe	Arbeiter	5	21	48	18	8
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	25	44	24	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	7	31	43	19	1
	Landw./Selbst./Freib.	5	27	29	27	12
Religion	keine, andere	9	21	42	24	4
	evangelisch	12	24	40	18	6
	katholisch	8	32	38	15	7

Tabelle A59

Zeilenprozente		Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		16	31	33	14	5
Geschlecht	männlich	13	27	39	15	5
	weiblich	19	36	28	12	4
Alter	18-24 Jahre	7	40	49		4
	25-34 Jahre	13	31	41	10	5
	35-44 Jahre	8	36	40	14	3
	45-59 Jahre	11	35	32	16	7
	60 Jahre und älter	27	26	26	16	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	31	28	29	11	1
	10. Klasse	10	35	32	15	8
	Abitur	10	29	43	15	4
	(Fach-)Hochschule	8	30	41	16	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	11	34	35	14	6
	in Ausbildung	7	41	44	5	2
	arbeitslos	27	32	29	11	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	24	26	30	15	5
Berufsgruppe	Arbeiter	14	41	31	10	5
	einf.-mittl. Angest./Beamte	10	31	38	17	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	4	14	49	22	11
	Landw./Selbst./Freib.	9	49	20	13	8
	keine, andere	20	32	31	12	4
Religion	evangelisch	7	32	38	15	7
	katholisch	1	20	42	34	4

Tabelle A60

Zeilenprozent		Was glauben Sie, wie ist der allgemeinen Lebensstandard in Thüringen heute verglichen mit der Zeit vor der Wende?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		44	40	9	3	4
Geschlecht	männlich	51	33	7	3	5
	weiblich	37	47	10	3	2
Alter	18-24 Jahre	43	50	7		
	25-34 Jahre	39	39	17		5
	35-44 Jahre	49	33	12	2	3
	45-59 Jahre	42	43	8	3	5
	60 Jahre und älter	46	39	6	6	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	40	39	11	5	4
	10. Klasse	42	44	9	2	4
	Abitur	60	28	8	2	2
	(Fach-)Hochschule	51	38	5	4	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	43	38	12	2	4
	in Ausbildung	49	45	7		
	arbeitslos	37	49	9		6
	übrige Nicht-Erwerbstät.	46	41	5	5	3
Berufsgruppe	Arbeiter	31	40	23	3	4
	einf.-mittl. Angest./Beamte	46	43	6	1	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	56	20	14	4	5
	Landw./Selbst./Freib.	51	33	8	2	6
Religion	keine, andere	39	43	11	3	4
	evangelisch	58	36	3	2	2
	katholisch	61	25	1	12	1

Tabelle A61

Zeilenprozent		Und wie ist das mit den Möglichkeiten politischer Beteiligung heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		36	43	9	2	10
Geschlecht	männlich	42	37	9	3	9
	weiblich	31	48	9	1	11
Alter	18-24 Jahre	60	35	5		
	25-34 Jahre	35	55	3	4	3
	35-44 Jahre	46	43	5	1	4
	45-59 Jahre	36	45	8	1	9
	60 Jahre und älter	29	36	14	3	18
Schulabschluss	unter 10. Klasse	24	43	13	3	18
	10. Klasse	39	44	8	2	7
	Abitur	50	43	1	3	4
	(Fach-)Hochschule	49	37	6	1	7
Erwerbsstatus	erwerbstätig	42	44	6	2	6
	in Ausbildung	61	32	5	2	
	arbeitslos	12	60	19		9
	übrige Nicht-Erwerbstät.	29	40	11	2	18
Berufsgruppe	Arbeiter	37	53	4	4	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	47	44	4	1	5
	höh.-leit. Angest./Beamte	53	34	6		7
	Landw./Selbst./Freib.	31	39	14	5	11
	keine, andere	34	44	9	2	10
Religion	evangelisch	40	42	3	4	12
	katholisch	47	26	17	1	9

Tabelle A62

Zeilenprozent		Und wie ist das mit der sozialen Sicherheit heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		7	25	44	21	3
Geschlecht	männlich	6	29	44	19	3
	weiblich	8	21	43	24	4
Alter	18-24 Jahre	1	51	40	8	
	25-34 Jahre	11	47	32	5	5
	35-44 Jahre	12	19	54	11	4
	45-59 Jahre	3	12	45	38	3
	60 Jahre und älter	7	24	44	21	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	9	33	37	20	1
	10. Klasse	5	21	45	24	5
	Abitur	11	25	45	18	1
	(Fach-)Hochschule	5	18	55	17	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	7	24	44	21	4
	in Ausbildung	8	41	42	7	1
	arbeitslos	3	10	52	36	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	7	26	42	21	3
Berufsgruppe	Arbeiter	8	32	48	12	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	6	22	44	23	5
	höh.-leit. Angest./Beamte	8	21	45	22	4
	Landw./Selbst./Freib.	4	14	40	36	7
Religion	keine, andere	7	24	43	23	3
	evangelisch	7	24	44	23	3
	katholisch	5	31	51	6	6

Tabelle A63

Zeilenprozente		Und wie ist das mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		1	9	48	40	3
Geschlecht	männlich	1	7	50	39	2
	weiblich	1	11	45	40	3
Alter	18-24 Jahre		31	40	30	
	25-34 Jahre	2	20	52	21	5
	35-44 Jahre		12	60	26	1
	45-59 Jahre	2	3	39	53	3
	60 Jahre und älter		4	50	43	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	1	8	46	43	2
	10. Klasse	1	10	45	41	3
	Abitur		13	51	34	1
	(Fach-)Hochschule		5	58	33	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	1	10	52	33	3
	in Ausbildung		27	46	26	1
	arbeitslos	1	12	21	67	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	2	4	46	45	3
Berufsgruppe	Arbeiter		15	56	28	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1	8	55	32	3
	höh.-leit. Angest./Beamte		7	51	41	1
	Landw./Selbst./Freib.	2	8	37	46	7
Religion	keine, andere	1	8	47	42	2
	evangelisch	1	16	47	34	2
	katholisch	1	6	59	28	6

Tabelle A64

Zeilenprozente		Und wie ist das mit dem Bildungswesen heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		10	30	32	19	9
Geschlecht	männlich	10	27	36	20	7
	weiblich	11	32	28	18	11
Alter	18-24 Jahre	27	43	17	13	
	25-34 Jahre	22	34	29	8	7
	35-44 Jahre	12	33	33	20	2
	45-59 Jahre	7	23	44	23	3
	60 Jahre und älter	5	31	26	20	17
Schulabschluss	unter 10. Klasse	11	35	23	17	14
	10. Klasse	10	26	35	21	8
	Abitur	12	38	34	14	2
	(Fach-)Hochschule	10	25	43	18	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	10	29	36	20	4
	in Ausbildung	18	47	21	12	1
	arbeitslos	17	17	42	25	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	8	30	27	18	17
Berufsgruppe	Arbeiter	13	29	42	12	4
	einf.-mittl.	8	34	33	18	6
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	11	18	44	25	1
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	10	15	32	38	5
Religion	keine, andere	9	32	32	21	6
	evangelisch	16	24	32	15	13
	katholisch	13	27	30	10	21

Tabelle A65

Zeilenprozente		Und wie ist das mit der Gesundheitsversorgung heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		17	40	25	12	7
Geschlecht	männlich	16	45	23	11	5
	weiblich	19	35	27	12	8
Alter	18-24 Jahre	30	58	10		2
	25-34 Jahre	29	43	15	3	10
	35-44 Jahre	23	46	25	3	3
	45-59 Jahre	10	33	32	18	7
	60 Jahre und älter	14	38	25	15	7
Schulabschluss	unter 10. Klasse	16	35	26	18	5
	10. Klasse	16	40	26	10	8
	Abitur	20	52	21	3	3
	(Fach-)Hochschule	22	41	22	7	8
Erwerbsstatus	erwerbstätig	17	41	27	8	6
	in Ausbildung	23	59	14		4
	arbeitslos	8	21	28	23	19
	übrige Nicht-Erwerbstät.	17	37	24	17	6
Berufsgruppe	Arbeiter	19	39	32	7	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	35	27	10	10
	höh.-leit. Angest./Beamte	16	49	22	11	2
	Landw./Selbst./Freib.	11	53	22	9	5
Religion	keine, andere	16	40	25	13	5
	evangelisch	20	35	24	9	12
	katholisch	20	46	26	2	6

Tabelle A66

Zeilenprozente		Und wie ist das mit den Entwicklungschancen von Kindern heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		19	38	28	9	7
Geschlecht	männlich	19	40	23	10	8
	weiblich	19	36	32	8	6
Alter	18-24 Jahre	27	40	33		
	25-34 Jahre	24	50	15	3	8
	35-44 Jahre	27	50	13	7	1
	45-59 Jahre	14	33	38	11	4
	60 Jahre und älter	15	33	29	11	11
Schulabschluss	unter 10. Klasse	14	36	33	10	8
	10. Klasse	20	37	26	9	7
	Abitur	19	55	21	4	1
	(Fach-)Hochschule	24	36	27	8	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	20	42	24	9	5
	in Ausbildung	24	46	26	2	2
	arbeitslos	20	8	64	8	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	16	36	27	10	11
Berufsgruppe	Arbeiter	17	48	25	7	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	41	23	10	7
	höh.-leit. Angest./Beamte	32	36	26	5	1
	Landw./Selbst./Freib.	23	37	25	11	4
Religion	keine, andere	16	36	31	10	7
	evangelisch	26	38	24	7	5
	katholisch	22	62	6	4	6

Tabelle A67

Zeilenprozent		Und wie ist das mit der Presse- und Meinungsfreiheit heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		47	40	6	3	4
Geschlecht	männlich	50	39	6	2	3
	weiblich	45	40	6	4	4
Alter	18-24 Jahre	51	41		9	
	25-34 Jahre	47	43	8	1	2
	35-44 Jahre	54	34	6	4	2
	45-59 Jahre	44	41	5	6	4
	60 Jahre und älter	48	39	7		5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	33	48	11	3	5
	10. Klasse	51	38	4	4	4
	Abitur	67	29	2		2
	(Fach-)Hochschule	60	31	5	2	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	51	38	7	2	2
	in Ausbildung	58	37		5	
	arbeitslos	20	48	3	21	7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	46	41	7	1	6
Berufsgruppe	Arbeiter	48	43	7	1	1
	einf.-mittl.	50	38	8	1	3
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	64	22	9	4	1
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	48	35		8	8
Religion	keine, andere	44	42	7	3	4
	evangelisch	63	29	5	1	3
	katholisch	48	39	1	5	8

Tabelle A68

Zeilenprozent		Und wie ist das mit Umweltschutz heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		48	36	8	2	6
Geschlecht	männlich	54	34	4	2	6
	weiblich	43	39	11	1	7
Alter	18-24 Jahre	27	55	6		12
	25-34 Jahre	56	27	6	1	11
	35-44 Jahre	57	26	5	3	9
	45-59 Jahre	51	34	10	3	2
	60 Jahre und älter	43	42	8	1	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	42	36	15	2	4
	10. Klasse	47	37	5	1	9
	Abitur	58	35	2	1	4
	(Fach-)Hochschule	60	34	2	1	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	54	32	5	3	6
	in Ausbildung	35	50	1	2	11
	arbeitslos	24	40	34		3
	übrige Nicht-Erwerbstät.	45	40	8		7
Berufsgruppe	Arbeiter	58	32	4	4	1
	einf.-mittl.	55	29	6	3	7
	Angest./Beamte	69	22	5		4
	höh.-leit.	43	41	2		13
	Angest./Beamte					
Religion	keine, andere	46	37	8	2	7
	evangelisch	56	35	6		3
	katholisch	52	34	8	1	5

Tabelle A69

Zeilenprozente		Und wie ist das mit der Vertrauenswürdigkeit der Behörden heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		10	45	24	10	11
Geschlecht	männlich	10	45	27	8	9
	weiblich	10	45	21	11	13
Alter	18-24 Jahre	21	68	5	4	3
	25-34 Jahre	14	52	15	4	15
	35-44 Jahre	9	60	16	5	10
	45-59 Jahre	7	37	25	18	13
	60 Jahre und älter	10	40	32	8	10
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	39	29	15	10
	10. Klasse	8	44	26	8	13
	Abitur	22	66	5	3	4
	(Fach-)Hochschule	18	47	18	6	12
Erwerbsstatus	erwerbstätig	10	45	24	9	12
	in Ausbildung	28	67	1		5
	arbeitslos	3	28	24	38	7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	9	45	27	8	11
Berufsgruppe	Arbeiter	9	46	27	11	8
	einf.-mittl. Angest./Beamte	8	48	22	6	16
	höh.-leit. Angest./Beamte	19	43	23	7	8
	Landw./Selbst./Freib.	12	29	26	14	19
	keine, andere	7	45	26	11	11
Religion	evangelisch	20	43	17	6	15
	katholisch	24	48	22	3	4

Tabelle A70

Zeilenprozente		Und wie ist das mit der staatlichen Überwachung heutzutage?				
		Viel besser	Etwas besser	Etwas schlechter	Viel schlechter	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		12	40	16	9	22
Geschlecht	männlich	11	41	19	9	20
	weiblich	14	39	14	9	24
Alter	18-24 Jahre	21	62	6	6	5
	25-34 Jahre	14	58	14	2	12
	35-44 Jahre	14	44	15	7	20
	45-59 Jahre	9	37	19	10	25
	60 Jahre und älter	12	31	18	12	27
Schulabschluss	unter 10. Klasse	6	40	12	14	27
	10. Klasse	14	39	18	6	23
	Abitur	15	56	17	5	6
	(Fach-)Hochschule	20	36	19	6	19
Erwerbsstatus	erwerbstätig	12	44	18	5	21
	in Ausbildung	16	63	16	5	1
	arbeitslos	10	27	8	24	30
	übrige Nicht-Erwerbstät.	13	33	16	12	26
Berufsgruppe	Arbeiter	9	51	14	2	24
	einf.-mittl. Angest./Beamte	12	43	17	6	21
	höh.-leit. Angest./Beamte	27	41	15	7	10
	Landw./Selbst./Freib.	8	38	25	10	20
	keine, andere	10	41	18	10	21
Religion	evangelisch	21	42	7	5	25
	katholisch	14	29	24	4	28

Tabelle A71

Zeilenprozente		Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?			
		Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage (spontan)	Nachteile überwiegen	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		76	9	13	2
Geschlecht	männlich	77	10	11	2
	weiblich	76	8	14	2
Alter	18-24 Jahre	72	6	18	4
	25-34 Jahre	78	1	17	3
	35-44 Jahre	87	6	5	2
	45-59 Jahre	79	5	15	1
	60 Jahre und älter	71	16	11	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	64	14	20	2
	10. Klasse	79	8	11	3
	Abitur	87	4	8	1
	(Fach-)Hochschule	91	4	4	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	81	5	12	1
	in Ausbildung	80	2	14	4
	arbeitslos	60	3	36	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	72	16	10	3
Berufsgruppe	Arbeiter	69	6	25	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	86	4	9	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	90	2	7	1
	Landw./Selbst./Freib.	84	12	2	1
Religion	keine, andere	73	10	14	3
	evangelisch	82	7	11	
	katholisch	93	3	4	

Tabelle A72

Zeilenprozente		Würden Sie sagen, dass für Ostdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?			
		Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage (spontan)	Nachteile überwiegen	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		66	7	24	3
Geschlecht	männlich	70	5	23	2
	weiblich	62	8	25	4
Alter	18-24 Jahre	60	1	36	3
	25-34 Jahre	66	7	23	4
	35-44 Jahre	82	4	13	1
	45-59 Jahre	59	6	31	4
	60 Jahre und älter	66	10	21	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	58	7	32	2
	10. Klasse	65	9	23	4
	Abitur	79	1	16	4
	(Fach-)Hochschule	79	5	13	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	69	5	23	2
	in Ausbildung	63	2	32	3
	arbeitslos	41	7	52	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	65	10	20	5
Berufsgruppe	Arbeiter	57	7	35	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	73	4	20	3
	höh.-leit. Angest./Beamte	80	4	15	
	Landw./Selbst./Freib.	74	8	15	3
Religion	keine, andere	61	8	27	4
	evangelisch	79	4	16	1
	katholisch	82	3	15	

Tabelle A73

Zeilenprozente		Würden Sie sagen, dass für Westdeutschland alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?			
		Vorteile überwiegen	Weder noch, hält sich die Waage (spontan)	Nachteile überwiegen	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		68	8	16	9
Geschlecht	männlich	78	4	11	8
	weiblich	59	11	20	9
Alter	18-24 Jahre	69	4	22	6
	25-34 Jahre	66	9	16	10
	35-44 Jahre	72	3	22	3
	45-59 Jahre	73	6	15	6
	60 Jahre und älter	64	11	12	13
Schulabschluss	unter 10. Klasse	61	11	18	10
	10. Klasse	70	7	14	9
	Abitur	76	2	16	6
	(Fach-)Hochschule	77	5	11	6
Erwerbsstatus	erwerbstätig	70	5	18	6
	in Ausbildung	62	5	28	5
	arbeitslos	62	17	9	12
	übrige Nicht-Erwerbstät.	67	10	11	12
Berufsgruppe	Arbeiter	68	5	19	9
	einf.-mittl.	69	6	18	6
	Angest./Beamte	82	3	14	1
	höh.-leit.	78	5	14	3
	Angest./Beamte	78	5	14	3
Religion	keine, andere	66	9	16	9
	evangelisch	75	5	14	6
	katholisch	72	4	10	14

Tabelle A74

Zeilenprozent		Haben Sie im Herbst 1989 an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten teilgenommen?			
		ja	nein	weiß nicht/keine Angabe	TNZ
Gesamt		25	45		30
Geschlecht	männlich	29	37		34
	weiblich	20	52		27
Alter	18-24 Jahre				100
	25-34 Jahre				100
	35-44 Jahre	24	31		45
	45-59 Jahre	33	63		4
	60 Jahre und älter	32	60		8
Schulabschluss	unter 10. Klasse	18	55		27
	10. Klasse	30	44		26
	Abitur	21	15		64
	(Fach-)Hochschule	24	45		30
Erwerbsstatus	erwerbstätig	24	39		37
	in Ausbildung				100
	arbeitslos	19	65		16
	übrige Nicht-Erwerbstät.	29	56		14
Berufsgruppe	Arbeiter	20	38		42
	einf.-mittl.				
	Angest./Beamte	26	37		37
	höh.-leit.				
	Angest./Beamte	21	45		34
Landw./Selbst./Freib.	35	38		27	
Religion	keine, andere	23	46		31
	evangelisch	28	43		29
	katholisch	29	36		34

Tabelle A75

Zeilenprozent		Haben Ihre Eltern im Herbst 1989 an den Montagsdemonstrationen oder den Friedensgebeten teilgenommen?			
		ja	nein	weiß nicht/keine Angabe	TNZ
Gesamt		4	16	6	74
Geschlecht	männlich	5	14	9	72
	weiblich	3	17	4	76
Alter	18-24 Jahre	14	56	30	
	25-34 Jahre	19	54	26	0.26626
	35-44 Jahre	5	35	3	57
	45-59 Jahre				100
	60 Jahre und älter				100
Schulabschluss	unter 10. Klasse	3	10	7	80
	10. Klasse	3	15	6	76
	Abitur	12	39	8	42
	(Fach-)Hochschule	6	16	2	76
Erwerbsstatus	erwerbstätig	7	20	8	65
	in Ausbildung	15	65	19	0.69092
	arbeitslos	3	12	1	84
	übrige Nicht-Erwerbstät.		4	3	93
Berufsgruppe	Arbeiter	10	22	11	58
	einf.-mittl.	7	22	5	66
	Angest./Beamte	3	16	10	71
	höh.-leit.	1	17	6	75
	Angest./Beamte				
Landw./Selbst./Freib.					
Religion	keine, andere	4	17	7	72
	evangelisch	3	15	5	76
	katholisch	5	12		83

Tabelle A76

Zeilenprozente		Wie haben sich Ihre Erwartungen erfüllt, die Sie 1989/1990 hatten? Haben sich Ihre Hoffnungen:					TNZ
		Hoffnungen im Großen und Ganzen erfüllt	nicht überall aber in wichtigen Teilen erfüllt	in nur geringem Maße erfüllt	gar nicht erfüllt	weiß nicht/keine Angabe	
Gesamt		17	29	17	4	7	26
Geschlecht	männlich	20	26	17	3	5	28
	weiblich	14	32	16	5	8	24
Alter	18-24 Jahre						100
	25-34 Jahre						100
	35-44 Jahre	14	22	11	4	5	43
	45-59 Jahre	24	34	28	5	9	
	60 Jahre und älter	22	44	19	6	9	
Schulabschluss	unter 10. Klasse	15	31	20	6	9	20
	10. Klasse	17	31	17	4	6	24
	Abitur	14	16	9	1	1	58
	(Fach-)Hochschule	23	29	13	3	7	24
Erwerbsstatus	erwerbstätig in Ausbildung	17	25	13	3	6	35
	arbeitslos	4	16	57	7		100
	übrige Nicht-Erwerbstät.	21	40	18	6	9	16
Berufsgruppe	Arbeiter	10	29	14	4	2	42
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	23	14	2	9	34
	höh.-leit. Angest./Beamte	30	25	10	1	5	29
	Landw./Selbst./Freib.	20	25	15	8	7	25
Religion	keine, andere	15	27	19	5	7	28
	evangelisch	22	34	13	3	5	24
	katholisch	26	47	6	1	3	17

Tabelle A77

Zeilenprozente		Haben Sie in den letzten zwei Jahren einen Ort der Erinnerung an die SED-Diktatur oder eine Gedenkstätte für die SED-Opfer besucht?				
		immer wieder	selten	nur einmal	nein	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		4	4	9	82	1
Geschlecht	männlich	6	5	10	78	1
	weiblich	3	3	8	87	
Alter	18-24 Jahre		16	24	60	
	25-34 Jahre	4	4	3	88	
	35-44 Jahre	4	2	9	84	
	45-59 Jahre	4	2	9	84	1
	60 Jahre und älter	5	4	8	82	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	6	4	4	85	1
	10. Klasse	3	2	9	85	1
	Abitur	4	6	20	70	
	(Fach-)Hochschule	7	7	11	74	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	3	8	84	
	in Ausbildung	5	9	23	63	
	arbeitslos	5	7		88	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	5	4	9	82	1
Berufsgruppe	Arbeiter	1	2	9	87	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	2	8	84	
	höh.-leit. Angest./Beamte	9	8	15	68	
	Landw./Selbst./Freib.	2	2	6	90	
	keine, andere	5	4	8	82	
Religion	evangelisch	2	2	11	82	3
	katholisch	6	2	8	84	

Tabelle A78

Zeilenprozente		Was ist Ihrer Meinung nach bei der Aufarbeitung am wichtigsten? Sind dies...				
		die Vermittlung demokratischer Werte	der Dialog und die Versöhnung	das Gedenken und die Entschädigung der Opfer	[Spontan:] sind gleichwichtig	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		22	35	26	6	11
Geschlecht	männlich	22	36	21	10	12
	weiblich	22	34	31	3	10
Alter	18-24 Jahre	37	11	41	2	10
	25-34 Jahre	23	35	28	2	12
	35-44 Jahre	34	26	22	5	14
	45-59 Jahre	19	40	28	7	5
	60 Jahre und älter	17	38	22	9	14
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	34	32	7	16
	10. Klasse	22	36	26	6	10
	Abitur	44	28	20	4	4
	(Fach-)Hochschule	35	41	12	9	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	24	33	27	6	10
	in Ausbildung	43	24	28	2	2
	arbeitslos	13	31	46		10
	übrige Nicht-Erwerbstät.	17	40	21	9	13
Berufsgruppe	Arbeiter	21	30	36	6	7
	einf.-mittl. Angest./Beamte	25	33	24	8	10
	höh.-leit. Angest./Beamte	38	28	20	2	11
	Landw./Selbst./Freib.	19	39	24	4	14
Religion	keine, andere	20	37	25	6	13
	evangelisch	28	30	29	8	5
	katholisch	28	31	27	13	2

Tabelle A79

Zeilenprozent		Westdeutsche behandeln Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		29	28	22	18	4
Geschlecht	männlich	24	23	25	24	4
	weiblich	33	32	20	12	3
Alter	18-24 Jahre	21	19	41	15	4
	25-34 Jahre	42	27	15	9	6
	35-44 Jahre	19	31	31	18	1
	45-59 Jahre	18	32	23	23	3
	60 Jahre und älter	36	25	18	17	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	50	25	12	10	3
	10. Klasse	21	29	25	21	5
	Abitur	11	34	28	23	3
	(Fach-)Hochschule	13	26	37	21	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	24	29	24	20	3
	in Ausbildung	11	32	41	13	3
	arbeitslos	28	35	22	13	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	37	25	17	16	5
Berufsgruppe	Arbeiter	42	25	16	15	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	16	33	28	19	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	24	23	32	19	3
	Landw./Selbst./Freib.	11	29	20	34	7
	keine, andere	30	30	21	15	4
Religion	evangelisch	26	22	27	20	4
	katholisch	22	19	24	35	1

Tabelle A80

Zeilenprozente		Ostdeutsche und Westdeutsche haben heute die gleichen Lebenschancen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		23	32	27	17	2
Geschlecht	männlich	25	32	26	15	1
	weiblich	20	32	28	19	2
Alter	18-24 Jahre	6	36	47	11	
	25-34 Jahre	13	42	33	12	
	35-44 Jahre	28	42	22	8	
	45-59 Jahre	25	26	26	23	
	60 Jahre und älter	25	28	23	19	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	18	25	31	21	4
	10. Klasse	26	32	24	18	
	Abitur	19	42	27	12	
	(Fach-)Hochschule	24	40	26	9	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	23	35	26	15	
	in Ausbildung	11	35	46	7	
	arbeitslos	9	32	27	32	
	übrige Nicht- Erwerbstät.	25	26	26	19	4
Berufsgruppe	Arbeiter	17	40	29	14	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	24	37	24	15	
	höh.-leit. Angest./Beamte	24	31	25	20	
	Landw./Selbst./Freib.	36	23	23	18	
	keine, andere	21	30	28	20	1
Religion	evangelisch	27	35	23	13	2
	katholisch	28	38	24	2	7

Tabelle A81

Zeilenprozent		25 Jahre nach dem Ende der DDR sollte die Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit aufhören.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		40	18	15	25	2
Geschlecht	männlich	35	18	16	29	3
	weiblich	46	18	14	21	1
Alter	18-24 Jahre	29	26	24	21	
	25-34 Jahre	28	21	27	18	7
	35-44 Jahre	40	21	17	22	
	45-59 Jahre	42	16	13	28	1
	60 Jahre und älter	46	15	10	27	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	51	18	9	17	5
	10. Klasse	41	18	13	27	1
	Abitur	24	15	27	34	
	(Fach-)Hochschule	24	17	28	30	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	39	20	15	25	2
	in Ausbildung	20	18	37	25	
	arbeitslos	65	8	13	15	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	42	17	13	26	2
Berufsgruppe	Arbeiter	44	17	8	24	7
	einf.-mittl. Angest./Beamte	35	23	19	22	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	26	15	24	34	1
	Landw./Selbst./Freib.	51	13	9	27	
	keine, andere	44	17	15	22	2
Religion	evangelisch	34	22	16	26	2
	katholisch	22	13	13	52	1

Tabelle A82

Zeilenprozent		Heute geht es den Nutznießern des SED-Regimes oft besser als den Opfern.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		29	30	13	8	20
Geschlecht	männlich	29	29	14	10	19
	weiblich	29	31	12	7	21
Alter	18-24 Jahre	5	49	22	5	18
	25-34 Jahre	14	34	11	5	36
	35-44 Jahre	20	40	24	5	12
	45-59 Jahre	39	27	13	7	14
	60 Jahre und älter	34	24	8	12	21
Schulabschluss	unter 10. Klasse	33	25	8	10	25
	10. Klasse	32	31	13	7	18
	Abitur	16	40	21	6	17
	(Fach-)Hochschule	20	33	21	10	16
Erwerbsstatus	erwerbstätig	26	32	17	6	19
	in Ausbildung	5	50	15	5	25
	arbeitslos	41	28	19	9	3
	übrige Nicht-Erwerbstät.	34	25	7	11	23
Berufsgruppe	Arbeiter	31	32	12	4	20
	einf.-mittl. Angest./Beamte	21	31	18	8	21
	höh.-leit. Angest./Beamte	28	32	25	7	9
	Landw./Selbst./Freib.	34	27	13	10	16
	keine, andere	28	27	14	9	22
Religion	evangelisch	27	39	12	5	17
	katholisch	38	43	11	2	6

Tabelle A83

Zeilenprozente		Seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurden ernsthafte Anstrengungen unternommen, das DDR-Unrecht wieder gutzumachen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		20	43	16	7	14
Geschlecht	männlich	20	48	13	8	11
	weiblich	20	37	19	6	17
Alter	18-24 Jahre	22	44	24	4	6
	25-34 Jahre	14	58	15	6	8
	35-44 Jahre	14	50	17	7	13
	45-59 Jahre	19	38	19	9	16
	60 Jahre und älter	26	38	12	6	18
Schulabschluss	unter 10. Klasse	22	41	15	5	17
	10. Klasse	19	42	15	9	14
	Abitur	19	42	24	5	11
	(Fach-)Hochschule	20	49	16	5	11
Erwerbsstatus	erwerbstätig	16	47	15	9	12
	in Ausbildung	23	43	23		10
	arbeitslos	20	28	40	9	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	24	39	12	6	19
Berufsgruppe	Arbeiter	19	55	12	9	6
	einf.-mittl. Angest./Beamte	16	42	18	7	17
	höh.-leit. Angest./Beamte	14	50	19	9	8
	Landw./Selbst./Freib.	14	43	16	10	16
Religion	keine, andere	20	41	17	7	15
	evangelisch	19	43	15	7	16
	katholisch	20	58	7	4	11

Tabelle A84

Zeilenprozent		Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde vielfach neues Unrecht geschaffen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		27	33	23	8	10
Geschlecht	männlich	29	30	24	10	7
	weiblich	24	36	21	6	12
Alter	18-24 Jahre	18	30	51		
	25-34 Jahre	11	54	20	6	9
	35-44 Jahre	12	40	22	9	17
	45-59 Jahre	33	29	20	11	7
	60 Jahre und älter	34	26	22	7	11
Schulabschluss	unter 10. Klasse	32	36	18	3	11
	10. Klasse	26	30	22	11	10
	Abitur	18	34	38	6	3
	(Fach-)Hochschule	21	35	26	10	8
Erwerbsstatus	erwerbstätig	22	40	20	9	9
	in Ausbildung	17	30	50	1	2
	arbeitslos	35	26	15	15	8
	übrige Nicht- Erwerbstät.	32	26	23	7	12
Berufsgruppe	Arbeiter	19	48	18	6	9
	einf.-mittl. Angest./Beamte	22	38	19	10	10
	höh.-leit. Angest./Beamte	19	33	32	9	6
	Landw./Selbst./Freib.	34	27	23	8	8
Religion	keine, andere	29	33	21	8	9
	evangelisch	15	36	27	7	15
	katholisch	29	27	28	11	4

Tabelle A85

Zeilenprozente		Auch die ehemaligen Funktionäre haben ein Recht auf eine Würdigung ihrer Lebensleistung.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		21	33	24	16	6
Geschlecht	männlich	17	36	24	17	6
	weiblich	25	30	24	14	6
Alter	18-24 Jahre	16	59	17	5	3
	25-34 Jahre	11	51	20	6	12
	35-44 Jahre	21	33	27	17	2
	45-59 Jahre	22	29	23	21	5
	60 Jahre und älter	25	25	27	17	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	32	27	21	13	7
	10. Klasse	17	35	24	21	3
	Abitur	13	32	33	9	13
	(Fach-)Hochschule	13	40	27	12	8
Erwerbsstatus	erwerbstätig	17	37	24	17	5
	in Ausbildung	17	50	29	1	3
	arbeitslos	50	32	9	7	2
	übrige Nicht- Erwerbstät.	22	26	26	17	9
Berufsgruppe	Arbeiter	20	47	19	12	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	35	25	14	7
	höh.-leit. Angest./Beamte	6	34	29	27	4
	Landw./Selbst./Freib.	14	28	24	29	5
	keine, andere	23	33	24	13	6
Religion	evangelisch	15	32	26	20	7
	katholisch	10	34	23	32	2

Tabelle A86

Zeilenprozent		Im Schulunterricht sollte die DDR-Geschichte stärker thematisiert werden.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		44	29	12	6	9
Geschlecht	männlich	40	30	12	8	10
	weiblich	47	28	12	5	8
Alter	18-24 Jahre	39	47	14		
	25-34 Jahre	44	33	13	2	8
	35-44 Jahre	36	29	11	7	17
	45-59 Jahre	44	25	12	7	13
	60 Jahre und älter	47	27	12	9	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	50	25	6	11	9
	10. Klasse	45	28	14	5	8
	Abitur	30	43	19	4	4
	(Fach-)Hochschule	33	31	16	4	16
Erwerbsstatus	erwerbstätig	43	30	12	7	9
	in Ausbildung	42	38	19		
	arbeitslos	41	21	17		22
	übrige Nicht-Erwerbstät.	46	26	11	8	9
Berufsgruppe	Arbeiter	61	31	7		1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	36	31	13	9	11
	höh.-leit. Angest./Beamte	41	25	19	3	12
	Landw./Selbst./Freib.	28	28	12	14	17
	keine, andere	45	27	13	6	10
Religion	evangelisch	40	39	11	4	7
	katholisch	39	27	11	14	8

Tabelle A87

Zeilenprozent		In diesen Zeiten brauchen wir unbedingt eine starke Hand.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		34	31	12	19	5
Geschlecht	männlich	34	29	14	22	1
	weiblich	33	32	10	16	8
Alter	18-24 Jahre	17	56	21	6	
	25-34 Jahre	25	46	11	14	4
	35-44 Jahre	35	36	13	16	
	45-59 Jahre	36	19	11	27	6
	60 Jahre und älter	38	28	11	18	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	46	34	8	6	7
	10. Klasse	34	30	10	21	4
	Abitur	14	33	25	28	
	(Fach-)Hochschule	15	23	19	40	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	33	29	11	23	5
	in Ausbildung	10	58	23	10	
	arbeitslos	59	17	12	7	5
	übrige Nicht-Erwerbstät.	35	31	12	17	5
Berufsgruppe	Arbeiter	42	30	7	19	2
	einf.-mittl.	25	34	14	18	8
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	20	21	14	44	1
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	45	17	8	30	
Religion	keine, andere	36	30	12	17	5
	evangelisch	26	36	12	23	3
	katholisch	26	31	16	27	

Tabelle A88

Zeilenprozent		Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		27	34	19	20	1
Geschlecht	männlich	32	31	19	16	2
	weiblich	22	36	18	23	1
Alter	18-24 Jahre	31	24	32	13	
	25-34 Jahre	13	35	29	22	1
	35-44 Jahre	16	40	23	21	
	45-59 Jahre	22	28	18	29	2
	60 Jahre und älter	39	37	11	12	1
Schulabschluss	unter 10. Klasse	45	34	14	6	
	10. Klasse	21	35	18	23	2
	Abitur	11	31	22	35	1
	(Fach-)Hochschule	12	31	28	28	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	20	34	23	21	2
	in Ausbildung	23	27	25	24	1
	arbeitslos	29	16	13	43	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	36	37	12	14	1
Berufsgruppe	Arbeiter	25	38	20	16	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	17	34	27	21	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	20	24	24	31	
	Landw./Selbst./Freib.	20	40	11	22	7
Religion	keine, andere	27	35	17	20	1
	evangelisch	30	28	22	18	1
	katholisch	19	33	28	16	4

Tabelle A89

Zeilenprozent		Für Behinderte wird in Deutschland zu viel Aufwand betrieben.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		1	4	18	75	2
Geschlecht	männlich	1	5	22	72	
	weiblich	1	3	14	77	4
Alter	18-24 Jahre			23	76	1
	25-34 Jahre		8	22	70	
	35-44 Jahre	4	1	18	77	
	45-59 Jahre	1	4	16	75	4
	60 Jahre und älter		5	17	76	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse		6	18	71	5
	10. Klasse	2	3	18	77	
	Abitur		4	17	78	1
	(Fach-)Hochschule	1	4	18	76	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	1	5	20	73	1
	in Ausbildung		2	20	78	
	arbeitslos			12	72	17
	übrige Nicht-Erwerbstät.		5	16	77	2
Berufsgruppe	Arbeiter	1	4	26	68	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	1	4	19	75	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	4	6	19	70	1
	Landw./Selbst./Freib.	1	7	11	81	
	keine, andere	1	5	19	74	2
Religion	evangelisch	1	2	17	80	
	katholisch	2	3	12	74	8

Tabelle A90

Zeilenprozent		Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		5	9	21	64	1
Geschlecht	männlich	4	10	24	61	1
	weiblich	6	7	17	67	1
Alter	18-24 Jahre		10	38	52	
	25-34 Jahre	5	9	28	58	
	35-44 Jahre	1	9	22	66	1
	45-59 Jahre	6	4	14	75	1
	60 Jahre und älter	7	11	20	60	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	12	28	49	1
	10. Klasse	3	7	16	73	1
	Abitur	3	9	26	62	
	(Fach-)Hochschule	2	5	16	75	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	6	20	70	1
	in Ausbildung	5	11	38	46	
	arbeitslos	17	6	24	53	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	7	12	19	61	2
Berufsgruppe	Arbeiter	3	5	34	58	
	einf.-mittl.					
	Angest./Beamte	3	4	17	74	2
	höh.-leit.					
	Angest./Beamte		3	13	84	
Landw./Selbst./Freib.	3	15	8	75	1	
Religion	keine, andere	5	9	19	66	1
	evangelisch	6	8	25	59	2
	katholisch	3	6	26	63	1

Tabelle A91

Zeilenprozent		Die eingetragene Partnerschaft zwischen zwei Frauen oder zwei Männern sollte der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau völlig gleichgestellt werden, mit allen Rechten und Pflichten.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		55	17	7	18	3
Geschlecht	männlich	46	18	9	23	4
	weiblich	63	17	6	13	1
Alter	18-24 Jahre	80	12	5	4	
	25-34 Jahre	68	26	2	1	4
	35-44 Jahre	57	17	12	13	1
	45-59 Jahre	59	15	5	17	4
	60 Jahre und älter	42	16	10	30	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	37	25	9	27	2
	10. Klasse	62	13	7	15	3
	Abitur	69	16	5	9	1
	(Fach-)Hochschule	64	13	8	13	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	61	16	7	13	3
	in Ausbildung	84	11	2	2	
	arbeitslos	45	18	5	25	7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	44	19	9	26	2
Berufsgruppe	Arbeiter	55	23	6	11	6
	einf.-mittl. Angest./Beamte	66	16	7	10	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	61	12	10	17	
	Landw./Selbst./Freib.	57	13	7	23	
Religion	keine, andere	57	17	8	17	2
	evangelisch	54	20	6	16	4
	katholisch	38	16	8	38	

Tabelle A92

Zeilenprozent		Eine Beziehung zwischen Personen desselben Geschlechts ist unnatürlich.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		15	9	13	60	3
Geschlecht	männlich	19	9	17	51	4
	weiblich	11	8	9	69	3
Alter	18-24 Jahre	2	14	5	79	
	25-34 Jahre		10	13	73	3
	35-44 Jahre	12	7	22	59	1
	45-59 Jahre	12	5	9	73	1
	60 Jahre und älter	27	11	14	42	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	25	11	18	40	6
	10. Klasse	11	8	10	69	2
	Abitur	8	7	13	72	
	(Fach-)Hochschule	10	6	12	67	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	9	7	15	67	2
	in Ausbildung	2	9	2	87	
	arbeitslos	14	1	9	75	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	25	12	12	45	6
Berufsgruppe	Arbeiter	10	7	21	59	4
	einf.-mittl. Angest./Beamte	5	5	13	75	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	4	6	18	72	1
	Landw./Selbst./Freib.	20	12	8	59	1
Religion	keine, andere	15	8	14	60	2
	evangelisch	17	9	12	60	2
	katholisch	10	11	8	55	16

Tabelle A93

Zeilenprozent		Die meisten Langzeitarbeitslosen machen sich auf Kosten der Anderen ein schönes Leben.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		21	32	22	20	5
Geschlecht	männlich	20	30	22	22	6
	weiblich	22	33	22	18	5
Alter	18-24 Jahre	21	26	33	20	
	25-34 Jahre	24	29	23	20	4
	35-44 Jahre	23	41	15	19	2
	45-59 Jahre	21	27	20	25	7
	60 Jahre und älter	18	34	23	17	7
Schulabschluss	unter 10. Klasse	27	35	17	16	5
	10. Klasse	21	29	22	22	6
	Abitur	12	42	25	19	2
	(Fach-)Hochschule	9	25	34	30	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	26	29	22	17	6
	in Ausbildung	8	36	33	23	
	arbeitslos	12	25	11	51	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	18	35	22	20	6
Berufsgruppe	Arbeiter	40	23	24	11	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	31	22	17	9
	höh.-leit. Angest./Beamte	12	40	19	27	2
	Landw./Selbst./Freib.	21	27	18	30	5
	keine, andere	22	34	19	20	5
Religion	evangelisch	16	30	25	22	7
	katholisch	20	11	39	24	5

Tabelle A94

Zeilenprozent		Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		20	18	20	37	5
Geschlecht	männlich	19	17	20	40	5
	weiblich	20	19	21	34	6
Alter	18-24 Jahre	6	3	36	48	6
	25-34 Jahre	13	26	20	37	3
	35-44 Jahre	9	29	22	33	6
	45-59 Jahre	23	13	15	44	6
	60 Jahre und älter	26	17	21	31	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	33	21	14	30	2
	10. Klasse	16	16	20	41	8
	Abitur	4	19	34	38	5
	(Fach-)Hochschule	12	17	29	39	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	18	19	21	36	6
	in Ausbildung	1	17	31	51	
	arbeitslos	6	11	14	61	8
	übrige Nicht-Erwerbstät.	26	18	19	32	5
Berufsgruppe	Arbeiter	13	27	20	35	5
	einf.-mittl. Angest./Beamte	23	16	23	34	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	22	19	15	39	6
	Landw./Selbst./Freib.	8	12	16	51	13
	keine, andere	23	19	16	36	5
Religion	evangelisch	10	14	33	37	5
	katholisch	7	16	32	44	

Tabelle A95

Zeilenprozent		Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		16	11	22	49	2
Geschlecht	männlich	18	10	20	49	3
	weiblich	15	12	24	48	1
Alter	18-24 Jahre		8	38	54	
	25-34 Jahre	24	15	21	40	
	35-44 Jahre	9	22	23	43	2
	45-59 Jahre	18	8	16	55	2
	60 Jahre und älter	16	9	24	48	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	24	11	24	39	1
	10. Klasse	16	12	21	49	3
	Abitur	7	12	20	61	1
	(Fach-)Hochschule	4	9	20	65	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	17	12	22	47	1
	in Ausbildung		7	24	69	
	arbeitslos	23	14	6	52	6
	übrige Nicht- Erwerbstät.	17	10	24	47	3
Berufsgruppe	Arbeiter	18	14	22	46	
	einf.-mittl. Angest./Beamte	18	10	24	46	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	5	18	20	56	
	Landw./Selbst./Freib.	15	13	12	55	6
Religion	keine, andere	19	12	21	46	2
	evangelisch	6	10	25	56	3
	katholisch	10	6	27	57	

Tabelle A96

Zeilenprozent		Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		7	21	29	36	6
Geschlecht	männlich	8	21	24	41	6
	weiblich	7	21	34	31	7
Alter	18-24 Jahre	7	35	41	10	6
	25-34 Jahre	4	25	39	31	2
	35-44 Jahre	1	22	37	37	3
	45-59 Jahre	11	14	22	46	7
	60 Jahre und älter	9	22	26	34	9
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	25	20	37	11
	10. Klasse	6	14	33	42	4
	Abitur	8	27	45	19	1
	(Fach-)Hochschule	11	31	29	24	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	6	19	34	35	6
	in Ausbildung	9	39	35	13	3
	arbeitslos	7	8	22	56	7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	8	22	24	39	8
Berufsgruppe	Arbeiter	4	20	36	39	1
	einf.-mittl.	8	18	37	28	9
	Angest./Beamte	8	24	28	38	2
	höh.-leit.	8	24	28	38	2
	Angest./Beamte	14	20	19	42	6
Religion	keine, andere	6	20	28	40	6
	evangelisch	11	21	36	24	8
	katholisch	12	30	31	24	2

Tabelle A97

Zeilenprozente		Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		20	26	23	14	17
Geschlecht	männlich	19	31	23	11	16
	weiblich	20	21	23	16	18
Alter	18-24 Jahre	4	9	56	19	11
	25-34 Jahre	15	32	30	12	11
	35-44 Jahre	16	28	30	12	14
	45-59 Jahre	24	31	16	11	19
	60 Jahre und älter	22	22	19	16	20
Schulabschluss	unter 10. Klasse	24	28	14	12	21
	10. Klasse	22	27	22	13	16
	Abitur	8	22	45	15	10
	(Fach-)Hochschule	8	21	36	19	16
Erwerbsstatus	erwerbstätig	19	30	25	10	17
	in Ausbildung		15	52	19	14
	arbeitslos	37	26	10	20	8
	übrige Nicht-Erwerbstät.	21	24	20	17	18
Berufsgruppe	Arbeiter	25	36	19	8	13
	einf.-mittl. Angest./Beamte	15	29	27	10	19
	höh.-leit. Angest./Beamte	18	24	35	16	6
	Landw./Selbst./Freib.	17	28	18	8	28
	keine, andere	21	29	20	13	16
Religion	evangelisch	12	20	26	18	23
	katholisch	17	13	49	11	10

Tabelle A98

Zeilenprozent		Asylbewerber sollten von der übrigen Bevölkerung getrennt untergebracht werden.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		7	11	20	58	4
Geschlecht	männlich	6	10	21	58	5
	weiblich	8	11	19	59	3
Alter	18-24 Jahre	4	14	8	75	
	25-34 Jahre	4	15	25	47	9
	35-44 Jahre	2	11	29	55	3
	45-59 Jahre	11	6	20	60	4
	60 Jahre und älter	8	12	17	61	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	11	16	20	45	7
	10. Klasse	6	9	21	62	3
	Abitur	3	9	19	69	
	(Fach-)Hochschule	2	4	19	73	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	6	10	22	58	4
	in Ausbildung	1	8	11	80	
	arbeitslos	26	5	34	36	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	7	12	17	59	5
Berufsgruppe	Arbeiter	8	11	32	49	
	einf.-mittl.	5	12	18	57	7
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	4	7	12	77	
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	5	2	23	68	3
Religion	keine, andere	8	12	20	55	5
	evangelisch	3	8	20	67	2
	katholisch	4	6	20	70	

Tabelle A99

Zeilenprozente		Ich hätte nichts dagegen, wenn in meiner Nachbarschaft ein Asylbewerberheim entstehen würde.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		32	23	15	26	4
Geschlecht	männlich	32	23	14	29	2
	weiblich	32	24	16	22	6
Alter	18-24 Jahre	51	24	17	7	
	25-34 Jahre	24	28	16	33	
	35-44 Jahre	13	37	15	33	1
	45-59 Jahre	29	18	15	32	5
	60 Jahre und älter	41	21	15	18	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	38	14	13	29	7
	10. Klasse	23	26	17	31	2
	Abitur	45	29	19	6	
	(Fach-)Hochschule	40	35	10	11	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	22	26	17	31	3
	in Ausbildung	62	27	7	4	
	arbeitslos	41	13	9	36	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	39	21	15	20	5
Berufsgruppe	Arbeiter	17	21	18	41	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	23	32	15	24	5
	höh.-leit. Angest./Beamte	28	28	15	28	
	Landw./Selbst./Freib.	22	21	23	31	4
	keine, andere	31	22	14	29	4
Religion	evangelisch	33	28	19	17	4
	katholisch	43	27	14	14	1

Tabelle A100

Zeilenprozent		Die Kommunen sollten stärkeres Mitspracherecht bei der Unterbringung von Asylbewerbern haben.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		64	26	3	5	2
Geschlecht	männlich	67	24	4	3	3
	weiblich	61	27	3	7	2
Alter	18-24 Jahre	37	46	10	6	
	25-34 Jahre	63	32	4		1
	35-44 Jahre	51	37	3	9	
	45-59 Jahre	65	23	4	5	3
	60 Jahre und älter	72	17	2	5	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	70	18		10	3
	10. Klasse	65	26	3	3	2
	Abitur	46	37	15	1	
	(Fach-)Hochschule	55	34	6	1	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	61	30	4	4	2
	in Ausbildung	33	53	12		1
	arbeitslos	67	14	8	11	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	71	18	1	7	3
Berufsgruppe	Arbeiter	66	23		9	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	57	34	6	1	2
	höh.-leit. Angest./Beamte	60	30	8	1	1
	Landw./Selbst./Freib.	67	28	1	1	3
Religion	keine, andere	65	24	3	6	1
	evangelisch	59	27	5	3	7
	katholisch	61	33	3	2	2

Tabelle A101

Zeilenprozente		Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		21	17	22	37	3
Geschlecht	männlich	22	15	23	38	3
	weiblich	19	20	21	36	4
Alter	18-24 Jahre	6	8	27	59	
	25-34 Jahre	16	21	29	31	2
	35-44 Jahre	20	31	22	23	4
	45-59 Jahre	25	19	15	35	5
	60 Jahre und älter	21	11	23	42	2
Schulabschluss	unter 10. Klasse	23	12	22	40	3
	10. Klasse	23	20	19	34	4
	Abitur	9	22	27	41	1
	(Fach-)Hochschule	12	16	27	40	5
Erwerbsstatus	erwerbstätig	22	23	20	30	5
	in Ausbildung	1	8	28	63	
	arbeitslos	26	7	15	51	1
	übrige Nicht- Erwerbstät.	21	13	24	41	1
Berufsgruppe	Arbeiter	24	31	20	22	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	19	21	31	8
	höh.-leit. Angest./Beamte	22	22	17	38	1
	Landw./Selbst./Freib.	23	24	14	36	3
	keine, andere	22	17	21	37	3
Religion	evangelisch	18	20	24	36	2
	katholisch	14	17	23	45	2

Tabelle A102

Zeilenprozente		Die meisten hier lebenden Muslime akzeptieren unsere Werte, so wie sie im Grundgesetz festgeschrieben sind.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		18	26	21	18	18
Geschlecht	männlich	20	27	19	21	14
	weiblich	16	25	23	15	21
Alter	18-24 Jahre	14	46	19	8	14
	25-34 Jahre	13	49	25	9	5
	35-44 Jahre	15	23	30	18	14
	45-59 Jahre	15	24	22	18	21
	60 Jahre und älter	24	17	15	22	22
Schulabschluss	unter 10. Klasse	21	21	23	18	17
	10. Klasse	14	22	21	23	20
	Abitur	22	44	17	8	8
	(Fach-)Hochschule	21	38	17	6	17
Erwerbsstatus	erwerbstätig	15	32	19	17	17
	in Ausbildung	15	47	14	9	14
	arbeitslos	20	9	44	18	9
	übrige Nicht-Erwerbstät.	22	18	20	20	20
Berufsgruppe	Arbeiter	14	35	18	19	14
	einf.-mittl. Angest./Beamte	18	28	21	11	22
	höh.-leit. Angest./Beamte	15	37	13	24	12
	Landw./Selbst./Freib.	15	29	19	25	11
	keine, andere	18	27	19	19	16
Religion	evangelisch	14	20	25	14	27
	katholisch	27	28	28	11	6

Tabelle A103

Zeilenprozent		Muslime in Deutschland stellen zu viele Forderungen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		30	21	16	16	17
Geschlecht	männlich	31	21	17	17	14
	weiblich	29	22	16	14	19
Alter	18-24 Jahre	15	15	29	30	11
	25-34 Jahre	26	29	28	13	4
	35-44 Jahre	14	27	24	25	10
	45-59 Jahre	35	21	13	15	17
	60 Jahre und älter	36	18	9	12	25
Schulabschluss	unter 10. Klasse	42	17	10	7	24
	10. Klasse	29	25	15	16	15
	Abitur	13	26	30	27	3
	(Fach-)Hochschule	13	18	29	26	14
Erwerbsstatus	erwerbstätig	25	25	19	17	13
	in Ausbildung	12	16	31	30	12
	arbeitslos	49	23	4	14	10
	übrige Nicht-Erwerbstät.	36	18	12	12	22
Berufsgruppe	Arbeiter	33	24	19	13	11
	einf.-mittl. Angest./Beamte	19	28	20	15	18
	höh.-leit. Angest./Beamte	9	26	29	26	9
	Landw./Selbst./Freib.	37	17	12	26	7
	keine, andere	32	21	17	15	15
Religion	evangelisch	22	23	15	16	24
	katholisch	24	23	18	24	11

Tabelle A104

Zeilenprozente		Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		5	8	18	65	5
Geschlecht	männlich	5	4	16	70	6
	weiblich	4	12	20	60	5
Alter	18-24 Jahre	2		25	62	11
	25-34 Jahre		8	25	61	5
	35-44 Jahre	3	12	18	59	8
	45-59 Jahre	5	7	14	71	3
	60 Jahre und älter	7	7	16	64	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	13	20	53	8
	10. Klasse	4	6	18	66	6
	Abitur	1	5	15	76	2
	(Fach-)Hochschule	2	2	12	83	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	4	7	19	65	5
	in Ausbildung		5	16	68	11
	arbeitslos	6	21	7	63	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	6	7	18	64	5
Berufsgruppe	Arbeiter	6	9	24	55	6
	einf.-mittl. Angest./Beamte		7	20	68	5
	höh.-leit. Angest./Beamte	8	11	10	71	
	Landw./Selbst./Freib.	4	1	12	74	9
Religion	keine, andere	5	9	17	65	4
	evangelisch	4	4	19	61	11
	katholisch	1	7	23	68	1

Tabelle A105

Zeilenprozente		Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		26	24	19	29	3
Geschlecht	männlich	24	22	20	31	3
	weiblich	28	26	17	27	2
Alter	18-24 Jahre	14	11	14	61	
	25-34 Jahre	24	27	18	30	
	35-44 Jahre	21	34	13	31	1
	45-59 Jahre	30	21	20	27	2
	60 Jahre und älter	27	24	20	24	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	38	29	15	15	3
	10. Klasse	26	26	18	27	2
	Abitur	6	14	24	52	4
	(Fach-)Hochschule	6	15	27	50	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	26	24	19	30	2
	in Ausbildung	4	8	14	72	2
	arbeitslos	38	33	9	20	
	übrige Nicht- Erwerbstät.	28	26	20	22	4
Berufsgruppe	Arbeiter	31	24	22	21	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	26	25	16	32	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	19	15	20	42	4
	Landw./Selbst./Freib.	17	28	25	29	1
	keine, andere	29	25	17	27	2
Religion	evangelisch	18	18	26	33	6
	katholisch	12	34	21	31	1

Tabelle A106

Zeilenprozent		Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		14	25	27	30	3
Geschlecht	männlich	12	24	29	32	4
	weiblich	16	26	26	29	3
Alter	18-24 Jahre	4	18	21	57	
	25-34 Jahre	20	24	22	32	1
	35-44 Jahre	10	30	30	27	2
	45-59 Jahre	16	27	25	27	6
	60 Jahre und älter	13	23	31	28	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	23	25	23	23	6
	10. Klasse	13	29	28	27	2
	Abitur	1	16	33	48	2
	(Fach-)Hochschule	3	16	32	46	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	15	25	29	27	4
	in Ausbildung		13	17	70	
	arbeitslos	31	37	4	27	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	13	26	30	28	4
Berufsgruppe	Arbeiter	24	29	25	20	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	11	26	30	28	6
	höh.-leit. Angest./Beamte	16	19	23	39	4
	Landw./Selbst./Freib.	7	15	44	31	3
	keine, andere	16	27	24	29	4
Religion	evangelisch	9	16	41	32	2
	katholisch	5	25	30	38	2

Tabelle A107

Zeilenprozent		Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		9	12	19	57	4
Geschlecht	männlich	5	14	19	60	2
	weiblich	14	10	18	54	5
Alter	18-24 Jahre	4		11	78	6
	25-34 Jahre	5	11	17	66	1
	35-44 Jahre	12	3	18	66	2
	45-59 Jahre	9	6	15	67	3
	60 Jahre und älter	11	22	23	39	5
Schulabschluss	unter 10. Klasse	17	24	26	27	6
	10. Klasse	7	7	17	66	3
	Abitur	1	2	9	87	1
	(Fach-)Hochschule	3	4	11	81	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	8	8	18	63	3
	in Ausbildung			1	99	
	arbeitslos	17	8	9	60	7
	übrige Nicht-Erwerbstät.	11	19	23	43	4
Berufsgruppe	Arbeiter	13	9	28	45	5
	einf.-mittl.	3	9	17	69	1
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	4	6	4	83	2
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	11	2	16	68	3
Religion	keine, andere	10	11	20	56	3
	evangelisch	8	14	13	62	2
	katholisch	5	12	15	55	14

Tabelle A108

Zeilenprozente		Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		32	27	17	20	4
Geschlecht	männlich	33	30	15	20	2
	weiblich	32	24	18	20	6
Alter	18-24 Jahre	17	17	46	18	2
	25-34 Jahre	29	35	16	18	2
	35-44 Jahre	27	33	19	20	
	45-59 Jahre	27	28	17	22	6
	60 Jahre und älter	42	23	12	19	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	51	23	11	10	6
	10. Klasse	29	32	15	21	3
	Abitur	13	22	35	28	1
	(Fach-)Hochschule	10	26	26	35	3
Erwerbsstatus	erwerbstätig	26	31	17	22	4
	in Ausbildung	17	14	48	21	
	arbeitslos	40	30	17	12	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	42	24	12	18	4
Berufsgruppe	Arbeiter	35	32	14	16	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	20	33	18	22	7
	höh.-leit. Angest./Beamte	22	26	24	28	
	Landw./Selbst./Freib.	27	26	16	26	5
Religion	keine, andere	37	26	14	20	4
	evangelisch	19	29	28	20	4
	katholisch	20	36	21	21	1

Tabelle A109

Zeilenprozent		Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		8	19	26	40	7
Geschlecht	männlich	7	18	27	43	5
	weiblich	9	20	24	37	9
Alter	18-24 Jahre	16	1	44	39	1
	25-34 Jahre	3	17	38	39	3
	35-44 Jahre	2	17	31	49	1
	45-59 Jahre	11	16	17	50	5
	60 Jahre und älter	9	26	22	31	13
Schulabschluss	unter 10. Klasse	11	32	30	17	10
	10. Klasse	9	16	24	45	6
	Abitur	3	3	27	64	2
	(Fach-)Hochschule	3	7	19	68	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	6	15	28	47	4
	in Ausbildung	1	2	37	60	1
	arbeitslos	28	25	14	31	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	9	26	23	31	12
Berufsgruppe	Arbeiter	8	16	35	36	6
	einf.-mittl. Angest./Beamte	7	16	28	45	4
	höh.-leit. Angest./Beamte	10	12	19	59	
	Landw./Selbst./Freib.		7	17	68	7
	keine, andere	9	20	25	41	5
Religion	evangelisch	7	13	27	39	12
	katholisch	2	18	25	41	14

Tabelle A110

Zeilenprozent		Es gibt wertvolles und unwertes Leben.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		13	14	7	62	4
Geschlecht	männlich	9	14	8	65	5
	weiblich	17	14	6	60	3
Alter	18-24 Jahre	4	11	6	79	
	25-34 Jahre	8	16	5	71	1
	35-44 Jahre	19	10	6	61	5
	45-59 Jahre	9	15	5	69	2
	60 Jahre und älter	18	14	9	52	7
Schulabschluss	unter 10. Klasse	23	16	12	44	5
	10. Klasse	10	15	5	66	5
	Abitur	5	7	1	86	1
	(Fach-)Hochschule	5	9	5	79	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	13	13	5	66	3
	in Ausbildung	5	6		88	1
	arbeitslos	5	27	13	54	1
	übrige Nicht-Erwerbstät.	16	14	9	55	7
Berufsgruppe	Arbeiter	12	16	9	61	3
	einf.-mittl. Angest./Beamte	14	12	3	70	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	15	7	7	69	2
	Landw./Selbst./Freib.	10	14	3	63	9
	keine, andere	15	15	7	59	4
Religion	evangelisch	7	9	8	69	6
	katholisch	4	13		79	3

Tabelle A111

Zeilenprozent		Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		6	12	24	57	2
Geschlecht	männlich	5	11	23	60	1
	weiblich	8	12	24	54	2
Alter	18-24 Jahre	2	21	39	38	
	25-34 Jahre	1	11	33	55	
	35-44 Jahre	4	14	29	51	3
	45-59 Jahre	3	5	24	67	
	60 Jahre und älter	13	14	15	55	3
Schulabschluss	unter 10. Klasse	10	21	21	46	2
	10. Klasse	5	7	24	62	1
	Abitur	3	10	28	59	
	(Fach-)Hochschule	3	5	25	66	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	10	26	60	1
	in Ausbildung		25	31	44	
	arbeitslos		4	36	58	2
	übrige Nicht-Erwerbstät.	12	13	18	55	2
Berufsgruppe	Arbeiter	2	14	28	53	2
	einf.-mittl. Angest./Beamte	3	6	27	63	1
	höh.-leit. Angest./Beamte	2	12	29	57	
	Landw./Selbst./Freib.	3	9	15	73	
	keine, andere	7	11	26	54	2
Religion	evangelisch	6	11	16	65	2
	katholisch	1	14	20	65	

Tabelle A112

Zeilenprozent		Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		8	16	13	59	4
Geschlecht	männlich	5	15	11	66	3
	weiblich	11	16	16	53	5
Alter	18-24 Jahre	4	16	31	49	
	25-34 Jahre	4	37	22	32	4
	35-44 Jahre	11	14	18	53	5
	45-59 Jahre	10	14	8	63	4
	60 Jahre und älter	7	8	9	71	4
Schulabschluss	unter 10. Klasse	14	22	14	47	3
	10. Klasse	7	15	11	61	6
	Abitur		11	21	65	2
	(Fach-)Hochschule	1	5	12	80	2
Erwerbsstatus	erwerbstätig	7	19	14	56	4
	in Ausbildung		11	27	63	
	arbeitslos	21	23	15	37	5
	übrige Nicht-Erwerbstät.	7	11	11	66	5
Berufsgruppe	Arbeiter	4	26	20	47	2
	einf.-mittl.	9	17	9	59	6
	Angest./Beamte					
	höh.-leit.	9	8	12	71	
	Angest./Beamte					
	Landw./Selbst./Freib.	8	14	13	63	3
Religion	keine, andere	8	18	13	56	4
	evangelisch	4	10	10	74	2
	katholisch	11	10	18	57	4

Tabelle A113

Zeilenprozent		Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		3	4	18	63	11
Geschlecht	männlich	5	5	19	61	10
	weiblich	2	4	17	66	12
Alter	18-24 Jahre		4	23	66	6
	25-34 Jahre	2	3	28	52	14
	35-44 Jahre	5	6	23	60	5
	45-59 Jahre	4	2	13	70	10
	60 Jahre und älter	3	6	15	63	13
Schulabschluss	unter 10. Klasse	4	5	20	52	19
	10. Klasse	4	5	19	64	9
	Abitur	1	3	17	76	4
	(Fach-)Hochschule	2	3	9	82	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	3	5	22	63	7
	in Ausbildung	1	1	17	81	
	arbeitslos	5		15	54	26
	übrige Nicht-Erwerbstät.	4	5	13	62	15
Berufsgruppe	Arbeiter	2	5	32	52	8
	einf.-mittl.					
	Angest./Beamte	2	6	20	65	7
	höh.-leit.		7	12	79	2
	Angest./Beamte					
Landw./Selbst./Freib.	8	2	14	69	8	
Religion	keine, andere	4	4	19	62	12
	evangelisch	3	5	16	66	9
	katholisch	1	5	12	73	8

Tabelle A114

Zeilenprozent		Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit die Opfer gewesen sind.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		10	15	20	41	13
Geschlecht	männlich	10	15	22	42	11
	weiblich	10	15	19	41	14
Alter	18-24 Jahre	6	12	33	44	5
	25-34 Jahre	7	9	20	48	15
	35-44 Jahre	4	20	26	42	8
	45-59 Jahre	12	13	16	46	13
	60 Jahre und älter	13	18	20	34	15
Schulabschluss	unter 10. Klasse	19	19	23	24	15
	10. Klasse	7	15	18	45	15
	Abitur	4	10	19	62	5
	(Fach-)Hochschule	4	11	24	56	4
Erwerbsstatus	erwerbstätig	9	14	19	46	13
	in Ausbildung	5	8	30	56	1
	arbeitslos	24		26	42	8
	übrige Nicht-Erwerbstät.	11	19	20	34	15
Berufsgruppe	Arbeiter	8	18	18	44	12
	einf.-mittl. Angest./Beamte	10	14	17	48	11
	höh.-leit. Angest./Beamte	2	12	28	48	9
	Landw./Selbst./Freib.	11	17	16	37	20
	keine, andere	11	16	19	41	12
Religion	evangelisch	6	10	25	48	10
	katholisch	10	15	20	32	23

Tabelle A115

Zeilenprozent		Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.				
		stimme voll und ganz zu	stimme überwiegend zu	lehne überwiegend ab	lehne völlig ab	weiß nicht/keine Angabe
Gesamt		6	13	15	61	5
Geschlecht	männlich	8	13	16	61	2
	weiblich	4	12	15	61	8
Alter	18-24 Jahre		18	14	67	
	25-34 Jahre	7	10	25	54	4
	35-44 Jahre	9	15	14	62	
	45-59 Jahre	6	7	13	66	8
	60 Jahre und älter	6	16	13	59	6
Schulabschluss	unter 10. Klasse	7	17	18	53	6
	10. Klasse	6	12	14	61	7
	Abitur	2	8	16	73	1
	(Fach-)Hochschule	4	9	12	74	1
Erwerbsstatus	erwerbstätig	8	13	14	60	5
	in Ausbildung		8	10	82	
	arbeitslos	5	3	18	74	
	übrige Nicht-Erwerbstät.	5	15	17	57	6
Berufsgruppe	Arbeiter	7	18	17	57	1
	einf.-mittl. Angest./Beamte	6	7	14	65	8
	höh.-leit. Angest./Beamte	4	13	13	64	5
	Landw./Selbst./Freib.	17	16	8	49	9
	keine, andere	7	14	17	57	5
Religion	evangelisch	5	8	10	71	6
	katholisch	1	5	13	81	

Tabelle A116